Jochen Staadt

Versuche der Einflußnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau

Expertisenauftrag
Quellenlage
Quellenbewertung
Ziele der SED-Westpolitik gegenüber den Parteien des Bundestages
Institutionen der SED-Westpolitik
Fallbeispiele
1. Die Denunziations-Kampagne gegen Herbert Wehner
2. Versuche der Einflußnahme der SED auf Bundestagswahlen
3. Versuche innerparteiliche Differenzen auszunutzen
Hinweise zu den vorgelegten Dokumenten des weiteren Expertisenauftrages
Zusammenfassung
Dokumentenanhang

Expertisenauftrag

Der Auftrag beinhaltete ursprünglich neben dieser Thematik noch zwei weitere allgemeine Fragestellungen: Die Infiltration in die Neue Linke in den 60er Jahren und Versuche der Einflußnahme auf westdeutsche Schriftsteller und Künstler. Die Expertise (Dokumentation) sollte auf der Grundlage von Archivbeständen der ehemaligen DDR erstellt werden. Die zerklüftete Quellensituation zu den letztgenannten Themen und der archivalische Erschließungsstand bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR läßt jedoch eine zusammenhängende Darstellung dieser Themenkomplexe noch nicht zu. Es werden deshalb am Ende dieser Untersuchung lediglich Einzelaspekte hierzu berührt und durch Dokumente unterschiedlicher Provenienz beleuchtet. Die vorliegende Expertise entstand mit nachhaltiger und geduldiger Unterstützung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Eine Studie zu versuchten Einflußnahmen der SED auf politische Parteien der Bundesrepublik enthält angesichts der in diesem Jahr anstehenden Wahlkämpfe eine überaus problematische Dimension. Es stellt sich die Frage, ob es

überhaupt möglich ist, das zu dieser Thematik vorliegende historische Quellenmaterial wissenschaftlich auszuwerten und zu präsentieren, ohne dadurch parteipolitischen Auslegungen Raum zu öffnen. Nach Inhalt der untersuchten Überlieferungen des Partei- und Staatsapparates des SED-Regimes ergibt sich diese Gefahr nahezu zwangsläufig, insbesondere da ca. zwei Drittel der in den einschlägigen Archiven aufbewahrten Dokumente über Parteien des Deutschen Bundestages bzw. deren Mitglieder Analysen, Gespräche und Maßnahmenpläne enthalten, die sich auf eine der beiden großen Bundestagsparteien konzentrieren. Außerdem liegen den in dieser Expertise vorgestellten Archivalien zeitgeschichtliche Vorgänge zugrunde, die – wie die jüngste Debatte um Herbert Wehner verdeutlichte – noch immer umstritten sind und es wohl auch noch eine Weile bleiben werden. Auf der anderen Seite können insbesondere zeitgeschichtlich konfliktive Zusammenhänge nur in Kenntnis der vorliegenden unterschiedlichen Quellen erschlossen werden. Diese Expertise versucht insoweit, dem Meinungsbildungsprozeß der Enquetekommission Perspektiven, Motivlagen sowie die politische Praxis einer der beteiligten Seiten zu erschließen.

Insbesondere auch angesichts der aktuellen Problemlage ist der Autor bestrebt, eine nach bestem Wissen und Gewissen streng auf Quellen gestützte Darstellung der Zusammenhänge vorzulegen, die keine Empfehlungen für die Enquetekommission formuliert und um eine unparteiliche und sachbezogene Auswertung der zugänglichen Materialien bemüht ist. Daß dabei einige bisher wenig beachtete Aspekte der Entspannungspolitik in den Vordergrund gerückt werden, liegt an der Aufgabenstellung dieser Expertise.

Es sei – um Fehlinterpretationen vorzubeugen – folgende Feststellung vorausgeschickt: Die ausgewerteten Quellen bestärken den Autor in der Auffassung, daß es zu keinem Zeitpunkt eine grundsätzliche Alternative zur der von den verschiedenen Bundesregierungen betriebenen Entspannungs- und Vertragspolitik gab. Sie belegen, daß es gelungen ist, auf dem Gebiet der menschlichen Erleichterungen vieles zu erreichen, was über lange Jahre ausgeschlossen schien. Von praktischer Hilfe in abertausenden von Fällen zeugen in den Archivbeständen Aktenbündel voller Namenslisten inhaftierter oder ausreisewilliger DDR-Bürger. Es war nahezu die Regel, daß Politiker aus allen Parteien des Deutschen Bundestages solche Listen mit der Bitte um humanitäre Lösungen am Rande ihrer jeweiligen Gespräche den Repräsentanten der SED/DDR übergaben. Vor allem aber sind die Erfolge der Friedens- und Abrüstungspolitik zu nennen, die im europäischen Maßstab zur Verständigung zwischen den beiden Machtblöcken führten und die Rahmenbedingungen für die weitgehend friedlichen Revolutionen in Osteuropa schufen. An dieser Entwicklung hatte unbestritten die von allen Parteien des Deutschen Bundestages vertretene und in Kontinuität betriebene Deutschland- und Entspannungspolitik ihren bedeutenden Anteil.

Für einen anderen Aspekt der Deutschland- und Außenpolitik weisen die Quellen allerdings auf eine Erosion des Konsenses zwischen den Parteien hin, die in der achtziger Jahren eine erhebliche Beschleunigung erfuhr. Es handelt sich dabei um eine Seite der Außen- und Deutschlandpolitik, die insbesondere im Vorfeld von Wahlkämpfen starke innenpolitische Implikationen enthielt. Dieser Gesichtspunkt steht im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen.

Im Rahmen der Expertise kann dabei nur durch die Präsentation von exemplarischen Vorgängen das komplexe Zusammenspiel der verschiedenen für die Westpolitik zuständigen Institutionen des SED-Staates beleuchtet werden. Mitgedacht werden müssen beim Lesen dieser herauspräparierten Detailaspekte der komplizierten und höchst widersprüchlichen deutschen Nachkriegsgeschichte die weltpolitischen Rahmenbedingungen, unter denen die Konstellation eines geteilten Deutschland entstand, und unter denen sich der politische Prozeß in beiden deutschen Teilstaaten bis zur Wiedervereinigung vollzog.

Quellenlage

Die allgemeinen Ziele der Einflußnahme auf die Parteien des Deutschen Bundestages können aus den Überlieferungen des Zentralen und Internen Parteiarchives ebenso rekonstruiert werden, wie zahlreiche konkrete Maßnahmenpläne der ZK-Abteilungen, der diversen beratenden Expertenkommissionen des Politbüros und der dem zentralen Parteiapparat zuarbeitenden wissenschaftlichen Einrichtungen. Das von der DDR hinterlassene Archivgut zur Westpolitik enthält in diversen Teilbeständen grob gegliedert sechs Grundtypen von Dokumenten:

– Einen Schwerpunkt der Archivalien bilden Berichte, die „Reisekader“ nach Beendigung ihres Aufenthaltes in Westdeutschland verfaßt haben. Von diesen Einsatzberichten wurden, wie aus den standardisierten Deckblattbeschriftungen hervorgeht, jeweils drei Exemplare ausgefertigt. Zwei davon erhielt das SED-Zentralkomitee, während eines bei der auftraggebenden Leitungsebene verblieb. Es handelt sich bei diesen Niederschriften nicht um geheimdienstlich gewonnene Erkenntnisse, wiewohl sie verschiedentlich auch für die Hauptabteilung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit von Interesse gewesen sein dürften. In Einzelfällen geben handschriftliche Weitergabevermerke auch darüber Aufschluß, daß die auftraggebende Bezirksleitung den betreffenden Reisebericht an eine Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit übermittelt hat. Naheliegend ist ferner, daß auch dem Zentralkomitee zugeleitete Berichte im Bedarfsfall an die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) der Staatssicherheit weitergereicht wurden. Im Grundsatz waren die Reisekader der SED jedoch mit Partei-

auftrag in der Bundesrepublik unterwegs. Berichte der Reisekader bilden für die 60er Jahre einen Schwerpunkt für die Westarbeit der SED.

– Im Zuge der Etablierung vertraglich geregelter Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten nahmen offizielle und inoffizielle Gespräche zwischen der SED und Vertretern der Bundes- und Landesregierungen bzw. der jeweiligen Oppositionsparteien einen immer größeren Raum ein. Den zweiten Schwerpunkt des hinterlassenen Schrifttums über die Westpolitik der SED bilden deswegen Berichte über Unterredungen zwischen Vertretern der SED bzw. staatlicher Stellen der DDR und ihren Gesprächspartnern aus der Bundesrepublik. Diese Art von Dokumenten bildet einen deutlichen Schwerpunkt des Archivguts über die Westpolitik der 70er und 80er Jahre.
– Den dritten Dokumententyp bilden Analysen über die politische und wirtschaftliche Lage in Westdeutschland, die Rolle der Bundesrepublik in geopolitischer und geostrategischer Hinsicht, die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen und in den Parteien, die Rolle der Gewerkschaften, die Bedeutung außerparlamentarischer Bewegungen etc. Diese Untersuchungen wurden von den Experten der zuständigen Abteilungen der SED und ihrer Massenorganisationen, von Fachwissenschaftlern diverser Parteiinstitute bzw. Staats-Akademien, Universitäten, zuständigen Ministerien, der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn und Auslands-Journalisten verfaßt.
– An vierter Stelle sind Analysen, Berichte und Mitteilungen über die Bundesrepublik aus mit der DDR befreundeten Staaten zu nennen, die der SED bzw. staatlichen Organen der DDR informationshalber übergeben wurden sowie Maßnahmepläne und politische Empfehlungen der SED für das koordinierte Vorgehen des sozialistischen Lagers gegenüber der Bundesrepublik.
– Den fünften Komplex bilden Materialsammlungen unterschiedlicher Provenienz aus der Bundesrepublik selbst. Dieses Schriftgut diente der Hintergrundinformation der Parteiführung und der für sie tätigen Westexperten oder als Belegmaterial über Reaktionen auf Maßnahmen der SED und DDR in Westdeutschland.
– Last but not least sind die geheimdienstlich gewonnen Informationssammlungen zu nennen, die infolge der vermuteten Vernichtung des Schriftguts aus dem Bereich der HV A des MfS nur in Bruchstücken in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR lagern. Erhebliche Teile des aus diesem Bereich noch vorhandenen Archivguts sind allerdings durch die Behörde noch immer nicht zugänglich gemacht worden oder standen wegen des langwierigen Bearbeitungsverfahrens in der Behörde für diese Expertise nicht zur Verfügung. In den einschlägigen Beständen des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs

bzw. des Internen Parteiarchivs der SED finden sich Einzelvorgänge oder Zusammenfassungen aus den Informationskanälen des MfS.

Ein bedeutender Archivbestand konnten allerdings nicht in diese Untersuchung einbezogen werden. Es handelt sich dabei um die Überlieferungen aus dem ehemaligen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR. Die Bestände des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sind in Gänze durch das Auswärtige Amt der Bundesrepublik übernommen worden; die Bitte um Einsichtmöglichkeit wurde mit Schreiben vom 29. Juli 1993 abschlägig beschieden. Da über alle bedeutenden Fragen der Außenpolitik die Parteiführung entschied, und die Tätigkeit des MfAA mit den zuständigen ZK-Abteilungen abgestimmt werden mußte, lassen sich Einzelvorgänge jedoch mitunter aus den Überlieferungen des Politbüros der SED, des ZK-Sekretariats und des Zentralen Parteiapparates rekonstruieren.

Quellenbewertung

Die im Rahmen der Quellenstudien durchgeführten Gegenkontrollen ergaben, daß ein Urteil über die jeweiligen Quellenbestände nur im Einzelfall möglich und zulässig ist. Die komplexe Quellenstruktur macht es erforderlich, die verschiedenen Bestände in ihren Bezügen zueinander zu überprüfen. Im konkreten Einzelfall lassen sich auf diese Weise Planung und Durchführung der vom zentralen Apparat der SED in Angriff genommenen Zielvorhaben rekonstruieren, gleichzeitig können sie auf ihre Wirksamkeit hin untersucht werden.

In einer Anhörung der Enquetekommission am 3. November 1993 bestätigte Prof. Dr. Max Schmidt, früher Sektorenleiter in der ZK-Westabteilung der SED und später langjähriger Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR und in beiden Eigenschaften Verfasser zahlreicher deutsch-deutscher Gesprächsaufzeichnungen, die inhaltliche Authentizität dieser Dokumente. Auch Dr. Manfred Uschner, persönliche Mitarbeiter des in den 80er Jahren u. a. für Beziehungen zur Bundesrepublik zuständigen ZK-Sekretärs Hermann Axen, äußerte sich bei dieser Gelegenheit in diesem Sinne.

Gleichermaßen äußerte sich dieser Tage Karl Seidel, Leiter der Abteilung Bundesrepublik Deutschland im MfAA der DDR, gegenüber einem Jornalisten des Fernsehmagazins Kontraste (Dokument 1). Seidel nahm als zuständiger Abteilungsleiter des MfAA an vielen deutsch-deutschen Treffen Erich Honeckers mit verantwortlichen Politikern der Landes- und Bundesebene teil und war ausweislich zahlreicher im Internen Parteiarchiv des ZK der SED überlieferter Dokumente Verfasser von Vermerken, Informationen und Niederschriften über die zu diesen Anlässen geführten Unterredungen.

Gegenüber dem Autor dieser Expertise unterstrich der frühere Leiter der Abteilung West-Berlin im MfAA und spätere Botschafter der DDR in Finnland und Großbritannien, Dr. Joachim Mitdank, daß die Mitarbeiter des MfAA gehalten waren, Gesprächsaufzeichnungen, in den Unterredungen getroffenen Vereinbarungen und Zusicherungen inhaltliche korrekt und den Tatsachen entsprechend schriftlich festzuhalten. Schließlich habe es sich um Dokumente gehandelt, die Grundlage weiterer diplomatischer, juristischer oder politischer Schritte sein sollten. Fälschungen bzw. Schönfärbereien hätten in diesem Zusammenhang keinen Sinn ergeben.

Eine andere Beurteilung müssen Berichte und Vermerke erfahren, die im Ergebnis von Reisen in die Bundesrepublik durch „Reisekader“ der SED angefertigt wurden. Hier – so die Aussage verschiedener Zeitzeugen – kam es durchaus vor, daß „Erfolge“ eine überzeichnete Darstellung erfuhren, da die Verfasser auch fürderhin ihren Status als „Reisekader“ erhalten wollten, um sich die damit verbundene Aufstiegsperspektiven und Annehmlichkeiten zu erhalten. Diese Art von Berichten wurden in der Regel aus dem Gedächtnis erstellt. Auch wenn sie auf Notizen beruhten und sich häufig Aussagen von Gesprächspartnern in wörtlicher Rede finden, ist eine tatsächlich wortgetreue Authentizität vermutlich eher die Ausnahme. Gleichwohl unterlagen die Einsätze der Reisekader einer gewissen Gegenkontrolle. Der damalige Leiter der Westabteilung des ZK, Heinz Geggel, erläuterte in einem Bericht das Politbüromitglied Albert Norden folgende Möglichkeiten zur „Gegenkontrolle der Westeinsatzkader“:

– Mitschnitte von Veranstaltungen durch den Deutschlandsender;
– Teilnahme von Mitgliedern einer Sonderinstrukteursgruppe an Veranstaltungen;
– Hinweise von ADN-Korrespondenten und anderen Journalisten über Auftreten und Wirkung der Propagandisten;
– Berichte und Kritik von KP-Mitgliedern;
– entsprechende Rückfragen im Gespräch mit Sozialdemokraten, die die DDR besuchen.[1]

Darüber hinaus finden sich in den Unterlagen der Westabteilung auch Hinweise, daß „Einsatzkader“ des MfS im Bedarfsfall kritische Berichte über das Wirken von SED-Abgesandten im Bundesgebiet verfaßt hatten. Die Resultate dieser „Gegenkontrolle“ erreichten die verantwortlichen Funktionäre des zentralen Parteiapparates über die Informationskanäle der HVA. Der Westapparat der SED konnte sodann Berichten seiner Emissäre stichprobenartig überprüfen. Ein Beispiel: Vom 23. bis 30. Juni 1966 hielten sich zwei Reisekader der

1 Heinz Geggel: Hausmitteilung an Albert Norden vom 7.4.69, betr. Gegenkontrolle der Westeinsatzkader; Fundort: SAPMO-BArch, Zentrales Parteiarchiv (ZPA), Signatur: IV A2/2028/39, Bestand Büro Norden.

Stadtleitung Erfurt in Frankfurt am Main auf. Sie hatten den Auftrag mit SPD- und Gewerkschaftsfunktionären in Kontakt zu treten. um politische Gespräche zu führen. An erster Stelle der Ansprechpartner, die zwecks politischer Überzeugungsarbeit aufgesucht wurden, stand der „Sekretär des Unterbezirks der SPD Frankfurt am Main, Günter Guillaume, Haus der SPD, Fischerfeld-Straße 7–11“.

Ziele der SED-Westpolitik gegenüber den Parteien des Bundestages

Der bestimmende Gesichtspunkt für die Westpolitik der SED bestand im hier behandelten Zeitabschnitt in dem Etappenziel der vollständigen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. Als die von CDU/CSU und SPD gebildete Bundesregierung 1967 die „Hallstein-Doktrin“ durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien faktisch aufgab, antwortete die SED-Führung mit der „Ulbricht-Doktrin“, deren Kerngedanken lautete: „Die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen Westdeutschland und den sozialistischen Staaten Europas ist offensichtlich nur denkbar, wenn sie die Anerkennung des Status quo einschließt.“[2] Diesen Standpunkt mußte die SED-Führung auf Druck der KPdSU jedoch bald wieder aufgeben. Nach der Absetzung Walter Ulbrichts verfolgte die SED-Führung unter Erich Honecker konzentriert den Kurs einer Anerkennungspolitik in Raten. Der Bundesrepublik Deutschland sollte scheibchenweise die völkerrechtliche Anerkennung der DDR abgerungen werden. Auf die aus der Sicht der SED noch ungelösten Probleme zielten – nach Grundlagenvertrag, dem UNO-Beitritt der beiden deutschen Staaten und der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte – die bis zum Ende der DDR immer wieder erneuerten Geraer Forderungen Erich Honeckers vom 13. Oktober 1980.

Ihre Leitorientierung erhielt die Westpolitik der SED bis in das Jahr 1986 durch die sowjetische Führungsmacht. Neben allgemeinen Richtlinien, die im zweiseitigen Austausch der zentralen Apparate, im Rahmen von Beratungen der Gremien des Warschauer Paktes oder in Begegnungen der Massenorganisationen usw. übermittelt wurden, erteilte die KPdSU-Führung der SED in zentralen Fragen auch direkt oder über die Botschafter der UdSSR in der DDR detaillierte Anweisungen zur Umsetzung sowjetischer Interessenpolitik.

Deren auf die Bundesrepublik bezogene konkrete Perspektive geht für die 70er Jahre plastisch aus einem Schreiben hervor, in dem der sowjetische Parteichef, Leonid Breschnew, am 11. Juli 1975 der SED-Führung sein Resümee eines Meinungsaustausches mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt mitteilte. In

2 Anlage zum Reinschriftprotokoll Nr. 3/67 der Sitzung des Politbüro des Zentralkomitees am 24. Januar 1967; Fundort: SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: J IV 2/2/1095, Bestand Politbüro des ZK.

dieser als „streng vertraulich“ klassifizierten Information hieß es gleich zu Anfang:

„Geleitet von den allgemeinen Interessen der sozialistischen Bruderländer haben wir uns in den Gesprächen mit Brandt das Ziel gestellt, Einfluß auf die Führung der SPD zu nehmen, die Positionen der realistischen Kräfte im Lande zu stärken, nach Möglichkeit dem Antikommunismus der rechten Sozialdemokraten Einhalt zu gebieten, sowohl in Westdeutschland selbst, als auch hinsichtlich der DDR, Portugals und anderer Länder. (...) In den Gesprächen mit Brandt wurde bemerkt, daß wir an der Fortsetzung unserer Zusammenarbeit mit der Regierung, die von den Koalitionsparteien SPD/FDP gebildet wird, interessiert sind. Wir, wie auch die SPD, wollen nicht, daß der rechte Bund der CDU/CSU in der BRD an die Macht kommt, wir wollen nicht, daß wir mit solchen unausstehlichen Figuren, wie Strauß und seinesgleichen, verkehren müssen. Deshalb ist die sowjetische Seite bereit, im Rahmen des Möglichen zur Festigung der Position der sozial-liberalen Koalition für die Zukunft beizutragen, insbesondere hinsichtlich der im Herbst 1976 in der BRD bevorstehenden Wahlen zum Bundestag.“[3] (Der letzte Satz wurde von Honecker durch Unterstreichung hervorgehoben – J.S.)

Honecker selbst äußerte seine diesbezüglichen Vorstellungen gegenüber dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt anläßlich des Zusammentreffens der beiden Politiker am 19. September 1985: „Er mache aus dem Interesse auf unserer Seite kein Geheimnis, daß die SPD die Bundestagswahl gewinnt, sagte E. Honecker. (...) Die DDR halte Kurs auf die Unterstützung der SPD.“[4] Sechzehn Jahre zuvor, wenige Monate vor der Bundestagswahl von 1969, hatte Erich Honecker noch ganz anders gesprochen. In seiner Rede auf dem 10. ZK-Plenum hat er den damaligen Bundesaußenminister Willy Brandt und seine sozialdemokratischen Ministerkollegen in der großen Koalition beschimpft, „in allen Grundfragen der Innen- und Außenpolitik CDU/CSU-Politik“ zu betreiben und ihnen vorgeworfen, „daß sie völlig in dem System der kapitalistischen Profit- und Ausbeutungswirtschaft und der imperialistischen Expansionspolitik integriert“ seien.[5] Zu gleicher Gelegenheit erklärte Hermann Matern im Auftrage des Politbüros, es gehe der „sozialdemokratischen Führungsschicht“ um „die Ausdehnung der imperialistischen Herrschaft auch auf die DDR“. Die Strategie der Sozialdemokratie richte sich wie in den

3 Leonid Breschnew: Schreiben an Erich Honecker vom 11. Juli 1975, Information über Meinungsaustausch mit Willy Brandt; Fundort: SAPMO-BArch, Internes Parteiarchiv (IPA), Signatur: J IV 2/202–494, Bestand Zentralkomitee

4 Niederschrift über das offizielle Gespräch zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, am 19. September 1985; Fundort: SAPMO-BArch, IPA, Signatur: J IV 2/201/1654, Bestand Erich Honecker

5 Erich Honecker: Bericht des Politbüros auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED am 28 April 1969; Fundort: SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: IV 2/1/394, Bestand Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Zentralkomitee

dreißiger Jahren auf die Perspektive, sich auf keinen Fall aus dem System der Herrschaft hinausdrängen zu lassen. Deswegen habe sie sich in die Kiesinger/Strauß-Regierung einbinden lassen. „Es darf sich niemand wundern, wenn die sozialdemokratischen Führer schon bald die Zeit für gekommen halten, offen mit den Neonazis zu koalieren. In diesem Sinne ist die Führung der Sozialdemokratie Westdeutschlands aktiv in die Aufgabe einbezogen, den reaktionären Formierungsprozeß zu beschleunigen, die Diktaturvollmachten der staatsmonopolistischen Zentralgewalt zu erweitern, was zwangsläufig dazu führte, die verfassungsmäßigen demokratischen Rechte des werktätigen Volkes abzubauen und den Weg zu autoritären militaristischen Herrschaftsformen schrittweise zu ebnen.“[6]

Die SED-Spitze lehnte noch im Frühjahr 1969 eine Unterstützung der SPD in Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen ab und rechnete für die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages mit der Fortsetzung der Großen Koalition. Der Meinungsumschwung wurde durch die sowjetische Parteiführung herbeigeführt. Sie setzte kurz vor der Bundestagswahl 1969 gegenüber der widerstrebenden SED-Führung unter Walter Ulbricht ebenso wie gegenüber dem noch zögernden DKP-Vorstand die Unterstützung der SPD durch.[7]

Bis zu diesem Zeitpunkt zielte die Einflußpolitik der SED in der Bundesrepublik auf eine Differenzierung in der SPD und den Gewerkschaften, die im Prinzip dem schon in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts von der Kommunistischen Internationale entwickelten und von der KPD in der Weimarer Zeit praktizierten Konzept einer „Einheitsfront von unten“ folgte. D.h. die Partei- und Gewerkschaftsbasis sollte gegen ihre Führungen ausgespielt und unter den Einfluß kommunistischer Kader gebracht werden.

Diese Politik versuchte die SED in den 60er Jahren in der Bundesrepublik umzusetzen, indem sie eine gezielte Kontaktaufnahme zu von ihr als positive und realistische Kräfte eingeschätzte Funktionsträger in Gewerkschaften, SPD, Jugend- und Studentenorganisationen betrieb sowie ihre geheimdienstliche Infiltrationsstrategie u. a. auf die Besetzung von deren Schlüsselstellungen orientierte. Dem Mauerbau folgte bezüglich der westpolitischen Orientierung der SED alsbald eine Verlagerung der Aufgabenstellung. Nicht die Umwälzung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik, sondern die völkerrechtliche Anerkennung der DDR wurde zum eigentlichen Etappenziel der SED-Westpolitik. Unter dieser Perspektive konzipierten alle Institutionen des SED-Staates in den 60er Jahren ihre auf politische Prozesse in der Bundesrepublik gerichtete Differenzierungspolitik.

6 Hermann Matern: Die Rolle der Sozialdemokratie in den Klassenauseinandersetzungen auf deutschem Boden, Beitrag auf dem 10. Plenum des Zentralkomitees am 28./29. April 1969; Fundort: Ebd.

7 Vgl. Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970, Berlin 1993, S. 274 ff. „Es ist notwendig, den Sozialdemokraten einen Auftrieb zu geben“.

Im Zuge der Entspannungs- und Vertragspolitik der 70er Jahre erhielt die Einflußpolitik der SED in der Bundesrepublik eine neue Dimension. Gegenüber der regierenden SPD zielte ihr Vorgehen nicht mehr in erster Linie auf eine Differenzierung zwischen unteren oder mittleren Parteiebenen und der Parteiführung, sondern auf die Zusammenarbeit mit den „realistischen“ Kräften einerseits und die Isolierung aller den Kalkülen der SED und des sowjetischen Machtblocks entgegenstehenden politischen Positionen andererseits.

Schon vor dem Regierungswechsel 1983 bemühte sich die SED mit ihrer zunächst in erster Linie auf die sozial-liberalen Parteien, das linke gesellschaftliche Spektrum und die Gewerkschaften zielenden Differenzierungspolitik auch in der CDU/CSU zu Erfolgen zu kommen.

Erstaunlicherweise konnte die SED-Führung unter Erich Honecker in den 80er Jahren trotz der zunehmenden Auflösungserscheinungen im sowjetischen Block ein wachsendes Gewicht im innenpolitischen Prozeß der Bundesrepublik erlangen. Dieses war u. a. deswegen möglich, weil das Verhältnis zur DDR und zu den anderen sozialistischen Staaten politischen Akteuren im Rahmen der öffentlichen Parteienkonkurrenz in der Bundesrepublik einen hohen Profilierungswert bot. Ein Umstand, der angesichts der Tatsache, daß die Regierungskoalition unter Kanzler Helmut Kohl die Vertrags- und Entspannungspolitik ihrer Vorgänger fortsetzte, nachgerade widersinnig erscheinen könnte.

Jedoch schon die Anfänge der Entspannungspolitik, die ersten tastenden Versuchen die „neue Ostpolitik“ auf den Weg zu bringen, enthielten bereits – wie die Dokumentenanalyse in den Archiven der ehemaligen DDR belegt – die Dimension der Mobilisierung außengeleiteter Interessen für den Prestigezuwachs in der innenpolitischen Agenda.[8] Die internen Berichte des zentralen Parteiapparates der SED und die gegenseitigen Informationen zwischen SED und KPdSU enthalten über alle Jahre hunderte von Beispielen aus Unterredungen, in denen Emissäre aus der Bundesrepublik um Wahlkampfhilfe durch die SED oder KPdSU nachsuchen. „SPD habe keine Zukunft ohne Unterstützung UdSSR und anderer brüderlicher Länder“, soll Egon Bahr laut Telegramm von DDR-Botschafter Winkelmann im Juli 1983 gegenüber dem Politbüromitglied der KPdSU Boris Ponomarjow geäußert haben.[9]

Der Einflußzuwachs, den die SED auf innen- und deutschlandpolitische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Bundesrepublik erlangen konnte, war – so die These dieser Expertise – nicht in erster Linie ein

8 Vgl. hierzu u. a. die Gespräche von Egon Bahr und Willy Brandt mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Pjotr Abrassimow, ausgewertet in Jochen Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970, a.a.O. S. 178 ff. u. S. 242 ff.

9 Egon Winkelmann: Telegramm v. 20.7.83 an Erich Honecker betr. Information über Bahrs Gespräche in Moskau; Fundort: SAPMO-BArch, ZPA, Vorl. SED, Signatur: 37086/2, Bestand Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft

Resultat ihrer Westpolitik, sondern eine Folge des Abbaus des antitotalitären bzw. diktaturkritischen und liberalen Konsenses in den Zentren der westdeutschen politischen Kultur sowie, einander wechselseitig bedingend, der Wandel des von den einschlägigen Wissenschaftsdisziplinen, der Schulpädagogik und weiten Teilen der Medien verbreiteten DDR-Bildes.

Kurz vor seinem Ende stand der SED-Staat dicht vor dem qualitativen Durchbruch in seiner Westpolitik. Die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft war in greifbare Nähe gerückt; Überlegungen, das Wiedervereinigungsgebotes aus der Präambel des Grundgesetzes zu streichen, trafen auf Befürworter in allen Fraktionen des Deutschen Bundestages.

Institutionen der SED-Westpolitik

Die verschiedenen Ebenen der Konzipierung und Umsetzung der SED-Westpolitik waren 1. Politbüro und ZK-Sekretariat als verantwortliche Entscheidungsebene; 2. Westkommission beim Politbüro, Westabteilung des ZK bzw. ab 1984 Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft und Arbeitsbüro des ZK als die für konzeptionelle Vorarbeiten wie auch politische Umsetzung verantwortliche Leitungsebene; 3. die Ebene der für die operative Durchführung der Westpolitik verantwortlichen Funktionäre unter zentraler bzw. bezirklicher Anleitung. Eine eigenständige Politik staatlicher Organe der DDR, von Massenorganisationen oder Blockparteien gegenüber der Bundesrepublik existierte dagegen nicht; das gilt auch für das 1965 eingerichtete Staatssekretariat für gesamtdeutsche bzw. später westdeutsche Fragen, das unter der direkten Anleitung Walter Ulbricht, stand und 1971 wieder aufgelöst wurde sowie für die Westdeutsche bzw. Westberlin-Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.

Über ihren ZK-Apparat, diverse anleitende Kommissionen und über ihre in allen Institutionen und Organisationen eingesetzten Funktionäre, Gefolgsleute und Agenten des Sicherheitsapparates hatte die SED den gesamten Bereich der Westpolitik fest im Griff. Die einzige Ausnahme bildete – wie aus zahlreichen Materialien des zentralen Parteiapparats hervorgeht – die Kulturpolitik; trotz aller Bemühungen der dafür zuständigen SED-Kader verschiedenster Ebenen gelang es nicht, Musik, Kunst und Literatur in gleichem Maße für die Westpolitik zu funktionalisieren wie etwa die Wissenschaft.

Die Westarbeit umfaßte die allgemeine Agitation und Propaganda der SED in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin sowie die gezielte Anknüpfung von Kontakten zu Politikern, Gewerkschaftsfunktionären, Journalisten, Wissenschaftlern und anderen bedeutsamen Personen des öffentlichen und politischen Lebens. In die Westpolitik der SED waren die Blockparteien und in der DDR existierenden Massenorganisationen ebenso einbezogen wie die

Ministerien, kommunalen Einrichtungen und alle anderen staatlichen Institutionen bis hin zur Binnenschiffahrt.

Die Westarbeit der SED wurde seit Anfang der 60er Jahre von einer speziellen Kommission beim Politbüro koordiniert. Diese Einrichtung firmierte zuerst als Kommission für gesamtdeutsche Arbeit bzw. Zentrale gesamtdeutsche Kommission beim Politbüro und wurde nach dem Mauerbau als Westkommission beim Politbüro geführt. Die Aufgabe dieser Kommission war kurz gefaßt laut Mitteilung des Politbüros vom 27.7.1959 an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen die „straffe operative Leitung der gesamtdeutschen Arbeit nach Westdeutschland“. Sie war „im Rahmen der Beschlüsse des Politbüros weisungsberechtigt für alle Organisationen und Institutionen, soweit es deren gesamtdeutsche Arbeit betrifft“. Im Juni 1965 erhielt die Westkommission beim Politbüro den Status eines beratenden Gremiums, alle Leitungsaufgaben wurden der bis dahin als Apparat der Westkommission verdeckt arbeitenden ZK-Abteilung 62 (später Abteilung 70) überantwortet. Dieses ZK-Organ trug die Bezeichnung Westabteilung. Sie wurde 1984 in Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) des ZK der SED umbenannt. Die Westabteilung bzw. Abteilung IPW des ZK sollte auch die Westarbeit anderer Einrichtungen des zentralen Apparats, der Massenorganisationen und Blockparteien anleiten. Ihre personelle Ausstattung lag über alle Jahre in einer Größenordnung zwischen 30 und 40 politischen Funktionären. Dazu kamen einige sogenannte technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Sekretärinnen, Grafiker, Fahrer, usw.). (Als Dokumente 2 und 3 enthält der Dokumentenanhang Arbeitspläne dieser Abteilung aus den Jahren 1971 und 1989)

Im hier behandelten Zeitraum leitete die Arbeit der Westkommission Albert Norden (Politbüromitglied und ZK-Sekretär), der bis 1981 die Verantwortung für die Westarbeit der SED trug. Später unterstand dieser Bereich Hermann Axen. Die Abteilungsleiter der Westabteilung bzw. der Abteilung IPW waren im hier behandelten Zeitraum Heinz Geggel bis 1972, Herbert Häber bis 1985 und Gunter Rettner bis zur Wende.

Neben der Westkommission existierte im ZK-Apparat lange Zeit die Abteilung Arbeitsbüro, die mit der Anleitung der illegalen KPD bzw. seit 1968 der DKP befaßt war.[10] In den 50er Jahren war der Aufgabenbereich dieser Abteilung weiter gefaßt und beinhaltete im Rahmen der operativen Arbeit in der Bundesrepublik insbesondere auch die auf SPD und DGB gerichtete Einflußpolitik. Diese ZK-Abteilung wurde 1972 aufgelöst, ihre Funktion und ihre Mitarbeiter wurden von der Westabteilung des ZK übernommen. Die Leitung des Arbeitsbüros oblag seit 1952 Erich Glückauf, einem altgedienten kommunistischen Funktionär. Er wurde 1959 auf Beschluß des Politbüros der

10 Vgl. hierzu u. a. Dr. Hans Peter Müller: Expertise für Ihre Enquete-Kommission: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP

SED in die Parteiführung der KPD delegiert. Gleichzeitig war er bis 1968 als Mitglied des Politbüros der illegalen KPD tätig und wurde – so zumindest die Pläne der Westabteilung des SED-Zentralkomitees – einige Zeit nach Gründung der DKP in deren Präsidium kooptiert.

Die Bezirksleitungen der SED, denen ebenfalls Westkommissionen bzw. später Sektoren für Westarbeit angegliedert waren, bekamen „Patengebiete“ in der Bundesrepublik zugewiesen, die in den einschlägigen Berichten zumeist als „Einflußgebiete“ bezeichnet wurden. Der Personenkreis, der in diesen „Einflußgebieten“ von den Bezirksleitungen zu betreuen war, unterlag einer hierarchischen Eingrenzung. Die Bezirksleitungen waren für Landes- und Regionalpolitiker und die dementsprechenden Hierarchieebene der Gewerkschaften und anderer Verbände zuständig. Bundestagsabgeordnete und höhere SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre fielen in den Verantwortungsbereich der Westkommission beim Politbüro bzw. später der Westabteilung des ZK. Aus den bei der Westabteilung des ZK gesammelten Berichten der SED-Reisekader konnte die Verantwortlichkeit der Bezirksleitungen wie folgt rekonstruiert werden:

Neubrandenburg: Kiel, Husum

Schwerin: Lübeck, Bremen, Bremerhaven

Rostock: Hamburg

Potsdam: Hannover, Osnabrück, Emden

Halle (Saale): Essen, Mülheim, Recklinghausen, Gelsenkirchen u. a. NRW-Städte

Magdeburg: Göttingen, Wolfenbüttel, Braunschweig Salzgitter

Karl-Marx-Stadt: Düsseldorf, Aachen, Wuppertal, Solingen, Siegburg, Remscheid, Köln

Frankfurt (Oder): Frankfurt/Main, Hanau, Offenbach usw.

Leipzig: Marburg, Kaiserslautern, Dortmund, Bochum, Ostwestfalen-Lippe

Cottbus: Saarbrücken, Völklingen, Saarlouis u. a.

Dresden: Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Tübingen, Stuttgart, Ludwigsburg u. a.

Suhl: Nürnberg, Augsburg

Gera: München, Landshut, Passau, Rosenheim, Straubing, Regensburg usw.

Eine Sonderrolle spielte die Westkommission bei der Berliner Bezirksleitung der SED. Sie hatte nach dem Mauerbau ihre nach West-Berlin gerichtete Arbeit weitgehend beendet. Lediglich der FDGB setzte seine Arbeit in West-Berlin in Abstimmung mit dem Parteivorstand der „SED-Westberlin“ fort. Dieser kleine

SED-Ableger wurde bis Mitte der 60er Jahre direkt vom Ersten Sekretär der Ost-Berliner Bezirksleitung, dem Politbüromitglied Paul Verner, angeleitet.

Erst Ende 1968 erhielt die Berliner Bezirksleitung definitiv den Patenbezirk Süd-Bayern und die Städte Augsburg und Ingolstadt zugeteilt. Aus den Arbeitsplänen für das 1. Halbjahr 1967 und dem Tätigkeitsbericht des Sektors Westarbeit vom Juli 1969 geht hervor, daß die Berliner Bezirksleitung nach Auswahl von 20 Einsatzkadern im Februar 1967 einen zweijährigen Vorlauf benötigte, ehe sie Anfang 1969 „die unmittelbare Arbeit in Bayern (Regierungsbezirk Schwaben)“ auch tatsächlich aufnahm.

Dies blieb jedoch für den verantwortlichen Sektor über alle Jahre ein Nebenschauplatz; Haupttätigkeitsfeld der Westarbeit der Berliner Bezirksleitung war demgegenüber die „Besucherarbeit“, d. h. die „Propagierung der Wahrheit über die DDR“ gegenüber den mit Visum aus der Bundesrepublik und West-Berlin einreisenden Bundesbürgern, sowie die Entwicklung von Maßnahmen gegen die „ideologische Diversion“, die von diesem Personenkreis ausging.

Neben den unmittelbar im Apparat der SED und ihren Massenorganisationen verorteten Abteilungen existierten diverse SED-Institutionen, die in zuarbeitender Funktion die Westpolitik der SED zu unterstützen hatten. Der wichtigste Braintrust für dieses Gebiet war im Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW) konzentriert, das sich entgegen seiner Namensgebung vorwiegend mit der Analyse von Politik und Wirtschaft der Bundesrepublik befaßte. Das IPW wurde gemäß einem Beschluß des Politbüros vom 6. Juli 1971 eingerichtet. Direktor des Institut war in der Gründungszeit kurzzeitig Herbert Häber, der von dem langjährigen Sektorenleiter der ZK-Westabteilung und späteren ZK-Mitglied Max Schmidt abgelöst wurde. Das IPW wurde direkt von der Westabteilung des ZK der SED angeleitet und erhielt aus dem zentralen Parteiapparat eine erheblichen Teil seiner Forschungsaufgaben zugewiesen. Im Jahre 1974 verfügte das IPW über einen Personalbestand von 437 Mitarbeitern. (Dokument 4)

Forschungsaufträge über die Bundesrepublik wurden des weiteren an das Institut für Marxismus Leninismus beim ZK der SED, an die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, an die Akademie der Wissenschaften der DDR und an andere wissenschaftliche Einrichtungen vergeben. In der universitären Forschung existierten zwei Zentren der „BRD-Forschung“. Eines an der Ost-Berliner Humboldt-Universität, das andere an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Neben Auftragsforschung für Partei- und Regierungsabteilungen fiel den einschlägigen wissenschaftlichen Experten auch die Aufgabe zu, in den zahlreichen Begegnungen mit Kollegen aus der Bundesrepublik das dortige DDR-Bild zu korrigieren und in der scientific community ihre sozialistische Nation DDR würdig zu vertreten. Ein Beispiel für die Tätigkeit dieser akademischen Experten für die Westarbeit war das zwischen Vertretern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim

ZK der SED und der Grundwertekommission des Parteivorstand der SPD ausgearbeitete gemeinsame Papier über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“.

In der Bundesrepublik verfügte die SED im hier behandelten Zeitraum mit der von der Abteilung Arbeitsbüro im ZK angeleitete illegale KPD und später mit der von der Westabteilung bzw. Abteilung IPW angeleiteten DKP sowie der SEW in West-Berlin über einen zusätzlichen Interventionsapparat, der es bekanntlich in einigen gesellschaftlichen Bereichen zu beträchtlicher Wirkungsmacht brachte, die weit über die an Wahlergebnissen abzulesende Zustimmung hinausging.

Schließlich sind die auf die Bundesrepublik zielenden Apparate des MfS und hier vor allem die HV A zu nennen, die – das sei noch einmal nachdrücklich betont – im Rahmen der politischen Vorgaben der SED-Führung tätig wurden.[11] Das Zusammenspiel der verschiedenen Institutionen der SED soll anhand des Fallbeispiels der „Wehner-Aktion“, einer gezielten und über lange Jahre geführten Denunziations- und Desinformationskampagne beleuchtet werden.

Fallbeispiele

1. *Die Denunziations-Kampagne gegen den stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD, Herbert Wehner*

Die von der SED als „Wehner-Aktion“ bezeichnete Kampagne wurde durch ein Interview Herbert Wehners ausgelöst. Am 8. Januar 1964 strahlte das ZDF die Sendung „Zur Person“ aus, in der Wehner äußerte, durch das Exil in der Sowjetunion sei er nach seiner Konfrontation mit dem Nationalsozialismus in Deutschland mit der anderen Variante des Totalitarismus konfrontiert worden. „Dann habe ich in dieser deutschen Wirklichkeit so etwa 49 Prozent des Totalitarismus kennengelernt, die übrigen 51 Prozent habe ich in der kommunistischen Wirklichkeit, in der sowjetischen kennengelernt, einschließlich der kommunistischen Wirklichkeit im Untergrund.“

Walter Ulbricht verlangte, nachdem ihm der Wortlaut des Interviews vorlag, eine Kampagne internationalen Ausmaßes. Am 28. Januar fand bei der Arbeitsgruppe Auslandsinformation im ZK-Apparat eine erste „Beratung zur Koordinierung internationaler Maßnahmen in der Wehner-Aktion“ statt. Es wurde festgelegt, daß bei der Aktion die SED selbst nur im Hintergrund agieren sollte:

11 Vgl. zur HVA insbesondere die jüngst erschienene sehr informative Darstellung von Peter Siebenmorgen: „Staatssicherheit“ der DDR, Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Bonn 1993

„a) Gegenüber den Bruderparteien in den sozialistischen Ländern und kapitalistischen Ländern tritt die KPD als Informant in Erscheinung und übermittelt entsprechende Materialien.

b) Die SED und die verschiedenen Organisationen in der DDR nutzen ihre Verbindungen und Kontakte zu Bruderparteien und Mitgliedern sozialdemokratischer Parteien nichtsozialistischer Länder – in erster Linie persönliche Kontakte –, um das Wehner-Material auszuwerten.“ (Dokumente 5)

Die Westabteilungs-Fachleute für Konterpropaganda konstruierten aus Versatzstücken der Justizakte und präparierten Zeugenaussagen über Wehners Verhalten im schwedischen Exil ihre Verrats-Legende. Per Hausmitteilung informierte Gabo Lewin seinen Chef Albert Norden am 14. Februar 1964 über den Stand der „Auswertung der Enthüllungen über Wehner“. Es sei geplant, daß im Deutschlandsender Personen auftreten, „die durch den Verrat Wehners betroffen wurden. Vorgesehen dafür sind die Genossinnen Bischoff und Friedländer, der Genosse Werther und die Genossin Hansson, Stockholm.“[12] Solveigh Hansson, die einzige nicht in der DDR lebende Beteiligte, wurde wie folgt beleumundet: „Arbeitet bei ADN in Stockholm als Übersetzerin. Steht fest in der Partei.“[13]

Die zentrale Darstellung der Verrats-Legende erschien in der „Berliner Zeitung“ vom 24. Januar 1964. Walter Ulbricht lag das Manuskript vorab zur Überprüfung vor. Unter der Schlagzeile: „Zur Person: Herbert Wehner“ wurden alle Register der Denunziation gezogen. Wehners Ausschluß aus der KPD wurde mit seiner „Zutreiberrolle für Himmlers Henker“ begründet, und Rudolf Breidscheid sei, „wie Zeugen berichten“, im Konzentrationslager „wegen der Aussagen Wehners von den SS-Mördern in Buchenwald noch grausamer gequält“ worden.

Dieser Artikel wurde nach seiner Veröffentlichung auch von der SED-Auslandsinformation verbreitet. Am 5. März 1964 setzte die „Berliner Zeitung“ ihre Kampagne mit einem Interview „Zur Person: Herbert Wehner. Eine Zeugin sagt aus“ fort. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen wurde behauptet, die Zeugin, Charlotte Bischoff, hätte „auf Grund unserer Veröffentlichung (...) die Redaktion der ’BZ’ besucht“ und ein spontanes Interview gegeben.

Ebenso inhaltsleer wie die Aussagen von Bischoff war ein Brief, den die „Berliner Zeitung“ am 7. März 1966 in einer weiteren Folge ihrer Serie: „Zur Person: Herbert Wehner. Ein weiterer Zeuge sagt aus“ herausbrachte. Es „erreichte uns jetzt ein Brief von Herrn Paul Werther, der die Kette der Beweise fortsetzt“. Werther, zeitweilig mit Wehner im Lager Smedsbo

12 Gabo Lewin, Westkommission beim Politbüro des ZK der SED: Hausmitteilung an Norden vom 14.2.64 mit Anlagen betr. weitere Auswertung der Enthüllungen über Wehner und Einfluß westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien auf die SPD; Fundort: SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: IV A2/2028/24, Bestand Büro Norden.

13 SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: J IV 2/202/586, Bestand Büro Ulbricht.

interniert, konnte jedoch nur anführen, er habe schon damals Wehner für unglaubwürdig gehalten und dichtete ihm eine „prahlerische Schwatzhaftigkeit“ an. Schließlich erschien am 16. März 1964 unter der Überschrift „Zur Person: Herbert Wehner. Er hat uns alle verraten“, genau wie von der Westkommission geplant, ein Interview mit Erika Friedländer.

Eine Sonderausgabe, „Zur Person: Herbert Wehner. Notwendige Richtigstellung eines Lebensbildes“ brachte die Zeitschrift „Sozialistische Briefe“ heraus. Diese von der Westkommission beim Politbüro herausgegebene Zeitschrift wurde regelmäßig in einer Auflage von 30.000 Exemplaren an Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre in die Bundesrepublik verschickt.[14]

Nach gleichem Muster wurde auch in diesem Blatt das Wehner-Bild, „die schmutzige Vergangenheit“, zurechtgebogen. Unter der Überschrift: „Übergang zum Feind“ heißt es: „Wie aus den Akten der schwedischen Polizei und aus den Protokollen des später gegen Wehner geführten Prozesses hervorgeht, verriet er alles, was er aus seiner illegalen Tätigkeit, was er über den illegalen Apparat der antifaschistischen Bewegung wußte. Dabei war ihm wohl bekannt, daß schwedische Polizeistellen damals mit der Gestapo zusammenarbeiteten.“[15]

In der Aprilausgabe der „Sozialistischen Briefe“ fungierte wieder Erika Friedländer als Zeugin, die die „Kollaborationsarbeit des heutigen stellvertretenden SPD-Vorsitzenden“ aus nächster Nähe erlebt habe. Ihre Beschuldigungen stützten sich jedoch einzig auf die Tatsache, daß sie vier Wochen nach Wehners Inhaftierung ebenfalls verhaftet wurde.[16]

Bezeichnenderweise beteiligte sich keiner der hochrangigen SED-Funktionäre, die im schwedischen Exil mit Wehner in der Illegalität zusammengearbeitet hatten, öffentlich an der Kampagne. Weder Matern oder Glückauf noch

14 Als Herausgeber der Zeitschrift „Sozialistische Briefe“ trat nicht die Westkommission bzw. die Westabteilung in Erscheinung. Als Herausgeber fungierten prominente ehemalige Sozialdemokraten, die sich an der Zwangsvereinigung von KPD und SPD beteiligt hatten. Auf diese Weise sollte vorgespiegelt werden, daß die Zeitschrift ein Organ der Diskussion zwischen dem sozialdemokratischen Bestandteil der SED und westdeutschen Gewerkschafts- und SPD-Funktionären sei. Als Begründer bzw. Herausgeber der seit 1957 bestehenden Zeitschrift wurden u. a. im Impressum aufgeführt: Helmut Lehmann (1918 Mitglied des Arbeiter und Soldatenrats in Dresden, 1918–33 geschäftsführender Vorsitzender des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen in Dresden, in der Zeit des Nationalsozialismus mehrfach inhaftiert, später Mitglied des Politbüros der SED), Otto Buchwitz (1924–33 SPD-Reichstagsabgeordneter, 1941–45 KZ-Haft, ab Juli 1945 Vorsitzender der sächsischen SPD, später ZK der SED, Alterspräsident der Volkskammer), Wilhelm Koenen (1919 Mitglied der Nationalversammlung für die USPD, 1920 Übertritt zur KPD, von 1920–32 Abgeordneter des Deutsche Reichstages, Exil in Großbritannien, 1946 PV – später ZK der SED), Carl Litke (seit 1928 SPD-Reichstagsabgeordneter, 1931 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1933–39 Inhaftierung, 1945 ZA der SPD, 1950–54 Kandidat des ZK der SED, später Präsidium der Volkssolidarität). Politisch und organisatorisch war die Redaktion „Sozialistische Briefe“ im „Arbeitsbereich Agitation“ der Westabteilung des ZK der SED verortet.

15 Zur Person: Herbert Wehner. Notwendige Richtigstellung eines Lebensbildes, Sozialistische Briefe Sonderausgabe, Berlin 1964, S. 10.

16 Erika Friedländer: Wehner hat uns verraten, Sozialistische Briefe Nr. 4. 1964, S. 113.

Stahlmann oder Seydewitz nahmen Stellung, ganz zu Schweigen von Karl Mewis, der, wie die in den ZK-Archiven lagernden schwedischen Gerichtsakten belegen, im Unterschied zu Wehner substantielle Aussagen über den illegalen Apparat der KPD in Schweden und über Differenzen innerhalb der Partei zu Protokoll gegeben hatte. Dieser Umstand führte kurz nach dem Auftauchen der schwedischen Akten in Ost-Berlin zur Ablösung von Karl Mewis aus allen wichtigen Partei- und Staatsfunktionen. Anfang Januar 1963 sang- und klanglos aus dem Politbüro der SED entfernt, verlor er seine Ämter als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission sowie Mitglied des Staatsrates der DDR und wurde als Botschafter nach Polen versetzt.

Die in der Akte Wehner enthaltene 62-seitige Aussage von Mewis erklärt im übrigen auch den Umstand, warum das MfS vom ZK-Apparat der SED nur Teile der schwedischen Akten zur Verfügung erhielt.[17] In dem Sachstandsbericht des MfS vom 12.8.66 (vgl. Dokumente 7), in dem dies festgehalten wurde, findet sich auch das Eingeständnis des MfS-Experten, daß die bisher gegen Herbert Wehner geführte Kampagne die Verratlegende nicht beweisen konnte: „Der kausale Zusammenhang zwischen dem von Wehner begangenen Verrat und den nach etwa einem Jahr darauf erfolgten Verhaftungen der ins Land geschickten Instrukteure und der Angehörigen der von diesen angeleiteten Gruppen konnte bisher nicht erbracht werden.“ Das bedeutete jedoch keineswegs, daß SED und MfS ihre Konterpropaganda nicht weiterführten.

Spuren der Konterpropaganda gegen Herbert Wehner finden sich in den überlieferten Archivbeständen der SED im „Büro Ulbricht“. Aus diesem Archivbestand wird ersichtlich, daß sich Walter Ulbricht die Ergebnisse der gegen Wehner gerichteten Maßnahmen des SED- und MfS-Apparates vorlegen ließ, um sie – wie seine Unterstreichungen zeigen – selbst aufmerksam zu begutachten. Am 11. März 1966 dokumentierte DIE ZEIT ein anonymes Kritik-Papier: „Die Anklage der SPD-Fronde gegen Herbert Wehner“. Auch dieses ZEIT-Dokument findet sich im Bestand „Büro Ulbricht“. Der Text, der zeitgleich auch in der „Frankfurter Rundschau“ erschien, sollte angeblich von einer Gruppe unzufriedener Sozialdemokraten stammen. Das Material war zunächst der Illustrierten „Quick“ angeboten worden, die jedoch die Veröffentlichung unterlassen hatte. In dem Papier wurde Wehner vorgeworfen, die SPD wie eine kommunistische Partei zu führen. Er wurde als „Fremdkörper in der Partei“ bezeichnet. Aufgefrischt wurde auch die schwedische Verratslegende, seine Tätigkeit im „ZK-Apparat“ der KPD, diverse Spekulationen über

17 Wie aus den am 24.1.94 von der Behörde des Bundesbeauftragten Gauck der Presse übergebenen MfS-Unterlagen hervorgeht war MfS- Major Schwabe von der Hauptabteilung XI/10 darüber informiert. Er teilte am 12.8.66 seinen Vorgesetzten Minister Erich Mielke und Oberst Heinitz mit, daß sich eine vollständige Kopie der Gerichtsunterlagen „nur beim ZK der SED“ befänden. Fundort: Presseakten BStU v. 24.1.94 (dortige Paginierung Blatt 249)

Agentengeschichten etc. In den folgenden Tagen geisterten diverse Spekulationen über die Urheber des Textes durch die Medien. Kurzzeitig wurde sogar vermutet, es handele sich um Redakteure des „Vorwärts“.

Am 18. März erschien „Brandts Antwort auf das Pamphlet“ in der ZEIT. Der Parteivorstand wies alle Vorwürfe zurück, stellte sich uneingeschränkt vor Herbert Wehner und erklärte: „Die bösartige und hinterhältige Entstellung des politischen Lebensweges von Herbert Wehner richtet sich von selbst.“ Die anonymen Sozialdemokraten, die das Pamphlet angeblich verfaßt hatten, meldeten sich in der nächsten Zeit nicht mehr zu Wort. Die Gründe hierfür lagen jedoch nicht an dem Machtwort der SPD-Spitze. Am selben Tag, an dem der SPD-Parteivorstand seine Vertrauenserklärung für Wehner aussprach, beantwortete dieser erstmals seit 1946 offiziell ein Schreiben der SED-Führung. Mit dem 18. März 1966 setzte das Tauziehen zwischen SPD und SED um einen „Redneraustausch“ zwischen beiden Parteien ein. Die Konterpropaganda der SED fror kurzzeitig ihre Kampagne gegen Herbert Wehner ein.

Nachdem die ersten taktischen Geplänkel um die Frage des „Redneraustausches“ der SED deutlich machten, daß sie die SPD nicht aus dem deutschlandpolitischen Grundkonsens der Bundestagsparteien lösen konnte und die Sozialdemokraten in der Frage des Redneraustausches immer mehr in eine Offensivposition kamen,[18] sollten innerhalb des SPD-Parteivorstandes Konflikte geschürt werden. Zwei der von der SED erwarteten und für die öffentliche Diskussion besonders unerwünschten SPD-Redner, Herbert Wehner und Helmut Schmidt, sollten durch eine gezielte Diversionsmaßnahme verunsichert werden.

Das geht aus einem bisher unveröffentlichten Dokument der Hauptverwaltung A des MfS vom 17. Mai 1966 hervor, das der Autor dieser Expertise im Bestand „Sekretariat des Ministers“ im Zuge seiner Recherchen im Archiv der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR fand. Dieser von Oberstleutnant Wagenbreth (HV A Abt. VII/F) an Markus Wolf übermittelte „Vorschlag einer Maßnahme zur Beeinträchtigung des Verhältnisses zwischen Wehner und H. Schmidt im Parteivorstand der SPD“ zeigt sehr plastisch und konkret einen Aspekt der operativen Arbeitsweise des Wolf-Apparates (Dokument 6).[19] Weiterhin ist im Dokumententeil der „Informationsbericht über die bisherige Arbeit am Komplex Wehner“ vom 12.8.66 (Dokumente 7) enthalten sowie ein „Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Bearbeitung des Vorgangs Wehner“ vom

18 Vgl. hierzu Staadt: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970 a.a.O. S. 167 ff.

19 Der Vorschlag von Wagenbreth wurde von Generalleutnant Markus Wolf mit der handschriftlichen Bemerkung, „Mit der Bitte um Kenntnis. u. Entscheidung“ an MfS-Minister Erich Mielke noch am gleichen Tag weitergeleitet. Ob dieser Vorschlag umgesetzt wurde ist geht aus der Akte nicht hervor. Fundort: BStU, ZA, Sekretariat des Ministers, Signatur: 1868, S. 3 ff.

4.1.67 (Dokument 8).[20] Zu diesem Zeitpunkt hatte Herbert Wehner bereits sein Amt als Minister für gesamtdeutsche Fragen angetreten und wurde von der SED-Propaganda in schärfster Form attackiert.

Ihrem Rechenschaftsbericht zufolge begriff die Westabteilung des ZK der SED 1967/68 ihre Agitation und Propaganda als „Auseinandersetzung mit der Politik der Kiesinger/Strauß/Brandt/Wehner-Regierung und deren Programm des Revanchismus und Neonazismus, der Bonner Alleinvertretungsanmaßung und der 'inneren Staatsreform'".[21] Im Mai 1967 erörterten die Wehner-Experten des MfS, Wagenbreth und Knaust in Moskau mit dem KGB, ob es zweckmäßig sei, aktive Maßnahmen gegen Herbert Wehner (im Dokument „CORNELIUS" genannt) vorzubereiten und durchzuführen. „Ziel dieser Maßnahmen könnte die Entfernung von „CORNELIUS" als einem der gefährlichsten Funktionäre des rechten Flügels der SPD von der politischen Bühne sein."[22] Als operatives Material erhielt das MfS die handschriftlichen Berichte, die Herbert Wehner 1937 für das NKWD verfaßt hatte. Eine Veröffentlichung durch das MfS erfolgte jedoch nicht. Das mittlere Beben, das die Veröffentlichung des Materials im SPIEGEL am 10.1.94 in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik noch knapp 27 Jahre später auslöste, läßt erahnen, welche Sprengkraft dieses Material 1967 besessen hätte.

Die von mir bisher ausgewerteten archivalischen Überlieferungen unterschiedlicher Provenienz lassen keine eindeutige Antwort auf die Frage zu, warum das MfS das 1967 in seinen Besitz gelangte Material offenbar nicht gegen Wehner zum Einsatz brachte. Es kann jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die SED-Führung einer Veröffentlichung dieses Kapitels der „Geschichte der Arbeiterbewegung" niemals zugestimmt hätte. Walter Ulbricht selbst war in die unter Mitwirkung des Politbüros der KPD begangenen Verbrechen verstrickt. Die SED-Führung war in den Diskussionen nach dem XX. Parteitag der KPdSU stets allen Forderungen nach Entstalinisierung und Aufklärung der eigenen stalinistischen Vergangenheit mit dem Argument begegnet, daß es in der Geschichte von KPD und SED keine solche Vergangenheit gegeben habe.

Als weiteres Indiz ist anzuführen, daß die Parteiführung ihre eigenen Aktenbestände ähnlicher Art, über die sie auch schon vor Übergabe der NKWD-Akten verfügte, dem MfS offenbar nicht zugänglich gemacht hat. Im zentralen Archiv

20 Auch dieser von Major Schwabe verfaßte Bericht befand sich nicht in dem von der Behörde des Bundesbeauftragten am 24.1.94 der Presse übergebenen Konvolut; Fundort: BStU, ZA, Sekretariat des Ministers, Signatur: 1868, S. 6 ff.

21 Westabteilung des ZK der SED: Information vom 25. Juni 1968 über die Propagandaarbeit in Westdeutschland im 1. Halbjahr 1968; Fundort: SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: IV A2/2028/39, Bestand Büro Norden.

22 Schreiben an den Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, datiert handschriftlich 10.5.67. Übersetzung aus dem russischen. Fundort: Presseakten BStU v. 24.1.94 (dortige Paginierung Blatt 264 ff.)

der SED lagerten im Bestand Kommunistische Partei Deutschlands, ZK, Politbüro Moskauer Exil-Akten von ähnlicher Brisanz, wie der nun bekannt gewordene Bericht Wehners aus dem Jahre 1937. Es finden sich z. B. von Kurt Funk (Parteiname Wehners) unterzeichnete Ausschlüsse aus der KPD im Moskau dieser Jahre und mindestens eine Fahrkarte in eines der Internierungslager. Indes kamen auch diese Dokumente in der Anti-Wehner-Kampagne nicht zum Einsatz.[23]

Seit dem 11. Juni 1968 verhandelte Herbert Wehner im Rahmen seines Verantwortungsbereiches als Minister für Gesamtdeutsche Fragen häufig mit DDR-Rechtsanwalt Vogel über humanitäre Fragen. Der Sekretär der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, Dr. Schöler, erklärte gegenüber der Berliner Zeitung im Januar 1971, „daß es sich ausschließlich um Gespräche mit Rechtsanwalt Vogel im Rahmen der Freikaufsgespräche zur Regelung humanitärer Angelegenheiten“ gehandelt habe.[24] In einem im Rahmen der Recherchen zu dieser Expertise aufgefundenen und inzwischen von der Behörde des Bundesbeauftragten der Presse übergebenen Vermerk vom 20.7.71 aus dem Bestand „Sekretariat des Ministers“ sind die genauen Daten der 16 Treffen zwischen Wehner und einer als „Quelle“ (Rechtsanwalt Vogel – JS) bezeichneten Person aufgelistet. Eingangs dieses Vermerks heißt es: „Einleitend muß hervorgehoben werden, daß Wehner gleich bei dem ersten Gespräch am 11. 6. 1968 unserer Quelle seine Bitte vortrug, einen Politiker der DDR als Gesprächspartner zu vermitteln. Wehner betonte, daß er jeder Zeit an jedem Ort zu einem solchen Gespräch bereit sei. Diskretion sei garantiert, da er nur den Bundeskanzler Brandt von einem solchen Gespräch unterrichten würde.“(Dokument 9)[25] Schöler führte als Beleg für seine Aussage die Kalender von Herbert Wehner an. Fraglich, ob Herbert Wehner eine Aussage, wie sie im oben zitierten Vermerk wiedergegeben wird, seinem Kalender anvertraut hätte.

Ein weiteres Dokument aus dem Sekretariat des Ministers, mit handschriftlicher Datierung vom 13.7.71, in Übersetzung aus dem Russischen enthält aus sowjetischer Geheimdienstquelle den Hinweis auf ein Treffen Herbert Wehners mit einem „Vertreter der DDR (Name ist nicht bekannt)“, das auf Initiative der DDR-Seite am 13. Dezember 1970 zustandegekommen sei. Die im oben zitierten MfS-Vermerk enthalten Aufstellung verzeichnet für den 13. Dezember 1970 ein Treffen Wehners mit Vogel „in der Wohnung Wehners in Bonn“. In der sowjetischen Mitteilung heißt es: „Der Vertreter der DDR erklärte gegenüber Wehner, daß er bevollmächtigt sei, mit ihm die Möglichkeit

23 Vgl. zu den Vorgängen in Moskau Reinhard Müller: Die Akte Wehner, Berlin 1993

24 Absurd, daß Herbert Wehner ein Ost-Spion war, Über einen fast schon vergessenen Streit, die alten Männer der westdeutschen Sozialdemokratie und neue Kämpfe der Erben; in: Berliner Zeitung vom 22./23. Januar 1994, S. 63

25 Vermerk vom 20. 7. 1971; Fundort: BStU, ZA, Sekretariat des Ministers, Signatur: 1423, Blatt 161 f.

der Durchführung eines Treffens mit einer der verantwortlichen führenden Persönlichkeiten der DDR zu erörtern und er seine Einstellung zu einem solchen Treffen erfahren möchte. Wehner antwortete positiv.“ Auswahl des Gesprächspartners und Ort des Treffens sei der DDR überlassen. Über das Gespräch habe Wehner nur Willy Brandt informiert, „der ihm angeblich volle Handlungsfreiheit gewährt habe“.[26] (Dokument 10)

Da der MfS-Vermerk über die 16 Treffen Wehners mit Vogel vom 20.7.71 datiert, am oberen Blattrand der sowjetischen Nachricht handschriftlich das Datum 13.7.71 eingefügt wurde, kann angenommen werden, daß MfS-Minister Mielke nach Erhalt der sowjetischen Information eine Zusammenfassung des Sachstandes angefordert hat und als „Vermerk“ eine Woche später erhielt. Die Übereinstimmung der beiden Quellen und der Hinweis an Mielke im MfS-Vermerk, man sei informiert und wisse, daß Wehner schon beim ersten Gespräch um einen Politiker der DDR als Gesprächspartner bat, erschüttert die Aussage des SPD-Historikers Schöler, derzufolge es bei Wehners Kontakten „ausschließlich“ um humanitäre Angelegenheiten („H-Fälle“ und „P-Fälle“ = politische Gefangene) gegangen sei.

Schließlich findet sich in einer anderen Akte aus diesem Bestand ein Schreiben von Herbert Wehner an Rechtsanwalt Vogel vom 27. Februar 1969, das diese These völlig widerlegt und im Prinzip den MfS-Vermerk vom 20.7.71 bestätigt. Das Wehner-Schreiben liegt als bereits stark verblaßte Kopie grünlicher Farbe vor, eine schlecht lesbare Kopie ist im Dokumentenanhang enthalten. Der Inhalt sei hier referiert. (Dokument 11)

Herbert Wehner deutete Rechtsanwalt Wolfgang Vogel unter „betr. Bundesversammlung“ an, daß eine Verlegung möglich wäre, wenn über die Aufhebung der Behinderung von West-Berliner Bürgern verhandelt werde. Die Bundesregierung wünsche dafür einen „überzeugenden Beitrag in Richtung größerer Freizügigkeit in Berlin“ als Entgegenkommen. Wehners Vorschlag lautete, die West-Berliner sollten, was Besuchs- und Reiseangelegenheiten betrifft, Bundesbürgern gleichgestellt werden. Am Ende des Briefes findet sich folgende nicht zweifelsfrei zu entschlüsselnde Passage: „Erlauben Sie mir bitte, mich am Schluß meines Schreibens Sie um Verzeihung zu bitten, daß ich Sie, verehrter Herr Vogel, damit belade, dieses Schreiben weiter zu geben, ich hätte mir die Freiheit nicht genommen, wenn ich nicht meinte, auf Grund der besonderen Mitteilung, die Sie mir vor vierzehn Tagen zu machen hatten, meiner damaligen Antwort diesen Nachtrag hinzufügen zu dürfen.“[27]

Die Behauptung, es lasse „sich nachweisen, daß es sich ausschließlich um Gespräche mit Rechtsanwalt Vogel im Rahmen der Freikaufgespräche

26 Ebd. Blatt 160

27 Schreiben Herbert Wehners an Wolfgang Vogel vom 27. Februar 1969; Fundort: BStU, ZA, Sekretariat des Ministers, Signatur: 1868

zur Regelung humanitärer Angelegenheiten handelte“, die Schöler unter Bezugnahme auf die 16 vom MfS aufgelisteten Treffen zwischen dem 11.6.68 und dem 5.6.71 mit den Notizbüchern Herbert Wehners zu untermauern suchte, ist angesichts der hier beschriebenen Dokumente nicht mehr haltbar. Es ergibt sich aus dem geschilderten Zusammenhang dann aber die Frage, warum ein SPD-Historiker geheime politische Sondierungen Herbert Wehners, die an und für sich im historischen Kontext gar nicht problematisch erscheinen, im Vorgriff einer hinreichenden Würdigung der vorliegenden Quellen in Abrede zu stellen versucht.

Obschon es seit dem 11. Juni 1968 geheime Treffen zwischen Herbert Wehner und Wolfgang Vogel gab, und offenbar unberührt davon, was auch immer die während dieser Begegnungen erörterten Themen gewesen sein mögen, setzten SED und MfS ihre Konterpropaganda gegen Herbert Wehner in der Bundesrepublik fort. Ein Ergebnis der koordinierten Tätigkeit der Westabteilung des ZK der SED und der HV A des MfS erschien vier Monate vor der Bundestagswahl im Mai 1969 in der Bundesrepublik in Buchform. Der politische Enthüllungsjournalist Hans Frederik veröffentlichte in seinem „Verlag politisches Archiv“ ein 640 seitiges Buch über Herbert Wehner. Es trug den Titel: „Gezeichnet vom Zwielicht seiner Zeit“ und erlebte sechzehn Auflagen mit nahezu 200.000 verkauften Exemplaren (Dokument 12).[28] Aus den Unterlagen des „Büro Ulbricht“ kann rekonstruiert werden, wie dieser Kanal für Konterpropaganda funktionierte.

Erstmalig findet sich der Name Frederik im Bestand des für Westarbeit zuständigen ZK-Sekretärs Albert Norden. Mit Anschreiben vom 31. Juli 1963 erhielten Norden und Hermann Matern von dem Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus, Roland Bauer, „eine kurze Inhaltsübersicht über die uns von Frederic zur Verfügung gestellte schwedische Gerichtsakte über Herbert Wehner“ (Dokument 13).[29] Bei dem erwähnten Frederic handelte es sich um Hans Frederik, der die Gerichtsdokumente, wie die SED-Westexperten vermuteten, durch Bestechung in seinen Besitz gebracht hatte.[30] Mit Datum vom 6. Januar 1963 lag Walter Ulbricht eine erste Zusammenfassung der „Akte Wehner“ vor, die Gabo Lewin und ein weiterer Mitarbeiter der

28 Hans Frederik: Gezeichnet vom Zwielicht seiner Zeit, Landshut 1969

29 Roland Bauer, Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED: Schreiben an Norden vom 31.7.1963 (handschriftliche Anmerkungen stammen von Albert Norden), Anlage Inhaltsübersicht der schwedischen Justizakten über Herbert Wehner; Fundort: SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: IV A2/2028/24, Bestand Büro Norden.

30 Hans Frederik besaß mit dem „Pinar-Dienst“ ein politisches Informationssystem und war Inhaber der Humboldt-Verlags GmbH, in der er seine Bücher veröffentlichte. Er recherchierte seit 1959 auch über sozialdemokratische Politiker in der Zeit des antifaschistischen Exils in Schweden. Teile der schwedischen Gerichtsakte Wehner hatte er sich im März 1961 besorgt und in seinem Enthüllungsbuch zur Bundestagswahl 1961 zitiert. Vgl. Hans Frederik: Die Kandidaten, München-Inning 1961.

Westabteilung des ZK erstellt hatten.[31] Frederik rühmte sich 1982 in einer Bilanz seiner Tätigkeit als politischer Journalist seiner Enthüllungserfolge. „Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger wurde entlarvt; Karl Schiller als vorbildlicher Nationalsozialist dokumentiert, und auch über Franz Josef Strauß veröffentlichte Frederik ein Buch. Die 'gemeinsamen Leichen', die 'Ehemaligen' und sonstigen verkappten Existenzen, die die SPD, CDU und FDP bis in die sechziger Jahre hinein im Sarg schlummern ließ, wurden in den Wahlkämpfen offen ausgehoben."[32]

Frederik verdankte Arno Behrisch – einem früheren SPD-Bundestagsabgeordneten, der 1961 zur DFU gewechselt war – seine Kontakte in die DDR. Am 19. August 1963 wurde Hermann Matern in seiner Eigenschaft als Präsidiumsmitglied der Nationalen Front von Gabo Lewin darüber informiert, daß er „einen Bericht in der Angelegenheit des Herrn Frederik, Inning am Ammersee, der das Aktenmaterial über Z. dem Institut für Marxismus-Leninismus übergeben hatte", erhalte. Es habe mit Genossen A.[33] „von unseren Sicherheitsorganen" eine Aussprache über Frederik gegeben. Ein Bericht über ihn sei auf Anforderung Max Spangenbergs auch an das Politbüro gesandt worden. Frederik werde zur Leipziger Messe wieder in die DDR kommen, es wäre gut, „wenn bis dahin entschieden wird".

Zu entscheiden war über Materialwünsche. „Die beiden Herren wünschten 'seriöses Informationsmaterial' über westdeutsche Politiker, Naziblutrichter u. a. zur Auswertung im 'Pinar-Dienst'. Sie nannten eine ganze Reihe von Personen, die der CDU/CSU, der SPD und der FDP angehörten und baten über diese um Material." Frederik habe auch bei dem Institut für Marxismus-Leninismus und dem Institut für Zeitgeschichte um solches Material gebeten. Frederik und Arno Behrisch seien von Behrischs Kontaktperson, Dr. Reifenberger, beim Nationalrat angemeldet worden.

Zunächst mochte die SED Frederik kein Material über SPD-Politiker geben, da man ihn wegen diverser positiver Äußerungen über Franz Josef Strauß – „an diesem käme man bei einem Arrangement in der Deutschlandfrage nicht vorbei" – der CSU zuordnete. „Nach Rücksprache mit dem Arbeitsbüro, Genossen Spangenberg, und im Einverständnis mit Genossen Hermann Matern war festgelegt worden, daß über sozialdemokratische Politiker kein Material

31 Zusammenfassung ohne Titel, die datierte Kopfzeile vermerkt als Verfasser Westkommission, Lw/Rb. Lw war das Zeichen des SPD-Experten Gabo Lewin. Fundort: SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: J IV 2/202/586, Bestand Zentralkomitee.

32 Ebd. S. 124 u. 125.

33 Bei Genossen A. handelte es sich um Richard Stahlmann, Mitbegründer der HV A-Vorläufer-Institution Außenpolitischer Nachrichtendienst der DDR (APN), lange Jahre graue Eminenz hinter dem jungen Markus Wolf in der HV A. Vgl. Peter Siebenmorgen: „Staatssicherheit" der DDR, Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Berlin 1993, S. 112. Stahlmann war unmittelbar in Vorgänge im schwedischen Exil verstrickt. In den Gerichtsakten Herbert Wehners taucht er als Kalle bzw. „Partisanen-Richard" auf.

gegeben wird.“ Positiv wurde registriert, daß Frederik in seinem „Pinar-Dienst“ am 1. Juli 1963 „Material, das er vom Nationalrat bei seinem Besuch über den CSU-Abgeordneten Dr. Max Frauendorfer erhielt, klischiert und kommentiert veröffentlicht“ hatte. Im Gespräch mit den für Westarbeit zuständigen Funktionären des Nationalrates Dengler und Richter erbat Frederik Material über Lemmer, v. Guttenberg, Erler, Wehner, Deist, Brandt, Möller, Zimmermann u. a.[34]

Nach Wehners schon erwähntem ZDF-Interview im Januar 1964 unterlag Hans Frederik im Rahmen der Konterpropaganda alsbald nicht mehr der Sperrvorschrift hinsichtlich sozialdemokratischer Politiker. Außerdem wurde er von seinen Gesprächspartnern aus dem Nationalrat zunehmend besser beleumundet: „Er habe im Gespräch, wie es schien, ganz aufrichtig, den Antikommunismus abgelehnt.“

Hans Frederik veröffentlichte in seinem Landshuter „Verlag Politisches Archiv“ 1972 unter dem Titel „Deutschland deine SPD“ ein weiteres Buch über „Wehners Vergangenheit“. Auch über dieses von einem „Autorenkollektiv“ verfaßte Pamphlet finden sich Rezensionen im Bestand „Büro Ulbricht“.[35] Aus Angst um ihre Familien, erklärte Frederik seinerzeit, müßten die Autoren, die auch über das „Innenleben des Verfassungsschutzes und des BND nur allzu gut Bescheid“ wüßten, anonym bleiben. Sie hätten als „Beobachter in der SPD-Baracke“ miterlebt, wie Wehner die SPD verändert habe. Der „Bayernkurier“ stellte seine Rezension unter die Überschrift: „Sowjetspion und Roter Agent. Ein Buch klagt Herbert Wehner an.“[36] Wehner bediene sich zur Durchsetzung seiner Ziele inzwischen auch der bundesdeutschen Geheimdienste. Das Buch belege, daß Wehner sich zwar vom Sowjetkommunismus abgewandt habe, aber „Sozialist und Verschwörer geblieben ist“.

In der DDR erschien 1972 die unter Mitarbeit von Experten des Instituts für Marxismus Leninismus beim ZK der SED entstandene Biographie von Karl Mewis.[37] Ausgerechnet in diesem Buch wurde die schwedische Verratslegende noch einmal aufgewärmt. Bald darauf untersagte die SED-Führung die Verbreitung dieser Denunziationen. Professor Ernst Diehl, stellvertretender Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, teilte dem zuständigen ZK-Sekretär Kurt Hager am 21. Juli 1976 hinsichtlich der Biographie von Max Seydewitz mit: „Aufgrund einer von Dir getroffenen Entscheidung ist in dem zum Druck vorbereiteten Text auf ausführliche Darlegungen über W. Brandt und H. Wehner, die im ursprünglichen Manuskript enthalten

34 Gabo Lewin, Westkommission beim Politbüro des ZK der SED: Diverse Mitteilungen an Matern u. a. vom 19.8.-9.9.63; Fundort: SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: J IV 2/202/586, Bestand Büro Ulbricht.

35 Die Welt vom 19.10.72: „Autorenkollektiv befaßt sich mit Wehners Vergangenheit“.

36 Bayernkurier vom 28.10.72.

37 Karl Mewis: Im Auftrag der Partei. Erlebnisse im Kampf gegen die faschistische Diktatur, Berlin 1972.

waren, weitgehend verzichtet worden bzw. wurden beträchtliche Kürzungen vorgenommen."[38] Nachdem sich die Verhältnisses zwischen der DDR und der Bundesrepublik verändert hatten, wurde die schwedische Verratslegende begraben. In der Anlage des Schreibens befanden sich mehrere Druckfahnen, die Aufschluß über die aus der Seydewitz-Biographie gestrichenen Passagen geben.[39] (Dokumente 14) Ob auf andere Weise mit geheimen Dossiers gegen Herbert Wehner gearbeitet oder ob es verdeckte Erpressungsversuche geht aus dem für diese Expertise gesichteten Material nicht hervor.

Zusammenfassend ergibt sich aus den bisherigen Recherchen in den einschlägigen Archiven, daß die „Wehner-Aktion" von der SED und ihrem Geheimdienst im Zeitraum von 1964 bis etwa 1973 geführt wurde. Dabei wurden die einschlägigen Varianten der offenen und verdeckten Denunziation- und Konterpropaganda zum Einsatz gebracht. Das MfS folgte in seinen operativen Maßnahmen der politischen Aufgabenstellung durch die Parteiführung. Der ZK-Apparat behielt im Verlauf der Kampagne das Informationsmonopol und stellte den Experten des MfS offenbar zu keinem Zeitpunkt alle in den zentralen Archivbeständen vorhandenen Materialien zur Verfügung. Sowohl der Beginn als auch das Ende der „Wehner-Aktion" wurden von der engeren Parteiführung angeordnet, ihre Durchführung blieb in der gesamten Zeit unter der Kontrolle des Politbüros.

2. *Versuche der Einflußnahme der SED auf Bundestagswahlen*

Wie bereits weiter oben erwähnt und wie allgemein auch zum Zeitpunkt der jeweiligen Wahlentscheidungen bekannt, präferierte die SED seit 1969 Bundesregierungen unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft.[40] In den Beständen des Zentralen und Internen Parteiarchivs der SED finden sich zahlreiche Vorgänge, die belegen, wie die SED bis zu ihrem Ende versuchte, durch diverse Maßnahmen ihrer Präferenz Nachdruck zu verleihen. Im folgenden soll am Beispiel der Bundestagswahl 1987 dargestellt werden, wie die SED-Führung dieses Vorhaben realisierte. Der Vorgang wurde ausgewählt, da das auf SED-Seite überlieferte Material nahezu lückenlos erhalten ist und zu weiten Teilen anhand der zeitgeschichtliche Ereignisse überprüft werden kann. Die folgenden Zusammenfassung der ausgewerteten Akten konzentriert sich auf diesen Komplex. Die Aufzeichnungen über die Unterredungen (Vgl. Dokumentenanhang) enthalten auch die anderen auf den Zusammenkünften erörterten Gesprächsthemen.

38 Ernst Diehl: Schreiben an Kurt Hager vom 21. Juli 1976; Fundort: BStU, ZA, Sekretariat des Ministers, Signatur: 1868, Blatt 23.

39 Die Schwärzungen des Vornamens von Frau Seydewitz, in den im Dokumentenanhang enthaltenen Kopien der von der SED zensierten Passagen der Seydewitz-Biographie, stammen von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

40 Vgl. Staadt a.a.O. S. 274 ff. u. S. 297 ff.

Am 7. Mai 1986 empfing SED-Chef Erich Honecker den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD und Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, sowie den Ministerpräsidenten des Saarlandes, Oskar Lafontaine. Laut einer Niederschrift, die Erich Honecker in seinen Unterlagen hinterlegte, begrüßte er Johannes Rau herzlich als „Bundeskanzlerkandidaten der SPD, der hoffentlich der Bundeskanzler von morgen ist“. Honecker erklärte, „er möchte klar zum Ausdruck bringen, daß wir an einem Regierungswechsel in der BRD interessiert sind. Wir wünschen, daß J. Rau im Januar 1987 die Wahlen gewinnt.“ Am Ende der Unterredung, die sich u. a. um Fragen der Abrüstung und um die Folgen der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl gedreht hatte, führte Honecker die Besorgnis der bundesdeutschen Bevölkerung auf eine „großangelegte antisowjetische Hetze“ zurück, die „im Stile einer Kriegsberichterstattung“ entfacht worden sei und betonte nochmals, „im Zusammenhang mit all den Ereignissen der letzten Zeit sei es um so notwendiger, den Himmel in der BRD aufzuhellen, daß ein Regierungswechsel erforderlich ist und das in erster Linie wegen des Kurses der derzeitigen Regierung in der Friedensfrage. Eindeutig möchte er wiederholen, daß die DDR einen Sieg der SPD bei den Bundestagswahlen 1987 begrüßen würde.“[41] (Dokument 15)

Am 5. September 1986 soll Egon Bahr gegenüber Erich Honecker und Hermann Axen geäußert haben, die DDR erhalte durch die Tatsache, daß über 50 Prozent der Asylbewerber über die DDR in das Bundesgebiet gelangen, „mit diesem Problem an Einfluß auf die BRD wie noch nie zuvor, vor allem zum ersten Mal in diesem Umfang in der Innenpolitik der BRD“.[42] Erich Honecker und seine Umgebung waren sich dieser Lage wohl bewußt und beabsichtigten daraus möglichst viel politisches Kapital zu schlagen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte das Problem gegenüber dem DDR-Staatsratsvorsitzenden im März 1985 in Moskau bereits angesprochen. Im Verlauf des Jahres 1986 drängten verschiedene Vertreter der Bundesregierung und des West-Berliner Senats gegenüber der DDR bzw. der SED auf eine Lösung. Am 16. März 1986 warf der Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, beim Zusammentreffen mit Erich Honecker die Frage einer Regelung der Einreise von Asylbewerbern über den Flughafen Schönefeld auf. Honecker antwortete, „daß die DDR strikt das allgemeine Recht auf

41 Gedächtnisprotokoll über das Gespräch zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD und Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, sowie dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, Oskar Lafontaine, am 7. Mai 1986; Fundort: SAPMO-BArch, IPA, Signatur: J IV/885, Bestand Erich Honecker

42 Hermann Axen: Vermerk über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der SPD, E. Bahr (5. 9. 1986); Fundort: SAPMO-BArch, IPA, Signatur: J IV/843, Bestand Erich Honecker

Transitfreiheit wahrt und die dazu abgeschlossenen internationalen Verträge respektiert. Das ist offensichtlich ein schwieriges völkerrechtliches Problem.“ Außerdem hätten in Westberlin die Besatzungsmächte Hoheitsrechte. „Vereinbarungen mit der Regierung der BRD könne es dazu nicht geben, weil sie nicht zuständig sei, und der Senat von Berlin (West) hätte offensichtlich nur eingeschränkte Rechte. Trotzdem könnten Völkerrechtler das Thema nochmals prüfen.“[43] (Dokument 16)

Bis zum August 1986 ergaben sich aus dieser Zusicherung Honeckers keine Konsequenzen. Am 29. August 1986 traf Bundesminister Dr. Schäuble mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden zusammen. An den Gespräch nahmen Dr. Hans Otto Bräutigam (Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin), DDR-Außenminister Oskar Fischer, Honeckers Staatssekretär Frank-Joachim Herrmann und Hans Schindler (amt. Leiter der Abteilung BRD im MfAA) teil. Auch dieses Gespräch drehte sich wesentlich um die Frage des Zustroms von Asylbewerbern über den Flughafen Schönefeld. Laut Gesprächsvermerk der DDR-Seite habe der Bundesminister erklärt, „daß nicht zugelassen werden sollte, daß aus diesem Problem Belastungen für die Beziehungen entstehen. 1986 rechne man mit insgesamt 100.000 Asylanten, davon würden mehr als 50 Prozent über den Flugplatz Schönefeld kommen. Die Bundesregierung habe versucht, die DDR aus der öffentlichen Diskussion dieser Frage in der BRD herauszuhalten, was aber angesichts der genannten Zahlen nicht mehr möglich sei.“ Schäuble habe ausdrücklich betont, daß die DDR mit der Durchreiseerlaubnis für die Asylanten gegen keine rechtliche Position verstoße. Er habe deswegen auch keine Forderung an die DDR zu stellen. „Die Bundesregierung gehe aber davon aus, daß es zu gutnachbarlichen Beziehungen gehöre, wenn sie die Bitte äußere, daß die DDR bei der Lösung dieses Problems helfen möge. Eine solche Bitte richte sie an alle Nachbarstaaten.“

Dem Vermerk zufolge erwiderte der Staatsratsvorsitzende Honecker, „daß das sogenannte Asylantenproblem in erster Linie von der BRD gelöst werden müsse.“ Dieses Problem sei eine sehr diffizile Frage. „Er selbst sei in seinem Leben mehrfach auf politisches Asyl und freien Transit angewiesen gewesen. Die Asylbereitschaft verschiedener Staaten habe vielen Menschen während der Zeit des Hitlerfaschismus das Überleben ermöglicht.“ Aus diesem Grund sei der im Grundgesetz der Bundesrepublik enthalten Paragraph zu begrüßen. Honecker bezifferte die Zahl der über Schönefeld eingereisten Asylanten mit 30.000, davon seien nur 10.000 mit Interflug gekommen, der Rest mit anderen Luftlinien. Der Gewinn, den Interflug damit mache (3,5 Mio.), sei keinesfalls

43 Gerhard Beil: Vermerk über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen E. Honecker, mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin (West), Eberhard Diepgen, am 16. März 1986 in Leipzig; Fundort: SAPMO-BArch, IPA, Signatur: J IV/885, Bestand Erich Honecker

der Grund für die Haltung der DDR. Auch stimme es nicht, „daß sie mit ihrer Haltung in der Asylantenfrage eine Veränderung des Status Westberlins erreichen wolle.“ Der Status solle im Sinne des vierseitigen Abkommen weiter bestehen bleiben. Honecker spielte weiter auf Zeit. Er versprach abschließend, daß über das Problem auf Expertenebene weiter verhandelt werden könne. Schäuble autorisierte Hans Otto Bräutigam daraufhin, für die bundesdeutsche Seite diese Verhandlungen zu führen.[44] (Dokumente 17)

Eine Woche später, am 5. September 1986, traf SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr mit Erich Honecker und Hermann Axen zu einer vertraulichen Unterredung zusammen. Die besondere Wertigkeit der Unterredung wird allein schon aus ihren ungewöhnlichen Umständen ersichtlich. SED-Generalsekretär Honecker und Politbüromitglied Axen sprachen allein mit Egon Bahr. Keiner ihrer Mitarbeiter war anwesend. Axen verfaßte und unterzeichnete persönlich den Vermerk über die Unterredung. Auch dies ein völlig unübliches Vorgehen.

Honecker habe bei der Begrüßung – so der Vermerk – erklärt, „daß er E. Bahr entsprechend des Wunsches des SPD-Vorsitzenden W. Brandt empfange. Er gab Bahr das Wort. E. Bahr dankte im Namen von W. Brandt für die Möglichkeit dieses Gespräches. Es gehe um die Asylantenfrage.“ Bahr wird sodann mit dem Hinweis zitiert, daß die Bundesregierung im Herbst dieses Problem in Hinblick auf den Wahlkampf thematisieren werde. „Die Taktik der BRD-Regierung besteht darin, nach dem Hochpeitschen des Themas dann im Spätherbst nach eventuell guten Gesprächen mit der DDR mit einem Ergebnis einen großen Erfolg im Wahlkampf zu erreichen.“ Schäuble habe ihm vor einigen Tagen gesagt, daß er ein konstruktives Gespräch mit Erich Honecker hatte und man sich auf die Fortsetzung von Gesprächen zwischen dem Leiter der Ständigen Vertretung, Dr. Bräutigam, und Beauftragten des Außenministeriums der DDR geeinigt habe.

„Eine Analyse des Problems ergebe, daß für das Hochspielen des Asylantenproblems keine objektiven Gründe vorhanden sind.“ Es sei aber inzwischen zu einem psychologischen Problem in der Öffentlichkeit gemacht worden. Er frage sich, wie liegen die Interessen der DDR. Gewiß können Sie nicht sicher sein, ob die SPD bei den Bundestagswahlen gewinnen wird. Wir sind es auch nicht. Die Meinungsumfragen zeigen zur Zeit eine Differenz von 3 Prozent zugunsten der CDU. Außerdem müsse man noch bedenken, daß eine Reihe bisher unbekannter Fragen einen Einfluß auf den Wahlkampf ausüben werden, zum Beispiel Zustandekommen und Ergebnisse einer 2. Gipfelkonferenz,

44 Hans Schindler: Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Bundesminister für beondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Wolfgang Schäuble, am 29. August 1986 im Hause des Zentralkomitees; Fundort: SAPMO-BArch, IPA, Signatur: J IV/841, Bestand Erich Honecker

der weitere Verlauf der Asylantenfrage. Anfang Dezember sei er, Bahr, in der Lage, mit Plus oder Minus 1 Prozent Genauigkeit etwa eine Aussage über den Wahlausgang zu treffen. Wir verstehen, daß Sie Ihre Linie der Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten natürlich auch bei Fortbestand der bisherigen Regierungskoalition fortsetzen wollen. Wir berücksichtigen diese Notwendigkeit. Es erhebt sich nur die Frage: gibt es eine Möglichkeit, eine Regelung zu erreichen – nicht eine geschriebene Vereinbarung, sondern eine Regelung, bei der jeder entscheidungsfrei bleibt – die auch im Hinblick auf das Wahlergebnis vom 25. 1. 1987 günstig wäre. Im Auftrag von W. Brandt möchte ich mitteilen: Wir wollen in aller Form erklären, daß bei der Regierungsübernahme durch die SPD die Regierung der BRD voll die Staatsbürgerschaft der DDR respektieren wird, und damit dieses Thema beerdigt wird. Dies soll Teil einer offiziellen Regierungserklärung sein und würde von unserem Kanzlerkandidaten J. Rau zuvor (etwa Ende Oktober) bei der Bekanntgabe seines Regierungsprogramms eindeutig gesagt werden."

Honecker antwortete, wie er auch schon Schäuble gesagt habe, „das Asylantenproblem ist nicht unsere, sondern Ihre Frage, die der BRD-Regierung". Die DDR habe stets zwei in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik vorgebrachte Argumente zurückgewiesen: „a) Angeblich wolle die DDR durch ihre Forderung, die westlichen Besatzungsmächte und der Senat von Westberlin müssen Entscheidungen treffen, nur die Grenze um Westberlin sanktionieren. Aber es gibt doch schon immer Zollkontrollen an den Übergangsstellen. b) Wurden im Zusammenhang mit der Terroristenfahndung sehr wohl strengere Kontrollen ohne Beeinträchtigung des Westberlin-Status ergriffen. Es gibt also keine stichhaltige Widerlegung unseres Argumentes, daß von Westberlin aus selbst Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Asylantenproblem getroffen werden müssen. Aber wir wollen uns nicht bei diesem Formelkram allein aufhalten."

Die DDR sei an einer positiven Entwicklung des politischen Klimas um Berlin interessiert. Honecker kritisierte, „daß die SPD eine schlechte Position in dieser Frage hinsichtlich der DDR öffentlich eingenommen hat. Obwohl Ihnen wohl bekannt ist, daß die DDR keineswegs Urheber dieses Problems ist, auch nicht aus ökonomischen Gründen."

Sodann beschwerte sich Honecker über Äußerungen von Hans-Joachim Vogel gegenüber dem für die Westpolitik zuständigen ZK-Abteilungsleiter Günter Rettner am Rande des Nürnberger SPD-Parteitages. Mit Rettner nahm erstmals ein offizieller Vertreter der SED-Führung als Gast an einem SPD-Parteitag teil. Es sei außerordentlich bedauerlich, habe Honecker gesagt, „daß H.-J. Vogel im Gespräch mit G. Rettner sich verstieg, die SED leiste mit ihrer Haltung der CDU/CSU Vorschub, wäre praktisch ein Verbündeter der CDU. Herr Bahr, dazu will ich Ihnen in aller Klarheit, in aller Entschiedenheit sagen:

Daß ich 1985/86 nicht die Einladung zum Besuch der BRD wahrgenommen habe, liegt einzig und allein daran, weil ich nicht als Wahlhelfer der CDU in Erscheinung treten wollte. Wir wollten nicht, daß die SPD, wie man uns sagte, 6 % weniger Stimmen erhält. Sie wissen, darauf hat Kohl sauer reagiert. Das ist seine Sache, aber daß seitens der Führung der SPD, die doch genau weiß, daß wir alles tun, um der SPD nicht zu schaden, uns einen solchen Antrag auf dem Parteitag anhängt, und daß H.-J. Vogel solche Äußerungen tut, das beunruhigt und befremdet uns sehr. Das entspricht nicht dem Inhalt der Gespräche, die ich mit W. Brandt geführt habe." Honecker wies sodann darauf hin, daß nach Zählung der DDR die Größenordnung der über Schönefeld einreisenden Asylanten wesentlich niedriger liege, als von der Bundesregierung angegeben. „Genosse E. Honecker informierte dann ausführlich über Inhalt und Verlauf des Gespräches mit Schäuble." Zur Asylantenfrage sagte er, die SED-Parteiführung habe beraten, „wie wir bei der Wahrung aller völkerrechtlichen Positionen auf der Ebene einer technischen Vereinbarung zwischen Fluggesellschaften eventuelle auf einer Hauptlinie des Zustroms eine Regelung erreichen können. Die 3,5 Millionen Gewinn, die die Interflug durch die Reisen erzielt, sind aber für uns nicht ausschlaggebend. Selbst die FDP habe sich in dieser Frage von der CDU/CSU distanziert. Außenminister Genscher habe dies in einem Gespräch mit einem Vertreter unseres ZK erklärt. Umso mehr bedauern wir den Beschluß des SPD-Parteitages, denn es gehe ja darum, sich nicht von der Hauptorientierung des Kampfes um Arbeitsbeschaffung, Verteidigung der sozialen Interessen und der Friedenssicherung abdrängen zu lassen. Immerhin haben wir durch unsere Verhandlungen über eine chemiewaffenfreie Zone in Europa und jetzt durch die Verhandlungen über atomwaffenfreien Korridor die Position der SPD doch gestärkt. Aber allzu viel Hilfe von unserer Seite könnte schaden. Wir werden also die Angelegenheit prüfen, Herr Bahr, und – wie gesagt – ohne die geringste Veränderung der rechtlichen Positionen, sondern auf technischem Gebiet eine Entschärfung schaffen." Abschließend äußerte Honecker noch einige Ratschläge über Themen, die die SPD im Wahlkampf in den Vordergrund rücken solle.[45] (Dokumente 18)

Egon Bahr fuhr mit der oben wiedergegebenen Zusicherung Honeckers nach Bonn und informierte das „Rumpfpräsidium" der SPD (die drei Partei-Vorsitzenden und den Bundesgeschäftsführer).

Im nun folgenden Abschnitt erfolgt eine Darstellung der Ereignisse, wie sie eine Akte des „Büros Hermann Axen" abbildet. Die Rekonstruktion beruht nur auf dem chronologisch abgelegten Schrift- und Telegrammverkehr sowie den Gesprächsniederschriften in dieser Akte und wurde nicht mit anderen Quellen

45 Hermann Axen a.a.O.

verglichen, ist insoweit mit Vorbehalt zu beurteilen. Der gesamte Vorgang ist dem Dokumentenanhang dieser Expertise beigegeben. (Dokumente 19)

Am 10. September schrieb Egon Bahr an Hermann Axen und teilte ihm mit: „Ich kann bestätigen, daß J. Rau eine verbindliche Erklärung in der Vorstellung seines Regierungsprogramms zum Thema der Respektierung der Staatsbürgerschaft abgeben wird, deren Wortlaut Sie ebenfalls vorher bekommen werden.“ In Anlage übersandte Bahr einen ersten Entwurf für ein gemeinsames Kommuniqué, das nach einem Zusammentreffen des SPD-Kanzlerkandidaten mit Erich Honecker veröffentlicht werden solle.[46]

Am 11. September 1986 übersandte Hermann Axen Erich Honecker „Bemerkungen und Vorschläge für weiteres Vorgehen in bezug auf Ersuchen der SPD-Führung zur Asylantenfrage“. In diesen Bemerkungen lehnte Axen den von Egon Bahr übermittelten Kommuniqué-Entwurf ab. Er entspräche nicht der zwischen Honecker und Egon Bahr getroffenen Verständigung vom 5.9.1986. „In dem gesamten Gespräch war niemals die Rede von einem eventuellen Treffen zwischen E. Honecker und J. Rau.“ In dem Gespräch sei ausdrücklich klargestellt worden, daß von seiten der DDR „keinerlei staats- bzw. völkerrechtliche Maßnahmen“ erfolgen würden. Es sei lediglich vereinbart worden, daß Kanzlerkandidat Johannes Rau „von sich aus in einer Erklärung zum Asylantenproblem Stellung“ nehmen werde. „Der Entwurf dieser Erklärung sollte – auf Vorschlag der SPD-Führung – vorher mit der Führung der SED abgestimmt werden.“ Sodann listete Hermann Axen mehrere Punkte auf, die der Inhalt einer etwaigen Erklärung von Johannes Rau sein könnten. Diese Auflistung wird weiter unten noch im Detail dargestellt werden.

Am Ende der Mitteilung Axens an Honecker steht dann die entscheidende Festlegung: „Die Fluggesellschaft der DDR ’Interflug’ befördert, wie es normal üblich ist, nur jene Personen im Transit, welche über ein Anschlußvisum verfügen.“ Erich Honecker zeichnete die Mitteilung Axens am 12. September 1986 mit „einverstanden“ ab. Gleichsam mit einem Federstrich wurden alle gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Diepgen, und Bundesminister Schäuble noch umständlich geltend gemachten grundsätzlichen Bedenken der DDR in der Asylfrage zu den Akten gelegt.

Am späten Abend des 15. September 1986 gibt der Ständige Vertreter der DDR in Bonn, Ewald Moldt, ein Telegramm an Erich Honecker und Hermann Axen auf, in dem mitgeteilt wird, daß er am Nachmittag des 15. September Egon Bahr über den Standpunkt der DDR „in bezug auf Ersuchen der SPD-Führung zur Asylantenfrage informiert“ habe. Egon Bahr habe sich überrascht gezeigt, daß es zu keinem Treffen bzw. gemeinsamen Kommuniqué kommen werde. Bahr habe angekündigt, das Vorgehen mit dem „Rumpfpräsidium“ der SPD am

46 Egon Bahr: Schreiben an Hermann Axen vom 10. September 1986; Fundort: SAPMO-BArch, ZPA, Signatur IV 2/2035/89, Bestand Herman Axen.

Vormittag des nächsten Tages zu besprechen. Er bat darum, am Freitag, den 19. September in Berlin mit Hermann Axen zusammentreffen zu können.

Am 16. September 1986 nachmittags telegraphierte Ewald Moldt erneut an Erich Honecker und Hermann Axen und teilte mit, daß das „Rumpfpräsidium“ der SPD sich einverstanden erklärt habe, „daß Rau eine Erklärung abgibt. Man geht davon aus, daß die DDR mit einer Erklärung darauf reagiert, oder umgekehrt, Rau auf eine DDR-Erklärung Bezug nimmt.“ Egon Bahr frage an, ob er am Mittwoch, den 17.9., in der Frühe oder am Freitag, den 19.9., nachmittags nach Berlin kommen könne, „um die Angelegenheit inhaltlich zu besprechen. Erich Honecker zeichnete das Telegramm mit „einverstanden“ ab.

Am 17. September 1986 erhielt Erich Honecker von Hermann Axen eine Hausmitteilung über das weitere Vorgehen. Er werde am gleichen Tag zwischen 14.00 und 15.00 Uhr Egon Bahr empfangen. Am Donnerstag, den 18. September 1986 vormittags sollen die diplomatischen Vertretungen der sozialistischen Länder durch das Hausministerium der DDR über die neuen Regelungen informiert werden. Um 14.00 Uhr soll der Ständige Vertreter der Bundesrepublik in Ostberlin, Bräutigam, durch den Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Kurt Nier, informiert werden. Um 16.00 Uhr sollen die diplomatischen Vertretungen der nichtsozialistischen Staaten Europas informiert werden. Um 18.00 Uhr soll eine Pressemeldung durch ADN erfolgen. Diese war als Anlage der Hausmitteilung beigefügt. Erich Honecker zeichnete „einverstanden“. Inhalt der Pressemitteilung: Angesichts der Einführung der Visapflicht in vielen Länder West- und Nordeuropas, „die aus verschiedenen Gründen erfolgt“, werde die DDR ab 1. Oktober 1986 nur Personen den Transit gestatten, „die über ein Anschluß-Visum anderer Staaten verfügen“. Personen aus Staaten, mit denen die DDR Visa-Freiheit vereinbart habe, seien von dieser Regelung nicht berührt. Ebenfalls nicht berührt seien Personen, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in ihrer Heimat verfolgt werden.

Am Mittag des 17. September traf Egon Bahr vereinbarungsgemäß mit Hermann Axen zusammen. An dem Gespräch nahmen noch der zuständige Abteilungsleiter des Zentralkomitees der SED, Gunter Rettner, und der persönliche Mitarbeiter von Hermann Axen, Manfred Uschner, teil. Bahr bedankte sich auch im Auftrag von Willy Brandt und Johannes Rau für das Entgegenkommen der DDR und legte die Grundlinie der Erklärung, die Johannes Rau am Donnerstag, den 18. September, im Laufe des Tages abgeben werde, vor. Die Erklärung lag der Hausmitteilung als Anlage bei. Weiter teilte Axen mit, Egon Bahr habe darum gebeten, die Information des Außenministeriums der DDR an Hans Otto Bräutigam statt um 14.00 Uhr erst um 16.30 Uhr durchzuführen, um Johannes Rau „die notwendige Zeit für die

Abgabe der Erklärung“ zu lassen. Axen schlug vor, dem zuzustimmen. Erich Honecker erklärte sich „einverstanden“.

Am Vormittag des 18. September 1986 ging bei Hermann Axen eine Mitteilung des stellvertretenden Außenministers der DDR, Herbert Krolikowski, ein. Der Botschafter der Sowjetunion, Kotschemassow, habe im Auftrag des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR mitgeteilt, das Außenministerium der UdSSR bitte das Außenministerium der DDR, „von der Inkraftsetzung der Regelung über den Transitverkehr abzusehen, da es im Zusammenhang mit Westberlin Fragen gebe. Das MfAA der UdSSR bittet gleichfalls, eine entsprechende Veröffentlichung zurückzustellen, bis Konsultationen mit der sowjetischen Seite durchgeführt worden sind“. Kotschemassow habe die Auffassung vertreten, daß die geplanten Maßnahmen unmittelbar das Vier-Mächte-Abkommen berührten und gemeinsame Interessen in Westberliner Angelegenheiten zur Diskussion stehen. Es sei deshalb wichtig, „mit einer Erklärung nicht übereilt aufzutreten“. Die Sowjetunion vertrete die Auffassung, daß mit der Einführung der Visa-Pflicht die Lage bezüglich Westberlin verändert werde. „Dazu hätte keiner der Vier-Mächte-Staaten das Recht, weder vom rechtlichen noch von einem anderen Standpunkt“. Krolikowski berichtete, er habe Kotschemassow darauf hingewiesen, daß die von der DDR vorgesehenen Maßnahmen mit dem Status Westberlins nicht zu tun hätten. Es gehe hier „um den Einreisemechanismus in die DDR und durch die DDR, wie das in jedem anderen sozialistischen Staat der Fall ist und auch in der Sowjetunion“. Kotschemassow habe darauf hingewiesen, daß die anderen sozialistischen Staaten „aber kein Westberlin auf dem Territorium hätten“. Der sowjetische Botschafter habe abschließend nochmals unterstrichen, „daß er den dringenden Auftrag aus Moskau hätte, diese Information zu übermitteln“. Dieser Vorgang zeigt ganz nebenbei, welches Maß an Eigenständigkeit die DDR 1986 bereits von der Sowjetunion gewonnen hatte. Glasnost und Perestroika sollten im Inneren der DDR nicht zur Anwendung kommen, in den Außenbeziehungen hingegen nahm man im eigenen Interesse die von der Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt bereits zugestandenen Freiheiten in Anspruch.

Dies wird auch durch eine Mitteilung des Außenministers der DDR, Oskar Fischer, an Erich Honecker vom 19. September 1986 deutlich. Oskar Fischer unterrichtet Honecker über den Ablauf der am Vortag vollzogenen Informationsübermittlung an die Botschafter der sozialistischen Länder, an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik und an die Konsuln der west- und nordeuropäischen Staaten. Anläßlich der Übermittlung der Informationen an den sowjetischen Vertreter Kutusow habe dieser nachträglich um den Text der vorgesehenen Verlautbarung gebeten. Ein Vorgang, der noch zwei Jahre zuvor undenkbar gewesen wäre. Schließlich handelt es sich hier um eine Vereinbarung, die grundlegende Fragen des Verhältnisses zwischen der DDR, Westberlin und der Bundesrepublik berührte.

Der Rest dieser Akte aus dem „Büro Hermann Axen“ enthält eine Sammlung von Pressemitteilungen und Presseanalysen aus der Bundesrepublik und Westberlin über die Reaktionen auf die Pressekonferenz von Johannes Rau. In einem Telegramm vom Ständigen Vertreter der DDR, Ewald Moldt, vom 22. September, das ebenfalls von Erich Honecker abgezeichnet ist, sind die wichtigsten Reaktionen der Parteien des Deutschen Bundestages zusammengefaßt. Am Ende des Telegramms heißt es lapidar: „In Gesprächen überwiegt Auffassung, daß ’Asylfrage’ Wahlkampfthema bleibe.“

Die folgende Synopse stellt den von Hermann Axen am 11.9.86 erarbeiteten und Egon Bahr zugeleiteten Entwurf und die von Egon Bahr am 17.9.86 übergebenen Grundlinien für eine Erklärung des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau am 18.9.86 gegenüber.

Entwurf Hermann Axen vom 11.9.86, übermittelt an Egon Bahr am 15.9.86	**Grundlinie der Erklärung von Rau, übergeben an Axen durch Bahr am 17.9.86**
– Am Anfang die Meinung der SPD-Führung zum Asylantenproblem,	Die SPD hält am Asylrecht für politisch, rassisch und religiös Verfolgte fest, wie es im Grundgesetz verankert ist. Sie wird in dieser Haltung durch ihre geschichtlichen Erfahrungen bestärkt. Die Bundesrepublik kann jedoch ebensowenig wie andere europäische Staaten alle Menschen aufnehmen, die als Folge von Kriegen, Menschenrechtsverletzungen und einer ungerechten Weltwirtschafts- und Sozialordnung in steigender Zahl ihre Heimat verlassen.
– die eindeutige Feststellung, daß die BRD voll für die Regelung dieser Probleme verantwortlich ist,	Die Bundesregierung hat in dieser Lage die Pflicht, entsprechende eigene Schritte zu unternehmen, innerstaatlich wie im Zusammenwirken mit anderen Regierungen, um den verstärkten Zugang von Personen einzudämmen, bei denen die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme unseres Asylrechts nicht gegeben sind.
– daß die Regierung der BRD selbst die Pflicht hat, mit den Regierungen der Ausreisestaaten entsprechende Regelungen zu treffen,	Mit den Regierungen der Herkunftsländer sind Absprachen erforderlich, besonders wenn es sich um NATO-Verbündete handelt, um darauf hinzuwirken, daß Ausreisende aus diesen Ländern über ein ordnungsgemäßes Visum zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verfügen.
– daß eindeutig das Asylantenproblem hochgespielt wird zum Zwecke nationalistischer Beeinflussung des Wahlkampfes, des Ablenkens von den für die CDU heiklen Problemen, die den Bürgern der BRD auf den Nägeln brennen, wie Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau, wie keinerlei praktische Schritte für die Sicherung des Friedens, für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, wie Versuch des Verfassungsbruchs.	Es schadet unserem Land und löst nicht das Problem, wenn stattdessen die Asylantenfrage dazu mißbraucht wird, eine fremdenfeindliche Atmosphäre herbeizuführen, eine unerreichbare Verfassungsänderung z u m Thema des Wahlkampfes zu machen und von den wirklichen Problemen der Arbeitslosigkeit, der sozialen Ungerechtigkeit und der Abrüstung abzulenken.

Entwurf Hermann Axen vom 11.9.86, übermittelt an Egon Bahr am 15.9.86	**Grundlinie der Erklärung von Rau, übergeben an Axen durch Bahr am 17.9.86**
– SPD grenzt sich ab bzw. verurteilt böswillige Entstellung des Asylantenproblems durch maßgebliche Kreise der BRD und der von ihnen beeinflußten Medien zum Zwecke der Verleumdung der DDR;	Statt in diesem Zusammenhang Vorwürfe gegen die DDR zu erheben, als ob das dortige Verhalten gegen völkerrechtliche Positionen verstoße und damit Spannungen im Verhältnis zur DDR entstehen zu lassen, ist in hohem Maße wünschenswert, im Geiste der guten Nachbarschaft ein kooperatives Verhalten der Regierungen der beiden deutschen Staaten bei jeweiliger eigener Kompetenz anzustreben.
– Positionen der DDR entsprechen dem Völkerrecht;	
– er, J. Rau, habe bekanntlich seit Jahren einen sachlichen, konstruktiven Meinungsaustausch und Dialog mit verantwortlichen Politikern der DDR; es sei auch über das Asylantenproblem in der BRD gesprochen worden. Aus allen bisherigen Kontakten und Gesprächen habe er, J. Rau, die Überzeugung gewonnen, daß die Führung der DDR ernsthaft nach Verbesserung des politischen Klimas nach Entspannung strebt und für die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gemäß dem Grundlagenvertrag eintritt. Aufgrund dessen habe er, J. Rau, nicht den geringsten Zweifel, sondern habe die Gewißheit, daß seitens der DDR geeignete Schritte ergriffen werden, um zur Entschärfung der durch die Schuld der Regierung der BRD verursachten Asylantenprobleme beizutragen.	In dem kontinuierlichen Meinungsaustausch zwischen führenden Vertretern der SPD und SED hat natürlich auch dieser Komplex eine Rolle gespielt. Bei meinem Bestreben, zu einer fühlbaren Reduktion der die Bundesrepublik belastenden Flüchtlingsbewegung beizutragen, soweit diese Asylanten über die DDR kommen, habe ich festgestellt, daß die Führung der DDR ernsthaft nach Verbesserung des politischen Klimas und nach Entspannung strebt und für die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entsprechend dem Grundlagenvertrag eintritt. Sie ist deshalb zu einem kooperativen Verhalten bereit. Im Ergebnis eines entsprechenden Schrittes habe ich von der Führung der DDR die Zusage bekommen daß nur solche Personen im Transit befördert werden, die über ein Anschlußvisum anderer Staaten verfügen.

Zusammengefaßt sollten dieses Fallbeispiel und die dazu im Anhang der Expertise präsentierten Dokumente die Absicht der SED-Westpolitik im Detail nachzeichnen; diese bestand darin, die Parteienkonkurrenz in der Bundesrepublik auszunutzen, um schrittweise dem Ziel der vollen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR näherzukommen, im Detail nachzeichnen. Dokumente, die den Vorgang von bundesdeutscher Seite weiter erhellen könnten, waren nicht zugänglich. Da es um die Zusammenhänge im Jahre 1986 in den letzten Tage zu heftigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit gekommen ist, wird der volle Wortlaut des Interviews, das Reinhard Borgmann mit Egon Bahr für die Sendung „Kontraste“ am 26. Januar 1994 führte sowie der Wortlaut

der gesamten Sendung vom 31. Januar 1994 als Dokumente dieser Expertise beigefügt. (Dokumente 20)

3. *Versuche innerparteiliche Differenzen auszunutzen*

Ebenso wie im Falle der Parteienkonkurrenz trachtete die SED auch danach, Gegensätze zwischen verschiedenen Flügeln oder speziellen personellen Konstellationen in politischen Parteien der Bundesrepublik auszunutzen. Weiter oben wurde bereits ein solches Vorhaben der HV A des MfS dargestellt, das auf Herbert Wehner und Helmut Schmidt zielte und Differenzen zwischen den beiden Politiker heraufbeschwören sollte. Aus der jüngeren Zeit seien drei weitere Fallsbeispiele angefügt. Sie wurden ausgewählt, weil sie die politischen Überlegungen und Absichten der SED-Führung zur Binnendifferenzierung in Parteien des Deutschen Bundestages verdeutlichen. Die Authentizität der in diesen Dokumenten als wörtliche Zitate enthaltenen Äußerungen wurde nicht überprüft und wird folglich nicht unterstellt.

a) Am 6. Juni 1988 informierte der Leiter der Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft des ZK der SED, Gunter Rettner, den SED-Generalsekretär Erich Honecker über ein Gespräch, das er mit der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Süssmuth, geführt hatte. Frau Süssmuth habe ihn anläßlich eines Empfangs in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn im Beisein ihres Beraters, Rechtsanwalt Dr. Beitz, angesprochen und – so der Bericht – nach Abstimmung mit Bundeskanzler Kohl den Vorschlag unterbreitet, „in internen Gesprächen auf der Ebene Beitz, Prof. Süssmuth (Ehemann von Frau Süssmuth) sowie Ministerialdirektor Bergsdorf (Berater von H. Kohl – Teilnehmer des täglichen ’Küchenkabinetts’ beim Bundeskanzler) auf der einen Seite und Genossen Rettner und anderen Vertretern der SED auf der anderen Seite einzutreten. Gegenstand der Beratungen sollten Fragen der Finanzierung des Reise- und Besucherverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten sowie Fragen der direkten und indirekten Abwerbung von Bürgern der DDR sein. R. Süssmuth ließ erkennen, daß sich H. Kohl darüber im klaren sei, daß der Reise- und Besucherverkehr mit erheblichen ökonomischen Belastungen für die DDR verbunden ist. (...) In ihrem Verantwortungsbereich, so R. Süssmuth, gebe es eine Reihe von Möglichkeiten, der gezielten Abwerbung z. B. von DDR-Ärzten entgegenzuwirken.“ Sie habe diesbezüglich um Informationen gebeten, „die auf eine direkte oder indirekte Abwerbung von DDR-Ärzten, aber auch Spezialisten auf anderen Gebieten (wie Computer-Fachleuten) schließen lassen. Sie sehe durchaus Möglichkeiten der Einflußnahme, u. a. auf die Ärztekammer der Bundesrepublik, um derartigen Aktivitäten entgegenzuwirken. Es liege nicht im Interesse der Bundesregierung, daß zu den mehr als 10.000 arbeitslosen Ärzten der BRD noch Ärzte der DDR hinzukommen bzw. BRD-Ärzten ’die Arbeit weggenommen’ wird.“ Beitz habe dies auch auf die

Berufsgruppe der Lehrer bezogen, von denen in der Bundesrepublik tausende arbeitslos seien.

Beitz habe allerdings keinen Zweifel daran gelassen, daß die Bundesregierung nicht „von ihrer generellen Auffassung Abstand nehme, jeder Deutsche könne, wenn er es wünsche, in der Bundesrepublik seinen Wohnsitz nehmen. Das Festhalten an dieser Rechtsauffassung sollte aber kein Hindernis sein, in der Praxis nach Möglichkeiten zu suchen, DDR-Bürger zu veranlassen, in ihrem Staat zu bleiben und von Ausreiseanträgen möglichst Abstand zu nehmen.“ R. Süssmuth habe vorgeschlagen, daß Beitz und ihr Ehemann in nächster Zeit in die DDR kämen, um das Gespräch fortzusetzen. „Das heutige Sondierungsgespräch würde im direkten Auftrag des Bundeskanzlers geführt.“ Es sei im Interesse beider Seiten, daß die Gespräche intern geführt würden. „R. Süssmuth wies daraufhin, daß es in der CDU/CSU eine ganze Reihe von Personen gebe, die am liebsten nur ’Rechtspositionen’ wiederholen möchten, ohne in der praktischen Politik etwas zu bewegen. Sie sei deshalb dafür, Fakten im Verhältnis DDR-BRD zu schaffen, die dem Ziel der Verbesserungen der Beziehungen dienen. Es dürfe nicht dazu kommen, ’neue Überlegungen’ von vorneherein öffentlich zu zerreden.“

Abteilungsleiter Rettner bat Honecker um Entscheidung, ob die SED-Seite in derartige Sondierungsgespräche eintreten solle und stellte die Überlegung an, wie dadurch Einfluß auf Kräftkonstellationen in der CDU genommen werden könnte: „Meines Erachtens böte sich hier eine Möglichkeit, Einfluß auf die realistischen Kräfte in der CDU-Führung bis in die Regierung hinein zu nehmen und ihre weiteren Überlegungen in einem gewissen Grad zu steuern“.[47] (Dokument 21)

b) Im Jahre 1984 unterlagen die Bundestagsabgeordneten der Grünen und andere führende Repräsentanten dieser Partei einer Einreisesperre in die DDR. Die SED-Führung fürchtete nach einschlägigen Erfahrungen, daß Politiker der Grünen bei ihren Besuche – wie bereits mehrfach geschehen – ihre Unterstützung für die unabhängige Friedensbewegung in der DDR durch öffentliche Aktionen demonstrieren würden. Innerhalb der Grünen Partei gab es in dieser Situation verschiedene Bestrebungen mit der SED wieder ins Gespräch zu kommen. Am 6. August 1984 berichtete Manfred Uschner, der seinen Vorgesetzten Hermann Axen zu den Feierlichkeiten des 5. Jahrestages der sandinistischen Revolution nach Nikaragua begleitet hatte, dem inzwischen ins Politbüro aufgestiegenen Westexperten der SED, Herbert Häber, er sei in Managua mit Gabi Gottwald (MdB Die Grünen) zusammengetroffen. Sie habe ihm mitgeteilt, „daß eine maßgebliche Gruppe der Grünen um Dirk Schneider die Absicht habe, seriöse Kontakte zur SED herzustellen und dabei auf alle

47 Gunter Rettner, Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK: Hausmitteilung an Honecker über ein Gespräch mit Rita Süssmuth; Fundort: SAPMO-BArch, ZPA, Signatur: IV 2/2035/84, Bestand Büro Hermann Axen

spektakulären Aktionen zu verzichten“. Karsten Voigt habe im Gespräch Frau Gottwald als zuverlässig und ernsthaft eingeschätzt. „Voigt hatte mich vor der Kundgebung auf der Haupttribüne sowie während des offiziellen Empfangs mehrfach getroffen und über wichtige Erfahrungen in Nikaragua informiert. So berichtete er über seine Begegnung mit dem Erzbischhof von Managua und dem Oppositionspolitiker Godoy, was Genossen Axen gestattete, die Führung der FSLN zu unterrichten.“[48]

Aus Dokumenten des gleichen Archivbestandes (ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft) geht hervor, daß drei Monate später Hans Schindler, DDR-Gesandter in Bonn, nach Ost-Berlin meldete, die Fraktionssprecherin Frau Vollmer habe ihn kurzfristig um ein vier-Augen-Gespräch gebeten. „Antje Vollmer legte dar, daß sie mit ihrem Gespräch vermeiden möchte, daß es in den Kontakten der DDR zu den Grünen im Bundestag zu unnötigen Spannungen komme. Sie und die anderen zwei Fraktionssprecherinnen hätten den Eindruck, daß sich die DDR in ihren Kontakten sehr stark auf Otto Schily orientieren würde. Schily sei aber ein einfacher Parlamentarier und habe in der Fraktion keine Funktion.“ Schindler verwies darauf, daß die Ständige Vertretung für Kontakte mit allen Bundestagsabgeordneten offen sei. Vollmer habe erkennen lassen, „daß sie selbst daran interessiert wäre, zu Gesprächen nach Berlin zu kommen“. Ihr sei mitgeteilt worden, daß „die bereits brieflich zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft des Botschafters“ weiter bestehe, mit den drei Fraktionssprecherinnen zusammenzutreffen. Vollmer habe im weiteren Gesprächsverlauf auf ihre eigene Bundestagsrede zur Deutschlandpolitik (Anerkennung der Staatsbürgerschaft, Einrichtung von Botschaften, Elbgrenze Flußmitte usw.) verwiesen. „Nach Meinung von Frau Vollmer müsse auch vermieden werden, daß der Antikommunismus zuviel Raum bei den Grünen einnimmt. Wie alle ’Linken’ würden viele Grüne in erster Linie versuchen, sich nach weiter links abzugrenzen. Das sei zumindest in Bezug auf die DKP falsch. Man dürfe nicht vergessen, daß es z. B. in der Friedensfrage viel Übereinstimmung geben würde.“

Laut Telegramm Schindlers aus der StV vom 17.10. fand die Unterredung mit den Sprecherinnen der Grünen Vollmer und Borgmann (W. Schoppe blieb fern) an diesem Tag statt. „Sie erklärten, daß die Bundestagsfraktion der Grünen die Geraer Forderungen der DDR unterstützt.“ Die beiden hätten erkennen lassen, „daß Nichtteilnahme W. Schoppe nicht zufällig“ sei. „Mit ihr würde es in den diskutierten Fragen Auseinandersetzungen geben. (...) Frage der Einreiseverweigerung für einige Grüne wurde entgegen heutigen Pressemeldungen von den Sprecherinnen nicht angesprochen.“

Gut einen Monat später, am 9. November 1984 reiste MdB Antje Vollmer in Begleitung nach Ost-Berlin. Herbert Häber hatte Erich Honecker per

48 Manfred Uschner: Hausmitteilung an Herbert Häber vom 6.8.84; Fundort: SAPMO-BArch, IPA, Signatur: J IV 2/1004/30, Bestand Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft

Hausmitteilung am 7.11.84 mitgeteilt, daß Frau Vollmer angefragt habe, ob ihr Kollege Dirk Schneider mit ihr zu dem Gespräch erscheinen könne. „Da er bekanntlich zu denen gehört, die im Verhältnis zur DDR die klarste Haltung einnehmen, und ich außerdem mit ihm bereits Gespräche geführt habe, würde ich diesem Vorschlag zustimmen“, schrieb Häber. So wurde tatsächlich dann verfahren.

Neben dem Vermerk von Häber liegt auch das von Dirk Schneider verfaßte Gedächtnisprotokoll vor, das über Kanäle der HV A des MfS nach Ost-Berlin gelangt war. Unter „Streng geheim!“ heißt es in der beiliegenden (ohne Kopf) Mitteilung. „Zuverlässig konnte ein von D. Schneider für die Fraktion der Grünen gefertigtes internes Protokoll über die Begegnung mit Gen. Häber beschafft werden, das wir beiliegend im Wortlaut zur Kenntnis und zur Information des Gen. Häber übergeben. Aus Gründen des Quellenschutzes ist das übergebene Material nur zur persönlichen Information bestimmt.“ Bekanntlich stellte sich nach dem Ende der DDR heraus, daß Schneider selbst als informeller Mitarbeiter des MfS tätig war. Ob er dieser Verrichtung bereits zu diesem Zeitpunkt nachging, kann allerdings nicht gesagt werden.

In dem Gespräch hatte Herbert Häber angedeutet, daß die SED die Einreisesperre für die Repräsentanten der Grünen zur Zeit überdenke. „Es könne aber nicht so laufen, daß die Grünen Gespräche mit Institutionen des Staates lediglich als Deckung für andere Interessen benutzen könnten, wie aus bestimmten Äußerungen von grüner Seite bekundet worden sei.“

In dem von Häber gezeichneten Bericht über das Gespräch, an dem auch ZK-Abteilungsleiter Rettner teilnahm, hieß es hinsichtlich des zeitweiligen Abbruchs der Kommunikation zwischen Grünen und SED: „Antje Vollmer gab im Verlauf des Gespräches mehrfach zu verstehen, daß die Schuld dafür bei den Grünen liegt. Für Vorbehalte der DDR ihnen gegenüber hätten sie Verständnis. Sie empfänden es aber als sehr unglücklich, daß es eine Unterbrechung der Kontakte zueinander gegeben hat. In wesentlichen politischen Auffassungen stände man sich jedoch viel näher als mit Politikern der ’etablierten’ Bonner Parteien.“ (...) Mehrfach versicherten Antje Vollmer und Dirk Schneider, daß sie und ihre Freunde alles, was sie tun könnten, tun wollten, um zu verhindern, daß Angehörige der Grünen sich an Aktivitäten gegen die DDR beteiligen.“ Diese Aussagen sind in dem Gedächtnisprotokoll nicht enthalten, das Dirk Schneider für die Bundestagsfraktion der Grünen fertigte. Dafür findet sich dort die folgende Notiz über Politbüromitglied Herbert Häbers „H. verbrauchte wesentlich mehr Redezeit als wir. Er ist ja ein gewaltiger Machthaber und die Rolle konnte er uns gegenüber nicht so recht mindern.“ (Dokumente 22)

Hinweise zu den vorgelegten Dokumenten des weiteren Expertisenauftrages

Die Frage der Infiltration in die Neue Linke in den 60er Jahren und Versuche der Einflußnahme auf westdeutsche Schriftsteller und Künstler soll durch zwei Dokumentenbeispiele nur schlaglichtartig beleuchtet werden:

– Als Dokument 23 liegt die Planung der Westkommission der SED-Parteileitung Karl-Marx-Universität Leipzig aus dem April 1961 vor, das von dem damaligen 2. Sekretär und späteren stellvertretenden Kulturminister der DDR, Klaus Höpcke, verfaßt wurde.
– Dokumente 24 enthält Auszüge aus dem Schriftwechsel zwischen der Abteilungsleiterin Kultur des ZK der SED, Ursula Ragwitz, und dem Sekretär der Schriftstellerverbandes der DDR, Gerhard Henniger, sowie dem für diesen Bereich zuständigen Politbüromitglied und ZK-Sekretär Kurt Hager. Aus diesen Dokumenten, die in Abschrift vorgelegt werden, da der entsprechende Bestand aus archivalischen Gründen noch nicht zu Kopierzwecken freigegeben wurde, ist ersichtlich, daß der Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, und der Sekretär dieser Institution, Gerhard Henniger, versucht haben, auf die Führung des Schriftstellerverband der Bundesrepublik (VS) einzuwirken. Ziel dieses Vorhabens war es, Mitglieder des Verbandes, die die DDR verlassen hatten bzw. ausgebürgert worden waren sowie andere Kritiker der SED-Politik von Leitungspositionen fernzuhalten.

Zusammenfassung

Ein abschließende Bewertung der Vorgänge, über die das bisher bearbeitete Archivgut handelt, ist derzeit nicht möglich. In der Expertise wurden Fallbeispiele zur Frage der Einflußnahme auf politische Parteien der Bundesrepublik auf der Grundlage von Dokumentenbeständen dargestellt, die aus DDR-Archiven überliefert sind. Vergleichende Studien und Gegenkontrollen in Sammlungen westlicher Provenienz waren nicht Gegenstand des Expertisenauftrages und hätten in der zur Verfügung stehenden Zeit auch nicht geleistet werden können. Gleichwohl wirft das präsentierte Material als **eine** der in Frage kommenden Quellen für weitere historische und zeitgeschichtliche Arbeiten grundlegende Fragen auf.

Zweifelsfrei geht aus den von SED, FDJ und dem Ministerium für Staatssicherheit überlieferten und im Rahmen der Expertise gesichteten Beständen hervor, daß die SED im behandelten Zeitraum eine gezielte Interventions- und Einflußpolitik in der Bundesrepublik verfolgte. Dies geschah ungeachtet aller ideologischen Wendungen, einschließlich der Ausrufung einer eigenen sozialistischen DDR-Nation.

Die SED näherte sich im behandelten Zeitraum in starkem Maße der Verwirklichung des von ihr durchgängig verfolgten Zieles der vollen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland an. In den 80er Jahren erzielte die SED einige Fortschritte bei der Durchsetzung der Geraer Forderungen Erich Honeckers nach Auflösung der „Erfassungsstelle“ Salzgitter, Festlegung der Elbgrenze in der Mitte des Flusses, Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und Erhebung der Ständigen Vertretung beider Deutschen Staaten in den Rang von Botschaften. In unterschiedlichem Maße traten in allen politischen Parteien Positionen hervor, die sich positiv zu einzelnen dieser Forderungen verhielten. Die Fakten hierzu sind seit langem bekannt.

Neue und bisher nicht in diesem Ausmaß in der zeitgeschichtlichen Forschung berücksichtigte Zusammenhänge erschließen sich auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen Parteien der Bundesrepublik und der SED. Aus dem von der SED, den verschiedenen Massenorganisationen und staatlichen Institutionen der DDR hinterlassenen Schriftgut, das dieser Expertise zugrunde liegt, muß die Schlußfolgerung gezogen werden, daß es der SED gelungen war, ihren Einfluß auf innenpolitische Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen. Nach äußerst quellenkritischer Untersuchung der gesichteten Dokumentensammlungen bleibt festzustellen, daß die Einflußnahme auf politische Parteien der Bundesrepublik nicht nur von der SED intendiert war, sondern daß ihr in unterschiedlichem Maße von politischen Kräften innerhalb des bundesdeutschen Parteienspektrums Ansatzpunkte zur Realisierung dieses Vorhabens geboten wurden.

Fundstellen der Dokumente

Dokument 1: Abschrift des Interviews mit dem SFB

Dokument 2: SAPMO-BArch, ZPA, IV B2/2028/4

Dokument 3: SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2035/81

Dokument 4: SAPMO-BArch, ZPA, IV A2/2028/123

Dokument 5: SAPMO-BArch, IPA, J IV 2/202/586

Dokumente 6, 7 und 8: BStU, ZA, SdM, 1868

Dokumente 9 und 10: BStU, ZA, SdM, 1423

Dokument 11: BStU, ZA, SdM, 1868

Dokument 12: Kopien des Autors

Dokument 13: SAPMO-BArch, ZPA, IV A2/2028/24

Dokument 14: BStU, ZA, SdM, 1868

Dokumente 15 und 16: SAPMO-BArch, IPA, J IV/885

Dokument 17: SAPMO-BArch, IPA, J IV/841
Dokument 18: SAPMO-BArch, IPA, J IV/843
Dokument 19: SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2035/78
Dokument 20: Abschrift des Interviews, Manuskript Kontraste 31.1.94
Dokument 21: SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2035/84
Dokument 22: SAPMO-BArch, IPA, J IV 2/1004/30
Dokument 23: SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/1002/46
Dokumente 24: Vorl. SED, 32700–09

Dokument 1

Reinhard Borgmann 2. Februar 1994
Sender Freies Berlin ju
Red. Kontraste

Interview mit Karl Seidel am 20. Januar 1994

Frage: Welche Rolle hatten Sie im ehemaligen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der DDR?

Seidel: Ich war von 1970 bis 1990 Leiter der Abteilung BRD im DDR-Außenministerium.

Frage: Als solcher haben Sie auch teilgenommen an Treffen zwischen westdeutschen Politikern und der Staatsführung, beispielsweise mit Erich Honecker oder mit dem Außenminister Fischer. Was haben Sie denn getan bei diesen Treffen?

Seidel: Ja, das gehörte mit zu meinen wesentlichen Aufgaben oder den Aufgaben unserer Abteilung. Im Grunde ging es um die Vorbereitung, Durchführung, wie dann natürlich auch um die Auswertung solcher Begegnungen und Gespräche.

Frage: Haben Sie da Niederschriften angefertigt?

Seidel: Ja, das gehörte zu meinen Aufgaben als Rangniedrigster, gewissermaßen immer die Niederschriften dann von solchen Begegnungen anzufertigen.

Frage: Wie lief das dann praktisch ab? Sie saßen dabei und haben mitstenographiert?

Seidel: Ja, schlicht ja. Ich meine, ich bin natürlich kein Parlamentsstenograph, aber ich konnte immerhin doch den wesentlichen Inhalt stenographisch festhalten.

Frage: Was Sie stenographiert haben, wurde nachher getippt. Waren denn diese Berichte oder Niederschriften geschönt?

Seidel: Also sie waren nicht geschönt, sie geben natürlich im wesentlichen, will ich mal sagen, Ablauf und Inhalt dieser Gespräche wieder. Im wesentlichen heißt, das waren keine Wortprotokolle, also so weit reichten meine Stenographiekenntnisse nicht. Es waren Zusammenfassungen, inhaltliche Zusammenfassungen, aber sie spiegeln schon den Ablauf und auch den Inhalt dieser Gespräche wider. Insofern sind sie glaubwürdig. Sie sind also keineswegs verfälscht worden, das hätte ja gar keinen Sinn gehabt. Das waren ja Arbeitsniederschriften,

also wem hätte das nützen sollen, wenn man irgendwas geschönt hätte. Es ging ja darum, daß man damit arbeiten konnte.

Frage: Welchen Zweck hatten anschließend diese Berichte? Was wurde damit gemacht?

Seidel: Ich habe sie dann an Honecker weitergegeben. Was er damit gemacht hat, weiß ich nicht. Möglicherweise hat er Niederschriften von wichtigen Gesprächen zur Kenntnis ins Politbüro gegeben. Und ich habe natürlich auch jeweils ein Exemplar für mich behalten, denn auch für uns war es Arbeitsmittel. Wir mußten ja dann auch auswerten entsprechend, was zu veranlassen war.

Frage: Wer war denn bei solchen Treffen noch anwesend außer beispielsweise Honecker, den westdeutschen Politikern und Ihnen?

Seidel: Anwesend waren in der Regel, das hing natürlich auch vom Gast oder vom Thema ab, sein persönlicher Mitarbeiter, Staatssekretär Herrmann, der Leiter der Westabteilung im ZK Höppner, je nachdem auch mit unter Außenminister Fischer und ich. Also das war im wesentlichen der Kreis der Teilnehmer.

Frage: Das heißt, es waren immer mehrere anwesend zusätzlich zu den unmittelbaren Gesprächsteilnehmern?

Seidel: Ja. Wobei auf der anderen Seite ja auch in aller Regel der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik dabei war. Der übrigens auch aufgeschrieben hat.

Frage: Das heißt, die West-Gesprächspartner hatten auch mitgeschrieben, und das war üblich?

Seidel: Ja, das war üblich. Man muß ja entsprechend die Ergebnisse festhalten. Dieses war durchaus üblich.

Frage: Was hatte es denn zu bedeuten, wenn der Kreis der Beteiligten an einem solchen Gespräch gering war? Ein Beispiel steht mir da vor Augen, da gab es den Besuch von Egon Bahr, das war im September 1986, Bahr bei Honecker, und dabei war nur noch Axen.

Seidel: Das hing im wesentlichen vom Gegenstand ab, den die andere Seite ja vorher ein bißchen angekündigt hat, und natürlich auch vom Ermessen von Honecker. Hier ging es offenkundig natürlich schon um etwas vertraulichere Gespräche, insofern wurde dann der Kreis der Teilnehmer natürlich klein gehalten. Das heißt, ich will damit sagen, ich war nicht überall dabei.

Frage: Das heißt, wenn nur drei insgesamt dabei waren, war das ein Gespräch besonderer Bedeutung?

Seidel: Ja, was also nicht besonders verbreitet werden sollte, wo es dann möglicherweise auch schon um irgendwelche Entscheidungen ging.

Dokument 2

Westabteilung Berlin, 30. Juni 1971

Arbeitsplan
für das 2. Halbjahr 1971

I. *Vorlagen an das Politbüro und an das Sekretariat des ZK*

a) **An das Politbüro**

Zur Frage der Leipziger Arbeiterkonferenzen

Verantwortlich: Genosse Max Schmidt

Termin: November

b) **An das Sekretariat des ZK**

1. Gegenbesuch einer Delegation des ZK der SED beim Parteivorstand der DKP in Düsseldorf

   Verantwortlich: Genosse Geggel

   Termin: September

2. Konzeption für einen Lehrgang mit Kadern der Westarbeit (15.–21. 11. 1971)

   Verantwortlich: Genosse Wildberger

   Termin: Oktober

II.

1. Unmittelbare Auswertung und Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages

   – Anleitung und Unterstützung der uns unterstellten Parteiorganisationen und der Westkommission bei den Bezirksleitungen

     Verantwortlich: Die für die jeweiligen Bereiche zuständigen Genossen

     Termin: laufend

   – Ausarbeitung einer Rededisposition zur Auswertung des VIII. Parteitages in der BRD

     Verantwortlich: Genosse Max Schmidt

     Termin: Anfang Juli

– Ausarbeitung eines Themenplanes zur Führung der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und seinen Ideologien für die Arbeit in der DDR sowie für die Arbeit nach und in der BRD

Verantwortlich: Genosse Pötschke
Genosse M. Schmidt

Termin: Juli

2. Delegation des ZK der SED zum Düsseldorfer Parteitag der DKP (Vorbereitung des Auftretens der Delegation)

Verantwortlich: Genosse Geggel

Termin: Oktober

3. Ausarbeitung einer Information über den Stand der Entwicklung der DKP am Vorabend des Düsseldorfer Parteitages

Verantwortlich: Genosse Madloch
Genosse Pirsch

Termin: Oktober

4. Ausarbeitung einer Konzeption für die weitere Arbeit mit Sozialdemokraten in der BRD

Verantwortlich: Genosse M. Schmidt
Genosse Wildberger
Genosse Klassen

Termin: September

5. Vorbereitung einer Aussprache mit Vertretern der DKP über die Lage in den Gewerkschaften der BRD und über die Politik und Taktik kommunistischer Gewerkschaftsarbeit

Verantwortlich: Genosse M. Schmidt
Genosse Voigtländer
Genosse Pirsch
Genosse Madloch

Termin: September

6. Vorbereitung einer Beratung mit Vertretern der DKP über die Jugendarbeit in der BRD

Verantwortlich: Genosse M. Schmidt
Genosse Jäschke
Genosse Pirsch
Genosse Madloch

Termin: Ende November

7. Einschätzung des außerordentlichen Parteitages der SPD (18.–20. 11. 1971)
   Verantwortlich: Genosse Schmidt
   Genosse Klassen
   Termin: Ende November
8. Studie über neue Möglichkeiten zur Entwicklung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Intelligenz in der BRD
   Verantwortlich: Genosse Max Schmidt
   Genossin Daehne
   Termin: Dezember
9. Politisch-ideologische Vorbereitung der Olympischen Spiele 1972
   Verantwortlich: Genosse Pötschke
   Genosse Wildberger
   Termin: laufend
10. Plan für die politisch-ideologische Arbeit nach Westberlin
   Verantwortlich: Genosse Pötschke
   Genosse Ruch
   Termin: November
11. Analyse der politischen Wirksamkeit des Deutschlandsenders und Einschätzung der Leitungstätigkeit im DS
   Verantwortlich: Genosse Pötschke
   Genosse Leichtfuß
   Termin: November

III.

1. Anleitung und Kontrolle des Instituts in Biesdorf (Lehrpläne, Perspektivplanung, Konsultationen, politische Erziehungsarbeit)
   Verantwortlich: Genosse Madloch
   Termin: laufend
2. Bericht über die Durchführung des Beschlusses des Sekretariats des ZK vom 29. 4. 1971 über die Beziehungen zwischen den Bezirksleitungen der SED und den Landes- bzw. Bezirksvorständen der DKP
   Verantwortlich: Genosse Wildberger
   Termin: Dezember
3. Plan der Studiendelegation des Parteivorstandes der DKP für das Jahr 1972
   Verantwortlich: Genosse Wildberger
   Termin: Dezember

4. Unterstützung der Bezirksleitungen Schwerin und Dresden in Vorbereitung der Landtags- bzw. Kommunalwahlen in Bremen und Baden-Württemberg (Oktober 1971)

   Verantwortlich: Genosse Wildberger

   Termin: September/Oktober

5. Bericht über die propagandistische und politisch-operative Arbeit in der BRD im Jahre 1971

   Verantwortlich: Genosse Wildberger

   Termin: Januar 1972

Dokument 3

H. Axen
Abteilung für Internationale
Politik und Wirtschaft

Berlin, 22. 02. 1989
33 Ex. je 17 Blatt
31 Ex. 17 Blatt
Persönliche Verschlußsache
– Vorlagen –
ZK 02 Tgb.-Nr. .....

Vorlage
an das Politbüro des ZK

Betreff: Maßnahmen zur Fortsetzung der Beziehungen mit der SPD im Jahre 1989

Beschlußentwurf:

1. Die Maßnahmen zur Fortsetzung der Beziehungen mit der SPD im Jahre 1989 werden bestätigt.

   Im Mittelpunkt des Dialogs mit der SPD stehen die zentralen Fragen des Kampfes um Frieden, Abrüstung, Sicherheit und Vertrauensbildung unter Beachtung der internationalen Lage.
2. Alle Aktivitäten gegenüber der SPD werden durch die Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK koordiniert und sind mit ihr abzustimmen.
3. Zur Entsendung bzw. zum Empfang von Delegationen werden dem Politbüro bzw. dem Sekretariat des ZK zu gegebener Zeit Vorlagen unterbreitet.

H. Axen
Abteilung für Internationale
Politik und Wirtschaft

Bei der Behandlung der Vorlage sind einzuladen: Genosse Gunter Rettner

Verteiler:

1.–30. Ex. Politbüro
31. Ex. Büro Axen
32. Ex. Abt. für IPW
33. Ex. MfAA

Maßnahmen
zur Fortsetzung der Beziehungen mit der SPD im Jahre 1989

Die Beziehungen zur SPD und ihr nahestehenden Organisationen und Kräften im Jahre 1989 werden auf der Grundlage

- der im Bericht über den offiziellen Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, in der BRD vom 07. bis 11. September 1987 enthaltenen Schlußfolgerungen (Beschluß des Politbüros des ZK 552/87 vom 15. 09. 1987);
- des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Erich Honecker, mit Hans-Jochen Vogel am 29. April 1988;
- der „Analyse zur Lage in der BRD – Schlußfolgerungen für eine gemeinsame Politik“ (Beschluß des Politbüros des ZK 386/87 vom 23. 06. 1987)

kontinuierlich weitergeführt.

Ziel ist die Fortsetzung des gemeinsamen Ringens um Abrüstung, Sicherheit und Vertrauensbildung sowie die weitere Ausprägung von übereinstimmenden Positionen zur Durchsetzung friedlicher Koexistenz und gemeinsamer Sicherheit.

Die Beziehungen zur SPD werden in Vorbereitung auf den 50. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges in besonderem Maße genutzt, um gemeinsam auf konkrete Fortschritte in der Friedenssicherung hinzuwirken und aktiv dazu beizutragen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgeht.

In den Gesprächen ist die Position der SED zur in der BRD und Westberlin aufkommenden neonazistischen Gefahr darzulegen und dahin zu wirken, die Aktivitäten der SPD gegen Neofaschismus zu verstärken.

Jeglichen Versuchen zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR wird entschieden entgegengewirkt.

Folgende Maßnahmen sind zur Fortsetzung der Beziehungen mit der SPD im Jahre 1989 vorgesehen:

I.

Gespräche des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker

- mit dem Vorsitzenden der SPD und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel

  Termin: Mai 1989

Verantwortlich: Genosse Hermann Axen
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

– mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes und stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Oskar Lafontaine

Termin: II. Halbjahr 1989

Verantwortlich: Genosse Hermann Axen
Genosse Oskar Fischer
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

II. *Fortsetzung der Gespräche zu Fragen der Abrüstung, Sicherheit und Vertrauensbildung*

1. Treffen der Gemeinsamen Arbeitsgruppe von SED und SPD zu sicherheitspolitischen Fragen zur Ausarbeitung von Vorschlägen für strukturelle Angriffsunfähigkeit in Europa und für einen Streifen/Zone verringerter Rüstungen und Streitkräfte an der Berührungslinie der militärpolitischen Bündnisse in Zentraleuropa

Termin: nach Vereinbarung

Verantwortlich: Genosse Hermann Axen
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

2. Maßnahmen zur weiteren Popularisierung der gemeinsamen politischen Initiativen von SED und SPD für eine chemiewaffenfreie Zone, für einen atomwaffenfreien Korridor und für eine Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa

Termin: nach Vereinbarung

Verantwortlich: Genosse Hermann Axen
Genosse Oskar Fischer
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

3. Durchführung eines sicherheitspolitischen Forums von SED und SPD in Bonn

Termin: 26./27. April 1989

Verantwortlich: Genosse Hermann Axen
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

Abteilung Sicherheitsfragen des ZK

4. Durchführung eines Seminars zu Fragen der Sicherheitspolitik zwischen Vertretern der SED und der saarländischen SPD, unter Einschluß von Militärexperten beider Seiten, in Saarbrücken

   Termin: I. Halbjahr 1989

   Verantwortlich: Genosse Hermann Axen
   Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK
   Abteilung Sicherheitsfragen des ZK

5. Beteiligung an der gemeinsamen Arbeitsgruppe von SPD und PVAP zu Fragen der Sicherheit im Ostseeraum

   Termin: nach Vereinbarung

   Verantwortlich: Genosse Hermann Axen
   Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK
   Abteilung Internationale Verbindungen des ZK

III. *Die Kontakte zur SPD-Bundestagsfraktion werden mit dem Ziel der Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Volkskammer der DDR und dem Deutschen Bundestag der BRD fortgesetzt*

Als nächste Schritte werden durchgeführt:

1. Aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens offizieller Kontakte der Volkskammer der DDR zur SPD-Bundestagsfraktion wird eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion unter Leitung von Horst Ehmke, Mitglied des Parteivorstandes der SPD und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zu einem Besuch der Volkskammer der DDR eingeladen.

   Termin: 10.–12. April 1989

   Verantwortlich: Genosse Horst Sindermann
   Abteilung Staats- und Rechtsfragen des ZK
   Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

2. Besuch einer Delegation der Volkskammer der DDR (Ausschuß für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft) auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion in der BRD

   Termin: Mai/Juni 1989

   Verantwortlich: Abteilung Staats- und Rechtsfragen des ZK

Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

3. Besuch der Arbeitsgruppe Jugendpolitik der SPD-Bundestagsfraktion auf Einladung der FDJ-Fraktion der Volkskammer der DDR in der DDR

Termin: III. Quartal 1989

Verantwortlich: Abteilung Staats- und Rechtsfragen des ZK
Abteilung Jugend des ZK
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

4. Besuch einer Delegation der SPD-Bundestagsfraktion zur Umweltpolitik in der DDR

Termin: 11. bis 13. September 1989

Verantwortlich: Abteilung Staats- und Rechtsfragen des ZK
Abteilung Grundstoffindustrie des ZK
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

IV. *Weiterführung der Kontakte zwischen SED und SPD auf zentraler Ebene*

1. **Die Gespräche mit führenden sozialdemokratischen Politikern werden fortgesetzt.**

Termin: nach Vereinbarung

Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

2. Fortsetzung der Diskussionen zwischen Gesellschaftswissenschaftlern der SED und Mitgliedern der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

In Realisierung des von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD gemeinsam erarbeiteten Dokumentes „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ werden durchgeführt:

– Fortsetzung der Diskussionen auf der Grundlage des gemeinsamen Dokuments im Rahmen von kommunistischen Parteien sozialistischer Länder und Parteien der Sozialistischen Internationale zu einem noch zu vereinbarenden Thema

Termin: nach Vereinbarung

Verantwortlich: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

Abteilung Internationale Verbindungen des ZK

– Fortsetzung der Diskussionsrunde zwischen Gesellschaftswissenschaftlern der SED und Mitgliedern der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD zu Fragen der Menschenrechte in Wendisch-Rietz

Termin: III. Quartal 1989

Verantwortlich: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR

– Weitere Anforderungen nach Teilnahme von Vertretern der SED an Veranstaltungen zum Gemeinsamen Dokument bzw. zu den sicherheitspolitischen Initiativen werden gesondert entschieden

Verantwortlich: Genosse Hermann Axen

Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR

3. Tagungen von **gemeinsamen Arbeitsgruppen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Friedrich-Ebert-Stiftung** zu den Themen

– Friedenssicherung und Systemauseinandersetzung
– Menschenrechte in der Systemauseinandersetzung
– Verhältnis Partnerschaft, Gegnerschaft und Feindschaft
– Friedenssicherung, Friedensbewegung, Friedenserziehung
– Ökonomie/Ökologie

Termin: nach Vereinbarung, 2. Halbjahr

Verantwortlich: Akademie für Gesellschaftswissenschaften bem ZK der SED

Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

4. Weiterführung der **Expertengespräche zwischen Gesellschaftswissenschaftlern der SED und Wissenschaftlern SPD-naher Forschungseinrichtungen**

– Bilaterale Diskussionsrunde zwischen Gesellschaftswissenschaftlern der SED und Vertretern der SPD-nahestehenden Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft zu Problemen der Abrüstung in Heidelberg

Termin: 10./11. März 1989

Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR

– Gespräch mit der sozialdemokratisch orientierten Arbeitsgruppe „Alternative Sicherheit“ (Volker Kröning/Hermann Scheer) und Wissenschaftlern der DDR

Termin: 26. Mai 1989

Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR

5. Durchführung eines **geschichtswissenschaftlichen Forums von Historikern der DDR mit Mitgliedern der Historischen Kommission der SPD** in Berlin

Termin: 31. Mai bis 01. Juni 1989

Verantwortlich: Abteilung Wissenschaften des ZK

Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED

Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

6. Fortführung der **Gespräche zwischen den Redaktionen der „Einheit“ und der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“** in Bonn

Termin: IV. Quartal 1989

Verantwortlich: Redaktion „Einheit“

Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

7. Die Kontate zur Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in der SPD werden mit folgenden Aktivitäten fortgesetzt:

– Einladung des AsF-Bundesvorstandes zur Teilnahme an europäischer Frauenfriedenswoche des DFD mit anschließendem Arbeitsbesuch und Aufenthalt in Rostock

Termin: September 1989

Verantwortlich: Abteilung Frauen des ZK
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK
DFD-Bundesvorstand

– Empfang des Landesvorstandes AsF Saar und Studienaufenthalt in Cottbus

Termin: 1. Halbjahr 1989

Verantwortlich: Abteilung Frauen des ZK
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK
DFD-Bundesvorstand

– Delegationsaustausch zum Internationalen Frauentag 1989 mit dem Landesverband der AsF Bayern und dem DFD-Bezirksvorstand Gera

Termin: März 1989

Verantwortlich: Abteilung Frauen des ZK
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK
DFD-Bundesvorstand

8. Aufnahme des Dialogs zwischen Vertretern der SED und der SPD zu kommunalpolitischen Fragen

– Besuch einer Delegation von Kommunalpolitikern der SED auf Einladung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Köln (BRD)

Termin: 12.–15. April 1989

Verantwortlich: Abteilung Staats- und Rechtsfragen des ZK
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

9. Herstellung von Kontakten zur Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

– Besuch einer Delegation der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD unter Leitung ihres Vorsitzenden Rudolf Dreßler, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestragsfraktion, in der DDR

Termin: II. Halbjahr 1989

Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK
FDGB-Bundesvorstand
Abteilung Gewerkschafts- und Sozialpolitik des ZK

10. Aufnahme von **Kontakten zwischen der Arbeiterwohlfahrt und dem Zentralausschuß der Volkswirtschaft**

Termin: nach Vereinbarung

Verantwortlich: Abteilung Gewerkschafts- und Sozialpolitik des ZK
Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

11. Teilnahme einer Delegation der SED an einer **Veranstaltung der SPD-Fraktionen der Landtage Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie der Bürgerschaft Hamburg zu Fragen des Umweltschutzes**

Termin: II. Halbjahr 1989

Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK
Abteilung Grundstoffindustrie des ZK
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

V. *Die Kontakte zu Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden der SPD werden fortgesetzt und schrittweise ausgebaut*

1. Die Kontakte zwischen der Bezirksleitung **Rostock** der SED und dem Landesverband **Bremen** der SPD werden auf der Grundlage der geschlossenen Vereinbarung im Jahre 1989 mit dem Besuch einer Delegation des Landesvorstandes Bremen der SPD in Rostock weitergeführt.

Termin: nach Vereinbarung

Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK
Bezirksleitung Rostock der SED

2. Der Bitte des Landesverbandes **Schleswig-Holstein** der SPD zur Herstellung von Kontakten mit der Bezirksleitung **Neubrandenburg** der SED wird entsprochen

– Entsendung einer Delegation der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED zur Aufnahme von Kontakten mit dem Landesverband Schleswig-Holstein der SPD

Termin: II. Halbjahr 1989

Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK
Abteilung Parteiorgane des ZK
Bezirksleitung Neubrandenburg der SED

– Entsendung einer Delegation der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED auf Einladung des Landesvorstandes Schleswig-Holstein der SPD zu einem Gegenbesuch, verbunden mit einem Seminar zu Fragen der ökologischen Sicherheit der BRD

Termin: 07. bis 10. März 1989

Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

Bezirksleitung Neubrandenburg der SED

3. Der Bitte des Bezirksvorstandes **Franken (Bayern)** der SPD zur Herstellung von Kontakten mit der Bezirksleitung **Gera** der SED wird entsprochen.

Termin: nach Vereinbarung

Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

Abteilung Parteiorgane des ZK

Bezirksleitung Gera der SED

4. Besuch einer **Delegation der bayerischen SPD** unter Leitung von Karl-Heinz Hiersemann, Mitglied des Parteivorstandes der SPD und Vorsitzender der sozialdemokratischen Faktion im bayerischen Landtag, verbunden mit einem Seminar zu Fragen der Sicherheitspolitik in der DDR

Termin: 2. Halbjahr

Verantwortlich: Abteilung für Intrenationale Politik und Wirtschaft des ZK

5. Entsendung einer Delegation der Bezirksleitung **Dresden** der SED auf Einladung des Landesvorstandes **Baden-Württemberg** der SPD und der sozialdemokratischen Fraktion im baden-württembergischen Landtag zu einem Besuch in der BRD

Termin: 2. Halbjahr

Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

Bezirksleitung Dresden der SED

6. Fortsetzung der Kontakte zwischen der Kreisleitung **Luckenwalde** der SED mit dem Kreisvorstand **Rhein-Hunsrück**

Empfang einer Delegation des Kreisverbandes Rhein-Hunsrück der SPD in der DDR

Termin: nach Vereinbarung

Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

Bezirksleitung Potsdam der SED

7. Fortsetzung der Kontakte zwischen der Kreisleitung **Neubrandenburg** der SED mit dem Kreisvorstand **Flensburg** der SPD.

   Empfang einer Delegation des Kreisvorstandes Flensburg der SPD in der DDR

   Termin: nach Vereinbarung

   Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

   Bezirksleitung Neubrandenburg der SED

8. Fortsetzung der Kontakte zwischen der Kreisleitung **Oranienburg** der SED und dem Ortsverein **Dillenburg** der SPD

   Entsendung einer Delegation der Kreisleitung Oranienburg der SED auf Einladung des Ortsvereins Dillenburg zum Besuch in die BRD

   Termin: nach Vereinbarung

   Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

   Bezirksleitung Potsdam der SED

9. Der Bitte des Unterbezirks **Mainz** der SPD zur Herstellung von Kontakten mit der Stadtleitung **Erfurt** der SED wird entsprochen.

   Termin: nach Vereinbarung

   Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

   Abteilung Parteiorgane des ZK

   Bezirksleitung Erfurt der SED

10. Aufnahme von Kontakten zwischen dem Landesverband der Arbeiterwohlfahrt **Nordrhein-Westfalen** und dem **Bezirksausschuß Halle** der Volkssolidarität

    Termin: nach Vereinbarung

    Verantwortlich: Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

    Abteilung Gewerkschafts- und Sozialpolitik des ZK

    Bezirksleitung Halle der SED

VI. *Weiterführung der Kontakte mit der Westberliner SPD*

Fortsetzung der Gesprächsrunde mit Vertretern der Führung der Westberliner SPD

Termin:	Juni 1989
Verantwortlich:	Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK

Dokument 4

Berlin, den 3. September 1971

Struktur des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft

Entsprechend dem Beschluß des Politbüros vom 6. Juli 1971 über die Bildung des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft und seine Grundaufgaben sowie unter Berücksichtigung der bisherigen strukturellen Formen der wissenschaftlichen und politischen Arbeit in den zusammengeschlossenen Einrichtungen besitzt das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft folgende Struktur:

1. *Direktion (Direktor des Instituts und 2 stellvertretende Direktoren)*

Bei der Direktion bestehen die Abteilung für Führungsinformation, die Abteilung Internationale Verbindungen, Kader und Qualifizierung, Finanzen sowie das Direktionsbüro. Die Abteilung Innere Verwaltung ist dem Leiter des Direktionsbüros zugeordnet.

2. *Hauptabteilungen*

Hauptabteilung Forschung „Wirtschaftliche und soziale Entwicklungsprozesse in der BRD und in anderen wichtigen kapitalistischen Ländern“.

Zu dieser Hauptabteilung gehören Forschungsabteilungen für Fragen der Monopolisierung, Militarisierung und Machtstruktur, für Fragen der Reproduktion, der Lage und des Kampfes der Arbeiterklasse, zu Fragen der Landwirtschaft und der kapitalistischen Weltwirtschaft.

3. *Beratungsgremium im Institut*

Kollegium

Der Direktor, die Stellvertreter des Direktors, die Leiter der Hauptabteilungen, der Leiter der Abteilung für Führungsinformation und der Leiter des Direktionsbüros bilden das Kollegium des Instituts. Der Parteisekretär nimmt an den Sitzungen des Kollegiums teil. Als Leitungsorgan des Direktors hat

es beratende Funktion. Es dient der kollektiven Diskussion von Problemen und der Vorbereitung von Entscheidungen, die für die Arbeit des Instituts von zentraler Bedeutung sind.

Wissenschaftlicher Rat im Institut

Er dient der Diskussion wissenschaftlicher Probleme und von Arbeitsergebnissen mit grundsätzlicher Bedeutung sowie von Dissertationen.

4.

Die kadermäßige Besetzung der verschiedenen Bereiche des Instituts erfolgt im Rahmen der bisher bestehenden Stellenpläne. Der zusammengefaßte Arbeitskräfteplan der bisherigen Einrichtungen, die zum Institut für Internationale Politik und Wirtschaft zusammengeschlossen wurden, bildet die Grundlage für den einheitlichen Stellenplan des Instituts. Eine Erweiterung der Zahl der Planstellen ist damit nicht verbunden.

Das Institut verfügt entsprechend der Situation in den bisherigen Einrichtungen über Planstellen für 190 wissenschaftliche Mitarbeiter (Mitarbeiter der Forschungsabteilungen, der Redaktionen, der Leitung), 170 wissenschaftlich-technische Mitarbeiter (Bibliothekare, Dokumentalisten usw.) sowie 195 technische Kräfte bzw. Hilfskräfte (Mitarbeiter in den Archiven, den Bibliotheken, im Foto-Labor, im Bereich Druck und Vervielfältigung, Buchbinderei, Wachdienst usw.).

(Im Institut gibt es gegenwärtig eine Bibliothek mit ca. 146 000 Bänden, ein Zeitungsausschnitt-Archiv – seit 1946 – von ca. 12 Millionen Ausschnitten, einen Bestand an gebundenen Zeitungen und Zeitschriften von 110 000 Bänden, ein Biographien-Archiv, das Äußerungen von und über ca. 46 000 Persönlichkeiten der internationalen Politik und Wissenschaft enthält und bearbeitet laufend 1 900 Zeitungs- und Zeitschriftentitel.)

Dokument 5

Berlin, den 24. 1. 1964

Auswertung der Enthüllung über Wehner

1. *Verbreitung in Westdeutschland*

a) Die „Sozialistischen Briefe“ bringen sofort eine Sondernummer heraus. Auflage . . .
b) Die „Neue Bildzeitung“ bringt Auszüge.
c) Dem FDGB und der FDJ wird empfohlen, Ausschnitte in ihren für Westdeutschland bestimmten Organen zu veröffentlichen.
d) Der KPD wird vorgeschlagen, alle Möglichkeiten zur Publizierung in Westdeutschland zu nutzen.

2. *Veröffentlichung im Ausland.*

Die Abteilung Auslandsinformation des ZK legt einen Plan vor. (Mit Genossen Schwabe wurde bereits festgelegt, daß die Übersetzung sofort vorgenommen wird.)

Der Redaktion „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ wird vorgeschlagen, in geeigneter Form zur Verbreitung beizutragen.

3. *Weitere Veröffentlichungen zu Wehner.*

In der Presse erscheint Material über die Zusammenarbeit Wehnersmit Krüger in den Revanchisten-Verbänden.

Verantwortlich für Zusammenstellung Genn. Dora Schaul.

In der Beantwortung möglicher Details und als Fortsetzung der Veröffentlichung in der Berliner Zeitung könnten einige Genossen öffentlich auftreten, die in den Protokollen genannt sind bzw. in Schweden mit Wehner zu tun hatten.

Das könnte in **Form von Zuschriften** an die „Berliner Zeitung“ oder in Form von Gesprächen der „Berliner Zeitung“ mit diesen Genossen geschehen. Schriftliche Berichte liegen vor von:

a) Genossin, Hansson, Stockholm
b) Genossin Bischoff, Berlin

c) Genossen Rick, Berlin Außenministerium

d) Genossen Werther, Schwerin

Eine Reihe weiterer Namen von Genossen, mit denen gesprochen werden könnte, gehen aus den Aufzeichnungen hervor.

Zur weiteren Auswertung der Enthüllung über Wehner

1. Die „Sozialistischen Briefe“ veröffentlichen das Material in einer Sondernummer (bereits gedruckt).
2. Die „Neue Bildzeitung“ veröffentlicht größere Auszüge.
3. Dem FDGB und der FDJ wurde empfohlen, in ihren für Westdeutschland bestimmten Organen werden Ausschnitte veröffentlicht.
4. In Absprache mit den Genossen der KPD sollen in westdeutschen Zeitungen die „Andere Zeitung“, „Blinkfuer“, „Sozialistische Korrespondenz“ u. a. ebenfalls Ausschnitte veröffentlicht werden.

   Nach unserer Information ist in dieser Angelegenheit bisher nur in der Zeitschrift „Sozialistische Demokratie“ eine kurze Notiz erschienen.

   In westdeutschen Presseorganen müßte auch die Frage auftauchen: „Warum schweigt Wehner noch immer zu den Anklagen der „Berliner Zeitung“?“

   Sobald Veröffentlichungen in der westdeutschen Presse erfolgen, sollte das auch vom „Neuen Deutschland“ übernommen werden.
5. Im Deutschlandsender, in der „Berliner Zeitung“ und über ADN erscheinen Interviews bzw. Beiträge von Antifaschisten, die durch den Verrat Wehners besonders betroffen wurden. Vorgesehen dazu sind die Genossinnen Bischoff und Friedländer, der Genosse Werther und die Genossin Hansson, Stockholm.

   In diesen Interviews und Beiträgen soll u. a. den „Dementis“ des Sprechers des SPD-Parteivorstandes und Adenauers entgegengetreten werden.

   In der „Aktuellen Kamera“ oder „Blickpunkt“ des Deutschen Fernsehfunks sollte ein Gespräch mit mehreren der genannten Genossen oder auch einzelne kurze Gespräche geführt werden.
6. Anfang März wird die schwedische Genossin Hansson in Berlin sein. Dabei ist zu erstreben, daß schwedische Antifaschisten in Stockholm die Akten ansehen, in der Öffentlichkeit die Enthüllungen in der „Berliner Zeitung“ bestätigen und sich mit entsprechenden Appellen an die westdeutschen Sozialdemokraten wenden.

Einfluß westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien auf die SPD

Es sind alle Möglichkeiten auszunutzen, um über westeuropäische sozialdemokratische Parteien Einfluß in Richtung der Änderung der Politik der SPD – insbesondere ihrer Deutschlandpolitik – und der Stärkung der oppositionellen Kräfte zu nehmen. Dabei sollten die unterschiedlichen Positionen in der Frage der multilateralen Atomstreitmacht, der Politik der Entspannung und Verständigung die wichtigsten Anknüpfungspunkte sein.

Genosse Norden führt eine Aussprache mit Vertretern der Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Belgiens, Dänemarks, Schwedens und Hollands durch. Die genannten Parteien werden über die Probleme informiert, die nachfolgenden Aufgaben werden mit ihnen beraten, ergänzt und ihre Realisierung besprochen.

Termin: Ende März/Anfang April 1964

Verantwortlich: Abteilung Internationale Verbindungen

a) Namhafte Sozialdemokraten Westeuropas wenden sich mitoffenen Schreiben an den Vorstand der SPD. Unter Hinweis auf die erfolgreichen Verhandlungen in der Passierscheinfrage geben sie der Hoffnung Ausdruck, daß damit eine Politik der Annäherung und Verständigung, gegen die Atomaufrüstung eingeleitet wurde.

b) Namhafte Sozialdemokraten Westeuropas wenden sich an Zinn, Arndt und andere führende Sozialdemokraten Hessens. Sie nehmen zu Arndts Position zustimmend Stellung mit der Bitte um Veröffentlichung in der westdeutschen Presse. Sie erklären sich zu einem regelmäßigen Gedankenaustausch bereit. Sie schreiben über die Position hessischer Sozialdemokraten in ihrer Landespresse.

c) Ausländische sozialdemokratische Journalisten machen Interviews mit Arndt, Hensath, Zinn, Wittrock, Knoeringen und anderen Sozialdemokraten, die im Ausland veröffentlicht werden.

d) Reporter von uns machen in westeuropäischen Ländern nach Rücksprache mit den genannten kommunistischen Parteien, Interviews mit namhaften Sozialdemokraten.

   Termin: April/Mai

   Verantwortlich: Abteilung für Internationale Verbindungen

e) Eine Reihe namhafter westeuropäischer Sozialdemokraten nimmt an der XIX. Deutschen Arbeiterkonferenz teil. Zwischen ihnen und westdeutschen Sozialdemokraten findet nach Möglichkeit in Leipzig eine Zusammenkunft statt.

f) Genosse Friedrich Ebert gibt einer westeuropäischen sozialdemokratischen Zeitung ein Interview zur Frage: Die Entwicklung in Deutschland und die Chance der westdeutschen Sozialdemokratie.

Termin: April 1964

Verantwortlich: Abteilung Internationale Verbindungen

g) In sozialdemokratischen Zeitungen der genannten Länder und Großbritanniens erscheinen in Form von Artikeln und Leserzuschriften Beiträge, die geeignet sind, auf die Änderung der Politik der SPD hinzuwirken. Thematik: Die multilaterale Atommacht und die Sozialdemokraten Europas; der westdeutsche Militarismus und die Parteien der Sozialistischen Internationale; die Beschlüsse der Sozialistischen Internationale und die SPD.

h) Die „Andere Zeitung“ wendet sich an namhafte sozialdemokratische Politiker Westeuropas mit einem persönlich gehaltenen Schreiben und einer ersten Umfrage: Wie stehen sie zum Projekt seiner multilateralen Atommacht, welche Stellung müßte ihrer Meinung nach Westdeutschland dazu einnehmen?

Termin: sofort

Verantwortlich: für die Liste der zu Befragenden:
Interparlamentarische Gruppe, Gen. Wolter
Abt. Internationale Verbindungen
für die Organisierung der Veröffentlichung:
Arbeitsbüro

i) Von Westdeutschland aus werden durch Organisationen der SPD, des SDS evtl. auch durch die „Andere Zeitung“ sozialdemokratische Funktionäre Westeuropas zur Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen eingeladen.

Termin:

Verantwortlich: siehe Punkt h) und Westkommission

j) Die erste der im Beschluß des Politbüros vom 10. 12. 1963 festgelegten „Eisenacher Begegnungen“ zwischen Mitgliedern und Funktionären der SP Westdeutschlands und anderer kapitalistischer Länder wird durchgeführt.

Es wird noch entschieden, ob es bei der Bezeichnung „Eisenacher Begegnungen“ bleiben und wo die Begegnung durchgeführt werden soll.

Termin: Sept. (im Anschluß an die XX. Deutsche Arbeiterkonferenz)

Verantwortlich: Institut für die Gesellschaftswissenschaften,
Westkommission beim PB
(Siehe Beschluß vom 10. 12. 1963)

k) Die „Sozialistischen Briefe“ veröffentlichen in wenigstens 4 Nummern des Jahres 1964 Beiträge westeuropäischer Sozialdemokraten zur Politk der SPD.

Verantwortlich: Redaktion der „SB“

l) Die im Beschluß des Politbüros vom 10. 12. 63 festgelegten Analysen und Einschätzungen der Politik der SPD werden über die Bruderparteien und die Interparlamentarische Gruppe bei der Volkskammer an westeuropäische sozialdemokratische Parteien herangebracht.

Verantwortlich: Arbeitsgruppe Auslandsinformation
Westkommission beim PB

Termin: Erstmalig April 1964

Abschrift/Stl
13. 2. 1964

Genossen	Arbeitsgruppe	La/Pn	8. 2. 64
Norden	Auslandsinformation		

Werter Genosse Norden!

Am 28. 1. 1964 fand bei mir eine Beratung zur Koordinierung internationaler Maßnahmen in der Wehner-Aktion statt. An dieser Beratung nahmen Genossen der Westkommission (Blöcha), der Abteilung Internationale Verbindungen (Marum) und des Arbeitsbüros teil.

Unseres Erachtens nach sollten bei der Führung dieser Aktion zwei Gesichtspunkte im besonderen berücksichtigt werden:

a) Gegenüber den Bruderparteien in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern tritt die **KPD** als Informant in Erscheinung und übermittelt die entsprechenden Materialien.
b) Die SED und die verschiedenen Organisationen in der DDR nutzen ihre Verbindungen und Kontakte zu Bruderparteien und Mitgliedern sozialdemokratischer Parteien nichtsozialistischer Länder – in erster Linie persönliche Kontakte –, um das Wehner-Material auszuwerten.

Vorschläge:

1. Das ZK der KPD übersendet das vom Freiheitssender 904 veröffentlichte Material (in englischer und französischer Sprache) an die ZK der Bruderparteien der sozialistischen und kapitalistischen Länder. In dem notwendigen Begleitbrief ist besonders die gegenwärtige Haltung Wehners zur Verständigung und Entspannung in Deutschland darzulegen.
2. Durch das ZK der KPD wird der Zeitschrift „Frieden und Sozialismus“ ein Artikel übersandt.
3. Die in der Presse der DDR veröffentlichten Informationen über Wehner werden insbesondere für die Sendungen des ADN und RBI in die west- und nordeuropäischen Länder ausgenutzt.

   verantwortl.: Arbeitsgruppe Auslandsinformation
4. Durch die Westkommission wird veranlaßt, daß Genossin Bischof und die Genossen Bick und Werder in geeigneter Form öffentlich Stellung nehmen. Diese Stellungnahmen sind für das Ausland auszuwerten.

   verantwortl.: Westkommission, Arbeitsgruppe Auslandsinformation

5. Durch die Westkommission wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK Kontakt zur Genossin Hansson aufgenommen, um gemeinsam mit ihr zu prüfen, welche Maßnahmen durch sie und möglicherweise durch die schwedische Partei getroffen werden können (Zum Beispiel Brief der Genossin Hansson an einige leitende sozialdemokratische Genossen in Westdeutschland und in anderen westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien.)
6. Die Westkommission prüft in Zusammenarbeit mit der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK, wie mit Genossen Branting in geeigneter Weise Kontakt aufgenommen werden kann. (Gen. Willmann, Gen. Seydewitz)
7. Durch die Abteilung Internationale Verbindungen im ZK werden sowohl über die Bruderparteien als auch über persönliche Verbindungen zu sozialdemokratischen Genossen West- und Nordeuropas Möglichkeiten genutzt, um das Wehner-Material auszuwerten (Zum Beispiel Gespräche mit belgischen, britischen und französischen sozialistischen Abgeordneten.)
8. Durch die Westkommission wird dafür Sorge getragen, daß die auszuwertenden Reaktionen in der Wehner-Diskussion innerhalb der SPD und in anderen politischen Kreisen Westdeutschlands der Arbeitsgruppe Auslandsinformation zur Verfügung gestellt werden, um sie für die Information des Auslandes auszunutzen.

Mit sozialistischem Gruß

Dokument 6

Zu Herbert Wehner

HV A Abt. VII/F

Berlin, den 17. Mai 1966
544/Ha

Genossen
Generalleutnant Wolf

Gen. Minister
Mit der Bitte um
Kenntnisnahme u.
Entscheidung
17.5. Wolf [hand-
schriftl. Vermerk]

Vorschlag
einer Maßnahme zur Beeinträchtigung des Verhältnisses zwischen H. Wehner und H. Schmidt im Parteivorstand der SPD

Nachstehend werden einige Gedanken zu obenangeführten Betreff grob skizziert dargelegt:

1. Einem Redakteur der Zeitung „Die Zeit“ wird ein Film mit einem Artikelentwurf zugespielt.

   Operative Variante: Anruf bei dem Redakteur in der Wohnung. Mitteilung an seine Frau, daß sie einen Blumenstrauß über „Fleurop“ bekommt. In dem beiliegenden Brief eine wichtige Mitteilung für ihren Mann, die sie ihm übergeben möchte. Anschein vortäuschen, daß der Artikelentwurf jemand entwendet wurde. In dem Artikelentwurf wird dargelegt, daß die Nichtwahl Schmidts auf Betreiben und Einwirken von Wehner zurückzuführen ist.

   – Wehner, der Schmidt während seiner Hamburger Zeit und danach selbst aufgebaut hat, fürchtet, daß Schmidt ihm über den Kopf wächst. Er bangt um die eigene Stellung. Auch Wehner fehlt das Hinterland: als einziger SPD-Kandidat wurde er in der Bundestagswahl 1965 in Hamburg nicht direkt gewählt, u. a. auf Betreiben von Schmidt. Der steile Aufstieg des „SPD-Kronprinzen“ Schmidt bedeutet für Wehner eine große Gefahr.
   – Schmidt wandte sich im Parteivorstand gegen die Wahlkampfführung von Wehner. Er forderte eigene härtere SPD-Politik, eigenes Profil. Schmidt wendet sich gegen die Führungsmethoden von Wehner.

– Wehner hat über den von ihm beherrschten SPD-Apparat erfahren, daß Schmidt mit zu den Hintermännern des gegen ihn gerichteten Pamphlets gehört.

  Durch die Nichtwahl von Schmidt hat Wehner erreicht, daß Schmidt ohne Hausmacht mit einem angeschlagenen Image nach Bonn zurückkehrt und hat Einfluß genommen, daß das zweite Pamphlet vielleicht nicht erscheint. Hierbei soll Tromsdorf für Wehner mitgespielt haben.

  Andererseits ist nicht ausgeschlossen, daß sich Schmidt nun erst recht für die Veröffentlichung des zweiten Pamphlets gegen Wehner einsetzt.

– Schmidt kann sich bei Wehner bedanken, daß dieser Verfehlungen, wie sie ihm in bestimmter Beziehung nachgesagt werden, nicht mit gleicher Münze heimgezahlt hat.

– Diese parteiinternen Auseinandersetzungen geben Erler eine rechte Chance, als lachender Dritter gestärkt aus dem Schlagabtausch zwischen Wehner und Schmidt hervorzugehen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß der schwerkranke Erler auch keine Zukunft für die SPD ist.

– Die SPD befindet sich daher in einer echten Führerkrise.

Das fiktive Material soll aus CDU-Kreisen Hamburgs kommen (was durch den Anrufer zu verstehen gegeben werden soll) und die Überschrift tragen:

[. . .]

Wagenbreth
Oberstleutnant

Dokument 7

Hauptabteilung IX/10

Berlin, 12. 8. 1966
4 Expl. / Her
●●. Ausfertigung

Streng vertraulich

Informationsbericht
über die bisherige Arbeit am Komplex Wehner

I. *Zur Einschätzung lagen bisher als wichtigste Dokumente und Materialien vor*

1. *Schwedisches Prozeßmaterial*

– eine Übersetzung des Rapports der schwedischen Kriminalpolizei vom 4. April 1942 über die Untersuchung gegen Herbert Wehner (56 Seiten),
– eine Fotokopie von einer von Wehner am 3. März 1942 verfaßten kurzen Inhaltsangabe über die von ihm verfaßte und im Winter 1941/42 im westlichen Teil des Deutschen Reiches zur Verbreitung gelangte Broschüre „Die Wahrheit für das deutsche Volk“ (3 Seiten),
– eine Fotokopie der von Wehner am 12. April 1942 maschinenschriftlich gegebenen Erklärung zu den von Staatsanwalt Ryhninger vorgetragenen Anklagepunkten (11 Seiten),
– eine Fotokopie der von Wehner verfaßten kurzen Inhaltsangabe über die bei seiner Verhaftung gefundenen Berichte aus dem Westen Deutschlands ohne Datumsangabe (8 Seiten),
– eine Fotokopie der handschriftlich von Wehner am 21. September 1942 verfaßten Erklärung zu der von Staatsanwalt Svea Hovrätten gegebenen Begründung seines Antrages auf Verschärftung gegen Wehner im April 1942 gefällten Urteils von 1 Jahr Gefängnis (17 Seiten),
– eine 16 Seiten umfassende auszugsweise Wiedergabe von Aussagen des Wehner sowie der gleichfalls in dieser Sache verurteilten schwedischen Staatsbürgerin Hansson und anderer in diesem Zusammenhang vernommener Personen auf Grund der Prozeßakte des Wehner,
– eine sieben Seiten umfassende Wiedergabe (Übersetzung) der von Karl Mewis in einem protokollarischen Bericht zusammengefaßten Angaben,

die Mewis bei Verhören gemacht hat und die Verwendung in der Berufungsverhandlung gegen Wehner im November 1942 fanden,

– ein Bericht der schwedischen parlamentarischen Untersuchungskommission, betreffend Flüchtlingsangelegenheiten und Sicherheitsdienst.

Fotokopien beziehungsweise Abschriften von Übersetzungen der Gerichtsprotokolle über die von Wehner während des Prozesses gemachten Aussagen sowie der damals 1942 mit ihm verhafteten und teils später auch verurteilten Personen [7 Namen eingetragen, unleserlich] befinden sich nicht in unserem Besitz, sondern wie bereits oben angeführt, nur auszugsweise Wiedergaben hierüber. Diese fotokopierten Gerichtsurteile befinden sich nur beim ZK der SED.

Mangelhaft ist, daß diese Übersetzungen der schwedischen Gerichtsunterlagen keine authentischen beziehungsweise beglaubigten Übersetzungen sind.

Sowohl aus den zur Zeit zur Verfügung stehenden Unterlagen sowie auch aus westlichen Presseveröffentlichungen geht eindeutig hervor, daß außer den sich in unserem Besitz befindlichen von Wehner während seiner Untersuchungshaft verfaßten Berichten und Erklärungen noch weitere existieren.

So fehlt zum Beispiel der im Rapport der schwedischen Kriminalpolizei vom 4. April 1942 dort aufgeführte und zitierte Bericht Wehners über „Umbau der Organisation mit dem Schwerpunkt in Deutschland selbst“ sowie die von ..... in seiner schon angeführten Erklärung vom 12. 4. 1942 zu den von Staatsanwalt Ryhninger vorgetragenen Anklagepunkten aufgeführten zwei besonderen Erklärungen des Wehner über „seine politischen und organisatorischen Aufgaben und über die Tätigkeit der illegalen KPD in Deutschland“.

Ferner seine eigene besondere Erklärung über die Auszahlung von Geldern an Parteifunktionäre.

Diese vorgenannte Tatsache wird durch einen Bericht des Genossen Oberstleutnant Laufer von der HVA vom 28. 8. 1963 bestätigt. In diesem Bericht verweist er darauf, daß wir nur 1/3 des Materials besitzen, über welches das ZK der SED verfügt und daß dieses letztgenannte Material perfekter und politisch aussagekräftiger sei.

2. *Eigene von Wehner nach 1945 verfaßte Stellungnahmen*

– eine 216 Seiten umfassende Niederschrift aus dem Jahre 1946,

– eine im März 1957 verfaßte und an Bundestagspräsident Gerstenmeyer verschickte Erklärung Wehners zu einer Veröffentlichung der schwedischen Zeitung „Dagens – Nyheter“,

– ein Schreiben Wehners vom Oktober 1953 an Bundeskanzler Adenauer wegen einer im September 1953 im Spiegel veröffentlichten Notiz über Wehner.

3. *Weitere vorhandene Materialien*

- Auszug aus einem Bericht über die Tätigkeit der Parteileitung für das Land in den Jahren 1940–1942 vom Genossen Karl Mewis zu Wehner,
- ein Bericht des Genossen Richard Stahlmann vom Dezember 1946 über den Fall Wehner in Schweden,
- ein Bericht des Genossen Georg Henke vom November 1946 über Wehner,
- ein Bericht der Genossin Charlotte Bischoff vom März 1961 über Wehners Verhalten,
- ein im Jahre 1964 und ein im Jahre 1966 erarbeiteter Bericht über den Verrat des Wehner, insgesamt 55 Seiten,
- ein 29 Seiten umfassender Bericht über die Berliner Instrukteure im Zusammenhang mit dem Verrat des Wehner,
- eine Anklageschrift sowie ein Urteil des Volksgerichtshofes gegen den Ende Januar 1943 von der Gestapo verhafteten und im Juni 1944 zum Tode verurteilten und hingerichteten Wilhelm Knöchel,
- zwei im Februar 1966 in der Westpresse veröffentlichte Artikel über einen von der Zeitschrift „Quick“ vorbereiteten Artikel gegen Wehner, der noch nicht zur Veröffentlichung gelangte,
- zwei Schlußberichte der Gestapoleitstelle Hamburg von 1942 und 1944 über die Komintern sowie über die KPD-Abschnittsleitung Nord, aus denen hervorgeht, daß die Gestapo über die von Wehner 1942 vor der schwedischen Kriminalpolizei gemachten Aussagen verfügt.

II. *Einschätzung des bisher vorliegenden Materials*

Das zur Zeit über Wehner vorhandene Material über seine 1942 in Schweden während der Untersuchungshaft sowie im Verlaufe des Prozesses begangenen Verrat, das noch lückenhaft und unvollständig ist, gibt keine Handhabe zu einem strafrechtlichen Verfahren gegen ihn.

Die bisher durchgearbeiteten umfangreichen Materialien über Prozesse, gegen die von Holland, Dänemark und Schweden nach Deutschland geschickten und 1943 in die Hände der Gestapo gefallenen Instrukteure sowie die von ihnen angeleiteten Kommunisten und Antifaschisten der verschiedenen Widerstandsgruppen, haben bisher keine direkten Beweise erbracht, daß deren erfolgte Verhaftung und spätere Verurteilung – ein nicht unerheblicher Teil davon zum Tode – auf der Grundlage der von Wehner vor der schwedischen Polizei und dem Gericht gemachten Aussagen erfolgt ist.

Der kausale Zusammenhang zwischen dem von Wehner begangenen Verrat

und den nach etwa einem Jahr darauf erfolgten Verhaftungen der ins Land geschickten Instrukteure und der Angehörigen der von diesen angeleiteten illegalen Gruppen konnte bisher nicht erbracht werden.

Die aus Schweden beschafften Prozeßunterlagen des Prozesses gegen Wehner – Hanssen liegen seit 1951 in Schweden zur Einsichtnahme im Stockholmer Archiv des „Nedre Justizrevision“ aus und wurden, wie die jetzt erfolgte Durcharbeitung sämtlicher über Wehner veröffentlichten Artikel in der Presse der DDR sowie von Westdeutschland und Westberlin ergab, wiederholt von den verschiedensten Vertretern der westdeutschen Presse eingesehen und deren Inhalt in Artikeln gegen Wehner einschließlich des Rapports der schwedischen Kriminalpolizei vom 4. April 1942 veröffentlicht.

In den in den zurückliegenden Jahren in der Presse der DDR schon wiederholt veröffentlichten Artikeln über den von Wehner vor der schwedischen Polizei sowie im Prozeß begangenen Verrat, teils mit persönlichen Stellungnahmen hierzu durch die Genossin Charlotte Bischoff und den Genossen Werther, sind seitens der Genossin Bischoff konkrete Fakten im Zusammenhang mit dem Verrat Wehners und den im Jahre 1943 verhafteten Instrukteuren und Kommunisten angeführt worden, für die es nach den bisherigen durchgearbeiteten Prozeß- und Untersuchungsmaterialien dieser Personen keine Beweise gibt.

III. *Vorschlag zur weiteren Bearbeitung des Komplexes Wehner*

Ausgehend von der bereits gegebenen strafrechtlichen Einschätzung wird vorgeschlagen, zu dem Verrat Wehners und dessen Auswirkung wirksame Materialien zu erarbeiten mit dem Ziel, dazu zu kommen, daß eine strafrechtliche Verfolgung möglich wird, auch aus der Sicht der bürgerlichen Rechtssprechung des westlichen Auslandes.

Die hierzu notwendig einzuleitenden Maßnahmen sind:

- Beschaffung aller polizeilichen, gerichtlichen und die Verteidigung umfassenden Unterlagen der gegen Wehner 1942 geführten Untersuchung beziehungsweise des Prozesses,
- die dazu zur damaligen Zeit erschienenen Presseveröffentlichungen,
- Ermittlung und zielgerichtete Befragung der mit Wehner zur damaligen Zeit zusammen tätig gewesenen Genossen und Genossinnen, wie

  Richard STAHLMANN
  Charlotte BISCHOFF
  Sigmund STEIN
  Erika FRIEDLÄNDER
  Paul WERTHER

Max SEYDEWITZ

und eventuell anderer bei der weiteren Bearbeitung noch bekanntwerdender positiver Personen.

Die begonnene Konzentrierung des Materials gegen Wehner müßte weiter betrieben werden, Sach- und Personenzusammenhänge aufgeklärt und das Material nach folgenden Abschnitten chronologisch zusammengestellt werden:

1. Die Tätigkeit Wehners gegen die Einheitsfront und die Einheit der Arbeiterklasse vor und nach 1945,
2. daß Wehner kein Widerstandskämpfer, sondern Karrierist, Feigling ist,
3. sein Verrat 1942 im Kampf aller antifaschistischen Kräfte gegen den Faschismus, für die antifaschistische demokratische Zukunft Deutschlands.

Eine Möglichkeit, Wehner vor allen fortschrittlich gesinnten Menschen ganz Deutschlands und der breiten Weltöffentlichkeit bloßzustellen und mit strafrechtlichen Mitteln gegen ihn vorgehen zu können, besteht in der zielstrebigen Zusammenfassung aller Fakten der von Wehner nach 1945 fortgesetzt begangenen friedensfeindlichen und gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichteten Handlungen. Dazu müssen alle offiziellen Materialien von Bundestagssitzungen, SPD-Parteitagen, des „Forschungsbeirats“ und anderer Gremien, in welchen Wehner tätig ist, sowie Stellungnahmen und gegebene Interviews Wehners beschafft und als Beweismaterial ausgewertet werden, um daraus die wichtigsten Schwerpunkte seiner friedensgefährdenden Tätigkeit herauszuarbeiten. In diesem Zusammenhang könnte dann auch das erarbeitete Material zu seinem Verrat vor 1945 zur Charakterisierung seiner Person und seines fortgesetzten Verrats an den Interessen des deutschen Volkes verwendet werden.

Als rechtliche Grundlage zur strafrechtlichen Bearbeitung des Wehner könnte das Gesetz zum Schutze des Friedens der DDR § 3 und eventuell der besonders schwere Fall § 6 herangezogen werden.

Es wird gebeten, daß die in der Hauptabteilung IX/10 gebildete Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Genossen Oberstleutnant Laufer durch die vom Genossen Minister benannten operativen Linien bei der Beschaffung und Bearbeitung der hierzu notwendigen Materialien aktiv unterstützt wird.

Ein konkreter Maßnahmeplan für die Schaffung der notwendigen Beweismaterialien wird erarbeitet. Für die Bearbeitung des Komplexes wird etwa ein Zeitraum von 3 Monaten benötigt.

Verteiler:

1. Expl. Gen. Minister
2. Expl. Gen. Oberst Heinitz
3. u. 4. Expl. HA IX/10

Schwabe

Major

Anlage: 2 Blatt

Teilkonzeption der operativen Arbeiten gegen Wehner

Im Nachfolgenden handelt es sich, hauptsächlich Schweden betreffend, nur um Thesen für eine Teilkonzeption.

Ihr liegt der Gedanke zugrunde, daß die Feindtätigkeit Wehners wachsen wird, daß diese nicht nur gegen unsere DDR, unsere Arbeiter- und Bauernmacht, sondern zusätzlich ebenso gegen die KPD, gegen die Arbeiterklasse, ihre Organisationen und ihre Weltanschauung, den Marxismus-Leninismus, im internationalen Maßstab gerichtet ist. Sie geht von dem Gedanken aus, daß wir es unternehmen müssen, neue, breitere Kräfte gegen Wehner zu mobilisieren und ihnen konkrete operative Aufgaben, die in den meisten Fällen getarnterweise werden erfolgen müssen, zu stellen.

In dieser Teilkonzeption werden [???] operative Fragen nicht behandelt.

1. Im Januar 1945 berief der König von Schweden eine parlamentarische Untersuchungskommission zwecks Untersuchung von Flüchtlingsangelegenheiten und betreffs Sicherheitsdienst ein. Der Kommission gehörten an:

   Richard Sandler,

   Geoirg Branting,

   Gust. Modesson,

   Günter Hedlung,

   Ivar Sofve und

   Sven Komanus.

   Die Kommission, die ihr Ermittlungsmaterial z. T. aus Geheimakten zusammentrug, beendete im Dezember 1945 ihre Arbeiten, nachdem sie einen 700 Seiten umfassenden Bericht abgefaßt hatte. Dieser Bericht wurde in zwei Teilen, 1946 und 1947 gedruckt, d. h. veröffentlicht. Er liegt uns in schwedischer Sprache vor.

   Es ist erforderlich, eine für juristische Zwecke einwandfreie Übersetzung des gesamten Berichtes durchführen zu lassen.

Das gesamte Ermittlungsmaterial der Kommission, das dem 700seitigem Bericht zugrunde liegt, ist von [. . .]

Dokument 8

Hauptabteilung IX/11

Berlin, den 4. 1. 1967
4 Expl. / Sch 1. Ausf. 12/67
Streng vertraulich

Bericht
über die bisherigen Ergebnisse der Bearbeitung des Vorgangs WEHNER

Auf der Grundlage der an die Hauptabteilung IX übergebenen Materialien zu WEHNER und der im Informationsbericht vom 12. 8. 1966 vorgeschlagenen Maßnahmen wurden weitere Dokumentenmaterialien, Veröffentlichungen und Unterlagen der SPD und des Bundestages beschafft und durchgearbeitet sowie sich daraus ergebende Personen- und Sachzusammenhänge überprüft.

Nach den bisher vorliegenden Dokumentenunterlagen sowie im Ergebnis der durchgeführten Vernehmungen mit den GenossinnenCharlotte BISCHOFF und Erika FRIEDLÄNDER sowie den Genossen Richard STAHLMANN und Kurt SIEGMUND konnten bisher keine Beweise für ein strafrechtliches Vorgehen sowie keine nennenswerten neuen kompromittierenden Fakten gegen WEHNER wegen seines Verrates in Schweden erarbeitet werden. Es kann noch nicht nachgewiesen werden, daß auf Grund der von WEHNER vor der schwedischen Polizei und im Prozeß gemachten Aussagen einzelne illegal in Deutschland oder in anderen Ländern tätige Kommunisten oder Antifaschisten bzw. Angehörige von Widerstandsgruppen in die Hände der Gestapo gefallen sind und verurteilt wurden.

Die Bearbeitung der vorliegenden Materialien ergab, daß der größte Teil pressebekannt ist und mehrfach propagandistisch und agitatorisch ausgewertet wurde.

Die Untersuchungen zum Nachweis der strafrechtlichen Verantwortlichkeit WEHNERs nach dem Friedensschutzgesetz der Deutschen Demokratischen Republik konnten noch nicht abgeschlossen werden, da ein Teil der dazu benötigten Dokumente der SPD, des Bundestages und anderer Gremien noch nicht vollständig zur Bearbeitung vorlag.

Durch die durchgeführten Vernehmungen konnte jedoch der Beweis erbracht werden, daß die von WEHNER in seinen „Notizen“ aus dem Jahre 1946 aufgestellte Behauptung, „weder in der polizeilichen Untersuchung noch im Prozeß Angaben gemacht zu haben, die anderen mit ihm in Zusammenarbeit stehenden deutschen Kommunisten in Stockholm oder anderen in der Illega-

lität in Deutschland oder in den besetzten Ländern hätten schaden können“, erlogen ist.

So geht aus den Zeugenvernehmungen hervor, daß WEHNER nicht nur die 1941 nach Deutschland geschickte Charlotte BISCHOFF verriet, sondern auch gegenüber der schwedischen Polizei Angaben zu der zum Einsatz nach Deutschland vorgesehenen Genossin Erika FRIEDLÄNDER und zu dem in Schweden mit ihm illegal tätigen Kalle („Partisanen-Richard“), Richard STAHLMANN, machte.

Durch die Vernehmung der Genossin BISCHOFF konnten ihre Angaben in der „Berliner Zeitung“ vom März 1964 detailliert werden. Wichtig ist ihre Aussage, daß sie vor ihrer Abreise von Schweden nach Deutschland auf Anforderung WEHNERs diesem ein Paßbild von ihr übergeben hat, welches nach Angaben der jetzigen Genossin BERGER (PAULI), Charlotte ihr im Jahre 1943 bei der Gestapo vorgelegt wurde. Von dieser Aufnahme hatte außer WEHNER nur noch ihre Tochter, die sich in Moskau befand, ein Exemplar, welches diese nach 1945 wieder mit zurückbrachte.

Aus vorhandenen Volksgerichtshofakten zu dem verhafteten und später hingerichteten Genossen KOWALKE, der mit Wilhelm KNÖCHEL zusammen tätig war, geht hervor, daß auch dem Genossen KOWALKE während seiner Vernehmung am 12. 2. 1943 ein Bild der Charlotte BISCHOFF vorgelegt wurde. Ob diese Aufnahme mit der von der Genossin BISCHOFF an WEHNER übergegebenen identisch ist, kann nicht mehr festgestellt werden, da den Akten kein Bild der BISCHOFF beiliegt.

Nach den von der Genossin FRIEDLÄNDER gemachten Aussagen, die etwa vier Wochen nach WEHNER in Schweden verhaftet wurde, hat WEHNER über alle mit ihr durchgeführten Treffs und der ihm von ihr als Anlaufstelle angegebenen Personen für ihren eventuellen Einsatz, darunter ihre Schwester ..... und Genossin Hilde Benjamin, Angaben gemacht. Ferner machte er über ihm bekannte Tatsachen aus der Tätigkeit der Genossin FRIEDLÄNDER von vor 1933 in Deutschland und über chiffrierte Meldungen über die Situation in Deutschland, die sie von ihrer Schwester aus Deutschland erhalten hatte, Aussagen. Es wurde ihr ein von WEHNER unterschriebenes Protokoll mit den vorgenannten Aussagen von der schwedischen Polizei vorgelegt.

Darüber hinaus wurde sie von der schwedischen Polizei über den von WEHNER Ende 1941 nach Holland geschickten Genossen Jakob WELTER, der im Januar 1943 in Deutschland verhaftet und hingerichtet wurde, befragt, und es wurde ihr ein Bild der Charlotte BISCHOFF vorgelegt. Ob und welche Aussagen WEHNER über WELTER gemacht hat, ist aus den vorhandenen unvollständigen Prozeßmaterialien WEHNERs nicht ersichtlich und den vorgenannten vernommenen Genossen nicht bekannt. Volksgerichtshofakten von WELTER sind nicht vorhanden, sondern nur die Anklageschrift und das Urteil, die hierüber keinen Aufschluß geben.

Von den von WEHNER verratenen Verbindungen der Genossin FRIEDLÄNDER sind ihres Wissens keine Personen verhaftet worden.

Entgegen der von WEHNER in seinen 1946 verfaßten „Notizen“ aufgestellten Behauptung, „während seines Aufenthaltes in Schweden sich ausschließlich darauf konzentriert zu haben, trotz zunehmender Schwierigkeiten so bald wie möglich in Deutschland seine Widerstandstätigkeit gegen das Hitler-Regime wieder aufzunehmen,“ wird durch die Aussagen des Genossen STAHLMANN der Beweis erbracht, daß WEHNER bereits seit seiner Ankunft in Schweden, Anfang 1941, hierzu nicht bereit war, sondern alles unternahm, um dies hintertreiben zu können.

Bereits unmittelbar nach seinem Eintreffen in Schweden erklärte WEHNER gegenüber dem Genossen STAHLMANN – dem der Genosse DIMITROFF in Moskau selbst mitgeteilt hatte, daß es künftig unumgänglich sei, die politische Leitung des Widerstandskampfes direkt von Deutschland aus vorzunehmen –, daß die politische Leitung des Widerstandskampfes in Deutschland weiterhin von Schweden aus erfolgen soll und daß er selbst aus diesen Gründen in Schweden verbleiben werde.

Als 1941 ein von den Genossen Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht unterzeichnetes Telegramm in Schweden eintraf, welches besagte, daß sofort Vorbereitungen zu treffen sind, damit die in Schweden tätigen Funktionäre der KPD sich umgehend nach Deutschland begeben können, um die Leitung des Widerstandskampfes von dort aus zu übernehmen und WEHNER gleichfalls nach Deutschland gehen sollte, war er wutentbrannt und ging zu offenen Diffamierungen gegen die leitenden Genossen des Zentralkomitees der KPD über. WEHNER ignorierte die gegebene Weisung bis zum Tage seiner selbst provozierten Verhaftung. Auch habe WEHNER, wie Genosse STAHLMANN aussagte, von sich aus die Weisung gegeben, daß Karl MEWIS und Richard STAHLMANN nach Deutschland zu fahren hätten, er aber in Schweden bleiben werde, wobei er offenließ, zu einem späteren Zeitpunkt folgen zu wollen.

[. . .]

Wie in seinen „Notizen“, so versuchte WEHNER auch gegenüber dem Genossen STAHLMANN seine Verbindung zu der WAGNER mit angeblich gemeinsamer Arbeit zu verschleiern.

Durch die Aussagen des Genossen STAHLMANN wird ferner die von WEHNER fabrizierte Behauptung widerlegt, daß WEHNER nach seiner Verhaftung etwa drei bis vier Wochen keine bzw. falsche Aussagen über seine Person sowie über die Tätigkeit der KPD in Schweden gemacht habe, sondern erst solche tätigte, als er der Meinung war, daß sein Quartier geräumt sei. Nach Angaben des Genossen STAHLMANN hatte er sofort nach der Verhaftung WEHNERS mit dem Mitglied des ZK der KPSch, LINDEROT, und dem Genossen Paul SÖDERMANN eine Zusammenkunft, wo diese ihm

mitteilten, daß WEHNER unmittelbar nach seiner Verhaftung umfangreichen Verrat begangen hatte und Genossen STAHLMANN aufforderten, nicht das Quartier WEHNERs zwecks Beseitigung belastender Materialien aufzusuchen. Als Beweis dafür führten die beiden schwedischen Genossen an, daß die großbürgerlichen Zeitungen wenige Tage nach der Verhaftung WEHNERs mit der Veröffentlichung der zusammengefaßten Ergebnisse der Untersuchungen gegen WEHNER begonnen hatten. Genosse STAHLMANN konnte dann selbst feststellen, daß in schwedischen Tageszeitungen ganze Artikelserien über die Verhaftung WEHNERs und der von ihm gemachten Aussagen erschienen.

Diese Veröffentlichungen enthielten unter anderem auch Angaben über „Partisanen-Richard“, seinen illegalen Aufenthalt in Schweden, seine Aufgaben sowie üble Diffamierungen zu dessen politischer Tätigkeit seit dem Jahre 1923, darunter auch solche Angaben, die der strengsten Geheimhaltung unterlagen. Diese Aussagen WEHNERS unmittelbar nach seiner Verhaftung führten nach Angaben des Genossen STAHLMANN zu Fahndungsmaßnahmen gegen ihn, so daß er aus der Tätigkeit des antifaschistischen Widerstandskampfes herausgelöst werden und Stockholm verlassen mußte.

Eine weitere Bestätigung des Verrats WEHNERs ergab die Entlassung des Genossen Max SEYDEWITZ aus der schwedischen Untersuchungshaft, der am 18. 8. 1942 verhaftet worden war. Dieser teilte Genossen STAHLMANN mit, daß er ausführlich nach ihm befragt worden war und daß es in deren Verlauf zu detaillierten Vorhaltungen gekommen sei.

Weitere von Richard STAHLMANN gemachte Aussagen betreffen Fakten, die bereits bekannt und veröffentlicht sind.

Sowohl Genossin BISCHOFF als auch Genosse STAHLMANN sagen aus, daß alle in Schweden tätigen Genossen wußten, daß es bestimmte Formen der Zusammenarbeit zwischen der schwedischen Polizei bzw. bestimmten Kräften dieser mit der Gestapo oder anderen faschistischen deutschen Dienststellen gab. Über diese Tatsache gab es bei Zusammenkünften mit WEHNER wiederholt Gespräche, wo dieser selbst mehrfach darauf verwies.

Ein weiterer Beweis dafür, daß WEHNER über die Zusammenarbeit der Gestapo mit der schwedischen Polizei Kenntnis hatte und somit wußte, daß seine Aussagen bei der schwedischen Polizei in die Hände der Gestapo gelangten, ist die Tatsache, daß WEHNER laut Aussagen der schwedischen Bürgerin Elvira GUSTAVSSON nach dem vorliegenden Prozeßmaterial dieser gegenüber erklärt hat, daß er unmittelbar nach Deutschland ausgeliefert und dort gehängt werde, wenn er in Schweden verhaftet werden würde und er sich daher nicht polizeilich melden dürfe.

Durch die Aussagen des Genossen Kurt SIEGMUNG – in der Emigration unter den Namen „Stein“ bzw. „Jugend Friedel“ bekannt – wird WEHNER fernerhin der Lüge überführt, diesen, wie er in seinen „Notizen“ behauptet, beauftragt zu haben, in Holland zu untersuchen, ob WEHNER so bald wie

möglich über Holland nach Deutschland gehen könne. Einen solchen Auftrag hat Genosse SIEGMUND nicht erhalten.

Der Beweis, daß WEHNER nach Andeutungen westlicher Presseveröffentlichungen mit dem Amt VI des Reichssicherheits-Hauptamtes zusammengearbeitet hat, konnte nach Durcharbeitung sämtlicher V-Mann-Archivmaterialien sowie des Komplexmaterials des Amtes VI nicht erbracht werden. In diesem Zusammenhang wurde jedoch festgestellt, daß die Gestapo die illegale Tätigkeit der Partei unter anderem in Schweden, Dänemark und Holland durch eine Reihe von V-Leuten verfolgte und so umfangreiche Kenntnisse über Verbindungswege, Kontaktpersonen usw. erhielt.

Von den bis zum Jahre 1960 bisher insgesamt durchgearbeiteten Bundestagsprotokollen mit dem Ziel, weitere Beweismittel für den von WEHNER nach 1945 fortgesetzten Verrat zu schaffen, ist besonders die Tagung Anfang 1951 hierfür geeignet, wo WEHNER von der Bundesregierung fordert, die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung für ungesetzlich zu erklären und die Erlassung eines Gesetzes zur Bekämpfung der Volksbefragung und zur Unterdrückung der Volksbefragungskomitees verlangte.

Materialien über sein konkretes Wirken im „Forschungsbeirat“ wurden von der HVA bisher nicht zur Verfügung gestellt.

Ausgehend von den bisherigen Ergebnissen und dem Stand der Untersuchung wird zur weiteren Beweisführung vorgeschlagen,

1. mit der HVA eine Absprache zu führen, um geeignete operative Maßnahmen zur Beschaffung aller polizeilichen und gerichtlichen Unterlagen der gegen WEHNER-HANSSON 1942 geführten Untersuchungen einzuleiten. Diese Maßnahmen müßten sich auch auf die Beschaffung der von der Verteidigung (Rechtsanwalt Branting, Stockholm) erarbeiteten Unterlagen sowie die in der Zeit von Februar bis Juni 1942 in der schwedischen Presse erschienenen Veröffentlichungen über den Verrat WEHNERs, u. a. in der „Stockholms Tidningen“, erstrecken.

   Bisher im Gebiet der DDR eingeleitete Maßnahmen zur Beschaffung der schwedischen Presse aus dieser Zeit führten zu keinem Ergebnis.

   Des weiteren soll bei der Absprache festgelegt werden, daß die beim ZK der SED vorhandenen Teile von schwedischen Prozeßunterlagen zu WEHNER-HANSSON und zum Teil in diesem Zusammenhang später verhafteter Personen, darunter auch die Unterlagen zur Genossin FRIEDLÄNDER zur Durcharbeitung und Auswertung beschafft werden.

2. daß zur weiteren Beweisführung nachfolgend aufgeführte Genossinnen und Genossen zum Komplex WEHNER vernommen werden:

GLÜCKAUF, Erich

Ziel der Vernehmung ist, durch konkrete Fakten WEHNERs Kampf gegen

die Einheitsfront der Arbeiterklasse, insbesondere im Saargebiet, wo er mit Genossen GLÜCKAUF zusammen war, zu erarbeiten.

MEWIS, Karl

Genosse MEWIS wurde am 19. 8. 1942 in Schweden einen Tag nach Max SEYDEWITZ verhaftet und, wie geschlossen werden muß, auf Grund der Aussagen WEHNERs.

Ziel dieser Vernehmung ist, den von WEHNER unternommenen Versuch bzw. seine Argumentation zu zerschlagen, nur das ausgesagt zu haben, was ihm entsprechend der Aussagen des Genossen MEWIS vorgehalten worden sei. Da von den bisher vernommenen Genossen und Genossinnen in ihren Aussagen wiederholt Genosse MEWIS genannt und mündlich auf ihn als weiteren Zeugen verwiesen wurde sowie in Veröffentlichungen im Westen zu WEHNER auf Karl MEWIS eingegangen wird, ist diese Vernehmung erforderlich.

SEYDEWITZ, Max

Er ist am 18. 8. 1942 in Schweden verhaftet worden.

Nach Aussagen des Genossen STAHLMANN ist Max SEYDEWITZ auch ausführlich über Richard STAHLMANN vernommen worden, was auf Vorhalte von Aussagen WEHNERs geschehen sei.

HENKE, Georg

(wohnhaft in Berlin-Hessenwinkel, Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR)

Genosse HENKE wurde am 20. 8. 1942 in Schweden verhaftet.

In einer Niederschrift aus dem Jahre 1946 gibt er an, während seiner 5-monatigen Untersuchungshaft auch über WEHNER befragt worden zu sein. Einzelheiten gehen aus dieser einseitigen Niederschrift nicht hervor.

WENDT, Lotte (ehemalige Frau des WEHNER)

Durch ihre Vernehmung soll Klarheit über die wahren Umstände der Verhaftung WEHNERs 1935 in Prag und sein Verhalten während der 5-wöchigen Untersuchungshaft geschaffen werden.

WEHNER sollte damals zusammen mit Genossen REMBTE, STAMM und MADDALENA nach Berlin gehen.

GOLDHAMMER, Bruno (wohnhaft Dresden, weitere Ermittlungen eingeleitet)

Der Vorgenannte hat nach WEHNERs „Notizen“ diesen in dem Hotel in Prag untergebracht, in welchem WEHNER dann verhaftet wurde.

Ziel der Vernehmung ist das gleiche wie bei Lotte WENDT.

SAGER, Werner

(wohnhaft Halle, Vorsitzender der GST Bezirk Halle)

Der Vorgenannte ist 1941 nach der Flucht aus dem Internierungslager vorberei-

tet vom Genossen STAHLMANN auf Verlangen WEHNERs von Stockholm nach Hamburg gefahren. Er sollte den zuvor im Auftrag WEHNERs ins Land gefahrenen Josef WAGNER zurückholen. SAGER wurde bei der gemeinsamen Ankunft mit WAGNER in Schweden verhaftet.

BERGER, Charlotte – früher PAULI

(wohnhaft Berlin-Pankow, Rentnerin)

Der Genossin BERGER ist, wie Genossin BISCHOFF ausgesagt hat, 1943 bei ihren Vernehmungen bei der Gestapo ein Bild der Charlotte BISCHOFF vorgelegt worden. Bei diesem von der Gestapo vorgelegten Bild handelte es sich um dasselbe, welches Genossin BISCHOFF dem WEHNER vor ihrer Abreise 1941 von Schweden nach Deutschland übergeben hat.

WEBER, Erich

(wohnhaft Berlin-Friedrichsfelde, weitere Ermittlungen eingeleitet)

Der Vorgenannte war 1943 kurz nach KOWALKE, den er beherbergt und mit Charlotte BISCHOFF in Verbindung gebracht hatte, verhaftet worden.

Nach einem Presseartikel über WEHNER in der „Berliner Zeitung“ soll WEBER gleichfalls von der Gestapo ein Bild der Genossin BISCHOFF vorgelegt worden sein.

STRASCHITZ-SCHRECKER, Hans

(wohnhaft Cottbus, Chefredakteur)

Der Vorgenannte war mit WEHNER 1934/35 zusammen im Saargebiet und kennt die damaligen Bestrebungen WEHNERs gegen die von dem Genossen Ulbricht geforderte Arbeit zur Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse.

ARLT, Willi

(wohnhaft Dresden, Mitarbeiter der Nationalen Front Dresden)

Genosse ARLT kennt nach Angaben der Charlotte BISCHOFF WEHNER aus der Zeit vor 1933 in Dresden und aus der Anarchistischen Jugend.

Ziel der Vernehmung ist, Angaben WEHNERs in seiner Niederschrift hinsichtlich seiner Person widerlegen zu können.

Um Genehmigung der vorgeschlagenen Maßnahmen wird gebeten.

Schwabe
Major

Verteiler:

1. Expl. Gen. Minister
2. Expl. Ltr. der HA IX
3. u. 4. Expl. Ablage Vorgang

Dokument 9

Berlin, den 20.7.1971

Vermerk

Einleitend muß hervorgehoben werden, daß Wehner gleich bei dem ersten Gespräch am 11.6.1968 unserer Quelle seine Bitte vortrug, einen Politiker der DDR als Gesprächspartner zu vermitteln. Wehner betonte, daß er jeder Zeit an jedem Ort zu einem solchen Gespräch bereit sei. Diskretion sei garantiert, da er nur den Bundeskanzler Brandt von einem solchen Gespräch unterrichten würde.

Von unserer Quelle hat Wehner auf seine Bitte hin nur erfahren, daß er sie entsprechend weiter gegeben habe, aber keinerlei Reaktion vorliege. Seit dieser Zeit spielte dieses Thema bei allen bisherigen 16 Gesprächen eine unterschiedliche Rolle.

Bei ca. 12–13 Gesprächen wurde von Wehner das Thema nur am Rande erwähnt.

Nachdrücklich und fordernd erhob Wehner bei dem Gespräch am 6.12.1969 nochmals seine Bitte. Er begründete es diesmal mit solchen Argumenten wie: „Wir würden seine Einsatzbereitschaft bei solchen Anliegen wie Austauschfälle (Felfe), laufende H-Aktionen und F-Fälle nicht honorieren.“ Die Redaktion unserer Quelle war die gleiche.

Nachfolgend die genauen Termine, wann und wo die Gespräche zwischen Wehner und unserer Quelle stattgefunden haben:

– 11. 6. 68 in der Wohnung des Wehner in Bonn, [redacted]
– 16. 9. 68 in Westberlin, [redacted]
– 2. 11. 68 in der Wohnung des W. in Bonn, [redacted]
– 16. 11. 68 in Westberlin, [redacted]
– 7. 12. 68 in Westberlin, [redacted]
– 14. 12. 68 in Westberlin, [redacted]
– 14. 1. 69 in der Wohnung des W. in Bonn, [redacted]
– 1. 2. 69 in Westberlin, [redacted]
– 1. 5. 69 in der Zweitwohnung des W. in Hamburg, [redacted]
– 28. 6. 69 in der Wohnung des W. in Bonn, [redacted]
– 24. 10. 69 in der Wohnung des W. in Bonn, [redacted]
– 21. 11. 69 in Westberlin, [redacted]
– 6. 12. 69 in der Wohnung des W. in Bopnn, [redacted]

– 29. 1. 70 in Westberlin, [redacted]
– 13. 12. 70 in der Wohnung des W. in Bonn, [redacted]
– 5. 6. 71 in der Wohnung des W. in Bonn, [redacted]

Auch beim letzten Gespräch am 5. 6. 1971 wurde von Wehner erneut gefragt, ob von uns noch keine Reaktion auf seine Bereitschaft zu einem Gespräch vorliege.

Dokument 10

290/71

111071
13.7.71

BStU
000160

Übersetzung aus dem Russischen

STRENG GEHEIM!
626/71

Vorliegenden Informationen zufolge traf am 13. Dezember 1970 ein Vertreter der DDR (Name ist nicht bekannt) aus eigener Initiative mit WEHNER zusammen.

Der Vertreter der DDR erklärte gegenüber WEHNER, daß er bevollmächtigt sei, mit ihm die Möglichkeit der Durchführung eines Treffens mit einer der verantwortlichen führenden Persönlichkeiten der DDR zu erörtern und er seine Einstellung zu einem solchen Treffen erfahren möchte. WEHNER antwortete positiv.

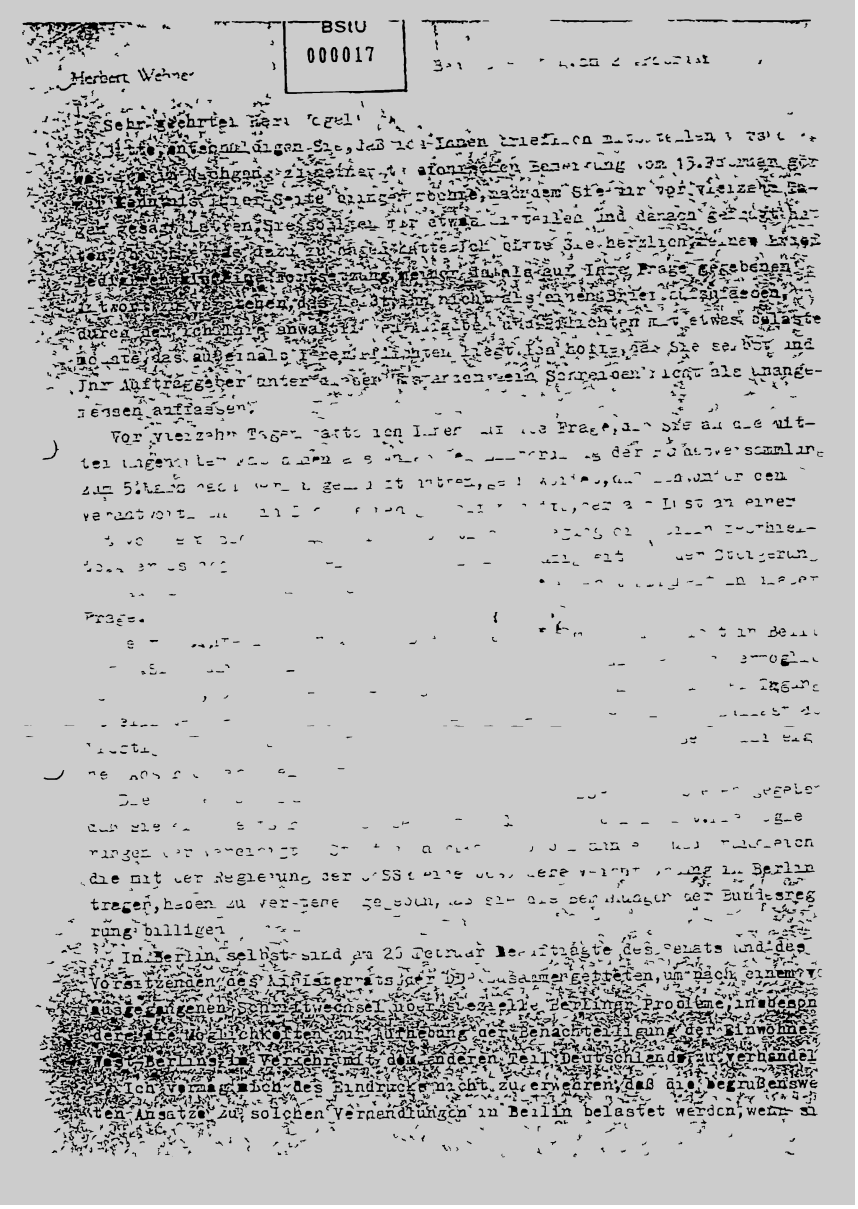
Auf die Frage des Vertreters der DDR, mit wem sich WEHNER treffen möchte und in welcher Form das Treffen durchgeführt werden soll, antwortete WEHNER, daß ihm jede Form recht sei und die Auswahl seines Gesprächspartners Sache der DDR sei.

Über dieses Gespräch berichtete WEHNER nur BRANDT, der ihm angeblich volle Handlungsfreiheit gewährt habe.

Übersetzt: Salesky, Oberst
Gefertigt: 2 Ex.

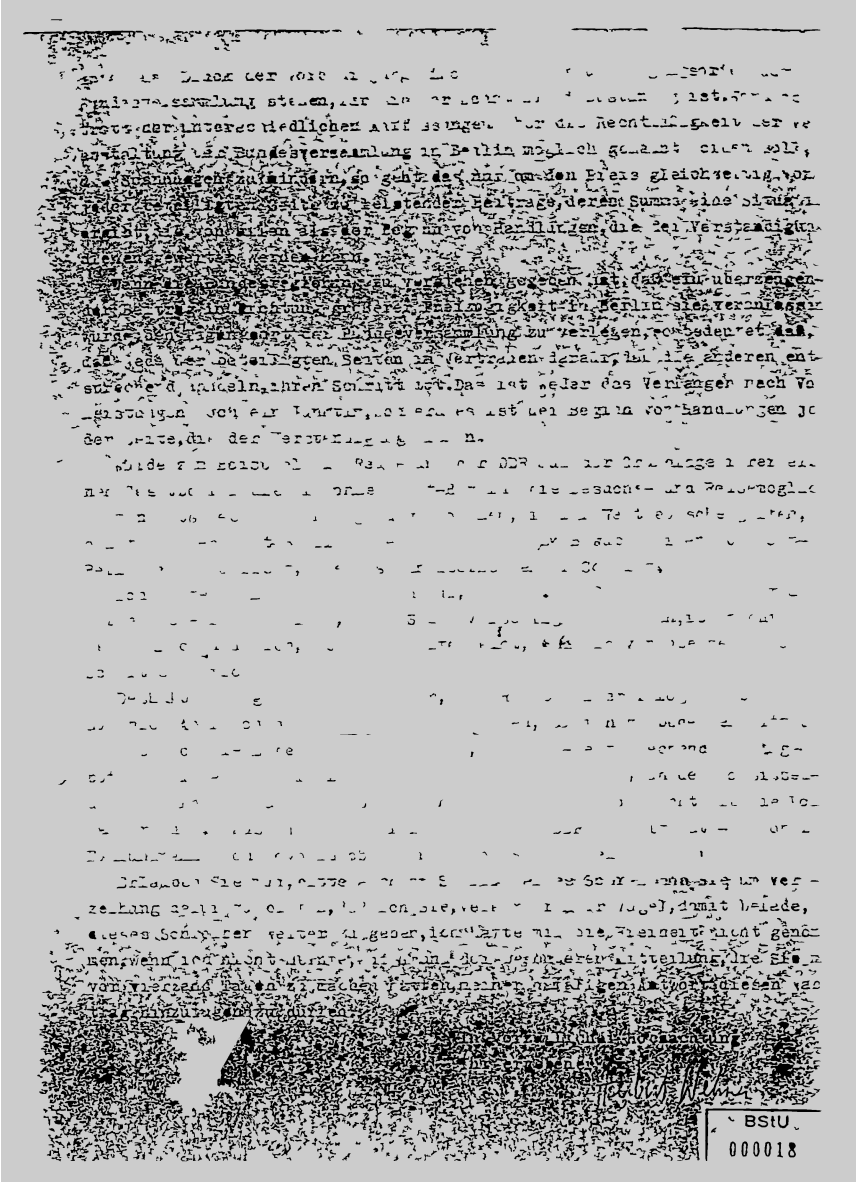
Rückfrage bei Genossen Honecker:
Es hat am 13.12. in der Wohnung
des Genossen von [redacted] und
Genossen Wehner keine Fragen mehr
stattgefunden.
Gen. Honecker bittet Genossen,
daß H. die [illegible]
[illegible]

Dokument 11



BStU
000017

Herbert Wehner



BStU
000018

Dokument 12

hans frederik
gezeichnet
vom
zwielicht
seiner
zeit
IN DER
16.
AUFLAGE
vpa

© vpa gmbh Landshut 1969, 1972, 1976
Abbildungen © 1969, 1972, 1976
Alle Rechte vorbehalten
Verlag politisches Archiv gmbh, 83 Landshut 2
Gesamtherstellung: vpa Landshut
Erste Auflage Mai 1969
Zweite Auflage April 1970
Dritte Auflage November 1970
Vierte Auflage Januar 1971
Fünfte Auflage Mai 1971
Sechste Auflage August 1971
Siebente Auflage März 1972
Achte Auflage Mai 1972
Neunte Auflage August 1972
Zehnte Auflage November 1972
Elfte Auflage November 1972
Zwölfte Auflage Januar 1973
Dreizehnte Auflage September 1973
Vierzehnte Auflage Januar 1974
Fünfzehnte Auflage Mai 1974
Sechzehnte Auflage November 1976
Printed in Western Germany
ISBN 3-921240-02-6

Die in diesem Buch
dargestellten Ereignisse
beruhen auf Zeugenaussagen Beteiligter.
Das hier veröffentlichte Dokumentationsmaterial
stammt aus schwedischen Gerichtsarchiven,
wo es 25 Jahre lang mit dem Vermerk „Geheim“
als Verschlußsache verborgen war.

Der Verlag möchte an dieser Stelle all’ jenen Personen,
die durch ihre bereitwillige Unterstützung an der Herausgabe
dieses Buches beteiligte waren, indem sie sich für
Zeugenaussagen, Erlebnisschilderungen und Interviews
zur Verfügung stellten und dem Verlag wichtiges
Dokumentationsmaterial überließen, danken.

INHALTSVERZEICHNIS

EIN NOTWENDIGES VORWORT DES AUTORS 17
Die SPD und Herbert Wehners Politik 33

DAS DROHENEDE SCHERBENGERICHT 1968 35
Kritische Bilanz der Stimmenverluste 36
Die manipulierte Vertrauensbasis 38
Wehner spekuliert auf Parteisolidarität 44
Eine schwere Brüskierung Franz Neumanns 45
Das große Mißtrauen 51
Herbert Wehners bedrängtes Image 55
Frisierte Optik für das Volk 56
Das einfache Leben als Visitenkarte 58
Die frisierten Personalien 60
Herbert Wehners allzulautes Bekenntnis 60
Der „lautere“ Wehner 61
Wehner als Lutheraner 61
. . . Denn ich war ja einmal Kommunist 63

Wehners austhentischer Lebenslauf 65

GESICHT ODER MASKE? 67
Zuerst Sozialistische Arbeiterjugend 68
. . . Dann zu den Syndikalisten 69
Herbert Wehner – der attraktive Anarchist 72
Und wieder wechselte Wehner die Front 72
Wehner – kommunistischer Landtagsabgeordneter 73
Der Sprung nach Berlin 76
Der konspirative Wehner 77
Das Netz der Komintern 81
Herbert Wehners unheimliche Kontaktrolle 81
Wehners Frontwechsel von Thälmann zu Pieck 87
Das Gespenst der Volksfront 89
Die kommunistische Internationale 91
Die russische Revolution . . . mit Ludendorff 97
Komintern – der Arm der Sowjetregierung 101
Die Berufsrevolutionäre 102
Das Saarland als Experiment der Einheitspolitik 105
Herbert Wehners manipulierte Verhaftung 107
Der VII. Weltkongreß der Komm. Internationale 109
Die Brüsseler Konferenz 113
Wehners Werbetrommel für Spanien-Krieg 114
Die erstrebte Volksfront 115

Leon Blums Volksfront-Regierung 117
Es unterschrieben: Willy Brandt, Herbert Wehner 121
Herbert Wehners Begegnung mit Leo Bauer 126
Die Rückkehr nach Moskau 127
Ein Gesinnungsdokument 128
Sondermission für die Komintern 145
DIE KOMINTERN IM MILITÄRISCHEN EINSATZ 151
Die rote Kapelle 153
DIE ROTE KAPELLE 155
Die Spezialeinsätze der Komintern 155
Agentendschungel – Paris 165
Spionagezentrum Spanien 168
Lissabon – die Fluchtstraße übers Meer 172
Agentendschungel – Schweiz 174
Heinz Felfe – damals Informant für die USA 176
Leo Bauers Kontakte zu Allen Dulles 179
Der sowjetische Geheimdienst in der Schweiz 180
Wehner in Basel – Bauer in Genf 180
Noel Field – der Doppelagent 181
Leo Bauer – alias Rudolf Katz, alias Baumann 182
Leo Bauers enge Kontakte zu Rado 184
Leo Bauer wird verhaftet 185
Das Spionagenetz des Allen Dulles im Osten 188
Eine Prozeßlawine kam ins Rollen 189
Laszlo Rajk kostete es den Kopf 189
Ladislaw Gomulka wurde verhaftet 190
In Prag traf es Rudolf Slansky tödlich 191
Auch in Ostberlin wurde verhaftet 192
Am 23. August traf es Leo Bauer 193
Leo Bauer zum Tode verurteilt 193
Skandinavien: Das Spionagezentrum des Nordens 196
Oslo – die Menschenbrücke nach Schweden 198
Spionagedschungel Stockholm 200
Willy Brandt – Kalter Krieger Londons 202
Willy Brandt – Interpret sowjetischer Interessen 203
Die Wollweber-Liga 209
EIN ELITE-KADER DER SOWJETUNION 211
Nielsen wurde in Engbi verhaftet 216
Hans Koller – Wollwebers Pseudonym 219
Der deutsche Henker greift nach Wollweber 222
Die Rickmann-Liga 227
BRITISCHE GEHEIMDIENSTEINSÄTZE 229

Verhängnisvoller Weg der Skandinavier 240
Herbert Wehners letzter Spionageeinsatz 247
DAS SKANDINAVISCHE ABENTEUER 249
Strafverfahren gegen Herbert Wehner 273
DATEN UND VORGÄNGE ZUM GERICHTSVERFAHREN 275
EIN LANDESVERRÄTERISCHES FLUGBLATT 285
Wehners Spionagetätigkeit mit „Code und Chiffre“ 289
Der Sowjetische Spionage-Feldzug auf Kurzwelle 293
DER SOWJETISCHE SPIONAGE-FELDZUG AUF KURZWELLE 295
Die rote Kapelle reichte bis Stockholm 296
Noch ein bedeutsames Gutachten 299
Wegen Spionage verurteilt 306
Das Urteil 307
DAS URTEIL 311
Zeugen und Zeugenaussagen 317
KURZE SKIZZE ÜBER ZEUGEN UND ZEUGENAUSSAGEN 319
Die Legende des Antikommunisten Herbert Wehner 337
DIE LEGENDE FAND IHR ENDE 339
„Ich habe dem Kommunismus abgeschworen“ 339
„Ich bin kein Verräter – ich bin kein Renegat“ 341
Das Ende einer kommunistischen Karriere 343
DIE AUSSTOSSUNG AUS DER KPD 345
War Herbert Wehner Gestapo-Agent? 351
Wehners politisches Comeback 353
SEIN ZIEL: SPD – DIE „LINKSPARTEI“ 355
SPD im Wandel der Geschichte 356
Wiederaufbau nach 1945 357
Der Legenden-Bericht 359
Die „Notizen“ 363
DIE NOTIZEN 365
Herbert Wehner an neuen Fronten 399
HERBERT WEHNER AN NEUEN FRONTEN 401
Erste Herausforderung: Oskar Müllers Attacke 1953 402
Die gesamtdeutsche Politik des „besseren Ulbricht“ 405
Der Durchbruch zur Parteispitze 406
Der „Deutschland-Plan“ 409
Winogradows Pariser Mission 412
Wehner schaltet um auf Westen 413
Wehners Traumgebilde: Die Volkspartei 415

Wehners Wandel 422
Kritische „Thesen zum Wahlausgang 1965“ 427
Wehners Fanfare: „Warum Volkspartei!“ 429
Eine Volkspartei ist, sozialistisch gesehen . . . 431

Die Heckenschützen 433

DIE HECKENSCHÜTZEN 435
Wehners geplantes „Politbüro“ 441
Schweres Geschütz aus Stockholm 445
Wehner als britischer Agent registriert 445
Nach Nazi-Deutschland 451
Wehners tragischer Hang zu Schweden 462

Die Konspiration – seine zweite Natur 467

DIE KONSPIRATION – SEINE ZWEITE NATUR 469
. . . Im Auftrage des Herbert Wehner 471
Diese seltsamen Praktiken . . . 473
CIA greift nach Universitäten und Organisationen 476
Studenten und gelehrte Arbeiten für die CIA 477
Das Renegaten-Seminar 479
Die besten Experten des Kalten Krieges . . . 480
In Prag ein konspiratives Süppchen 495
„Persil“ für Leo Bauer 498
Endlich „von Amts wegen“ geschützt 501

HORST EHMKE IM FEUER DER KRITIK 506
AUFBAU DES BUNDESNACHRICHTENDIENSTES 508
AUF ANFORDERUNG DES KANZLERAMTES 510

Vier SPD-Trümpfe im Geheimdienst 512
Muß Schrübbers gehen? 513
Hubert Schrübbers politischer Abschuß 514
Hubert Schrübbers bekannt als Kommunistenfresser 515
Porträt eines Geheimdienstlers 516

WESHALB HATTE WEHNER ÄRGER MIT DEM SCHWEDISCHEN ZOLL? 518

Konspiration – aktuell 519

Herbert Wehners manipulierter Sozialismus 521

WEHNERS LEITBILD HEISST MACHT 523
Beim Deutschland-Plan stand Ulbricht Pate 532
Die Ostpolitik 537

Herbert Wehner auf „bürgerlich“ umfunktioniert 541

IM BUNDESTAG BEGANN DIE SCHAUSTELLUNG 543
Demokratie und Kirche müssen gemeinsamen Weg gehen 545

SPD-Katholiken 549
Der „Spiegel“: Heimweh nach der einfachen Welt 550
Der fromme Wehner 553
Harte Worte Döpfners gegen Wehner 554

Wehners Brückenschlag nach Osten 559

WEHNERS NEUE DEUTSCHLAND-INITIATIVE 561
Eine Blitzreise nach Helsinki 561
Wehners Reise zu Tito 563
Über Nacht nach Warschau 567
Besuch in Polen 567

Wehners neue Zielrichtung – nach Osten 569

DREIVIERTEL DER MACHT 571
Die linken Vertrauensleute 575
Ein sozialistisches Deutschland 578

Die Konfrontation 585

WEHNER – DIE PERSONIFIZIERTE PROVOKATION 587
Herr Mustermann 589
Wehner bezieht Position links von Godesberg 594

EIN DUTZEND MASKEN UND BEKENNTNISSE 597

WIE VERSCHIEDENE POLITIKER UND JOURNALISTEN HERBERT WEHNER EINSCHÄTZEN 606
Kein Mensch kann ohne Kirche auskommen 606
Herbert Wehners Utopia 608
SPD-Ostbüro – intern 609
SPD – intern 611
Warschauer Gespräche 613
Wehners politische Landschaft 615
SPD-Einpeitscher Wehner zeigt der SED den Kurs 616

Dokument 13

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED

DIREKTOR

BERLIN N 54, WILHELM-PIECK-STR. 1
FERNRUF 20 05 81 / 41 15

31. Juli 1963
Dr. Bau./schu-

Genossen
Albert Norden
Mitglied des Politbüros
Berlin C 2
Werderscher Markt

Vertraulich

Werter Genosse Norden!

Beiliegend zur Information eine kurze Inhaltsübersicht über die uns von Frederic zur Verfügung gestellte schwedische Gerichtsakte über Herbert Wehner. Da sie rund 400 Seiten stark ist, haben wir zunächst einmal nur kurzfristig festgehalten, was in den einzelnen Dokumenten für Fragen behandelt werden. Wenn Du ausführlichere Auszüge benötigst, so können sie sehr schnell angefertigt werden, da der Genosse, der die Übersicht gemacht hat, die ganze Akte durchgesehen und folglich die gewünschten Auszüge schnell anfertigen kann. Die Akte liegt als vertrauliches Material im Archiv und kan nur mit meiner Genehmigung eingesehen werden. Jeweils eine Durchschrift der Übersicht gebe ich dem Genossen Hermann Matern und der Westkommission.

Mit sozialistischem Gruß

R. Bauer

Dr. R. Bauer
Direktor

Anlage!

Dokument 14

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED
Träger des Karl-Marx-Ordens
DIREKTOR

1054 BERLIN, WILHELM-PIECK-STR. 1
FERNRUF 2024315

21. Juli 1976
die-schu

BStU
000023

Büro Hager
Eingang: 22.7.76
Tgb.-Nr.: 731

Genossen
Professor Kurt H a g e r
Mitglied des Politbüros
1o2 Berlin
Am Marx-Engels-Platz
Haus des Zentralkomitees

Werter Genosse Hager!

Entsprechend einem Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees unterstützen wir Genossen Max Seydewitz bei der Herausgabe seiner Lebenserinnerungen durch den Dietz Verlag. Die Arbeit am ersten Band ist jetzt weitgehend abgeschlossen.

Aufgrund einer von Dir getroffenen Entscheidung ist in dem zum Druck vorbereiteten Text auf ausführliche Darlegungen über W. Brandt und H. Wehner, die im ursprünglichen Manuskript enthalten waren, weitgehend verzichtet worden bzw. wurden beträchtliche Kürzungen vorgenommen. Da sich der Lebensweg von Genossen Seydewitz mit beiden aber mehrfach kreuzte, haben wir zugestimmt, daß ein Minimum an Aussagen über Brandt und Wehner publiziert werden sollte. Es handelt sich dabei um Tatsachenmitteilungen, die über Bekanntes prinzipiell nicht hinausgehen und mit denen keine Wertung aus aktueller Sicht verbunden ist. Alle in der Druckfassung vorgesehenen auf Brandt und Wehner bezüglichen Passagen sind in der Beilage angefügt.
Wir wären Dir dankbar, wenn Du uns ihre Freigabe für den Druck bestätigen würdest.

Mit sozialistischem Gruß

Prof. Dr. Ernst Diehl
Stellvertretender Direktor

Anlage

Von: Kurt Hager an: Gen. Ernst Diehl

mit folgender Bemerkung:

/ 13.10.

BStU
000024

Die Darlegungen über Wehner S. 424-26, 432-433 - halte ich für überflüssig.

Ist bereits bei Mewis behandelt und sollte jetzt von uns nicht aufgewärmt werden.

Ministerrat
Geschäftsbereich
eingegang.
am:
Tagebuch
Nr.: 9 33

Datum 13.10.76 K. Hager

Unterschrift

Ag 220 Bestell-Nr. 10 38

Seite 416–419 (auszugsweise)
Zur Entsendung Herbert Wehners nach Stockholm und seiner dortigen Tätigkeit

. . . Die Führung der KPD hatte Richard Stahlmann und Herbert Wehner, der unter seinem damaligen Parteinamen Kurt Funk auf der Brüsseler Konferenz der KPD ins Zentralkomitee und zum Kandidaten des Politbüros gewählt worden war, nach Schweden geschickt, um die von Stockholm aus wirkende Auslandsleitung des ZK der KPD in ihrer Tätigkeit zur Anleitung der illegalen Organisationen der KPD in Deutschland zu verstärken . . .

Herbert Wehner und Richard Stahlmann waren in Stockholm nicht polizeilich gemeldet und wohnten illegal bei Genossen. Diese Illegalität ohne direkte Verbindung mit der kommunistischen Emigrantenorganisation war für die Sicherung ihrer Arbeit nach Hitlerdeutschland unbedingt nötig. Noch abgeschlossener von der Emigration lebte in der Illegalität der Redakteur der in Schweden gedruckten und von dort auch nach Deutschland transportierten Wochenzeitung „Die Welt“, ein auf illegalem Weg aus Moskau nach Stockholm gekommener Sekretär Georgi Dimitroffs, den ich damals nur unter seinem Parteinamen Franz kannte. Er war ein begabter Journalist mit beachtlichen Sprachkenntnissen, die er für seine vielseitigen Aufgaben als einziger Redakteur des Blattes, das über die internationale Lage und die Lage in anderen Ländern unterrichten mußte, dringend brauchte. Genosse Franz hatte von Georgi Dimitroff den Auftrag, seine Illegalität in Stockholm streng zu wahren, damit er und das für die politische Arbeit nach Hitlerdeutschland außerordentlich wichtige Publikationsorgan niemals gefährdet würden. Genosse Franz hielt sich so gewissenhaft an diese Weisung, daß er ganz selten und nur zu besonderen Anlässen sein vielfach abgesichertes illegales Quartier auf Stunden verließ. Nur mit einem sehr kleinen Kreis ausgewählter Genossen kam Franz zusammen. Die Mitglieder der kommunistischen Emigrantengruppe wußten nichts von seiner Existenz.

Seite 424–426, Seite 432–433 (auszugsweise)
Zur Verhaftung Herbert Wehners im Februar 1942

Für den Abend des 18. Februar 1942 hatte ich mich mit Herbert Wehner zu einem wichtigen Treff verabredet. Weil ich plötzlich erkrankte, ging ..... an meiner Stelle. Das war aus anderen Gründen schon einige Male vorgekommen und mit Wehner vereinbart. Bei dem schlechten Wetter und der Kälte hatte sie lange vergeblich gewartet und kam unverrichteterdinge zurück. Am Morgen des nächsten Tages berichtete Richard Stahlmann, daß Wehner verhaftet worden sei. Über Ursache und Umstände war jedoch noch nichts bekannt. Ich wurde beauftragt, meinen Freund, den sozialdemokratischen

Rechtsanwalt Georg Branting, zu gewinnen, die Verteidigung Herbert Wehners zu übernehmen, was Branting auf meinen Wunsch auch tat.

Die amtlichen Prozeßakten vom Gerichtsverfahren gegen Wehner waren – wie alle Akten aus Verfahren nach dem Antispionagegesetz – 25 Jahre geheim. Nach Abschluß dieser Sperrfrist veröffentlichte Hans Frederik, ein westdeutscher sozialdemokratischer Gegner Wehners, große Teile dieser Prozeßakten in seinem 1969 unter dem Titel „Gezeichnet vom Zwielicht seiner Zeit“ erschienenen Buch. In Frederiks nur deshalb interessantem Buch ist ein Dokument des Amtsgerichts Stockholm vom 22. April wiedergegeben, in dem mit Stempel und Unterschriften festgestellt wird: „Schließlich führte Wehner an: Sein Auftreten während der polizeilichen Ermittlung sei weitgehend dadurch bestimmt gewesen, daß er keine Ausweispapiere besessen habe. Als während der Verhöre von seiten der Polizei sowohl angenommen wurde, daß er Verbindungen mit Wollweber und mit einer hier im Lande wegen Spionage verurteilten Person namens Liebersohn gehabt habe, als auch, daß er Gestapoagent sei, habe er sich veranlaßt gesehen, so ausführliche Angaben über sich zu machen, wie er es getan hat, um nicht das Risiko einzugehen, nach Deutschland verschickt zu werden, wo er sicherlich ’einen Kopf kürzer’ gemacht würde.“ Tatsache ist, daß die schwedische Polizei, um Aussagen zu erpressen, verhafteten Illegalen drohte, sie als „Gestapoagenten“ nach Hitlerdeutschland abzuschieben.

Am 29. April wurde Herbert Wehner vom Amtsgericht Stockholm wegen „Spionagetätigkeit zugunsten einer fremden Macht“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Am 18. August 1942 – vier Monate nach der Verurteilung von Herbert Wehner – verhaftete die Polizei mich, Karl Mewis und Georg Henke, die ebenso wie ich unter Pseudonym Beiträge für „Die Welt“ geschrieben hatten. Später erfuhr ich, daß man mich bald nach der Verhaftung Wehners längere Zeit beobachtet hatte . . .

Fortsetzung zur Seite 424–426, Seite 432–433

Nach meiner Entlassung aus dem Gefängnis lud Georg Branting meine Frau und mich zum Essen in seine Wohnung ein. Solche Einladungen in die Wohnung sind in Schweden nicht üblich. Aber Branting tat das, weil er sich darüber freute, daß er mich aus dem Gefängnis hatte herausholen können. Ich glaube, er hat viel dazu beigetragen, daß wir drei keinen Prozeß bekamen und nicht nach dem Antispionagegesetz zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt wurden. ..... und ich verlebten ein paar angenehme Stunden mit Georg Branting und seiner Frau. Als wir uns verabschiedeten, erinnerte er mich daran, daß ich ihn gebeten hatte, Herbert Wehner zu verteidigen. Er habe das getan, jedoch nach Einsicht in die Untersuchungsakten die Verteidigung niedergelegt; die mitangeklagte schwedische Kommunistin Solveig Hansson

verteidigte er jedoch bis zum Ende des Prozesses. Wehner wurde für den Prozeß ein gesetzlicher Pflichtverteidiger gestellt.

Herbert Wehner ist mir nach seiner Verhaftung im Februar 1942 in Schweden nie wieder begegnet. Wie ich später erfuhr, wurde er am 8. Juni 1942 vom ZK der KPD wegen Parteiverrats aus der KPD ausgeschlossen, weil er im schroffen Gegensatz zu dem mutigen Verhalten Tausender von Kommunisten und anderen Antifaschisten vor dem Untersuchungsrichter und vor Gericht Aussagen gemacht hatte.

Im Internierungslager Smedson freundete sich Wehner noch enger als zuvor mit dem dort ebenfalls internierten Josef Wagner an. Herbert Wehner wurde im Juli 1944 nach etwa zweieinhalb Jahren Haft und Internierung freigelassen. Er bekam eine Anstellung als Archivar im Rassenbiologischen Institut in Uppsala, in dem sein Freund Josef Wagner schon eine Zeit vor ihm Arbeit bekommen hatte.

Hans Frederik berichtet in seinem Buch, daß Josef Wagner kurz nach Beendigung des Krieges in britischer Uniform mit Hilfe der britischen Besatzungsarmee in Bremen landete. Durch Vermittlung von Wagner kam Herbert Wehner bald nach Kriegsschluß ebenfalls in die britische Besatzungszone, wo er Mitglied der westdeutschen SPD, bei der ersten Wahl Bundestagsabgeordneter für Hamburg und bald danach einer ihrer führenden Funktionäre wurde.

Fortsetzung zu Seite 416–419

Mein einziger unmittelbarer Verbindungsmann zu dem im strengster Illegalität arbeitenden Redakteur der „WELT“ war Richard Stahlmann. Von ihm erhielt ich die für meine ständige Mitarbeit an der „Welt“ nötigen deutschen Zeitungen sowie vertrauliche Informationen aus dem Land und über das faschistische Deutschland. Er übergab auch meine Beiträge für „Die Welt“ dem Redakteur. Mit Richard Stahlmann kam ich darum sehr häufig zusammen, mit Herbert Wehner in regelmäßigen Abständen zur Besprechung der politischen Arbeit. Den Redakteur, Genossen Franz, traf ich zum erstenmal in der Weihnachtswoche 1941 bei einer von der schwedischen Parteileitung für uns in einem Lokal vorbereiteten und abgesicherten kleinen Feier. Zugegen waren nur Herbert Wehner, Richard Stahlmann, Genosse Franz, ich ..... die zu unserem engeren Arbeitskreis gehörte . . .

Herbert Wehner war seit seiner Ankunft in Stockholm unter dem Pseudonym K. Friedemann Leitartikler der „Welt“. Als ständiger Mitarbeiter hatte ich in jeder Nummer der Zeitschrift mehrere Beiträge. . . .

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED
Träger des Karl-Marx-Ordens
DIREKTOR

1054 BERLIN, WILHELM-PIECK-STR. 1
FERNRUF 20 25 43 15

24. Januar 1977
die-schu

BStU
000022

Genossen
Professor Kurt H a g e r
Mitglied des Politbüros

102 Berlin

Haus des Zentralkomitees

Erich Hager
Eingang: 24.1.77
Tgb.-Nr.: 85

Werter Genosse Hager!

In Anlage übersende ich Dir die Unterlagen, aus denen hervorgeht, welche Aussagen über Wehner in den Erinnerungen von Genossen Seydewitz Deinen Weisungen entsprechend gestrichen wurden.

Ich darf darauf hinweisen, daß auf Grundlage Deines Entscheids auf Seite 430 unten von Genossen Seydewitz zwei Sätze neu formuliert wurden, die nötig waren, um das Thema Wehner im Buch abzuschließen.

Sie lauten:

"Herbert Wehner ist mir nach seiner Verhaftung nie wieder begegnet. Wehners weiterer Lebensweg, sein Ausschluß aus der KPD und sein Werdegang in der Sozialdemokratischen Partei der Bundesrepublik nach 1945 sind hinlänglich bekannt und brauchen von mir nicht weiter behandelt zu werden."

Ich kannte diese Veränderungen und habe ihnen zugestimmt.

Mit sozialistischem Gruß

E. Diehl

Prof. Dr. Ernst Diehl
Stellv. Direktor

Anlage

Dokument 15

Gedächtnisprotokoll
über das Gespräch zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD und Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, sowie dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, Oskar Lafontaine, am 7. Mai 1986

E. Honecker hieß J. Rau und O. Lafontaine willkommen. Er begrüßte herzlich den Bundeskanzlerkandidaten der SPD, der hoffentlich der Bundeskanzler von morgen ist. Ebenso freute er sich mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes zusammenzutreffen. Es treffe sich gut, daß am Vorabend des 41. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus diese Begegnung stattfindet. In diesen Tagen würde überall in der DDR der Jahrestag der Befreiung feierlich begangen.

Was unser Gespräch betrifft, sagte E. Honecker, können wir frei und offen über alle Fragen sprechen. Uns interessiere vor allem die alles übergreifende Frage der Friedenssicherung. Er möchte klar zum Ausdruck bringen, daß wir an einem Regierungswechel in der BRD interessiert sind. Wir wünschen, daß J. Rau im Januar 1987 die Wahlen gewinnt.

Die internationale Situation gehe mehr in Richtung einer Verschärfung als in Richtung Entspannung. Wir alle haben das Genfer Gipfeltreffen zwischen M. Gorbatschow und R. Reagan und die dort vereinbarte gemeinsame Erklärung begrüßt. Die Initiative Gorbatschows vom 15. Janaur 1986 sowie die von ihm auf dem XI. Parteitag der SED unterbreiteten Vorschläge hätten das Bild über den Willen der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Vertrages zu effektiven Schritten der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu kommen vervollständigt. Es seien Vorschläge, die den Wünschen der westlichen Seite weitgehend entgegenkommen. Dabei denke er z. B. an die Frage der Mittelstreckenwaffen. Das vom Westen gebrauchte Argument des konventionellen Übergewichts der Armeen des Warschauer Vertrages sei nunmehr mit dem Vorschlag, vom Atlantik bis zum Ural bei entsprechender Kontrolle auch die konventionellen Waffen drastisch zu reduzieren, gegenstandslos geworden.

Leider, so setzte E. Honecker fort, nutze die Regierung der BRD die Chance nicht, damit Europa und die Welt aus dem Tal des Schreckens herauskommt. So seien wir besorgt, welchen Weg künftig die BRD gehe. In seinem Brief an H. Kohl habe er seinerzeit vor einer Beteiligung der BRD an SDI gewarnt. Bei seinem ersten Gespräch mit H. Bangemann habe dieser noch gesagt,

es sei nicht mit einer Regierungsvereinbarung mit den USA zu SDI zu rechnen. Er habe sich mit den Dokumenten ausführlich vertraut gemacht, sagte E. Honecker, es sei schon erstaunlich, was da alles unterschrieben worden ist.

Das Bild runde sich ab, wenn man die Haltung der Bundesregierung im Zusammenhang mit den US-amerikanischen Terror-Flügen gegen Libyen sieht. Das Auftreten von Kohl auf dem Tokioter Gipfel habe die USA mehr ermuntert, als von weiteren Schritten abgehalten. Hinzu komme die im Zusammenhang mit der im Atomkraftwerk Tschernobyl aufgetretenen Havarie entfachte Hysterie und antisowjetische Kampagne.

Wenn man alles zusammennehme, könne man sagen, daß seitens der Bundesregierung nichts getan wird, um die Chance des Augenblicks zu nutzen, damit die Welt von Atomwaffen völlig befreit wird, Schritte der konventionellen Abrüstung erfolgen und die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum verhindert wird. Diese Fragen berührten nicht nur die Interessen der sozialistischen Länder, sondern aller Staaten in der Welt. Die Welt nähere sich immer mehr durch das andauernde Wettrüsten einem Punkt, von dem es kein zurück mehr gäbe.

Es müsse erreicht werden, daß der Dialog zwischen den beiden Weltmächten weitergeführt wird. Gegenwärtig bestehe die Gefahr, daß dem ersten Treffen zwischen M. Gorbatschow und R. Reagan kein zweites folgt. Seitens der USA sei bisher kein konstruktiver Schritt erfolgt, im Geiste des in Genf vereinbarten Verhandlungszieles voranzukommen. Bis zum heutigen Zeitpunkt gäbe es keinerlei Anzeichen, daß die USA auch nur auf einer der drei vereinbarten Verhandlungsebenen Entgegenkommen zeige. Im Gegenteil hätte sie durch ihr Vorgehen gegen Libyen, mit dem Auftauchen der US-Flotte vor der Krim-Küste und mit ihrer antisowjetischen Kampagne im Zusammenhang mit der Havarie in Tschernobyl ihre Provokationen verstärkt.

Was Tschernobyl betrifft, hätten wir bei uns sofort reagiert. So habe der Präsident der Akademie der Wissenschaften unmittelbar nach Bekanntwerden der Havarie im Politbüro Bericht erstattet. Die Bevölkerung der DDR sei jederzeit ausreichend informiert gewesen. Führende Physiker der DDR, wie die Professoren Lanius und Flach, hätten in einer ausführlichen Fernsehsendung informiert.

In der BRD habe man dagegen im Stile einer Kriegsberichterstattung eine großangelegte antisowjetische Hetze entfacht. Das sei keineswegs hilfreich für die Lösung der brennenden Probleme, vor denen die Welt stehe.

Wir denken so, setzte E. Honecker seine Ausführungen fort, im Zusammenhang mit all den Ereignissen der letzten Zeit sei es umso notwendiger, den Himmel in der BRD aufzuhellen, daß ein Regierungswechsel erforderlich ist und das in erster Linie wegen des Kurses der derzeitigen Regierung in der Friedensfrage. Eindeutig möchte er wiederholen, daß die DDR einen Sieg der

SPD bei den Bundestagswahlen 1987 begrüßen würde. Es sei erschreckend, wie wenig die Regierung der BRD begreife, worum es heute gehe. Das betreffe auch Fragen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

In diesem Zusammenhang informierte E. Honecker die SPD-Politiker ausführlich über die durch staatliche Stellen der BRD verfügten Eingriffe in den Reiseverkehr mit der DDR. So habe das Reisebüro Interkontakt der BRD dem Reisebüro der FDJ Jugendtourist mitgeteilt, daß auf Weisung mehrerer Bundesministerien sowie der Kultusminister der Bundesländer aufgrund des Reaktorunfalls von Tschernobyl Reiserestriktionen für Bürger der BRD in sozialistische Länder verfügt wurden. Auf Weisung des Kultusministers für Baden-Württemberg seien 10 Jugendreisegruppen in die DDR abgesagt worden. Einige Gruppen, die sich bereits in der DDR befanden, wurden aus der BRD zurückgerufen.

Ich möchte sagen, fuhr E. Honecker fort, daß Sie, Herr Rau, und Sie, Herr Lafontaine, sehr mutige Leute sind, daß sie in ein radioaktiv verseuchtes Land gekommen sind. Auch wundere ich mich, daß die BRD Westberlin noch nicht aufgegeben hat. J. Rau entgegnete darauf, daß er sogar nach Moskau fahre. E. Honecker sagte, aus allen vorliegenden Unterlagen gehe hervor, daß zu keiner Zeit eine Gefahr für die Bevölkerung der DDR bestanden habe. Was sich in der BRD vollziehe sei doch ein Wahnsinn. Die Bevölkerung dort werde verunsichert, die Bauern könnten ihr Gemüse nicht mehr verkaufen, die Kinder nicht mehr auf Spielplätze gehen, obwohl seriöse Wissenschaftler der Bundesrepublik einschätzen, daß die Werte der radioaktiven Substanzen weit unter dem Pegel liegen.

Die in der BRD geführte Kampagne stehe in engem Zusammenhang mit der Frage der Friedenssicherung. Er habe den Eindruck, als solle abgelenkt werden von den Friedensvorschlägen der Sowjetunion und der DDR. Gerade deshalb komme es darauf an, dahin zu wirken, daß der gesunde Menschenverstand obsiegt und nicht das Mißtrauen geschürt wird.

Auf den XI. Parteitag der SED eingehend informierte E. Honecker über die Hauptrichtungen der weiteren Gestaltung des entwickelten Sozialismus in der DDR. Die DDR nehme eine stabile Entwicklung und das würde große Zustimmung im Volk finden. Man brauchte nur in die Gesichter der 650 000 Menschen zu sehen, die allein in Berlin am 1. Mai demonstrierten. Er habe schon viele Mai-Demonstrationen erlebt, aber so etwas noch nicht. Das sei in allen Städten und Dörfern der Republik so gewesen. E. Honecker übergab den Gästen die Übersicht über die Entwicklung der Volkswirtschaft in den ersten vier Monaten des Jahres 1986.

E. Honecker betonte, SED und SPD müßten sich verständigen, alles dafür zu tun, damit die Chance gewahrt wird, die sich aus den Friedensvorschlägen Gorbatschows ergäben. Alles, was beim Besuch W. Brandts vereinbart wurde, würde auch erfüllt werden. Im Mai 1986 empfange er den Spitzenkandidaten

der SPD für die Landtagswahl in Bayern, Hiersemann. Vogel käme Ende Mai. Er würdigte die Ergebnisse der Vereinbarung zwischen SED und SPD in bezug auf die Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa und hob die Gespräche der Experten-Gruppen zu Fragen der Bildung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Europa hervor.

J. Rau und O. Lafontaine bedankten sich sehr herzlich für die Ausführungen E. Honeckers. J. Rau sagte, er bedanke sich, daß dieses Gespräch möglich wurde. Als Kanzlerkandidat, das habe er mehrfach erklärt, wolle er für eine zweite Phase der Entspannungspolitik wirken, vor allem mit dem Blick auf die Beseitigung aller Mittelstreckenwaffen in Europa und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern. In einem Antrag an den bevorstehenden Parteitag der SPD sei deutlich gemacht, daß im Falle der Ergebnislosigkeit von Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA in Genf eine von der SPD geführte Regierung eigene Abrüstungsvorschläge unterbreiten werde. Diesen Antrag zu unterstützen, sei ihm nicht leicht gefallen, da er objektiv für eine Verbesserung der Beziehungen der SPD zu den USA wirken müsse. Allerdings dürfte die BRD kein Wurmfortsatz der USA sein.

Die Vorschläge M. Gorbatschows seien sehr hilfreich. Das betreffe sowohl Genf als auch die Vorschläge vom 15. Januar und vom XI. Parteitag der SED. Er möchte unterstreichen, daß es solch umfangreiche Abrüstungsangebote noch nie gegeben hätte. Darüber müsse intensiv geredet werden. Was die Haltung der Bundesregierung diesbezüglich betreffe, sehe er eine differenzierte Position. Die Berliner Vorschläge Gorbatschows würden eindeutig begrüßt. Von Gewicht sei die Linie Genschers.

Es sei tatsächlich so, daß sich nach dem Genfer Gipfel bisher in den USA nichts Positives bewegt habe. O. Lafontaine fügte hinzu, er habe von Beginn an nicht geglaubt, daß die USA gegenwärtig ihren Kurs ändern würden.

Zu Tschernobyl, führte J. Rau weiter aus, gäbe es in der Bundesrepublik eine große Verunsicherung. Es dürfe nicht übersehen werden, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik in allen Fragen der Atomenergie eine große Sensibilität aufweise. Immerhin gäbe es seit mehr als zehn Jahren eine intensive Diskussion über das Für und Wider zu Fragen der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Die Havarie in Tschernobyl habe dies verstärkt.

Das Hauptproblem bestehe darin, daß man acht Tage lang faktisch ohne genaue Informationen gewesen sei. Die Bundesregierung habe die Folgen der Havarie in den ersten Tagen verharmlost. Er glaube nicht, daß sie eine antisowjetische Kampagne wolle. Es müsse aber berücksichtigt werden, daß die Angst der Menschen sehr groß sei. Er habe vor zwei Tagen auf einer Veranstaltung erlebt, wie es zu neurotischen Reaktionen selbst einer Journalistin gekommen ist. Da brauche man sich nicht zu wundern, was in den Zeitungen steht. Viele Eltern seien besorgt um ihre Kinder und holten sie selbst von Ausflügen in der

Bundesrepublik zurück. Er wolle nicht über die Informationspolitik der UdSSR richten. Wenn man sich die Frage vorlege, wie die Bundesregierung in einem vergleichbaren Vorfall in der Bundesrepublik reagiert hätte, könne das gar nicht beantwortet werden, weil niemand geglaubt habe, daß der Super-GAU tatsächlich eintreten könne.

Er stimme der Meinung E. Honeckers ausdrücklich zu, daß die Havarie in Tschernobyl nicht zum Anlaß genommen werden dürfe, um von den Gefahren des atomaren Wettrüstens abzulenken. Vielmehr müsse man sich dafür einsetzen, daß alle Atomwaffen verschwinden.

O. Lafontaine fügte hinzu, daß er schon immer die Auffassung vertreten habe, daß Kernreaktoren letztendlich Bomben mit Langzeitwirkung seien. Man dürfe die Reaktion des Kultusministers von Baden-Württemberg nicht überbewerten. Sie richte sich keinesfalls gegen die DDR. Er gehe davon aus, daß L. Späth von dieser Entscheidung nichts wußte und sie zurückgenommen wird.

E. Honecker erwiderte, daß es ihm nicht um die berechtigten Sorgen der Menschen in der Bundesrepublik gehe, die er verstehe, sondern um die von der Presse entfachte Hetze. Er habe die Schlagzeile der BILD-Zeitung vor Augen, in der es lautete „Super-GAU – 30 000 Tote“.

O. Lafontaine sagte, das sei natürlich eine schlimme Sache, wenn man den Verbreitungsgrad der BILD-Zeitung bedenke. Er habe aber den Eindruck, daß die Stimmung der Menschen in der BRD in der DDR falsch verstanden werde. M. Gorbatschow hätte für seine Abrüstungsvorschläge bis hinein in konservative Zeitungen eine gute Resonanz gefunden. Der Reaktorunfall habe das teilweise leider beschädigt. Man müsse beachten, daß in der Bundesrepublik eine ganz andere Diskussion geführt würde. Die mangelnden Informationen hätten geschadet. Er möchte sagen, daß es ihn als Physiker auch heute keineswegs befriedige, wie spärlich nach wie vor die Informationen aus der Sowjetunion sind. Zum Beispiel wäre sehr wesentlich gewesen zu wissen, welche Reaktortemperaturen herrschten. Dann wüßte man auch, ob noch mit den weit gefährlicheren Alphastrahlen zu rechnen ist. Persönlich gesehen würde er seiner Frau und seinem Kind gegenwärtig abraten, nach Rumänien, Ostpolen oder in die Gegend von Kiew zu reisen. Er möchte die dringliche Bitte äußern, in der DDR richtig zu verstehen, daß die große Mehrheit der Friedensbewegung und die Antiatomkraftwerk-Bewegung nicht antisowjetisch orientiert sind. Dafür spreche auch seine Person. Leider habe die Sowjetunion hier einen klaren Fehler gemacht, der den Vorsprung, den sich Gorbatschow erarbeitet hatte, etwas schrumpfen lasse.

E. Honecker ergriff erneut das Wort und sagte, er wolle noch einmal klarmachen, worum es ihm gehe. Es sei normal, wenn man in der Bundesrepublik Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung treffe. Das sei auch unsere Position. Niemand würde der Bundesregierung Vorwürfe machen, wenn sie notwendige Maßnahmen ergreift. Wenn es in der DDR erforderlich gewesen

wäre, hätten wir nicht gezögert, unpopuläre Anordnungen zu treffen. Der Weg, den die DDR gegangen ist, sei ein verantwortungsvoller Weg. Wir hatten uns dafür entschieden, daß die Wissenschaftler sprechen.

In diesem Zusammenhang informierte E. Honecker über die im Politbüro getroffenen Maßnahmen, so über die Veränderungen des gesamten Meldesystems und entsprechenden Veröffentlichungen zur Information der Bevölkerung der DDR. Zu keiner Zeit habe eine Gefahr für die Menschen in der DDR bestanden. Als einziges sozialistisches Land habe die DDR relativ schnell die Werte veröffentlicht. Die Messungen der Radioaktivität des Bodens wurden vervollkommnet. Natürlich könne er nur für die DDR sprechen. Bei uns gäbe es ausschließlich Druckwasserreaktoren.

Allerdings müsse man sagen, daß es bei aller Liebe zur Kernenergie noch keine perfekte Sicherheit gibt. Das hätten wir immer im Auge gehabt. Niemand habe mit einer solchen Katastrophe gerechnet. Offensichtlich versagten in Tschernobyl alle Sicherheitsvorkehrungen. Er könne aus voller Verantwortung sagen, daß in der Sowjetunion und in der DDR mit allem gebotenen Ernst an der Vervollkommnung der Sicherheitsanlagen für Kernreaktoren gearbeitet wird.

Was die Sorgen um die Kinder betrifft, so habe er auch Enkel, fügte E. Honecker hinzu. Im Interesse ihres Überlebens und ihrer Zukunft müsse man vor allem eine verantwortungsvolle Politik fürden Frieden, die Verhinderung einer nuklearen Katastrophe und insbesondere gegen die Militarisierung des Weltraums verfolgen.

Wenn man das Auftreten H. Kohls in Tokio einschätze, müsse man feststellen, daß damit eine ganze Weltkampagne entfacht wird. Mit der Sorge um den Menschen habe das nichts zu tun. Was die Presseberichterstattung in der BRD betreffe, bestehe das Problem offensichtlich darin, daß einige einflußreiche Leute die Stimmungen der Menschen ausnutzen, um zumindest eine höhere Auflage ihrer Zeitung zu erzielen. Damit wolle man erreichen, daß die Massenstimmung gegen die atomare Hochrüstung eingedämmt wird. Auch soll die Kampagne ablenken vom Beitritt der BRD zu SDI.

Unseres Erachtens ist aber die SDI-Beteiligung der BRD kein Beitrag zur Abrüstung, sondern ein Beitrag zur Hochrüstung und damit schließlich zum Krieg, setzte E. Honecker fort. Bekanntlich soll SDI den Erstschlag ermöglichen. Es sei ein großer Irrtum, fortdauernd Millionen für die Hochrüstung zu verpulvern, anstatt sie für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. das wesentliche sei aber, daß die BRD drauf und dran ist, die Chancen für eine Verbesserung der internationalen Lage zu verspielen.

Auf die Frage E. Honeckers, wie denn die DDR gegenwärtig auf die Haltung der BRD-Regierung reagieren solle, antworteten die SPD-Politiker: Das wichtigste, was jetzt getan werden könnte, wäre, die Verhandlungen über ein Umweltabkommen zwischen der BRD und der DDR schnell abzuschließen.

Was man brauche, sei eine Umweltaußenpolitik. Ein solches Abkommen wäre ein wichtiger Punkt, der den jetzt entstandenen Eindruck in der BRD wegnehmen könnte. E. Honecker sagte, daß die Verhandlungen über das Umweltabkommen weitergeführt werden. Allerdings gäbe es einige Fragen im Zusammenhang mit dem Umwelt-Bundesamt der BRD in Westberlin.

In Beantwortung einer Frage der Gäste über seine weiteren Reisevorhaben noch in diesem Jahr führte E. Honecker aus: Der Terminkalender sei in den nächsten Monaten außerordentlich angespannt. Jetzt konzentrierten wir uns auf die Vorbereitungen der Wahl zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen am 8. Juni. Danach gäbe es wichtige Termine, die mit der Konstituierung der staatlichen Organe zusammenhängen. Im Juni reise er nach Schweden. Dann gehe er in Urlaub. Insofern sei es sehr schwierig, einen Termin für die Reise in die BRD zu finden. Er habe auch W. Brandt gesagt, er komme zu einem Zeitpunkt in die Bundesrepublik, der für beide Seiten günstig ist. Er habe keineswegs die Absicht, als Wahlhelfer der CDU aufzutreten. Nachdem E. Bahr im Auftrag von W. Brandt vorgeschlagen hatte, die Reise nicht im Mai durchzuführen, sondern erst nach den Landtagswahlen in Niedersachsen, sei es jetzt sehr schwer, zu einer Entscheidung zu kommen.

Zum Abschluß des Gesprächs unterbreitete E. Honecker an J. Rau Vorschläge für die Aufnahme einer Städtepartnerschaft mit Wuppertal. Nachdem J. Rau Zwickau als Partnerstadt für Wuppertal nicht für zweckmäßig erachte, schlage er vor, Rostock, Schwerin, Neubrandenburg oder Gotha zu prüfen. J. Rau sagte, er wolle diese Vorschläge mit der Bürgermeisterin von Wuppertal besprechen und schnell eine Antwort übermitteln. J. Rau bedankte sich für die Entsendung des Dresdener Staatsschauspiels nach Düsseldorf. Er habe gestern abend die Künstler aus der DDR begrüßt. Sie seien große Meister ihres Faches.

Dokument 16

Gerhard B e i l

Berlin, den 17. 3. 1986
Persönliche Verschlußsache
ZK 02 188

Vermerk
über ein Gepräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen E. HONECKER, mit dem Regierungen Bürgermeister von Berlin (West), Eberhard DIEPGEN, am 16. März 1986 in Leipzig

Genosse E. Honecker begrüßte Eberhard Diepgen zu Beginn des Gespräches anläßlich seines Aufenthaltes zur Leipziger Frühjahrsmesse 1986. Er hob die Nützlichkeit eines solchen Gespräches für die Fortführung der Beziehungen zwischen der DDR und Berlin (West) hervor.

Eberhard Diepgen bedankte sich für die Möglichkeit, mit dem Vorsitzenden des Staatsrates zusammenzutreffen und damit die Kontakte seines Vorgängers von Weizsäcker fortzuführen. Aus seiner Sicht sei die generelle politische Situation von der Hoffnung der Menschen auf Frieden über die Grenzen hinweg. Diese Hoffnung würde bekräftigt durch die Gespräche Ronald Reagans mit Michael Gorbatschow. Wichtig sei, den Frieden zu sichern und Spannungsursachen zu vermeiden. Unter Hinweis auf das Interview des Genossen Erich Honecker mit der BRD Wochenzeitschrift „Die Zeit“ hob Diepgen hervor, daß es eine Fülle von Möglichkeiten und gemeinsamer Interessen zwischen Berlin (West) und der DDR gäbe. Er verstehe seine Aufgabe als Politiker, mit dafür zu sorgen, in Mitteleuropa eine Zone des Friedens und der Entspannung zu schaffen. Dazu würden auch Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs zwischen Berlin (West) und der DDR, die weitere Vertiefung der ökonomischen Zusammenarbeit und Fragen des Umweltschutzes gehören.

Seit seinem Gespräch mit Genossen Günter Mittag vor zwei Jahren anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse habe es besonders auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen deutliche Fortschritte gegeben, aber auch für andere Bereiche könnte man das feststellen.

Der Senat von Berlin (West) gehe von der Einhaltung des Vier-Mächte-Status aus und setze sich für die strikte Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens ein.

Dadurch sind die erreichten Fortschritte im Verhältnis zur DDR möglich

geworden. Diepgen möchte nicht, daß die Möglichkeiten der Entspannung auf einigen Gebieten an Westberlin vorbeigehen.

In diesem Zusammenhang nannte Diepgen den Jugendaustausch, den Gebietsaustausch zwischen Berlin (West) und der DDR, die 750-Jahr-Feier Berlin und die Einreise von Ausländern nach Berlin (West) über die DDR.

Er wisse, daß alle diese Themen nur in einem bestimmten Umfeld gelöst werden könnten. Glaube aber, daß praktikable Lösungen möglich sind, so, wie das bereits im Gespräch seines Amtsvorgängers mit Genossen Erich Honecker erfolgte.

Im Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier betonte Diepgen, daß auch beim Austausch von Kultur-Objekten aus seiner Sicht keine „Erbsenzählerei" erfolgen sollte, sondern unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessenlage das Machbare zwischen den zuständigen Beauftragten vereinbart werden könnte.

Genosse E. Honecker antwortete, daß die Friedenssicherung die alles übergreifende Frage ist, die die Politik der DDR bestimmt. Es geht um das Überleben der Menschheit, das nur im Frieden möglich ist. Auch alle anderen Fragen können nur im Frieden gelöst werden. Der zwischen der UdSSR und den USA in Gang genommene Dialog ist ein Gewinn für die Menschheit.

Eingehend auf die Beziehungen der DDR zu Westberlin hob Genosse E. Honecker hervor, daß das Vierseitige Abkommen über Berlin (West) von großer Bedeutung ist für die Sicherheit und Beruhigung der Lage in Europa sowie für die Bürger in Berlin (West). Dieses Abkommen hat einen Spannungsherd in der Mitte Europas liquidiert.

Die DDR ist für die volle Einhaltung des Vierseitigen Abkommens über Westberlin.

Wenn von Zeit zu Zeit die Beziehungen belastet werden, dann ist das darauf zurückzuführen, daß der in diesem Abkommen enthaltene Passus, daß Berlin (West) kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland ist und nicht von ihr regiert werden darf, nicht immer beachtet wird.

Eingehend auf die Ausführungen Diepgens betonte Genosse **E. Honecker**, daß die DDR nicht die Absicht habe, daß Entspannungselemente an Berlin (West) vorbeigehen.

Der von Diepgen vorgeschlagene Gebietsaustausch steht im Zusammenhang mit dem Vierseitigen Abkommen, und das Einverständnis der vier Mächte ist nach wie vor dazu notwendig. Gleichzeitig müssen aber auch die politischen Gesamtbedingungen gesehen werden. Forderungen der Revanchistenverbände, „Schlesien ist deutsch und unser", schaffen für die Lösung solcher Themen keine guten Bedingungen.

Was die Vereinbarungen über das Südgelände betrifft, so sind sie seitens des Senats von Westberlin nicht eingehalten worden. Wenn die Absicht besteht,

den Jugendaustausch zu erweitern, dann kann der Jugendring Westberlins entsprechende Verbindung zum Zentralrat der FDJ bzw. zu Jugendtourist aufnehmen.

Genosse E. Honecker erläuterte, daß die 750-Jahr-Feier in der Hauptstadt der DDR, Berlin, aktiv vorbereitet wird. Zur Zeit wird die Programmgestaltung vorgenommen, die durch das Festkomitee bestätigt werden muß.

Zwischenzeitlich sind die gegenseitigen Informationen wieder in Gang gekommen und werden seitens der DDR durch Staatssekretär Löffler wahrgenommen.

Bis 1987 werden wesentliche Teile der Neugestaltung des historischen Kerns der Hauptstadt der DDR abgeschlossen sein. Dazu gehöre auch die Gestaltung des Platzes der Akademie, wo bekanntlich das Schiller-Denkmal stand, das sich jedoch noch in Westberlin befindet.

Es gibt bekanntlich, so führte Genosse E. Honecker aus, zwei Veranstaltungen zur 750-Jahr-Feier; die eine in der Hauptstadt der DDR und die zweite in Berlin (West). Die DDR wird ihre Türen für Besucher aus Berlin (West) zum Besuch von Kultur-Veranstaltungen öffnen.

Das wechselseitige Auftreten von Ensembles aus aller Welt in der Hauptstadt der DDR und in Berlin (West) ist bei entsprechenden Vereinbarungen der zuständigen Stellen möglich. Eingehend auf den Stand der ökonomischen Beziehungen der DDR zu Berlin (West), betonte Genosse E. Honecker, daß die DDR bereit ist, den weiteren Ausbau zu unterstützen. Dabei gibt es positive Erfahrungen bei der Errichtung von Industrieobjekten durch Westberliner Firmen. Die DDR hat auch dem Antrag zur Durchführung der Erdgasleitung durch ihr Hoheitsgebiet nach Westberlin zugestimmt.

Auch zu anderen von Westberliner Seite vorgeschlagenen Themen ist die DDR bereit, in Verhandlung einzutreten und die Vorschläge gründlich zu prüfen.

Das betrifft die Lieferungen und den Bezug von Elektroenergie und die Verbesserung des Eisenbahnverkehrs.

Dabei ist der Grundsatz des gegenseitigen Gebens und Nehmens zu wahren und die Hoheitsrechte der DDR jederzeit zu respektieren.

Eberhard Diepgen würdigte das Vierseitige Abkommen über Westberlin als wesentliche Grundlage der Politik zur Verbesserung der Beziehungen zur DDR. Er betonte nochmals, daß der Senat von Berlin (West) für die volle Einhaltung und Anwendung dieses Abkommens eintritt.

Bezüglich des Südgeländes der Eisenbahn wird der Senat eine Lösung auch unter vorteilhaften Bedingungen für die Deutsche Reichsbahn anstreben. Die Kontakte zwischen beiden Seiten sind wieder aufzunehmen.

Diepgen erklärte sein Einverständnis zum gegenseitigen Austausch von Kulturgütern, darunter das Schiller-Denkmal. Zwischen den Beauftragten sollten entsprechende Vereinbarungen getroffen werden.

Des weiteren bat Diepgen um Überprüfung der Verbesserung des Besucher- und Reise-Verkehrs von Berlin (West) in die DDR sowie um stärkere Berücksichtigung Westberliner Sport-Clubs und Mannschaften im Rahmen des Sportkalenders mit der DDR.

Zurückkommend auf die bevorstehende 750-Jahr-Feier sprach Diepgen die Renovierung des zur Deutschen Reichsbahn gehörigen Fernbahnhofs Zoo an.

Die Finanzierung der Renovierung würde aus Mitteln des Senats erfolgen.

Außerdem sprach er die Bitte aus, Lösungen zu finden, die den freien Zugang von Ausländern über das Gebiet der DDR nach Westberlin einschränken.

Genosse E. Honecker betonte zum Ersuchen Diepgens nach Einschränkung des freien Zugangs von Ausländern über das Territorium der DDR nach Westberlin, daß die DDR strikt das allgemeine Recht auf Transitfreiheit wahrt und die dazu abgeschlossenen internationalen Verträge respektiert.

Das ist offensichtlich ein schwieriges völkerrechtliches Problem. Dazu kommt, daß in Berlin (West) die Besatzungsmächte Hoheitsrechte haben. Das würde auch durch die Ausweisung von drei koreanischen Staatsbürgern sichtbar.

Vereinbarungen mit der Regierung der BRD könne es dazu nicht geben, weil sie nicht zuständig sei, und der Senat von Berlin (West) hätte offensichtlich nur eingeschränkte Rechte. Trotzdem könnten die Völkerrechtler das Thema nochmals prüfen.

Zur stärkeren Einbeziehung Westberliner Sportler in den Sportaustausch verwies Genosse E. Honecker darauf, daß mit dem DTSB für 1987 entsprechende Vereinbarungen getroffen werden sollten. Für 1986 sei der Sportkalender bereits verhandelt.

Die DDR wird prüfen, ob eine weitere Erleichterung des Reiseverkehrs zwischen Berlin (West) und der DDR möglich ist. Die Ausstellung der Mehrfachberechtigung an den Grenzübergangsstellen zur Hauptstadt der DDR ist nicht möglich. Dies könne ebenfalls über die Besucherbüros abgewickelt werden.

Eine Renovierung des Bahnhofs Zoo sei möglich, das müsse auf Kosten des Westberliner Senats erfolgen und darf keine Eigentumsrechte der DDR berühren. Genosse Honecker verwies dazu auf die Zuständigkeit des Ministeriums für Verkehrswesen der DDR.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde von beiden Seiten eine positive Bilanz über den erreichten Stand der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und Berlin (West) gezogen.

Der Umsatz im Warenverkehr ist 1985 auf mehr als 3 Milliarden VE angestiegen, wobei die Bezüge der DDR um mehr als 30 % erhöht wurden.

Dabei waren Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Elektrotechnik/Elektronik Wachstumsträger sowie Erzeugnisse der Bekleidungsindustrie.

Charakteristisch ist die Zunahme der Einbeziehung vorrangig mittelstädtischer Betriebe in die Lieferungen an die DDR. An der Leipziger Frühjahrsmesse 1986 beteiligte sich erstmals der WEMA-Verband (Zusammenschluß mittelständischer Firmen des Apparatebaus und der Elektrotechnik Westberlins) mit einem Gemeinschaftsstand. Im Monat April 1986 wird im Internationalen Handelszentrum, Hauptstadt der DDR, ein Symposium über Umwelttechnologien durch den WEMA-Verband durchgeführt.

Dem Anliegen zur stärkeren Belieferung des Westberliner Marktes mit Baustoffen und Baumaterialien aus der DDR wird entsprochen werden.

E. Diepgen und sein Wirtschaftssenator **Pieroth** bestätigten die gegebene Einschätzung zum Stand der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Ihrerseits wurde die positive Entwicklung im Jahre 1985 hervorgehoben, wobei auch in Zukunft auf die noch stärkere Einbeziehung mittelständischer Firmen in den Warenaustausch Wert gelegt wird.

Die Durchführung des Symposiums zu Umwelttechnologien Westberliner Firmen im Internationalen Handelszentrum der DDR wird als ein wichtiger Schritt für die verstärkte Einbeziehung dieser Firmen in die Realisierung beabsichtigter Vorhaben der DDR auf dem Gebiet der Umwelttechnologien gesehen.

E. Diepgen bedankte sich für das Gespräch und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es zu praktischen Lösungen führen wird.

Genosse E. Honecker unterstrich abschließend, daß die Sicherung des Friedens die wichtigste Frage der Gegenwart und der Zukunft ist.

Darüber besteht Übereinstimmung. Es geht in den politischen Beziehungen zu Westberlin darum, mehr Vertrauen zu schaffen.

Die von E. Diepgen vorgetragenen Wünsche werden geprüft. Dies alles kann fruchtbar für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Berlin (West) zum Wohle der Menschen sein.

G. Beil

Dokument 17

Berlin, 29. 8. 1986

Vermerk
über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Oskar Fischer, mit dem Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes der BRD, Dr. Wolfgang Schäuble, am 29. 8. 1986 im Gästehaus Puschkinallee des MfAA

Bundesminister Schäuble bedankte sich zu Beginn des Gespräches für die Möglichkeit zu diesem inoffiziellen Aufenthalt und der Gelegenheit zum Gespräch auf hoher und höchster Ebene, die er gern wahrnehme. Er sei „so unauffällig wie es nur möglich war“ zum Gesprächsort gekommen, um entsprechend seinem Anliegen und Auftrag „über den Stand der bilateralen Beziehungen und ihr Umfeld“ zu sprechen.

Schäuble unterstrich, daß „in der Vergangenheit in den deutsch-deutschen Beziehungen eine Menge erreicht“ worden sei. Beide Seiten hätten wiederholt öffentlich auf den guten Stand dieser Beziehungen verwiesen. Wenn es um die jüngste Zeit gehe, so sei gewiß auch das in den letzten Monaten deutlich besser gewordene politische Umfeld als für die Beziehungen förderlich zu sehen.

Beispiel dafür seien die verbesserten Beziehungen BRD – Sowjetunion, wovon der im Juli stattgefundene Besuch von Hans-Dietrich Genscher in der Sowjetunion zeuge. Während dieses Besuches sei bekanntlich die Unterzeichnung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit möglich geworden. Inzwischen habe man weitere, drei Folgevereinbarungen, paraphiert, und eine vierte sei in Vorbereitung. All dies beweise, daß „sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen positiv entwickeln können“. Dies sei nach Auffassung der Bundesregierung „auf die realistische Einschätzung der Rolle der BRD in Europa, im NATO-Bündnis sowie im Verhältnis zu den USA durch die Sowjetunion“ zurückzuführen. Die Sowjetunion trage dieser Rolle offensichtlich Rechnung.

Zum positiven Umfeld der letzten Monate gehöre nach Schäuble auch „der neue Ansatz im Verhältnis der führenden Mächte zueinander“, der die „Chance zu einer echten Bewegung in der ganzen Szenerie der Rüstungskontrollverhandlungen“ biete.

Bundeskanzler Kohl, der mit als einer der ersten auf ein Gipfeltreffen Sowjetunion – USA gedrängt habe, begrüße und unterstütze diesen neuen Ansatz. Er wirke diesbezüglich auf die USA ein. So sei er schon im Januar

für einen kontrollierten Teststopp eingetreten. Die BRD-Regierung sehe die Chance für ein neues sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen, das Ergebnisse beim Teststopp, den chemischen Waffen und den Mittelstreckenwaffen bringen könnte.

Die BRD wirke daran mit. Dabei gebe es nicht nur eine enge Abstimmung mit den USA. Von Gewicht sei auch die nahtlose Übereinstimmung der Außen- und Sicherheitspolitik mit den westeuropäischen Verbündeten. Symptomatisch dafür sei zum Beispiel die zu Beginn dieses Jahres zwischen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand getroffene Absprache über die gemeinsame Ausbildung von Generalstabsoffizieren. Da er, Schäuble, aus dem Grenzgebiet zu Frankreich stamme, könne er ermessen, welch enormer Schritt diese Absprache für Frankreich bedeutet. Natürlich sei auch vor und nach dem Besuch Mitterrands in Moskau eine enge Abstimmung erfolgt.

Schäuble erklärte, er führe diese Beispiele an, um zu zeigen, daß der Kanzler „gute Chancen für die Fortsetzung der guten Entwicklung in den deutsch-deutschen Beziehungen“ sehe. Zu den günstigen Umfeldbedingungen gehöre auch, daß andere osteuropäische Staaten positiv auf das Signal reagiert hätten, das der Abschluß des WTZ-Abkommens BRD – Sowjetunion gesetzt habe. Von Bedeutung sei auch, daß beide Seiten es in der Vergangenheit geschafft hätten, ihre Beziehungen zueinander auch unter schwierigen Rahmenbedingungen zu entwickeln.

Er wolle noch einmal das beiderseits öffentlich Gesagte wiederholen: In den deutsch-deutschen Beziehungen wurden wesentliche Fortschritte, die sich alle gut für die Menschen auswirken, erreicht. Das gelte insbesondere für die Bereiche Handel, Kultur und Verkehr. Hier wolle er darauf verweisen, daß man in der BRD sehr befriedigt darüber sie, daß die im Gespräch Erich Honeckers und Helmut Kohls im März vergangenen Jahres in Moskau, an dem er teilgenommen hatte, in Aussicht gestellte Verbesserung im Reiseverkehr zu einer erfreulichen Zunahme der Besucherzahlen, auch Jüngerer, geführt habe. Der Jugendaustausch sei wieder aufgenommen, und die Zusammenarbeit bei der Lösung humanitärer Fragen funktioniere „nahezu geräuschlos“. Beide Seiten hätten darüber hinaus vor nicht allzu langer Zeit auf diesem Gebiet Gelegenheit gehabt, von der Weltöffentlichkeit sei dies ja stark beachtet worden, den Großmächten vermittelnd zu helfen (Austausch-Aktion auf der Glienicker Brücke).

Bundeskanzler Kohl habe gegenüber Horst Sindermann und Günter Mittag und, soweit er, Schäuble, informiert ist, auch bei seinem Treffen mit Erich Honecker im Frühjahr dieses Jahres in Stockholm zum Ausdruck gebracht, daß die BRD diesen Prozeß des Ausbaus der Beziehungen fortsetzen möchte. Dafür gebe es eine Fülle noch nicht ausgeschöpfter Möglichkeiten.

Man könne aber nicht übersehen, daß der seit geraumer Zeit anwachsende Zustrom von Asylanten für die BRD erhebliche Schwierigkeiten verursacht.

Das werfe zunehmend länger werdende Schatten auf die Beziehungen. Die BRD müsse für 1986 mit 100 000 Asylbewerbern rechnen. Für die DDR sei dieses Thema gewiß nicht neu, zumal es wiederholt und auf beinahe jedem Niveau zwischen der DDR und BRD erörtert worden sei. Die Rechtslage sei bekannt, und niemand unterstelle, daß die DDR gegen bestehende Vereinbarungen verstoße. Die Bundesregierung, betonte Schäuble, glaube aber, daß die Haltung der DDR nicht mit dem Geiste guter Nachbarschaft zu vereinbaren sei. Man könne nur bitten, Verständnis für die entstandene Lage aufzubringen. Die BRD habe in der Asylantenfrage nahezu in der Welt einzigartige Verfassungsbestimmungen. Jedermann habe das Recht, Asyl zu beantragen, und die Entscheidung darüber könne beim Verwaltungsgericht angefochten werden. Die Entscheidung solcher Klagen brauche Monate, und abgelehnte Asylbewerber ließen sich nur schwer abschieben. Die BRD habe auch mit anderen Staaten, wie Dänemark und Schweden, Kontakt zur Lösung dieses Problems aufgenommen.

Auch habe die Bundesregierung in dieser Woche eine Reihe, bis an den Rand des verfassungsmäßig Möglichen gehende Beschlüsse gefaßt, um die Asylantenströme einzuschränken. Nur etwa 16 % der Asylbewerber werden letztlich als politischer Asylant anerkannt, der Rest sei aber, wie schon gesagt, nur sehr schwer abzuschieben. Deshalb versuche die Bundesregierung im Kontakt mit allen ihren Nachbarn zu erreichen, „daß man die Asylanten nicht durchleitet; jeder in seinem Bereich“. Über Einzelheiten müsse man selbstverständlich reden.

Schäuble verwies anschließend darauf, daß nach den der BRD-Regierung vorliegenden Zahlen für 1986 rund 50 % der Asylbewerber über Berlin-Schönefeld in die BRD gelangt seien. Die hiermit aufgeworfenen Schatten auf die Beziehungen kürzer zu machen, sei Kern seines und des Bundeskanzlers Anliegen, weshalb er hierher gekommen sei.

Schäuble bat unter Hinweis eines von ihm mit Genossen Ewald Moldt dazu geführten Gespräches „auch die Reaktion anderer staatstragender politischer Gruppierungen der BRD in dieser Frage zu beachten. Die BRD gehöre außerdem zu den am dichtesten besiedelten Staaten in Europa, sie habe einen hohen Ausländeranteil an der Bevölkerung, dürfe aber, schon aus den in der Vergangenheit liegenden Gründen, keine Ausländerfeindlichkeit, mit der bekanntlich in Frankreich eine Partei sogar in das Parlament einzog, aufkommen lassen. Er wolle abschließend dazu darauf hinweisen, daß der weitere Anstieg der Asylantenzahlen dieses Thema in der Öffentlichkeit wachhält, ja, daß ihm verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden wird.

Genosse Oskar Fischer legte auf der Grundlage der bestätigten Konzeption (siehe Anlage) den Standpunkt der DDR zu Stand, Problemen und Perspektiven der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD dar. Unter ausdrücklichem Verweis darauf, daß es sich nur um eine Information handelt

und die BRD für Westberlin keine Zuständigkeiten besitzt, erläuterte Genosse Fischer den Stand der Beziehungen der DDR zu Westberlin (ebenfalls als Anlage).

Nachdem er den Standpunkt der DDR zur Asylantenfrage dargelegt hatte, stellte Genosse Fischer an Schäuble die Frage, welche Vorstellung die BRD zu einer eventuellen Lösung dieser Frage hat.

Schäuble erwiderte, daß er sich vorstellen könne, daß die DDR für Bürger der betreffenden Staaten die Erteilung von Transitvisa vom Vorhandensein des Sichtvermerkes irgendeines Staates abhängig macht. Artikel 5/2 der Konvention von Barcelona würde eine solche Regelung ausdrücklich ermöglichen.

Schäuble stimmte zu, daß man in dieser Frage weiter in Kontakt bleiben sollte, ohne daß die Medien eingeschaltet werden. Die Vertraulichkeit müsse gewahrt bleiben.

Das Gespräch verlief in einer sachlichen Atmosphäre.

An dem Gespräch nahmen teil:

von BRD-Seite: Dr. Hans Otto Bräutigam,
Leiter der Ständigen Vertretung der BRD
Dr. Freiherr Hermann von Richthofen,
Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt

von DDR-Seite: Gen. Manfred Niklas,
Leiter des Büros des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
Gen. Hans Schindler,
amt. Leiter der Abt. BRD im MfAA

Niklas

Vermerk
über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Wolfgang Schäuble, am 29. August 1986 im Hause des Zentralkomitees

An dem Gespräch nahmen teil:

von BRD-Seite: Dr. Hans Otto Bräutigam,
Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR

von DDR-Seite: Genosse Oskar Fischer

Genosse Frank-Joachim Herrmann

Genosse Hans Schindler, amt. Leiter der Abt. BRD im MfAA

Genosse E. Honecker begrüßte Schäuble und seine Begleitung und bat Schäuble um dessen Ausführungen.

Schäuble dankte für die Begrüßung und übermittelte Genossen E. Honecker die persönlichen Grüße von Bundeskanzler Helmut Kohl. Er erklärte, daß er beauftragt sei, unter Hinweis auf die Gespräche von Bundeskanzler Kohl mit Genossen E. Honecker in Moskau und Stockholm das Interesse der Bundesregierung und ganz besonders des Bundeskanzlers an einer weiteren positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR zum Ausdruck zu bringen. Obwohl die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Beziehungen nicht immer einfach gewesen seien, hätten sie sich gut entwickelt. Damit seien die Bedingungen für die Weiterentwicklung der Beziehungen heute insgesamt günstiger.

Schäuble führte aus, daß die UdSSR zu einer veränderten Einschätzung der Beziehungen zur Bundesrepublik gekommen sei, was sich an den Ergebnissen des Besuches von Außenminister Genscher in Moskau und der Unterzeichnung einiger Abkommen zeige. Er gehe davon aus, daß sich die Beziehungen zur Sowjetunion weiter intensivieren werden. Daraus ergebe sich auch eine Chance für dieEntwicklung der Beziehungen der BRD zu anderen sozialistischen Staaten. Schäuble betonte, daß sich die Bundesregierung der Rolle der BRD im Gesamtfeld der internationalen Beziehungen bewußt sei, und sie habe auch ihr möglichstes getan, um positiv auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion einzuwirken. In dieser Hinsicht übe die Bundesregierung Einfluß auf die USA aus. Das gelte für eine Reihe internationaler Probleme. Bereits Anfang 1986 habe sich der Bundeskanzler für einen Teststopp von Kernwaffen ausgesprochen, was zweifellos im Lichte der Vorschläge von Gorbatschow zu sehen sei. Auch nach der August-Rede von Gorbatschow habe die Bundesregierung positiv reagiert.

Schäuble versuchte darzulegen, daß die BRD auf die Lösung einer ganzen Reihe von Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle positiv einwirke. Bereits auf dem CDU-Parteitag in Essen habe Bundeskanzler Kohl auf den Zusammenhang zwischen Offensiv- und Defensivwaffen verwiesen. Nach Meinung der Bundesregierung könnten auch beim Verbot der chemischen Waffen gemeinsame Ansatzpunkte gefunden werden. Dagegen würden bei der Frage der Mittelstreckenraketen sehr unterschiedliche Positionen existieren, wodurch man von einer Lösung noch weit entfernt sei.

Schäuble erklärte weiter, daß sich der zur Zeit abzeichnende Erfolg der

Stockholmer Konferenz nach Meinung der BRD positiv auf die Verhandlungen in Wien auswirken wird.

Er ging dann auf die Beziehungen der BRD zu ihren Verbündeten ein, die er als sehr eng charakterisierte. Dabei hob er besonders die Beziehungen zu Frankreich und den USA hervor.

Schäuble erklärte weiter, daß es möglich sein müsse, vor dem von ihm dargestellten Hintergrund der internationalen Lage auch die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR zu entwickeln. Dabei käme es darauf an, nicht die unterschiedlichen Standpunkte in den Vordergrund zu stellen, sondern sich ausgehend von den bisherigen Ergebnissen auf das Machbare zu konzentrieren. Die Bundesregierung habe dankbar zur Kenntnis genommen, daß sich nach den Gesprächen zwischen Bundeskanzler Kohl und Genossen E. Honecker der Reiseverkehr positiv entwickelt habe. Jetzt würde die Chance bestehen, in absehbarer Zeit Abkommen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit abzuschließen. Auch auf dem Gebiet der Verkehrsbeziehungen seien weitere Fortschritte möglich. Die Bundesregierung werde auch die von Außenminister Oskar Fischer in dem Gespräch am Vormittag angesprochenen Probleme einer Prüfung unterziehen.

Bundesminister Schäuble ging dann auf das sogenannte Asylantenproblem ein. Er erklärte, daß nicht zugelassen werden sollte, daß aus diesem Problem Belastungen für die Beziehungen entstehen. 1986 rechne man mit insgesamt 100 000 Asylanten, davon würden mehr als 50 Prozent über den Flugplatz Schönefeld kommen. Die Bundesregierung habe versucht, die DDR aus der öffentlichen Diskussion dieser Frage in der BRD herauszuhalten, was aber angesichts der genannten Zahlen nicht mehr möglich gewesen sei. Er möchte ausdrücklich betonen, daß die DDR mit der Gestattung der Durchreise der Asylanten gegen keinerlei rechtliche Positionen verstoße. Er habe deshalb auch keine Forderungen an die Adresse der DDR zu stellen. Die Bundesregierung gehe aber davon aus, daß es zu gutnachbarlichen Beziehungen gehöre, wenn sie die Bitte äußere, daß die DDR bei der Lösung dieses Problems helfen möge. Eine solche Bitte richte sie an alle Nachbarstaaten.

Schäuble betonte, daß es in der Frage der Asylanten bei den regierungsfähigen politischen Kräften der BRD weitgehend übereinstimmende Auffassungen geben würde. Er erläuterte die Verfassungslage der Bundesregierung und verwies auf die sich aus der Tatsache ergebenden Schwierigkeiten, daß nur 16 Prozent der Asylanten als politisch Verfolgte anerkannt werden können. Schäuble wiederholte nochmal, daß das Asylantenproblem im Interesse der Weiterentwicklung der Beziehungen gelöst werden sollte.

Genosse E. Honecker dankte für die Grüße des Bundeskanzlers. Er stimmte zu, daß sich die Umweltbedingungen für die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD tatsächlich verändert hätten, aber entscheidende internationale

Probleme fortbestehen. Für das Gipfeltreffen zwischen USA-Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow gebe es nach wie vor keinen Termin und in den entscheidenden Kernfragen würde zwischen den USA und der UdSSR keine Übereinstimmung bestehen. Zweifellos sei mit dem Treffen in Genf die „Sprachlosigkeit“ überwunden worden, aber es müßten jetzt konkrete Maßnahmen folgen. Es existiere ein konkretes Programm, die Welt bis zum Jahr 2000 von Kernwaffen zu befreien, aber es fehle die Zustimmung der USA dazu. Auch in der Frage der Weltraumrüstung gebe es keine Zugeständnisse von seiten der USA. Es sei eine Tatsache, daß derjenige, der abrüsten will, nicht erst den Weltraum mit Rüstungen zu belasten brauche. Die USA würden weitere Maßnahmen treffen, um das Wettrüsten in den Kosmos zu tragen. Genosse E. Honecker betonte, daß die bitteren Lehren von Tschernobyl und andere Ereignisse zeigen, daß ein Kernwaffenkrieg die Vorstufe zur Hölle sei. Das habe er in einem Gespräch auch dem Papst gesagt, der zugestimmt habe.

Ein Teststopp für Kernwaffen wäre ein erster Schritt zu Maßnahmen zur Abrüstung und Rüstungsbegrenzung. Dem einseitigen sowjetischen Moratorium müsse in zweiseitiges folgen. Das sei inzwischen zur Weltmeinung geworden.

Genosse E. Honecker brachte die Auffassung zur Ausdruck, daß bei dem vorgesehenen Treffen zwischen USA-Präsident Reagan und Genossen Gorbatschow bestimmte Ergebnisse erreicht werden müßten. Es gehe heute nicht mehr nur um ein stattgefundenes Treffen. Er habe auch in seinem heutigen Gespräch mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Schwedens unterstrichen, daß die Welt an einen Punkt gelangt sei, wo eine Umkehr dringend notwendig sei. Er betonte, daß sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik in ihrem jeweiligen Bündnis dazu beitragen müßten.

Genosse E. Honecker legte die Haltung der DDR zu den entscheidenden Fragen der Friedenssicherung dar. Dabei unterstrich er die Notwendigkeit regionaler Lösungen in der Frage der Mittelstreckenwaffen. Er hob hervor, daß zu dem Machbaren gegenwärtig gehöre, daß der Zustand wieder hergestellt werde, wie er vor der Verwirklichung des Brüsseler Raketenbeschlusses bestanden habe. Er würde es begrüßen, wenn die als Gegenmaßnahme zu dem Brüsseler Beschluß in der DDR stationierten Raketenwaffen wieder verschwinden könnten. Er wisse, daß auch die Genossen Husak und Gorbatschow der gleichen Auffassung wären.

Genosse E. Honecker verwies insbesondere auf die neuesten Vorschläge, die Genosse Gorbatschow in Wladiwostok unterbreitet hat, die Schritte zur Abrüstung und Rüstungbegrenzung im asiatischen Raum einbeziehen. Hinsichtlich der Reduzierung der konventionellen Rüstungen sprach er sich für den prozentualen Abbau der Einheiten aus, was auch eine gute Kontrolle

ermögliche. Er unterstützte die Vorschläge der sechs Staaten auf ihrer Konferenz in Mexiko.

Genosse E. Honecker unterstrich nochmals, daß natürlich die Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD in den internationalen Entspannungsprozeß eingefügt ist. Es sei kein Geheimnis, daß die Haltung der Bundesregierung in einigen Fragen der Rüstungsbegrenzung die DDR ermuntert habe, Genossen Gorbatschow auf die Rolle der BRD aufmerksam zu machen. Er stimme zu, daß die Gespräche von Außenminister Genscher in Moskau ein neues Blatt der Geschichte der Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD aufgeschlagen haben.

Genosse E. Honecker betonte, daß sich die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nach Abschluß des Grundlagenvertrages und nach den Begegnungen auf höchster Ebene gut entwickelt haben. Es sei aber Tatsache, daß beide Staaten in den Beziehungen stets dann erfolgreich vorangekommen seien, wenn beide Seiten von den Realitäten und den Normen der internationalen Beziehungen ausgegangen seien. Leider könne die DDR nicht übersehen, daß die Beziehungen oft von Handlungen überschattet würden, für die sie keine Verantwortung trage.

Genosse E. Honecker bat Schäuble dem Bundeskanzler mitzuteilen, daß die DDR die Erklärungen des Bundeskanzlers, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern nur noch Frieden ausgehen darf, begrüße. Diesen Erklärungen müßten aber konkrete Taten folgen. Es wäre günstig, wenn zwischen beiden deutschen Staaten Gespräche über Fragen der Friedenssicherung, so z. B. über die Schaffung chemiewaffenfreier- und kernwaffenfreier Zonen, aufgenommen würden. Natürlich wären auch Gespräche über ein weltweites Verbot der Chemiewaffen möglich. Die Konsultationen zwischen den Außenministerien zu diesen Fragen sollten fortgeführt werden.

Genosse E. Honecker erklärte, daß er aber nicht verhehlen könne, daß es auf seiten der BRD Schritte gebe, die der vom Kanzler geäußerten Friedenspflicht zuwiderlaufen. Das betreffe sowohl die Raketenstationierung, die SDI-Beteiligung als auch das Auftreten Kohls am 13. August 1986 im ehemaligen Reichstag. In diesem Zusammenhang müsse man vermerken, daß die Verleumdung der DDR in letzter Zeit verstärkt wurde. Die DDR sehe darin ein Zeichen dafür, daß einige Politiker der BRD sich von den Realitäten lösen möchten. Leider würden dazu auch einige öffentliche Erklärungen von Schäuble gehören, in denen er Forderungen an die Adresse der DDR gestellt habe. Die DDR müsse gar nichts. Die Politik der DDR werde von den zuständigen Gremien in Berlin bestimmt und nirgend anderswo.

Genosse E. Honecker bekräftigte den Willen der DDR, den Dialog mit verantwortlichen Politikern der BRD fortzusetzen. Dadurch sei es möglich, einen Beitrag zur Gesundung der internationalen Lage zu leisten, was im Interesse der Menschen in beiden Staaten liegen würde. Er erinnerte

daran, daß die Gespräche mit Bundeskanzler Kohl immer nützlich für beide Seiten gewesen seien. Er betonte, daß bei einer entsprechenden Atmosphäre Fortschritte in den Beziehungen möglich sind. Das erfordere aber, daß die Bundesregierung realistische Positionen zugrunde lege und von den Normen der internationalen Beziehungen ausgehe. Welche Auswirkungen eine gute Atmosphäre auf die Entwicklung der Beziehungen hat, hätten seine Gespräche mit Bundespräsident v. Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl unterstrichen. Die BRD müsse aber begreifen, daß sie mit der DDR nur auf der Grundlage des Prinzips der souveränen Gleichheit sprechen könne.

Auf einzelne Vereinbarungen eingehend, hob Genosse E. Honecker insbesondere das Kulturabkommen hervor, das sich in der Praxis bereits bewähre. Das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit könne abgeschlossen werden, wenn im Hinblick auf Westberlin die Formulierungen aufgenommen werden, wie sie zwischen der UdSSR und der BRD vereinbart wurden.

Auf den Brief des Bundeskanzlers eingehend, erklärte Genosse E. Honecker, daß es auch in der Sicherheit der Kernkraftwerke Fortschritte in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD gebe. Die DDR unterstütze ausdrücklich die im Rahmen der IAEA gefaßten Beschlüsse und trete hinsichtlich der Sicherheit von Kernkraftanlagen auch für eine gute Zusammenarbeit mit der BRD ein.

Zu Westberlin betreffenden Fragen verwies Genosse E. Honecker auf eine Erklärung des CDU-Politikers Lorenz, der gesagt hat, daß Westberlin seit 15 Jahren frei von Krisen sei. Er stimme dieser Erklärung zu und betonte, daß diese Tatsache ein unmittelbares Ergebnis des Vierseitigen Abkommens sei. Die DDR trete dafür ein, daß es auch in Zukunft so bleibe.

Genosse E. Honecker erklärte, daß das sogenannte Asylantenproblem in erster Linie von der BRD gelöst werden müsse. Er verwies auf letzte Veröffentlichungen in den Zeitungen „Die Zeit“ und „Frankfurter Rundschau“, in denen heftige Kritik an der Haltung von Politikern der BRD geübt wird. Er betonte, daß das Asylantenproblem eine äußerst diffizile Frage sei. Er selbst sei in seinem Leben mehrfach auf politisches Asyl und freien Transit zum Asylort angewiesen gewesen. Die Asylbereitschaft verschiedener Staaten habe vielen Menschen während der Zeit des Hitlerfaschismus das Überleben ermöglicht. Aus dieser Sicht sei es zu begrüßen gewesen, daß in das Grundgesetz der BRD nach dem zweiten Weltkrieg so weitgehende Formulierungen aufgenommen wurden. Sicher habe das auch für heute noch Bedeutung. Eingehend auf den Vorwurf, daß die DDR die Durchreise der Asylanten ermögliche, erklärte Genosse E. Honecker, daß in der Zeit vom 1. 1. 1986 bis 31. 7. 1986 ca. 30 000 Asylanten von Schönefeld nach Westberlin gereist sind. Davon seien lediglich ca. 10 000 mit der Interflug angereist. Der große Rest verteile sich auf andere Fluggesellschaften. Auch der Hinweis, daß die Interflug damit

Gewinn mache, sei völlig unberechtigt. Die Einnahmen aus der Beförderung von Asylanten würden sich bei der Interflug auf 6,1 Mio. M belaufen, dem entspreche ein Gewinn von 3,5 Mio. M. Diese Summe sei zu verschmerzen. Es zeige sich, daß das Asylantenproblem demnach durch eine Einigung zwischen der DDR und der BRD gar nicht gelöst werden kann. Es würde ja die Tatsache bestehen bleiben, daß die Mehrzahl der Asylanten von anderen Luftverkehrsgesellschaften nach Schönefeld geflogen wird.

Genosse E. Honecker hob hervor, daß es völlig unberechtigt sei, der DDR zu unterstellen, daß sie mit ihrer Haltung in der Asylantenfrage eine Veränderung des Status von Westberlin erreichen wolle. Der Status von Westberlin sei im Vierseitigen Abkommen festgeschrieben und solle so bleiben. In Westberlin würde es aber einige Dinge geben, die die Einreise von Asylanten fördern. So gebe es eine Anweisung, daß sich Personen 31 Tage lang ohne Anmeldung in Westberlin aufhalten können. Es stimme auch nicht, daß – wie behauptet wird – durch Kontrollen in Westberlin eine neue Grenze geschaffen würde. Kontrollen würden bereits jetzt auf Westberliner Seite durchgeführt, wie z. B. bei der Fahndung nach Terroristen und die ohnehin stattfindende Zollkontrolle.

Genosse E. Honecker verwies darauf, daß der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Diepgen, in einem Gespräch in Leipzig ihm gegenüber erklärt habe, daß Schönefeld nicht das Entscheidende sei. In Leipzig sei auch besprochen worden, daß die politischen Gespräche zwischen dem Senat von Westberlin und der DDR fortgesetzt werden sollen. Leider habe sich Diepgen an diese Zusage nicht gehalten.

Gen. Honecker erinnerte an die Bemerkungen Schäubles zur positiven Entwicklung des Reiseverkehrs und verwies darauf, daß auch diese Entwicklung die entsprechende Atmosphäre vorausgesetzt hat. Er nannte einige Zahlen zur Entwicklung des Reiseverkehrs: 1981 gab es zwischen beiden deutschen Staaten 3,4 Mio. Reisende, 1985 = 4,5 Mio. und 1986 waren es bis 31. 7. bereits 2,6 Mio. Zu den Reisen von DDR-Bürgern in dringenden Familienangelegenheiten nannte er folgende Zahlen: 1985 = 139 000, 1986 bis 31. 7. = 238 737.

Genosse E. Honecker betonte nochmals die Bereitschaft der DDR zur Fortsetzung des Dialogs und zur Entwicklung der Zusammenarbeitzwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der bestehenden Vereinbarungen. Er erklärte die Bereitschaft, daß sich Experten der DDR und der BRD zu Gesprächen über die sogenannte Asylantenfrage treffen.

Abschließend ging Genosse E. Honecker auf einen Brief ein, den er von Bundeskanzler Kohl erhalten habe, und in dem Kohl auf die Rolle der Geheimdienste eingegangen sei. Er betonte, daß dieses Thema kein Stoff für solche Briefe sei. Jeder wisse, daß Geheimdienste schon immer existiert hätten und ihre Aufgaben erfüllen. Das sei auch in der BRD so. Der Bundeskanzler

könne aber davon ausgehen, daß der Geheimdienst der DDR die strikte Anweisung habe, das Kanzleramt und die Bundesregierung zu meiden. Er ging auch auf die Machenschaften des BND gegen den DDR-Wissenschaftler Dr. Meißner ein. Meißner sei eine öffentliche Persönlichkeit und es sei einfach lächerlich, was ihm angedichtet wurde. Meißner sei jetzt in Urlaub und werde anschließend seine Tätigkeit weiter ausüben.

Genosse E. Honecker forderte nochmals nachdrücklich, ihm in Briefen künftig nicht mehr solche Dinge mitzuteilen.

Schäuble dankte für die Offenheit der Darlegungen von Genossen E. Honecker und erklärte, daß ihn die Darstellung der persönlichen Erlebnisse von Genossen E. Honecker im Zusammenhang mit der Asylantenfrage sehr beeindruckt hätte. Schäuble versuchte, öffentliche Äußerungen von Regierungspolitikern und von ihm selbst mit der Rolle der Medien in der BRD zu begründen. Er selbst würde sich aber sehr darum bemühen, daß die Beziehungen nicht durch die Medien belastet werden. Er war bemüht, seine von Genossen E. Honecker angesprochenen Äußerungen zu bagatellisieren. Zum Asylantenproblem unterbreitete Schäuble die Vorstellungen, daß die DDR den Transit nur gestatten sollte, wenn der Sichtvermerk eines Ziellandes vorliegen würde. Schäuble begrüßte die Möglichkeit von Expertengesprächen und benannte den Leiter der Ständigen Vertretung der BRD, Dr. Bräutigam, als seinen persönlichen Beauftragten für diese Gespräche.

Genosse E. Honecker erwiderte, daß von seiten der DDR das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten für diese Gespräche zuständig sei. Er äußerte die Erwartung, daß bis zu seinen Reisen in asiatische Länder Ergebnisse dieser Gespräche vorliegen.

Zum Abschluß des Gesprächs bat Genosse E. Honecker Bundesminister Schäuble, Grüße an Bundeskanzler Kohl zu übermitteln. Er betonte nochmals, daß sich die DDR ihrer Verpflichtung bewußt ist und konsequent für Ruhe und Sicherheit im Zentrum Europas eintritt. Die Gesprächspartner stimmten darin überein, das Stattfinden und den Inhalt des Gesprächs vertraulich zu behandeln.

Das Gespräch verlief in einer sachlichen Atmosphäre.

Schindler

Dokument 18

ZENTRALKOMITEE
HAUSMITTEILUNG

	Mitglied des Politbüros	Diktatzeichen	Datum	Erledigungs-vermerk
An	Genossen Erich Honecker Generalsekretär	H. Axen		8.9.86

Betr.

Lieber Erich!

Ich übergebe Dir den Vermerk über Dein Gespräch mit E. Bahr am 5. 9. 1986. Es gibt nur dieses eine Exemplar.

Anlage

PERSÖNLICH-VERTRAULICH

Vermerk
über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der SPD, E. Bahr (5. 9. 1986)

Das Gespräch kam auf Bitte des Vorsitzenden der SPD, W. Brandt, zustande. An dem Gespräch nahm teil: Genosse H. Axen.

Genosse E. Honecker sagte bei der Begrüßung, daß er E. Bahr entsprechend des Wunsches des SPD-Vorsitzenden W. Brandt empfange. Er gab Bahr das Wort.

E. Bahr dankte im Namen von W. Brandt für die Möglichkeit dieses Gesprächs. Es gehe um die Asylantenfrage. Dieses Problem habe eigentlich diese Rolle gar nicht verdient. Es sei hochgespielt und emotional beladen worden. Wir verstehen, daß die Behandlung anderer Themen der BRD-Regierungs-Koalition im Wahlkampf Schwierigkeiten macht und sie davon durch die Asylantenkampagne ablenken möchte. Die BRD-Regierung sei sich nicht einig über die Grundgesetzänderung. Sie verspreche sich aber im Herbst von der Propaganda einen großen Effekt. Die Taktik der BRD-Regierung besteht darin, nach dem Hochpeitschen des Themas dann im Spätherbst nach eventuell guten Gesprächen mit der DDR mit einem Ergebnis einen großen Erfolg im Wahlkampf zu erreichen. Die SPD erhebe den Vorwurf an Kohl, monatelang einen solchen Lärm entfaltet zu haben, aber dieses Thema selbst erst am

25. 9. offiziell im Bundeskabinett zum ersten Mal zu behandeln. Kanzleramtsminister Schäuble habe ihm vor einigen Tagen gesagt, er habe in dieser Frage ein konstruktives Gespräch mit E. Honecker geführt. Man habe sich auf die Fortsetzung von Gesprächen zwischen Bräutigam und Beauftragten des Außenministeriums der DDR geeinigt.

Eine Analyse des Problems ergebe, daß für das Hochspielen des Asylantenproblems keine objektiven Gründe vorhanden sind. Dies geschehe vielmehr aus subjektiven Gründen. Es wäre jetzt zum psychologischen Problem in der BRD-Öffentlichkeit geworden. Die Regierungs-Koalition sage: Da über 50 Prozent der Asylanten über die DDR kämen, spielt die DDR eine Schlüsselfrage. Es sei klar, die DDR gewinnt mit diesem Problem an Einfluß auf die BRD wie noch nie zuvor, vor allem zum ersten Mal in diesem Umfang in der Innenpolitik der BRD. Das wäre sehr wichtig, wenn es der Sache der Verständigung dienen würde. Er, Bahr, mache jetzt in seiner Darstellung erst einmal eine gewisse Pause. Er frage sich, wie liegen die Interessen der DDR. Gewiß können Sie nicht sicher sein, ob die SPD bei den Bundestagswahlen gewinnen wird. Wir sind es auch nicht. Die Meinungsumfragen zeigen zur Zeit eine Differenz von 3 Prozent zugunsten der CDU. Außerdem müsse man noch bedenken, daß eine Reihe bisher unbekannter Fragen einen Einfluß auf den Wahlkampf ausüben werden, zum Beispiel Zustandekommen und Ergebnisse einer 2. Gipfelkonferenz, der weitere Verlauf der Asylantenfrage. Anfang Dezember sei er, Bahr, in der Lage, mit Plus oder Minus 1 Prozent Genauigkeit etwa eine Aussage über den Wahlausgang zu treffen.

Wir verstehen, daß Sie Ihre Linie der Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten natürlich auch bei Fortbestand der bisherigen Regierungs-Koalition fortsetzen wollen. Wir berücksichtigen diese Notwendigkeit. Es erhebt sich nur die Frage: gibt es eine Möglichkeit, eine Regelung zu erreichen – nicht eine geschriebene Vereinbarung, sondern eine Regelung, bei der jeder entscheidungsfrei bleibt – die auch im Hinblick auf das Wahlergebnis vom 25. 1. 1987 günstig wäre.

Im Auftrag von W. Brandt möchte ich mitteilen: Wir wollen in aller Form erklären, daß bei der Regierungsübernahme durch die SPD die Regierung der BRD voll die Staatsbürgerschaft der DDR respektieren wird, und damit dieses Thema beerdigt wird. Dies soll Teil einer offiziellen Regierungserklärung sein und würde von unserem Kanzlerkandidaten J. Rau zuvor (etwa Ende Oktober) bei der Bekanntgabe seines Regierungsprogramms eindeutig gesagt werden.

E. Honecker:

Ich danke für Ihre Ausführungen. Aus Ihren Darlegungen geht schon hervor, daß es sich hier um keine einfache Frage handelt. Es geht dabei ja nicht nur um die Fragen der BRD, der DDR und Berlin (West), sondern

durch das Hochspielen dieses Themas ist es bereits eine Angelegenheit der Weltöffentlichkeit geworden.

Ich habe bereits zu Kanzleramtsminister Schäuble gesagt, das Asylantenproblem ist nicht unsere, sondern Ihre Frage, die der BRD-Regierung. Die CDU/CSU haben im Gegensatz zu Vertretern der evangelischen und katholischen Kirchen, die sich gegen die ausländerfeindliche Behandlung in der BRD ausgesprochen haben, diese ganze Hetzkampagne inszeniert.

Hinzu kommt, wenn wir, ohne irgendwelche Vereinbarungen, Maßnahmen treffen sollten, so dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß das Fragen sind, die auch andere Länder betreffen. Vor allem müssen Sie bedenken, in Berlin (West) besteht eine Anordnung der Kommandanten der Westmächte, daß jeder Einreisende sich 31 Tage in Berlin (West) aufhalten kann, und erst danach die Frage seines weiteren Verbleibs bzw. seiner Weiterreise entschieden werden muß. Auch dies zeigt, wie kompliziert diese Frage ist, und daß auch dies nicht von der DDR abhängig ist. Aus dieser Sachlage heraus haben wir 2 in der BRD-Öffentlichkeit verbreitete Argumente als falsch zurückgewiesen:

a) Angeblich wolle die DDR durch ihre Forderung, die westlichen Besatzungsmächte und der Senat von Westberlin müssen Entscheidungen treffen, nur die Grenze zum Westberlin sanktionieren. Aber es gibt doch schon immer Zollkontrollen an den Übergangsstellen.

b) Wurden im Zusammenhang mit den Terroristenfahndungen sehr wohl strengere Kontrollen ohne Beeinträchtigung des Westberlin-Status ergriffen.

Es gibt also keine stichhaltige Widerlegung unseres Argumentes, daß von Westberlin aus selbst Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Asylantenproblem getroffen werden müssen. Aber wir wollen uns nicht bei diesem Formkram allein aufhalten. Wir sind nicht an einer Verletzung des Status, wie er vom vierseitigen Abkommen festgelegt ist, interessiert. Wir sind für die Aufrechterhaltung eines guten politischen Klimas um Berlin. Wir schauen weiter. Wir wollen, daß ein zweites Gipfeltreffen zwischen Michael Gorbatschow und Ronald Reagan mit konkreten Ergebnissen zustande kommt. Ein Treffen ohne Ergebnis wäre ein Rückschlag. Auch in den Gesprächen mit dem belgischen Premierminister Martens waren wir uns einig, daß ein ergebnisloses Gipfeltreffen eine Enttäuschung ein Rückschlag bedeuten würde. Das ist unsere Linie. Alles andere sind untaugliche Versuche, die DDR zu diskreditieren und damit im Bundestagswahlkampf die nationalistische Propaganda anzuheizen.

Wir beschäftigen uns schon seit langer Zeit mit dieser ganzen Angelegenheit. Wir kennen die internationale Konvention von Barcelona von 1922. Wir wissen auch, daß sie von den meisten Staaten heute nicht mehr eingehalten wird. Aber wir sind sehr überrascht, daß die SPD eine schlechte Position in dieser Frage hinsichtlich der DDR öffentlich eingenommen hat. Obwohl Ihnen wohl bekannt ist, daß die DDR keineswegs Urheber dieses Problems ist, auch nicht aus ökonomischen Gründen. Unser Genosse G. Rettner nahm als Gast

an Ihrem Nürnberger Parteitag teil. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß H.-J. Vogel im Gespräch zu G. Rettner sich dazu verstieg, die SED leiste mit ihrer Haltung der CDU/CSU Vorschub, wäre praktisch ein Verbündeter der CDU. Herr Bahr, dazu will ich Ihnen in aller Klarheit, in aller Entschiedenheit sagen: Daß ich 1985/86 nicht die Einladung zum Besuch der BRD wahrgenommen habe, liegt einzig und allein daran, weil ich nicht als Wahlhelfer der CDU in Erscheinung treten wollte. Wir wollten nicht, daß die SPD, wie man uns sagte, 6 % weniger Stimmen erhält. Sie wissen, darauf hat Kohl sehr sauer reagiert. Das ist seine Sache, aber daß seitens der Führung der SPD, die doch genau weiß, daß wir alles tun, um der SPD nicht zu schaden, uns einen solchen Antrag auf dem Parteitag anhängt, und daß H.-J. Vogel solche Äußerungen tut, das beunruhigt und befremdet uns sehr. Das entspricht nicht dem Inhalt der Gespräche, die ich mit W. Brandt geführt habe. Wir verstehen, daß die Asylantenfrage jetzt, nicht durch unsere Schuld, in der BRD zu einer politischen Frage geworden ist.

(Genosse E. Honecker bewies dann anhand exakter Zahlen über den Strom der Asylanten sowohl nach Herkunftsländer als auch nach Fluggesellschaften, daß ein Großteil der Asylanten nicht über Schönefeld, sondern direkt über andere Länder in die BRD kommt. Von den Transitreisenden über Schönefeld kommt nur ein geringer Teil über die Linie Interflug. Die Behauptung, der entscheidende Teil der Asylanten käme über Schönefeld, entspricht überhaupt nicht den Tatsachen.)

E. Honecker: Der Regierende Bürgermeister von Berlin (West), Diepgen, habe ihm bereits erklärt, daß Schönefeld nicht die Hauptsache sei. Ich hätte Schäuble nicht empfangen, aber ich entsprach damit einer Bitte von Kohl.

(Genosse E. Honecker informierte dann ausführlich über Inhalt und Verlauf des Gesprächs mit Schäuble.)

Gen. E. Honecker: Schäuble hat im Gespräch mit uns ausführlich bestätigt, daß wir unsere Zusicherung über die Verbesserung des Reiseverkehrs eingehalten haben. Die Zahl der Reisenden in die BRD vom 1. 1.–31. 7. 1986 betrug 238 000. Sie sehen, wie großzügig wir verfahren. Was die Asylantenfrage betrifft, so haben wir in der Parteiführung beraten, wie wir bei Wahrung aller völkerrechtlichen Positionen auf der Ebene einer technischen Vereinbarung zwischen Fluggesellschaften eventuell auf einer Hauptlinie des Zustroms eine Regelung erreichen können. Die 3,5 Millionen Gewinn, die die Interflug durch die Reisen erzielt, sind aber für uns nicht ausschlaggebend.

Selbst die FDP habe sich in dieser Frage von der CDU/CSU distanziert. Außenminister Genscher habe dies in einem Gespräch mit einem Vertreter unseres ZK erklärt. Umso mehr bedauern wir den Beschluß des SPD-Parteitages, denn es gehe ja darum, sich nicht von der Hauptorientierung des Kampfes um Arbeitsbeschaffung, Verteidigung der sozialen Interessen und der Friedenssicherung abdrängen zu lassen. Immerhin haben wir durch

unsere Verhandlungen über eine chemiewaffenfreie Zone in Europa und jetzt durch die Verhandlungen über atomwaffenfreien Korridor die Position der SPD doch gestärkt. Aber allzu viel Hilfe von unserer Seite könnte schaden. Wir werden also die Angelegenheit prüfen, Herr Bahr, und – wie gesagt – ohne die geringste Veränderung der rechtlichen Positionen, sondern auf technischem Gebiet eine Entschärfung schaffen.

E. Bahr: Ich danke Ihnen aufrichtig für Ihre Offenheit und umfassende Information. In der Beurteilung der Gesamtlage sehe ich fast keine Unterschiede. Wir sind uns einig über die Bedeutung des Gipfeltreffens. Wir sind weiter entschieden gegen SDI. Kohl hat sich in der Frage des Gipfeltreffens etwas bewegt, weil er im Hinblick auf den Wahlkampf das tun muß. Wir sind für ein Ergebnis des zweiten Gipfeltreffens, das wahrscheinlich im Dezember doch stattfindet.

Was das Asylantenproblem betrifft, bitten wir um Verständnis. Was Vogel gesagt hat, das war nicht in Ordnung. Wir haben einen taktischen Fehler begangen. Übrigens hat die Asylantenfrage auf dem Parteitag keine Rolle gespielt. Natürlich unterstützt die DDR/SED nicht die CDU. Die CDU/CSU legt es darauf an, die DDR zu verleumden und dabei die Lösung hinauszuzögern. Aber ich möchte sagen, daß in der Bevölkerung der BRD leider ein zunehmender Unwille über den Zustrom der Asylanten wächst. Bei den griechischen, italienischen, jugoslawischen Gastarbeitern hatte man sich abgefunden. Auseinandersetzungen begannen bereits mit den Türken. Aber jetzt sollen gar „Schwarze“ kommen. 75 Prozent der Wähler haben durch die Manipulierung Angst vor einer Überfremdung. Die Kohl-Regierung spielt die Ängste dieser 75 Prozent hoch. Das müssen wir zerschlagen.

Wenn Kanzlerkandidat J. Rau in der Lage wäre, zu erklären, wir haben mit der DDR gesprochen, sie gibt sich Mühe, dann wäre das eine große Hilfe. Das ist unsere Grundüberlegung. Die Statusfrage nach dem vierseitigen Abkommen sehe ich wie Sie. Ich habe der CDU erklärt, „macht Euch nicht in die Hosen“. Die Demarkationslinie um Westberlin ist doch faktisch eine Staatsgrenze. Immerhin haben die Westmächte 10 Jahre nach dem 13. August 1961 mit der UdSSR das vierseitige Abkommen unterzeichnet. Also: Was die Grenzkontrollen betrifft, so wären diese Parolen dumme Ausreden. Außerdem, wenn das Grundgesetz geändert würde, müssen sich die Westmächte das sehr überlegen, ob sie diese Änderung für Westberlin übernehmen könnten. Wir verstehen, die Regierung der BRD muß mit den Regierungen der Abflugländer alles regeln. Diese Aufgabe kann ihr nicht die DDR abnehmen. Wenn die DDR, wie Sie andeuten, sich in dieser Frage kooperativ verhalten kann, ohne etwas zu formalisieren, so wäre das ausgezeichnet.

Ich schlage vor, meine 3 Vorsitzenden jetzt sofort zu informieren und Sie dann über unsere Meinung zu unterrichten und Ihnen eventuell den Entwurf einer Erklärung von Rau zu dieser Frage übersenden, die wir vereinbaren.

E. Honecker: Ich bin mit Ihrer Beurteilung soweit einverstanden. Herr Rau möchte bitte einen Satz sagen, daß die Asylantenfrage eine internationale Angelegenheit, ein Gesamtproblem ist. Sie kennen die Beschlüsse der Regierungen Großbritanniens, Frankreichs usw. Außerdem, nur in der BRD wird diese Frage zur Ausländerfeindlichkeit, ja zum Rassismus hochgespielt. Das gibt es weder in Frankreich noch in den anderen Ländern. Also bitte informieren Sie. Wir werden uns dann die Erklärung von Rau ansehen, wir wollen Kohl nicht nutzen. Was den Wahlkampf betrifft, so hat der SPD-Parteitag selbst hingewiesen, daß dies eine harte Auseinandersetzung wird. Aber vor allem muß man Kohls Argument vom „Aufschwung“ zerschlagen. Was für ein Aufschwung bei über 2 Millionen Dauerarbeitslosen! Dabei liegt die wirkliche Zahl laut DGB viel höher. Ich möchte sagen, es gibt durchaus Chancen, falls ein energischer Wahlkampf geführt wird. Ein bestimmtes Umdenken ist doch im Bewußtsein der Bevölkerung der BRD im Gange. Diesen Prozeß muß man weiter in Richtung Entspannung umkehren.

E. Bahr: Ich danke herzlich für dieses Gespräch und werde Sie sofort intern informieren.

E. Honecker: Bitte übermitteln Sie W. Brandt, J. Rau und H.-J. Vogel beste Grüße.

Dokument 19

ZENTRALKOMITEE

HAUSMITTEILUNG

An	Mitglied des Politbüros	Diktatzeichen	Datum	Erledigungsvermerk
Genossen Erich Honecker	H. Axen		11.9.86	EH 11.9.86

Betr. Mitteilung von E. Bahr

Lieber Erich!

Ich übergebe Dir die heute um 10.00 Uhr eingegangene Mitteilung von E. Bahr zur Kenntnis und Prüfung.
Bahr hat das Schreiben an Genossen E. Moldt geschickt, der es uns mit Sonderkurier zugestellt hat.
Ich bitte Dich zu entscheiden, wie weiter zu verfahren ist.

Axen

Anlage

Egon Bahr

Bonn, den 10.09.1986

Gen. E. Honecker

Frey
11.9.-16.

Lieber Hermann Axen,

in der Anlage erhalten Sie einen ersten Entwurf, wie wir uns das Ergebnis vorstellen können.

Naturgemäß können wir die Teile nicht ausfüllen, die Ihre Sache sind.

Ich denke, daß in diesem Stadium die beiderseitigen Formulierungen Gegenstand der Konsultationen sein sollten.

Ich kann bestätigen, daß J. Rau eine verbindliche Erklärung in der Vorstellung seines Regierungsprogramms zum Thema der Respektierung der Staatsbürgerschaft abgeben wird, deren Wortlaut Sie ebenfalls vorher bekommen werden.

Da es wünschenswert wäre, den Komplex noch im September abzuschließen, wäre ich dankbar, wenn Sie mir den Stand der Überlegungen Ihrer Seite und entsprechende Formulierungsvorschläge im Laufe des kommenden Montag übermitteln könnten. Danach wäre zu entscheiden, ob ein informelles Treffen zwischen uns nützlich ist, um die Vorbereitungen auch für den Ablauf im einzelnen zu vereinbaren.

Mein Bericht über das Gespräch mit dem Generalsekretär, den ich dem "Rumpf-Präsidium", also den drei Vorsitzenden in Anwesenheit des Bundesgeschäftsführers gegeben habe, ist sehr positiv aufgenommen worden.

Ich kann die übermittelten Grüße an die Vorsitzenden für den Generalsekretär und Sie erwidern.

Mit guten Wünschen

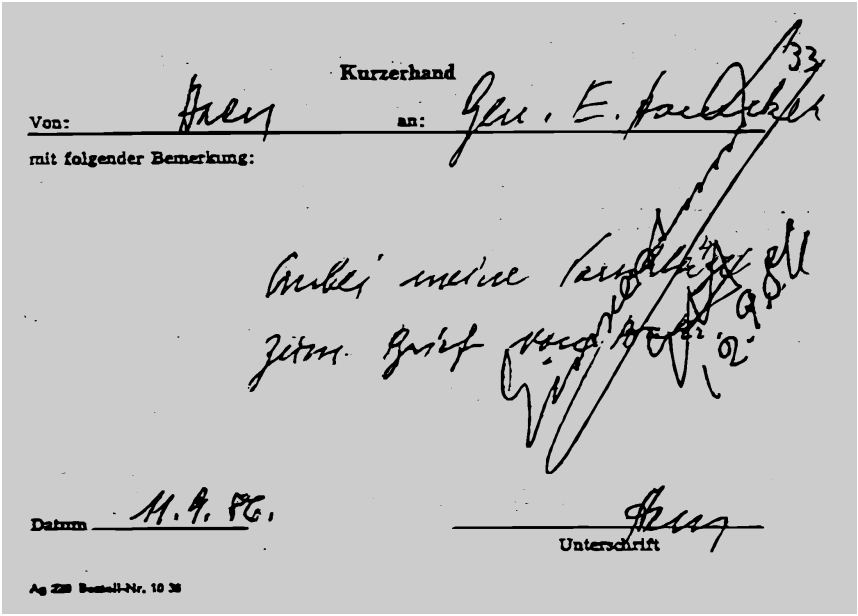
Ihr Egon Bahr

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Staatsrats der DDR, Erich Honecker, hat heute auf Wunsch des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen .....
zu einem Meinungsaustausch empfangen. Gegenstand des Meinungsaustausches waren Probleme, die sich aus dem verstärkten Zugang ausländischer Staatsangehöriger ergeben, die auch über die DDR ~~[illegible]~~ in die Bundesrepublik gelangen.

..... legte dar, daß die deutschen Sozialdemokraten schon auf Grund ihrer geschichtlichen Erfahrungen an dem im Grundgesetz verankerten Asylrecht für politisch-rassisch und religiös Verfolgte festhalten. Die Bundesrepublik könne jedoch, ebenso wenig wie andere europäische Staaten, alle Menschen aufnehmen, die infolge von Kriegen, zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und einer ungerechten Weltwirtschafts- und Sozialordnung in steigender Zahl ihre Heimat verlassen. Der verstärkte Zugang von Personen, bei denen die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Asylrechts nicht gegeben sind, führe auch deshalb zu Weiterungen, weil er von bestimmten Kreisen dazu mißbraucht werde, eine fremdenfeindliche Atmosphäre herbeizuführen und die Abschaffung des Asylrechts zu fordern. Auch sei der Zustand geeignet, Spannungen im Verhältnis zur DDR entstehen zu lassen. Es sei deshalb in hohem Maße wünschenswert, diesen Zustand zu ändern. Dazu seien ~~eigene Anstrengungen~~ der Bundesrepublik, aber auch gesetzliche Maßnahmen der DDR erforderlich.

..... erklärte .....

Beide Seiten stimmten darin überein, daß Lösungen im Geiste des Grundlagenvertrages und unter voller Anwendung und strikter Einhaltung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin gefunden werden sollten. In diesem Sinne beabsichtigt die DDR ....


Kurzerhand

Von: Bahr an: Gen. E. Honecker

mit folgender Bemerkung:

Anbei meine Vorschläge zum Brief von Rau

Datum 11.9.86. Bahr

Unterschrift

Ag 229 Bestell-Nr. 10 38

Berlin, 11. Sept. 1986

Bemerkungen und Vorschläge für weiteres Vorgehen in bezug auf Ersuchen der SPD-Führung zur Asylantenfrage

1. **Bemerkungen**

Der von E. Bahr übermittelte Entwurf entspricht nicht der zwischen Genossen E. Honecker und E. Bahr getroffenen Verständigung vom 5. 9. 1986:

– In dem gesamten Gespräch war niemals die Rede von einem eventuellen Treffen zwischen E. Honecker und J. Rau
– Ausdrücklich wurde im Gespräch klargestellt: **Von seiten der DDR sind keinerlei staats- bzw. völkerrechtliche Maßnahmen möglich.**

  E. Honecker: „Es kann sich nur um technische Maßnahmen handeln.“

  E. Bahr: „Keinerlei Formalisierung, nicht eine geschriebene Vereinbarung, sondern eine Regelung, bei der jeder entscheidungsfrei bleibt.“

Vereinbart wurde, daß ohne Treffen, ohne Gespräche, der Kanzlerkandidat J. Rau **von sich aus** in einer Erklärung zum Asylantenproblem Stellung nimmt. Der Entwurf dieser Erklärung sollte – auf Vorschlag der SPD-Führung – vorher mit der Führung der SED abgestimmt werden.

2. *Weiteres Vorgehen*

Daraus ergibt sich:

a) Es findet kein Treffen, kein Gespräch statt. J. Rau gibt zu gegebener Zeit von sich aus eine Erklärung ab.

b) Etwaiger Inhalt der Erklärung von J. Rau:

– Am Anfang die Meinung der SPD-Führung zum Asylantenproblem,

– die eindeutige Feststellung, daß die BRD voll für die Regelung dieser Probleme verantwortlich ist,

– daß die Regierung der BRD selbst die Pflicht hat, mit den Regierungen der Ausreisestaaten entsprechende Regelungen zu treffen,

– daß eindeutig das Asylantenproblem hochgespielt wird zum Zwecke nationalistischer Beeinflussung des Wahlkampfes, des Ablenkens von den für die CDU heiklen Problemen, die den Bürgern der BRD auf den Nägeln brennen, wie Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau, wie keinerlei praktische Schritte für die Sicherung des Friedens, für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, wie Versuch des Verfassungsbruchs.

– SPD grenzt sich ab bzw. verurteilt böswillige Entstellung des Asylantenproblems durch maßgebliche Kreise der BRD und der von ihnen beeinflußten Medien zum Zwecke der Verleumdung der DDR;

– Positionen der DDR entsprechen dem Völkerrecht;

– er, J. Rau, habe bekanntlich seit Jahren einen sachlichen, konstruktiven Meinungsaustausch und Dialog mit verantwortlichen Politikern der DDR; es sei auch über das Asylantenproblem in der BRD gesprochen worden. Aus allen bisherigen Kontakten und Gesprächen habe er, J. Rau, die Überzeugung gewonnen, daß die Führung der DDR ernsthaft nach Verbesserung des politischen Klimas nach Entspannung strebt und für die weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gemäß dem Grundlagenvertrag eintritt.

  Aufgrund dessen habe er, J. Rau, nicht den geringsten Zweifel, sondern habe die Gewißheit, daß seitens der DDR geeignete Schritte ergriffen werden, um zur Entschärfung der durch die Schuld der Regierung der BRD verursachten Asylantenprobleme beizutragen.

Natürlich bleiben die auf Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der SED vom Politbüro gebilligten Maßnahmen davon unberührt, ob die SPD-Führung auf diese unsere Vorstellungen eingeht oder nicht.

Genosse Moldt wird beauftragt, E. Bahr weiterhin vertraulich zu erklären:

Die DDR läßt sich aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen, ungeachtet der Probleme, wie sie in der BRD entstanden sind, vom Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der BRD leiten. Die DDR

hält am Asylrecht für politisch, rassisch und religiös Verfolgte fest und wird daran festhalten.

Aus diesem Grunde wird unsere Regierung wie in der Vergangenheit auch in Zukunft sichern, daß allen aus den obengenannten Gründen Verfolgten politisches Asyl gewährt wird.

Die DDR steht für Personen offen, die infolge von Kriegen, Verletzungen der Menschenrechte, antikommunistischem und antisozialistischem Terror, rassistischer Verfolgung und Diskriminierung sowie infolge einer ungerechten wirtschaftlichen und sozialen Politik ihre Heimat verlassen.

Die DDR vertritt die Auffassung, daß die Handhabung des Asylrechts in diesem Sinne eine Frage von erstrangiger Bedeutung für Europa und in der Weltpolitik überhaupt darstellt.

Wir verurteilen die von bestimmten Kreisen außerhalb der DDR – auch in der BRD – geschürte Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit. Die DDR sieht im Asylantenproblem erst recht keinen Grund, daß Spannungen zwischen der DDR und der BRD entstehen. Die in westlichen Medien publizierten Meldungen, die DDR verdiene an den Transitflügen, steht im Widerspruch zur Wahrheit. Tatsache ist jedoch, daß Personen mit Hilfe von Fluggesellschaften der BRD und anderer Staaten sowie insbesondere mit Hilfe von sogenannten Menschen-Schlepperorganisationen – die in der BRD nachweislich ihre Tätigkeit frei entfalten können – über verschiedene Grenzen, Häfen und Flugplätze in die BRD gelangen.

Die Fluggesellschaft der DDR „Interflug“ befördert, wie es normal üblich ist, nur jene Personen im Transit, welche über ein Anschlußvisum verfügen.

TELEGRAMM

Absender: bonn

Dringlichkeit: blitz

Geheimhaltungsgrad u. Regist.-Nr. vvs -t- b7/114 - 120/86

Ausf. 2. Blatt 2

Empfänger: gen. e. honecker
gen. h. axen
(16.9., 08.00 auf den tisch)

1.
habe egon bahr 15.9., nachmittags, wie beauftragt, ueber ddr-standpunkt zum vorgehen in bezug auf ersuchen der spd-fuehrung zur asylantenfrage informiert.

e. bahr zeigte sich ueberrascht, dasz ddr kein treffen bzw. gemeinsames kommunique zur sache wuenscht. er versuchte dadurch abzuschwaechen, dasz nicht an ein treffen des gen. erich honecker mit rau gedacht war, sondern e. bahr von johannes rau beauftragt wuerde, diesen meinungsaustausch zu fuehren.

e. bahr stellte betrachtung an, dasz im falle einer einseitigen erklaerung von j. rau die frage entstehe, wann die ddr dazu eine erklaerung abgeben wuerde.

ich habe reagiert, dasz unser vorschlag fuer den etwaigen inhalt der erklaerung von j. rau im letzten absatz erkennen laeszt, dasz es um eine erklaerung von j. rau und nicht um eine erklaerung der ddr-regierung geht.

bahr erkundigte sich, ob schon die information an andere fluggesellschaften erfolgt sei.
ich habe gesagt, dasz er sich nicht sorge machen brauche um anliegen, die in die zustaendigkeit der ddr fallen.

bahr will heute abend das rumpfpraesidium der spd informieren und mir morgen vormittag ueber das ergebnis bescheid geben.

vorab bat er, mich anzufragen, ob seine anwesenheit freitag, nachmittag, den 19.9. in berlin akzeptiert werden koenne.

2.
auf meine frage, was das spd-praesidium zum juengsten verhandlungsstand betreffs atomwaffenfreien korridor gesagt habe, antwortete bahr:
die spd habe zur zeit noch kein neues praesidium. er habe das rumpfpraesidium (vorsitzende, geschaeftsfuehrer und schatzmeister) informiert. dabei habe sein gespraech mit gen. e. honecker im vordergrund gestanden.

Geschrieben: Gesehen: Gesehen:

vvs -t- b7/114-120/86 - 2 -

das neue praesidium werde voraussichtlich am 22.9. gewaehlt. 8 tage spaeter koenne ueber sachfragen gesprochen werden. er werde die erste moeglichkeit nutzen, um ueber den verhandlungsstand zum atomwaffenfreien korridor zu informieren.

3.
bahr informierte ueber die sitzung der vertreter der sozialistischen- und labour-parteien der "allianz" in oslo. noch nie seien bezueglich der aussagen zur sicherheitspolitik und zur fortfuehrung der entspannung auch hinsichtlich des anspruches, das die europaeer an den ruestungskontrollverhandlungen beteiligt werden muessen, so weitgehende aussagen gemacht worden. er wolle mir morgen das dokument uebergeben.

moldt
15.9.

Dokument 20

Reinhard Borgmann 1. Februar 1994
Sender Freies Berlin
Red. Kontraste

Interview mit Egon Bahr am 26. Januar 1994

Frage: Worum ging es denn in dem Gespräch am 8. September 1986 mit Erich Honecker?

Bahr: Es ging um den Versuch, die unbehinderte Einreise von Tamilen, aber nicht nur Tamilen, in die Bundesrepublik zu verhindern. Es ging um den Versuch bei dieser Gelegenheit, die DDR insofern auszuhebeln, als sie zu unserem Nachteil den Sonderstatus West-Berlins mit dem freien, unkontrollierten Zugang gegen uns ausnutzte.

Frage: Ging es nicht auch um Wahlkampfhilfe für Johannes Rau?

Bahr: Wenn das möglich sein würde, es zu benutzen, na warum denn dann nicht. Das haben ja andere auch versucht.

Frage: Nach unseren Informationen stand das eigentlich im Vordergrund.

Bahr: Nein, das stand nicht im Vordergrund, sonst hätte ich Herrn Schäuble nicht vorher informiert, insofern waren Bundesregierung und Opposition im Prinzip daran interessiert, in der Sache dasselbe zu erreichen. Es ist mir gelungen, es ist Herrn Schäuble nicht gelungen, das ist der Unterschied.

Frage: Aber sind Sie eigentlich auch mit dem Ansatz in die Verhandlung reingegangen, sozusagen eine Wahlkampfhilfe für Johannes Rau mitzukriegen?

Bahr: Ich habe gesagt, wenn es möglich wäre, na warum denn nicht. Ich war mir nur nicht sicher, ob es möglich sein würde, denn ich hatte nichts in der Hand, was ich ihm anbieten konnte, dem Herrn Honecker.

Frage: Was haben Sie ihm denn nun geboten im Hinblick auf Zugeständnisse bezüglich DDR-Staatsbürgerschaft?

Bahr: Ich habe ihm nur das anbieten können, was im Grunde selbstverständlich war, nämlich die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft. Honecker wußte aus den Verhandlungen vorher, Grundlagenvertrag und später Geraer Forderungen, daß die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR für die Bundesrepublik unmöglich ist. War gegen meine Überzeugung nicht nur, sondern es wäre gegen

das Grundgesetz gewesen. Ich hatte ihm gesagt, solange sie die Anerkennung der Staatsbürgerschaft verlangen, ist es für uns ein Zeichen, daß sie die weitere Entwicklung blockieren wollen. Die Respektierung, die hatten wir immer schon gemacht. Wir haben den DDR-Bürgern keine Steuerbescheide zugeschickt, wir haben auch nicht die, die hierher kamen, zur Bundeswehr eingezogen. Wir haben die Staatsbürgerschaft der DDR respektiert. Und ich habe ihm die volle Respektierung, das heißt das doppelte Null, angeboten. Und das hat er akzeptiert.

Frage: Sie haben aber auch gesagt, daß mit der Wahl Johannes Raus zum Bundeskanzler dann die Frage wohl endgültig vom Tisch wäre?

Bahr: Nein, ich habe ihm gesagt, das war ja das einzige, was ich ihm anbieten konnte, Herr Rau würde gegebenenfalls die volle Respektierung der Staatsbürgerschaft auch öffentlich machen. Und wenn Sie so wollen war die Vereinbarung, die DDR kann sich zurückziehen, wenn der Rau sich nicht daran hält. Und zum Zeichen, daß er sich daran halten wird, wird er diese Vereinbarung öffentlich jetzt schon bekanntgeben, wenn Herr Honecker mich dazu ermutigt oder autorisiert, daß er sagen kann, die DDR wird in eigener Verantwortung nur noch solche nach West-Berlin lassen, die ein gültiges Visum für die Bundesrepublik haben. Das war das, was wir wollten. Die Bundesregierung übrigens auch.

Frage: Nun war es ja doch etwas, was Sie ihm angeboten haben, weil Honecker ging darauf ein, das erste. Das zweite, er hat jadann seinerseits auch Zugeständnisse an Sie gemacht. Insofern muß doch die volle Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR für ihn durchaus von Wert gewesen sein.

Bahr: Nein, war nicht für ihn von Wert. Das war die einzige Möglichkeit, solange es die DDR gab, über den Briefaustausch zum Grundlagenvertrag hinaus ein kleines Stückchen zu kommen. Denn in dem Briefaustausch hatten wir nur gesagt, wir können uns nicht verständigen über die Staatsbürgerschaft. Und insofern wäre für ihn vielleicht die Formalisierung der Respektierung ein bißchen mehr gewesen. Na gut. Aber da wir das sowieso seitens der Bundesregierung oder der Bundesrepublik Deutschland in Jahrzehnten praktiziert hatten, war im Grunde kein Grund, die Praktizierung auch zu formalisieren.

Frage: Nun hatten wir ja 1986 im Gegensatz zu früheren Zeiten die Situation, daß sowohl die Bundesregierung als auch die SPD im Prinzip in der Ostpolitik am gleichen Strang zogen. Sie hatten zwar Unterschiede, aber in bezug auf die ganzen praktischen Konsequenzen der Erleichterung, der Lebensbedingungen usw. haben sie ja ähnlich verhandelt wie auch Wolfgang Schäuble. Ist es denn

im Rückblick zu rechtfertigen, daß man jetzt sozusagen den Führer eines totalitären Regimes, wie Erich Honecker zu dem Zeitpunkt auch war damals, dazu instrumentalisiert, selbst Wahlkampfvorteile zu erzielen?

Bahr: Also Sie können darüber die Nase rümpfen, wenn Sie so wollen. Aber ich sage mal ganz plastisch, das ist das Leben. Das hat nicht nur die CDU uns gegenüber mehrfach versucht, nicht nur in Moskau, auch in Washington. Von dieser Unsitte, die man als Unsitte bezeichnen kann, sind auch Sozialdemokraten nicht frei, das sind nicht automatisch immer edle und bessere Menschen, das ist nun mal so. Wir haben immer darauf geachtet, nach Möglichkeit, ich jedenfalls ganz sicher, daß ich im Ausland nicht öffentlich meine Regierung beschuldigt oder angegriffen habe. Das war nicht umgekehrt immer so. Aber daß man versucht, zum eigenen Vorteil, auch zur innenpolitischen Situation etwas Außenpolitisches zu erreichen, das ist doch selbstverständlich. Also das ist doch gar keine Frage, daß Helmut Kohl, der 1990 zugegriffen hat als sich ihm eine Gelegenheit bot, natürlich die Bundestagswahlen Ende des Jahre 1990 nie aus den Augen verloren hat. Daraus kann man ihm doch keinen Vorwurf machen.

Frage: Aber wenn denn in einem solchen Gespräch Herr Honecker auch selbst sagt Ihnen gegenüber, daß er seinen Besuch der Bundesrepublik-West auch auf Grund dessen terminieren würde, daß er Ihnen nicht schaden wollte beziehungsweise, daß er Sie im Wahlkampf mit unterstützen wollte. War das denn üblich sozusagen, man geht hin, also ich sag' jetzt mal ganz locker, geht sogar zu Honecker hin, ich meine, das ist ja vielleicht noch verständlich im westlichen Ausland, wo man das auch mit gewählten Repräsentanten eines demokratischen Staates zu tun hat?

Bahr: Passen Sie mal auf, da gibt es zwei Sachen zu zu sagen. Erstens war das eigentlich eine Selbstverständlichkeit, denn im Herbst 1986, also im Vorfeld der Wahlen, kommt keiner mehr auf Staatsbesuch, es sei denn, er möchte dem amtierenden Regierungschef für die Wahlen nutzen. Wir werden im Laufe dieses Jahres eine Reihe solcher Beispiele und solcher Besuche erleben, wo ausländische Regierungsmenschen der gegenwärtigen Regierung nutzen wollen für und im Wahljahr.

Frage: Ist das vergleichbar mit Honecker?

Bahr: Ja selbstverständlich. Denn in einem Punkte kann man sagen, niemand von uns, niemand hat an ein schnelles Ende der DDR geglaubt, und niemand von uns hat an ein Ende der Sowjetunion geglaubt, noch 1990 nicht, 1986 noch viel weniger.

Das heißt, alle sind davon ausgegangen, daß sie mit kommunistischen Regierungen kooperieren und arbeiten müssen, auch, wenn man nicht Kommunist war und die Kommunisten nicht mochte. Das war von keiner Regierung her gesehen, weder in Frankreich noch in Deutschland noch in Amerika noch in England anders.

Frage: Würden Sie aus der heutigen Sicht noch einmal so handeln?

Bahr: Wenn die Situation genauso wäre, na selbstverständlich, na was denn sonst. Gott sei Dank ist die Situation nicht mehr so.

Sender Freies Berlin
Manuskript produktionsreif
Herstellung: Kontraste
Redakteur: Herman Engelbrecht
Titel: „Erich Honecker unterstützte Kanzlerkandidaten Johannes Rau 1986“
Reihe: Kontraste
Autor: Reinhard Borgmann
Sendetag: 31. 01. 1994
Sendezeit/Progr.: 21.00, I. Progr.

Rau war Wunschkanzler von Honecker

01:00 Flughafen Schönefeld, Grenze, Sammellager

1986. Ostberliner Flughafen Schönefeld. Mit der DDR-Linie Interflug und der sowjetischen Aeroflot kommen immer mehr Asylbewerber in die Stadt. Ungehindert werden sie von der DDR-Regierung über die Grenze nach West-Berlin gelassen, mehr als 5000 im Monat. Für CDU/CSU und SPD das innenpolitische Problem Nr. 1. Die Bundesrepublik steht vor dem Wahlkampf.

01:30 Diepgen auf der Leipziger Messe

16. März 1986. Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen trifft Erich Honecker.

01:39 Konferenz

Der CDU-Politiker bringt bei einem Gespräch am Rande der Leipziger Messe die Asylproblematik zur Sprache und bittet die DDR, das Loch in der Mauer zu stopfen.

01:49 Dokument

Das Protokoll dieser Verhandlungen liegt jetzt Kontraste vor. Gegenüber Diepgen bleibt Honecker hart und betont, . . .

„. . ., daß die DDR strikt das allgemeine Recht auf Transitfreiheit wahrt und die dazu abgeschlossenen internationalen Verträge respektiert.“

Im Klartext: Honecker will die Weiterreise nach Westberlin nicht stoppen. Die Unterstreichungen in dem Dokument hat er übrigens persönlich eingefügt.

02:14 Gästehaus des Außenministeriums

29. August 86. Der damalige Chef des Kanzleramtes, Wolfgang Schäuble, CDU, trifft hier im Gästehaus des DDR-Außenministeriums mit Minister Oskar Fischer zusammen. Warum waren die Verhandlungen geheim?

02:28 O-Ton Wolfgang Schäuble:

„Wir haben das nach meiner Erinnerung damals nicht öffentlich bekanntgegeben, weil wohl die DDR-Seite damals an allen öffentlichen Behauptungen in der beginnenden Wahlkampfauseinandersetzung in der Bundesrepublik nicht interessiert war. Deswegen haben wir das vertraulich gemacht, uns ging es immer um die Sache. Ein Hauptthema war das Problem des großen Zustromes von Asylbewerbern über den Flughafen Schönefeld von Ostberlin nach Westberlin.“

02:56 Dokument

Doch wie die Gesprächsprotokolle belegen, blieb CDU-Politiker Schäuble ohne Erfolg. Im Gegenteil: Honecker spielt den Ball zurück:

„Genosse E. Honecker erklärte, daß das sogenannte Asylantenproblem in erster Linie von der BRD gelöst werden müsse“

03:12 Ehemaliges SED-Archiv, Akten

Das ehemalige Archiv der SED in der Ostberliner Wilhelm-Pieck Straße. In Tausenden von Akten sind hier die Gespräche zwischen der DDR-Führung und West-Politikern dokumentiert. Diese Unterlagen offenbaren die Strategie der SED gegenüber den West-Parteien CDU/CSU und SPD.

03:32 O-Ton Professor Manfred Wilke

„Die SED setzte hier in diesem Falle schlicht und einfach auf das Konkurrenzprinzip. Indem sie mit beiden Seiten verhandeln konnte, setzte sie beide Seiten wechselseitig unter Druck und zerstörte somit in vielen Bereichen die Gemeinsamkeit der Bonner Parteien in der Ostpolitik.“

03:54 Rau besucht Honecker

Davon profitiert vor allem die SPD. 7. Mai 1986 Johannes Rau, damals SPD-Kanzlerkandidat trifft Erich Honecker.

04:02 Grafik

Dieses Gedächtnisprotokoll, abgezeichnet von Honecker, belegt, wie Honecker die SPD umwirbt. Zitat:

„Er begrüßte herzlich den Bundeskanzlerkandidaten der SPD, der hoffentlich der Bundeskanzler von morgen ist.“

Weiter heißt es:

„Er möchte klar zum Ausdruck bringen, daß wir an einem Regierungswechsel in der BRD interessiert sind. Wir wünschen, daß J. Rau im Januar 1987 die Wahlen gewinnt.“

04:30 Staatsratsgebäude, Schwenk

5. September 1986. Geheimtreffen der SPD mit der DDR-Führung hier im Staatsratsgebäude in Ostberlin. Thema Transit von Asylbewerbern über den Flughafen Schönefeld. Teilnehmer: Egon Bahr, damals im Parteivorstand der SPD, Erich Honecker und Politbüromitglied Hermann Axen. Auch das Protokoll dieses Gespräches findet sich in einer Akte des ehemaligen SED-Archivs.

05:02 O-Ton Jochen Staadt, Forschungsverbund SED-Staat, FU- Berlin:

„Das besondere, was diese Akte aus dem Bestand hervorhebt, ist der Vorgang, daß dort das Gespräch alleine zwischen Bahr, Honecker und Axen stattfindet. Das ist sehr ungewöhnlich, üblicherweise hatte Honecker seinen Staatssekretär oder einen verantwortlichen Mitarbeiter des Außenministeriums zugegen.“

05:23 Trick-Gespräch

Grund: Das brisante Treffen der drei unterlag strengster Geheimhaltung. Zuerst ergreift Egon Bahr das Wort und verdeutlicht das politische Gewicht des Asylbewerberthemas.

„Es (ist) klar, die DDR gewinnt mit diesem Problem an Einfluß auf die BRD wie noch nie zuvor, vor allem in diesem Umfang in der Innenpolitik der BRD.“

Und Protokollführer Hermann Axen notiert,

„… Bahr (macht) jetzt in seiner Darstellung erst einmal eine gewisse Pause. Er (fragt) sich, wie liegen die Interessen der DDR.“

Und Bahr fragt weiter:

„… gibt es eine Möglichkeit, eine Regelung zu erreichen (…), die auch im Hinblick auf das Wahlergebnis vom 25. 1. 1987 günstig wäre.“

Als Gegenleistung für die Wahlunterstützung durch die SED bietet er an:

„Wir wollen in aller Form erklären, daß bei der Regierungsübernahme durch die SPD die Regierung der BRD voll die Staatsbürgerschaft der DDR respektieren wird, und damit dieses Thema beerdigt wird.“

Honecker wertete das als weiteren Schritt für die von ihm ersehnte Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft. Seine Reaktion positiv:

„Was die Asylantenfrage betrifft, so haben wir in der Parteiführung beraten, wie wir bei Wahrung aller völkerrechtlichen Positionen auf der Ebene einer technischen Vereinbarung (...) eine Regelung erreichen können.“

Der Handel ist perfekt.

06:55 Bahr und Axen auf einer Pressekonferenz

In den folgenden Tagen stimmen sich Hermann Axen und Egon Bahr ständig darüber ab, was Kanzlerkandidat Rau wann, wo und wie und zum Asylproblem der westdeutschen Bevölkerung sagen wird.

07:09 Dokument

Am 17. September steht das Ergebnis der Verhandlungen fest. Axen berichtet:

„Bahr legte die Grundlinie einer Erklärung von J. Rau vor, die Rau morgen, Donnerstag, dem 18. 9. 1986, im Laufe des Tages, abgeben wird.“

Die SPD möchte mit diesem Abkommen beweisen, daß sie erfolgreicher mit der DDR verhandeln kann als die Regierung Kohl. Honecker erteilt sein Einverständnis. Rau darf am nächsten Tag den Durchbruch verkünden.

07:39 O-Ton Johannes Rau am 18. 9. 86

„Ich hab schon seit Monaten gebeten und gedrängt öffentlich, daß die Bundesregierung auf allen Ebenen redet und nicht nur auf der Ebene von Referenten, sondern auf politischer Ebene und so habe ich mich auch bemüht, nach Absprache mit meinen Freunden im Präsidium um Gespräche die Egon Bahr dann in meinem Auftrag geführt hat, eine ganze Reihe von Wochen und Monaten intensiv, und jetzt ist eine Lösung da, über die wir uns alle miteinander freuen.“

8:06 Egon Bahr im Büro:

Wie rechtfertigt Egon Bahr heute die Wahlhilfe des SED-Regimes für die Sozialdemokraten?

„Sie können darüber die Nase rümpfen, wenn Sie so wollen, aber ich sag mal ganz plastisch, das ist das Leben. Das hat nicht nur die CDU uns gegenüber

mehrfach versucht, nicht nur in Moskau, auch in Washington. Von dieser Unsitte, die man als Unsitte bezeichnen kann, sind auch Sozialdemokraten nicht frei, das sind nicht automatisch nur edle und bessere Menschen, das ist nun mal so.“

8:51 Egon Bahr im Büro:

Doch so souverän und selbstkritisch wie Egon Bahr kann Johannes Rau nicht mit der Vergangenheit umgehen.

8:57 Dokument

Auf unsere Anfrage, welche Unterstützung Ministerpräsident Rau 1986 als SPD-Kanzlerkandidat für den Wahlkampf von Honecker erhalten habe, kam die Antwort: keine.

Ende: 08:10

Dokument 21

Gen. H. Axen

– persönlich –

SED

HAUSMITTEILUNG

		von Abteilung	Diktatzeichen	Datum	Erledigungs-vermerk
An	Genossen Erich Honecker Generalsekretär	für IPW	Re/Hd	6.6.1988	

Betr.

Lieber Genosse Erich Honecker!

Im Zusammenhang mit meiner Teilnahme am Abschiedsempfang des Genossen Ewald Moldt in Bonn hatte ich ein Gespräch mit der Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Bundesministerin Rita Süssmuth. Anwesend war auch ihr Berater, Rechtsanwalt Dr. Beitz, der sie während ihres jüngsten Besuches in der DDR begleitet hatte. Beitz ist Generalsekretär der Otto-Bennecke-Stiftung, die sich auch mit der finanziellen Förderung von Um- und Aussiedlern beschäftigt. Beitz hatte R. v. Weizsäcker bei seiner Afrika-Reise begleitet, und wird auch H. Kohl bei seiner Reise in die UdSSR begleiten.

R. Süssmuth unterstrich ihr persönliches Interesse und ihr Engagement für die Erweiterung und Vertiefung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. In Abstimmung mit Bundeskanzler Kohl machte sie den Vorschlag, in interne Gespräche auf der Ebene Beitz, Prof. Süssmuth (Ehemann von Frau Süssmuth) sowie Ministerialdirektor Bergsdorf (Berater von H. Kohl – Teilnehmer des täglichen „Küchenkabinetts“ beim Bundeskanzler) auf der einen Seite und Genossen Rettner und anderen Vertretern der SED auf der anderen Seite einzutreten. Gegenstand der Beratungen sollten Fragen der Finanzierung des Reise- und Besucherverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten sowie Fragen der direkten und indirekten Abwerbung von Bürgern der DDR sein. R. Süssmuth ließ erkennen, daß sich H. Kohl darüber im klaren sei, daß der Reise- und Besucherverkehr mit erheblichen ökonomischen Belastungen für die DDR verbunden ist. Auch die gegenwärtige Praxis der Aushändigung des sogenannten „Begrüßungsgeldes“ an DDR-Bürger bei Einreise in die BRD sei nicht der Weisheit letzter Schluß. In ihrem Verantwortungsbereich, so R. Süssmuth, gebe es eine Reihe von Möglichkeiten, der gezielten Abwerbung z. B. von DDR-Ärzten entgegenzuwirken. Sie bat um Übermittlung von Informationen bzw. Hinweisen, die auf eine direkte oder indirekte Abwerbung von DDR-Ärzten, aber auch Spezialisten auf anderen Gebieten (wie

Computer-Fachleuten) schließen lassen. Sie sehe durchaus Möglichkeiten der Einflußnahme, u. a. auf die Ärztekammer der Bundesrepublik, um derartigen Aktivitäten entgegenzuwirken. Es liege nicht im Interesse der Bundesregierung, daß zu den mehr als 10 000 arbeitslosen Ärzten der BRD noch Ärzte aus der DDR hinzukommen bzw. BRD-Ärzten „die Arbeit weggenommen“ wird.

Beitz fügte hinzu, daß auch Lehrern in der DDR deutlich gemacht werden müßte, daß es in der Bundesrepublik tausende arbeitslose Lehrer gibt. Ohne „gezielte Förderung“ durch bestimmte Institutionen in der BRD seien Lehrer aus der DDR, wenn sie in die BRD übersiedeln, so gut wie nicht „zu vermitteln“. Beitz ließ keinen Zweifel daran, daß mögliche praktische Absprachen zwischen der DDR und der BRD nicht so weit gehen könnten, daß die Bundesregierung von ihrer generellen Auffassung Abstand nehme, jeder Deutsche könne, wenn er es wünsche, in der Bundesrepublik seinen Wohnsitz nehmen. Das Festhalten an dieser Rechtsauffassung sollte aber kein Hindernis sein, in der Praxis nach Möglichkeiten zu suchen, DDR-Bürger zu veranlassen, in ihrem Staat zu bleiben und von Ausreiseanträgen möglichst Abstand zu nehmen.

R. Süssmuth machte während des Gesprächs deutlich, daß Beitz ihr volles Vertrauen genieße. Sie schlug vor, daß er und ihr Ehemann in nächster Zeit in die DDR kämen, um das Gespräch mit mir fortzusetzen. Das heutige Sondierungsgespräch würde im direkten Auftrag des Bundeskanzlers geführt. R. Süssmuth und Beitz betonten, daß sie nur dann Möglichkeiten für praktikable Lösungen im Interesse beider Seiten sehen, wenn die Gespräche „wirklich intern“ geführt werden. R. Süssmuth wies darauf hin, daß es in der CDU/CSU eine ganze Reihe von Personen und Gruppen gebe, die am liebsten nur „Rechtspositionen“ wiederholen möchten, ohne in der praktischen Politik etwas zu bewegen. Sie sei deshalb dafür, Fakten im Verhältnis DDR-BRD zu schaffen, die dem Ziel der Verbesserungen der Beziehungen dienen. Es dürfe nicht dazu kommen, „neue Überlegungen“ von vornherein öffentlich zu zerreden.

Aus der Unterhaltung mit R. Süssmuth und Beitz habe ich den Eindruck, daß sie tatsächlich an konkreten Verbesserungen der Beziehungen, nicht zuletzt aus parteipolitischer Sicht, interessiert sind.

R. Süssmuth zeigte sich sehr beeindruckt von ihren Gesprächen in der DDR. Sehr tief berührt hätten sie der Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald und die dort mit dem Leiter der Gedenkstätte geführten Gespräche. Sie bittet zu prüfen, ob der Leiter der Gedenkstätte bereit sei, einen Vortrag vor einem ausgewählten Kreis an der Universität Göttingen zu halten.

Lieber Genosse Erich Honecker! Ich bitte Dich, zu entscheiden, ob wir in derartige Sondierungsgespräche eintreten sollen. Meines Erachtens böte sich

hier eine Möglichkeit, Einfluß auf die realistischen Kräfte in der CDU-Führung bis in die Regierung hinein zu nehmen und ihre weiteren Überlegungen in einem gewissen Grad zu steuern. An den Sondierungsgesprächen könnten unsererseits ein bis zwei Experten teilnehmen.

Ich bitte Dich sehr herzlich um eine Entscheidung.

Mit sozialistischem Gruß

Gunter Rettner

Dokument 22

		Mitglied des Politbüros	Diktatzeichen	Datum
An	Generalsekretär Genossen Erich Honecker	Herbert Häber		12.11.84

Betr.

Lieber Genosse Honecker!

Anliegend übermittle ich Dir den Bericht über mein Gespräch mit den Vertretern der Bundestagsfraktion der Grünen Antje Vollmer und Dirk Schneider am vergangenen Freitag.

Diese mehr als 2 1/2stündige Unterredung hat erneut sichtbar gemacht, daß es richtig ist, bei absoluter Sicherung unserer staatlichen Interessen, die Kontakte zu bestimmten Kräften der Grünen fortzusetzen. Vor allem zeigt sich immer wieder, welch großen Eindruck Dein damaliges Gespräch bei ihnen hinterlassen hat. Nirgendwo in der Welt hat mit ihnen bisher ein Staatsoberhaupt gesprochen. Offenkundig hat auch unsere gesamte Politik in diesem Jahr auf sie im positiven Sinne gewirkt. Die Gruppe, deren Vertreter Vollmer und Schneider sind, hat offensichtlich einiges hinzugelernt.

Es lohnt sich meines Erachtens auf jeden Fall, die Beziehungen mit ihnen weiterzuführen. Ich wäre dafür, zur gegebenen Zeit den von ihnen vorgeschlagenen Kontakten auch zum Geschäftsführenden Bundesvorstand aufzunehmen und außerdem mit einem Studienbesuch einer Gruppe von ihnen bei uns zu Fragen der Frauenpolitik zu erproben, wie es weitergehen kann.

Dabei müssen wir in Rechnung stellen, daß am 6. 12. 1984 ein Parteitag der Grünen stattfindet, auf dem der Geschäftsführende Vorstand neu gewählt wird.

Antje Vollmer hat gebeten, Dir beiliegendes Schreiben mit einigen Materialien zu übergeben.

Mit sozialistischem Gruß

Herbert Häber

Anlage

[fehlt]

Berlin, 12. November 1984

Information
über einen Meinungsaustausch mit der Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen Antje Vollmer und dem Bundestagsabgeordneten der Grünen Dirk Schneider am 9. November 1984 in Berlin

Wie vereinbart, traf Herbert Häber am 9. November 1984 im Hause des Zentralkomitees mit den Vertretern der Grünen Antje Vollmer und Dirk Schneider zusammen. Am Gespräch nahm Gunter Rettner, stellvertretender Leiter der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des Zentralkomitees, teil.

Herbert Häber erläuterte die Friedenspolitik der SED und unsere Haltung zur Entwicklung der weltpolitischen Lage. Er stellte die große und aktivierende Rolle der Linie des 7. und 8. Plenums des ZK der SED, jetzt erst recht alles für die Einhaltung des Friedens und die Stärkung des Sozialismus zu tun, heraus. Ausführlich setzte er die Abgeordneten der Grünen über die wichtigsten Ergebnisse der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung der DDR im 35. Jahr ihres Bestehens ins Bild.

Angesichts der weiterhin sehr ernsten internationalen Lage unternehme die DDR gemeinsam mit ihren Verbündeten alles, um einen atomaren Krieg zu verhindern, bevor er auszubrechen droht. Deshalb sei es vor allem notwendig, dafür zu sorgen, das Streben der USA nach militärischer Überlegenheit zu durchkreuzen. Es komme darauf an, eine weltweite Front gegen den aggressiven Kurs der Reagan-Administration zu schaffen.

Antje Vollmer und Dirk Schneider brachten ihre große Befriedigung und Freude darüber zum Ausdruck, daß dieses Gespräch zustande gekommen ist. Sehr gern erinnerten sie sich an das vor einem Jahr stattgefundene Treffen mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker. Sie und ihre Freunde schätzten auch heute noch den Meinungsaustausch mit Erich Honecker als sehr offen und von großer Wichtigkeit ein. Um so mehr hätten sie es außerordentlich bedauert, daß es zu den bekannten Irritationen gekommen ist.

Antje Vollmer gab im Verlauf des Gesprächs mehrfach zu verstehen, daß die Schuld dafür bei den Grünen liegt. Für Vorbehalte der DDR ihnen gegenüber hätten sie Verständnis. Sie empfänden es aber als sehr unglücklich, daß es eine Unterbrechung der Kontakte zueinander gegeben hat. In wesentlichen politischen Auffassungen stände man sich doch viel näher als mit Politikern der „etablierten“ Bonner Parteien.

Die Abgeordneten der Grünen brachten ihr völliges Einverständnis mit der Beurteilung der internationalen Lage, wie sie durch Genossen Herbert Häber getroffen wurde, zum Ausdruck. Die eindeutige Schuld für die anhaltend

zugespitzte weltpolitische Situation liege bei den USA und ihrem Streben nach militärischer Überlegenheit. Es machte sich im Verlauf der Unterredung nicht notwendig, dazu ausführlicher zu diskutieren. Auffallend war, daß sowohl Antje Vollmer als auch Dirk Schneider in ihren Ausführungen auf bei den Grünen übliche Begriffe wie „blockübergreifend“, „Austritt aus den Blöcken“ oder „einseitige Abrüstungsmaßnahmen“ verzichteten.

Antje Vollmer und Dirk Schneider griffen eine Bemerkung Herbert Häbers über die ernste Lage Nikaraguas auf. Die Grünen hätten sich über den Verlauf der Wahlen in Nikaragua aus erster Hand informiert und teilten die große Besorgnis, daß Reagan eine militärische Intervention in Nikaragua wagen könnte. Reagan, der mit erschreckender Mehrheit für eine weitere Amtsperiode gewählt worden ist, könnte sich ermutigt fühlen, den amerikanischen Kongreß vor vollendete Tatsachen zu stellen. Da der Kongreß noch nicht handlungsfähig sei, nutze er möglicherweise diese Lücke.

Die Grünen beabsichtigten, die Öffentlichkeit der BRD zu alarmieren. Antje Vollmer habe gerade eine Erklärung dazu abgegeben. Die Fraktion der Grünen strebe im Bundestag eine Debatte über Nikaragua an.

Interessiert waren die Vertreter der Grünen, mehr über die Gründe der vom 7. Plenum des ZK der SED beschlossenen Linie zu erfahren. Obwohl es anfangs bei den Grünen Fragen zu unserer Haltung zur Politik des Dialogs und zu einem möglichen Besuch Erich Honeckers in der BRD gegeben hätte, unterstützten sie heute diese Politik voll und ganz. Zunächst hätte es so ausgesehen, als würde diese Politik es der Kohl-Regierung ermöglichen, die Folgen der Raketenstationierung herunterzuspielen. Auch hätten sich die Grünen eigentlich gewünscht, daß die Sowjetunion und die DDR auf die bekannten Gegenmaßnahmen verzichten. Allerdings verstünden sie sehr wohl, daß es auf Grund der historischen Erfahrungen der Sowjetunion eine Berechtigung dafür gäbe, gegenzustationieren. Die Friedensbewegung in der BRD müsse ja erst den Nachweis erbringen, daß ihre Vorstellungen politisch realisierbar sind.

Durch das politisch offensive Herangehen der SED und durch die bewiesene große Geduld habe sich das Bild Erich Honeckers und der DDR in der Öffentlichkeit der BRD sehr positiv gestaltet, sagte Antje Vollmer. Es sei auch völlig richtig gewesen, in der konkreten Situation den beabsichtigen Besuch Erich Honeckers in der BRD nicht durchzuführen. Die Schuldfrage für das Nichtstattfinden des Besuchs sei heute eindeutig geklärt und liege in Bonn. Die damit im Zusammenhang in der Öffentlichkeit der BRD geführte Diskussion habe die Frage, wie man sich zur DDR verhalten muß, sehr vorangetrieben.

Antje Vollmer und Dirk Schneider stellten die Frage, inwieweit die SED vorhandene Differenzierungen in den politischen Lagern der Bonner Parteien sieht. Sie fänden es richtig, wenn die DDR die vorhandenen Interessengegensätze zwischen dem Monopolkapital der BRD und den USA in Rechnung

stellt. Auch das differenzierte Herangehen an die verschiedenen politischen Kräfte bis zu Franz Josef Strauß hielten sie für richtig. Sie verwiesen auf die anhaltende politische Labilität der Bonner Regierung und des bürgerlich-parlamentarischen Systems. Durch die parlamentarische Präsenz der Grünen habe sich vieles verändert. Die Grünen nutzten dabei ihre „Sauerteigfunktion“.

Die Abgeordneten der Grünen führten weiter aus, daß wir doch wohl gemerkt hätten, daß bei den Grünen eine positive Entwicklung in ihrer Haltung gegenüber der DDR eingetreten ist. Sie und ihre Freunde wollten diesen Prozeß weiter vorantreiben und ohne Einschränkung für die volle Souveränität und Staatlichkeit der DDR eintreten. Diesbezüglich seien sie die einzige Fraktion im Bundestag, die „ohne gefesselte Arme“ politisch operieren könne. Schließlich seien sie nicht gebunden wie zum Beispiel die SPD. Es komme ihnen darauf an, im Kampf um den Frieden deutlich zu machen, daß die Beziehungen zur DDR, ohne jeden Vorbehalt, nach den Grundsätzen des Völkerrechts entwickelt werden müßten.

Die von Antje Vollmer in der Haushaltsdebatte des Bundestages gehaltene Rede zu diesen Fragen sei bewußt als Orientierung für die ganze Partei der Grünen angelegt worden. Das habe den Klärungsprozeß innerhalb der Partei vorangebracht. Man müsse berücksichtigen, daß das ein mühseliger Weg ist, da es sich bei den Grünen nicht um eine Partei handele, in der die Bundestagsfraktion Beschlüsse fassen könne, die von allen anderen sofort mitgetragen würden.

Auf unsere Frage, was geschehe, wenn in der Bundestagsfraktion der Grünen die Rotation in Kraft tritt, antworteten Antje Vollmer und Dirk Schneider, auch wenn die Funktionäre wechseln würden, blieben aber die Personen da. Die Achse Antje Vollmer / Otto Schily / Dirk Schneider halte auf jeden Fall.

Man könne ihnen glauben, daß die von ihnen vertretene Haltung in der ganzen grünen Partei mehrheitsfähig ist. Das zeige der Beschluß der Fraktion, für die Auflösung des sogenannten Innerdeutschen Ministeriums einzutreten. 90 Prozent der Mitglieder der Fraktion hätten dafür gestimmt. Das sei ein Zeichen und ein Erfolg für ihre Position.

Mehrfach versicherten Antje Vollmer und Dirk Schneider, daß sie und ihre Freunde alles, was sie tun könnten, tun wollen, um zu verhindern, daß Angehörige der Grünen sich an Aktivitäten gegen die DDR beteiligen. Allerdings könne das nicht für jeden einzelnen garantiert werden. Das schnelle Wachstum ihrer Partei erweise sich dabei problematisch.

Antje Vollmer und Dirk Schneider unterbreiteten den Vorschlag, daß Genosse Herbert Häber mit einem Vortrag vor den Mitgliedern der Fraktion der Grünen einen wesentlichen Beitrag leisten könne, um die weit verbreitete Unkenntnis über die tatsächliche Politik der DDR auszuräumen. Viele von ihnen wüßten nichts über die DDR. Daraus seien manche spontane Aktivitäten zu erklären.

Herbert Häber warf ein, daß das so nicht möglich sei, aber vielleicht ein Vertreter des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft vor einem interessierten Kreise der Grünen auftreten könne.

Herbert Häber sagte in diesem Zusammenhang, er wolle in aller Deutlichkeit und Offenheit darauf hinweisen, daß sich die Beziehungen von uns zu den Grünen nur entwickeln können,

– wenn sie voll und ganz und uneingeschränkt die Staatlichkeit und die Gesetze der DDR respektieren sowie die verfassungsmäßige Ordnung der DDR akzeptieren.
– Aktivitäten gegen die DDR werden von uns auch in Zukunft auf Widerstand stoßen, egal von wem sie ausgehen. Das ist für uns nicht eine Frage der Farbe, sondern eine prinzipielle Sache.
– Sollte jemand glauben, Kontakte zur SED und zu anderen gesellschaftlichen Organisationen in der DDR könnten als Alibi benutzt werden, um gegen die DDR zu arbeiten, sollte man sich das aus dem Kopf schlagen.

Antje Vollmer und Dirk Schneider beteuerten noch einmal, man könne ihnen trauen. Sie seien an ehrlichen Beziehungen interessiert. Sie seien verläßlicher als sie erscheinen.

Bezüglich der konkreten Gestaltung der beiderseitigen Kontakte bekundeten die Vertreter der Grünen ihr großes Interesse

– an einem Informationsaustausch zu Fragen der Frauenpolitik in der DDR;
– am Kennenlernen der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR. Antje Vollmer bat darum, persönlich an einer entsprechenden Informationsreise teilnehmen zu können.
– Es besteht der Wunsch, mit einer kleineren Gruppe das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft zu besuchen, um Fragen des Friedenskampfes und des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten zu diskutieren.

Als erster Schritt wurde ins Auge gefaßt, eine Delegation der Grünen zum Studium der Frauenpolitik in der DDR zu empfangen.

Sowohl Antje Vollmer als auch Dirk Schneider verwiesen darauf, daß ein Gespräch Herbert Häbers mit Vertretern des Vorstandes der Partei der Grünen zu empfehlen ist. Es sei auf alle Fälle zweckmäßig, ihre Initiativen durch entsprechende Absprachen mit dem Vorstand der Partei zu untermauern. Das würde auch für sie persönlich eine Entlastung darstellen.

Das Gespräch insgesamt vermittelte den Eindruck, daß Antje Vollmer und ihre Freunde an einem aufrichtigen Verhältnis zu uns interessiert sind.

Sie gehören zu jenem Kreis der Grünen, die langfristig eine Zusammenarbeit mit der SPD anstreben. Sie vertreten dabei den Standpunkt, daß aber zunächst die Positionen der Grünen sehr stark ausgebaut und gefestigt werden müßten.

Man dürfe sich nicht zu schnell mit der SPD einlassen und müsse den Preis dafür sehr hoch halten.

84.07566
Streng geheim!

Einschätzung der Abgeordneten der Grünen, A. Vollmer und D. Schneider, über ihr Gespräch mit Gen. Häber vom 9. 11. 1984 in Berlin

Zuverlässig konnte ein von D. Schneider für die Fraktion der Grünen gefertigtes internes Protokoll über die Begegnung mit Gen. Häber beschafft werden, das wir beiliegend im Wortlaut zur Kenntnisnahme und zur Information des Gen. Häber übergeben.

Aus Gründen des Quellenschutzes ist das übergebene Material nur zur persönlichen Information bestimmt.

Gedächtnisprotokoll einer Besprechung zwischen Herbert Häber (SED) sowie Antje Vollmer und Dirk Schneider (GRÜNE)
am 9. 11. 84 in Berlin (DDR), Beginn 15 Uhr, Ende 17 Uhr 45

H. eröffente mit einer langen, ziemlich förmlichen Erklärung zur Weltlage, zu den Grundsätzen der Sicherheitspolitik der DDR und würdigte die wirtschaftliche und soziale Situation seines Landes. Der Frieden sei durch die Stationierung auf beiden Seiten noch bedrohter, es gäbe keine Anzeichen für eine Besserung, die USA seien für die Verhärtung und die Beendigung der Entspannungspolitik verantwortlich, das Streben der Reagan-Administration habe gefährliche Folgen, es gäbe Kreise, die Krieg mit ins Kalkül zögen. Es gelte, alles zu tun, um diese Entwicklung zu stoppen oder umzukehren. Nach einer atomaren Katastrophe habe niemand mehr Gelegenheit, sich zu rechtfertigen oder über gemachte Fehler zu reden.

Die DDR stelle durch ihre Stabilität einen wichtigen Faktor dar, der sich gegen die verstärkte Bedrohung stemme. Der Staat habe sich unter großen Schwierigkeiten durch wirtschaftliche Schwierigkeiten hochgearbeitet. Er habe auch die Öl-Preise-Erhöhungen der letzten Jahre überwunden und die starke zusätzliche Belastung durch Hochzinspolitik im Westen durch beschleunigte Bezahlung von Krediten abgebaut. Man lege in der DDR große Betonung auf eine gute Versorgung der Bevölkerung sei aber nicht völlig auf Konsum abgefahren, sondern besonders stolz, daß auch teure kulturelle Leistungen möglich gewesen seien (Schauspielhaus, Semperoper u. a.).

A. antwortete mit einem Statement. Sie begrüßte die Einladung als Anknüpfung an das Gespräch bei Honecker vor einem Jahr und schloß an die Bedrohungsanalysen von H. an, indem sie die besondere Aktualität des konfrontativen USA-Kurses am Beispiel von Nikaragua deutlich machte. Dann zeichnete sie die Entwicklung der FB in der Bundesrepublik nach und kennzeichnete die derzeitigen besonderen Probleme mit Hinweis auf ihre Rede bei der großen Herbstdemo dieses Jahres in Bonn. Es sei für die FB und die GRÜNEN nicht leicht gewesen, die Haltung der DDR nach der Nachrüstung einzuschätzen, die mit der Nachnachrüstung auf eigenem Territorium und mit Ausgrenzung von GRÜNEN geradezu kontraproduktiv auf uns gewirkt habe. Der Eindruck sei entstanden, als ob auch die DDR den politischen Wert der FB für die Sicherheit und die Bewahrung des Friedens auf der Welt weniger berücksichtige und weiterhin auf dem gefährlichen Gegenhalten bei der Rüstung setze.

Anschließend entwickelte sich ein längeres Gespräch mit Schwerpunkt auf dem deutsch-deutschen Verhältnis, wobei die Rolle der Parteien, der Regierung und besonders die Widersprüche innerhalb des Regierungslagers erörtert wurden. Es war ein offener Austausch von Meinungen, wobei H. oft vorsichtig formulierte mit Hinweis darauf, daß er sich nicht in die inneren Angelegenheiten der BRD einzumischen hätte. Er erläuterte ausgiebig die Gründe für die DDR-Politik der „Schadensbegrenzung“. Es wäre falsch gewesen, auf die Stationierung mit einer Eiszeit zu antworten, niemand hätte dies genützt. Nach dem Motto „jetzt erst recht“ habe man versucht trotzdem alle Gesprächsfäden aufrechtzuerhalten, die eine Chance auf Umkehr der Entwicklung ermöglichen könnten. Leider sei die Politik der Bundesregierung völlig konzeptionslos und chaotisch. Die einmal (schon im Wahlkampf) versprochene Kontinuität in den deutsch-deutschen Beziehungen sei an den Widersprüchen im Regierungslager bald gescheitert.

Auf Überlegungen von D., daß die Bundesregierung den Konsensbruch mit der Bevölkerung in Sachen Stationierung mit einem Eingehen auf die Slogans der „Schadensbegrenzung“ und „Verantwortungsgemeinschaft habe vertuschen wollen und ihr vermeintliches Anknüpfen an die Politik der Sozialdemokraten eher der Vertuschung der Nachrüstungsfolgen gedient habe, ging er verhältnismäßig zurückhaltend ein. Sicher gäbe es ein Verdecken der Folgen bei der BRD-Regierung. Es sei bemerkenswert, wie wenig die Nachnachrüstung auf DDR-Gebiet in der BRD behandelt worden sei. Durch diese Gegenmaßnahmen sei ja die Kriegsgefahr noch mehr gestiegen. Früher hätte man auf westlicher Seite ein Faß aufgemacht, während man diesmal geschwiegen habe.

Bei der Erörterung der derzeitigen Situation in der Bundesrepublik betonte H. mehrmals die desolate Verfassung der Regierung. Aus Äußerungen von maßgeblichen Publizisten der Großbourgeoisie könne man ein Abrücken von

Kohl beobachten, der kritisiert werde, weil er nicht genug leiste im Sinne einer „Wende“. Ein Fallenlassen von Kohl als Kanzler könne möglich werden mit Aussichten für Stoltenberg oder vielleicht Späth. Innenpolitisch sähe er die herrschenden Kreise in Not, wie über 1987 hinaus eine Regierungsform gefunden werden könne. Auf Länderebene könne es Bündnisse zwischen GRÜNEN und SPD geben, aber es würde sicher versucht auch große Koalitionen zu schmieden, weil 1987 schon die Amerikaner nicht zulassen würden, daß die GRÜNEN auf die Bestimmung der Regierungsform Einfluß bekämen. Die Große Koalition als letzter Notriegel gegen die GRÜNEN.

A. schilderte die Gefährlichkeit der Kampagne gegen uns, indem versucht werde, uns als Faschisten zu diffamieren. Die Mittel seien zu spät und nicht mehr wirkungsvoll, meinte H., er betonte zwar, daß die GRÜNEN sich mit den Kräften der Arbeiterbewegung verbinden müßten, also mit den Gewerkschaften und der SPD (die auch dazu gehöre), aber er gab uns auch recht, daß die GRÜNEN eine große Bedeutung als Katalysator und Sauerteig in der BRD-Gesellschaft hätten und ihre Unabhängigkeit ein wichtiger Faktor sei, um Prozesse weiterzutreiben. Die GRÜNEN müßten sich so teuer wie möglich verkaufen.

Es war einigermaßen überraschend für uns, wie hoch H. die GRÜNEN einzuschätzen schien. Er hütete sich irgendein einschränkendes oder gar abwertendes Wort einfließen zu lassen. Im Gegenteil betonte er die Sympathie des „Genossen Honecker“, der uns nicht vor einem Jahr eingeladen hätte, wenn das anders wäre. Er ließ bei Gelegenheit einfließen, daß Honecker die Rede von A. genau kenne, er habe sie sogar am Fernseher verfolgt.

In der Diskussion spielte auch Strauß eine Rolle, dessen Flexibilität Realitätssinn zuzuschreiben sei, natürlich sei Strauß kein DDR-Freund geworden. Es sei aber besser, einen Mann wie ihn in Verhandlungen oder Gesprächen zu binden, und sich seine Eigenständigkeit (deutscher de Gaulle) zunutze zu machen. Strauß’ nationale Vorstellungen hätten ihm schon einmal schwer geschadet, als sicherlich amerikanische Geheimdienststellen ihn über die SPIEGEL-Affäre hätten stolpern lassen, weil er damals zu unabhängig deutsch gedacht habe.

H. verbrauchte wesentlich mehr Redezeit als wir. Er ist ja ein gewaltiger Machthaber und diese Rolle konnte er uns gegenüber nicht so recht mindern. Er engagierte sich im Gespräch und wirkte ausgesprochen informiert und intelligent (wenn diese Einschätzung erlaubt ist). Die ziemlich intensive Erörterung der politischen Lage ließ leider nicht mehr zu, über Zukunftsperspektiven des deutsch-deutschen Verhältnisses zu reden, und auch die innere Situation der DDR kam zu kurz.

Im Schlußteil der Erörterungen ging es hauptsächlich um die Beziehungen zwischen der DDR und den GRÜNEN, die wir schon vorher verschiedentlich hatten einfließen lassen. H. bekräftigte noch einmal seinen Standpunkt (oder den der DDR), daß auch die GRÜNEN die Gesetze der DDR respektieren

müßten. Er ging nicht mehr mit Hinweis auf seine Erklärungen, die er D. gegenüber im Februar 84 in Westberlin gemacht hatte, auf die Gründe der Einreiseblockade ein, machte aber sehr deutlich, daß die DDR davon wegkommen wolle und meinte, daß dies derzeit „überdacht“ werde. Es könne aber nicht so laufen, daß die GRÜNEN Gespräche mit Institutionen des Staats lediglich als Deckung für andere Interessen benutzen könnten, wie aus bestimmten Äußerungen von grüner Seite bekundet worden sei. An einer Stelle erwähnte er kritisch das Verhalten von Petra in Jugoslawien.

Wir erklärten, daß wir ernsthaftes Interesse an Gesprächen auf allen Ebenen hätten, die Unkenntnis der realen Verhältnisse vieler GRÜNER führte sicher auch dazu, daß falsche Schlußfolgerungen gezogen worden wären. Wir würden in der Fraktion nicht Beschlüsse fassen (Auflösung des „innerdt. Ministeriums“), wenn wir nicht den Dialog zwischen den Staaten und den Menschen beider Staaten auf gleichberechtigter Basis wirklich wollten. Sicherlich seien die GRÜNEN in ihrem Verhalten nicht einheitlich, wir hätten kein zentralistisches Konzept, es gäbe die Autonomie der Landesverbände und auch der Bundesvorstand habe seine Meinung. Wir hätten von der Fraktion aus keinerlei die ganze Partei verpflichtende Kompetenz. Die Meinungsvielfalt und polit. Unabhängigkeit sei Prinzip bei uns. Wie sich GRÜNE in der DDR verhalten würden, liege in deren eigener Verantwortlichkeit.

H. stellte interessierte Fragen nach der Struktur unserer Partei, insbesondere nach dem Verhältnis von Fraktion und Vorstand. Er machte deutlich, daß ein unkoordiniertes Herüberfahren von GRÜNEN aus allen möglichen Städten oder Landesverbänden für die DDR nicht zu bewältigen sei, man wünsche sich einschätzbare Verhältnisse und Ansprechpartner. Wir schlugen daraufhin die Fraktion als vorläufige „Poststelle“ vor, um erste Gesprächsvereinbarungen treffen zu können. Daran schlossen sich konkrete Erörterungen über Delegationsprojekte an. H. akzeptierte die von uns schon vor Monaten angeregte Frauenreise und versprach ein Angebot für die Programmgestaltung zu erarbeiten. Auch die schon mit der Botschaft in Bonn besprochene Informationsfahrt zum Thema Boden, Wasser, Luft (Agrar- und Ökologiefragen) wurde für Frühjahr 1985 fixiert. Zusätzlich lud H. die Sprecher des Bundesvorstandes ein und befürwortete ein Gespräch zwischen einer Gruppe von uns mit dem IPW (Institut für Politik und Wirtschaft, Prof. Max Schmidt) hauptsächlich zu Fragen der Friedenssicherung und des Verhältnisses zwischen den 2 Staaten. Er sprach D. auch gezielt auf die AL Berlin an, um einen Termin zustandezubringen.

Zum Schluß informierte uns H., daß er eine ADN-Meldung herausgeben wolle, wogegen wir keine Einwände erhoben. Die Einzelheiten des Gesprächs sollte man vielleicht nicht öffentlich behandeln. Wir hielten auch dies für akzeptabel und bitten somit auch diese aus der Erinnerung gemachten (und natürlich nicht erschöpfenden Notizen) nicht in öffentlichen Auseinandersetzungen auszubreiten.

Beim Verabschieden überreichten wir H. als persönliches Geschenk das Buch „So seh ick die Sache“, Protokolle aus der DDR von Gabriele Eckart, das in der DDR nicht erscheinen durfte und nur in der BRD verlegt wurde. A. überreichte zusätzlich einige grüne Veröffentlichungen auch an die Adresse von Honecker.

Nachzutragen wäre noch, daß schweigend an dem Gespräch auf H.s Seite Gunter Rettner teilnahm, der stellvertretende Leiter der Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft des ZK. Beim Hinauswandern durch die langen Flure des „Hohen Hauses“, der Parteizentrale der SED salutierten, wie beim Kommen, die an bestimmten Punkten aufgebauten Volksarmisten. Ein befremdliches Ritual!

[Unterschriften Dirk Antje]

Dokument 23

SED-Parteileitung
Karl-Marx-Universität

Leipzig, den 17. April 1961

Streng vertraulich!

Der gegenwärtige Stand und die Aufgaben für April bis September 1961 in der gesamtdeutschen Arbeit an der Karl-Marx-Universität in Leipzig

(Vorlage zur Beratung in der Kommission der Bezirksleitung am 27. 4. 61)

I.

Grundlage der Arbeit in den vergangenen Monaten war der Beschluß der Universitäts-Parteileitung vom 22. Oktober 1960. Für den Stand der Erfüllung des Beschlusses sind folgende Tatsachen charakteristisch:

1. *Neue Ansätze für den Differenzierungsprozeß im Lehrkörper der von der Karl-Marx-Universität zu betreuenden westdeutschen Universitäten.*

a) Unterstützt durch solche Veranstaltungen wie die Podiumsdiskussion zur nationalen Selbstbestimmung als Norm des Völkerrechts (Gen. Dr. Krüger – Jur. – mit Prof. Abendroth – SPD – im November 1960) und das Auftreten Dr. Dieckmanns im Januar 1961 sowie durch das „Podium“ (der entsprechend dem Beschluß vom 22. 10. geschaffenen Westausgabe der „Universitätszeitung“) veröffentlichte entlarvende Material über Prof. Schwinge, den Globke der Kriegsgerichte, kam es unter den Angehörigen des Lehrkörpers der Marburger Universität zu einigen Differenzierungserscheinungen. Rektor und Senat distanzierten sich von den faschistischen Exzessen vom 13. Januar. Prof. Schwinge erlitt mit seiner Forderung, die Initiatoren des Auftretens Dr. Dieckmanns von der Universität zu verweisen eine Niederlage. Prof. Herrfahrdt und Prof. Hensel beteiligten sich an der Podiumsdiskussion mit den Vertretern unserer Universität. Prof. Abendroth gewann neue Einsichten in die Faschisierung Westdeutschlands und sprach sie öffentlich aus. Mit schroff reaktionären Positionen traten dagegen außer Prof. Schwinge Prof. Wolf (Jurist, gegen jegliche demokratische Äußerungen der Studentschaft) und Prof. Hesse (neokolonialistische Propaganda) Stichwort vom Geld ohne „Humanitätsduselei“) hervor.

b) Seit der Rückkehr der Heidelberger Senatsdelegation, die im [???] die Karl-Marx-Universität besucht hatte, standen die führenden Persönlichkeiten der Heidelberger Universität unter dem Druck einer monatelangen Kampagne der Adenauer-Presse und der Lemmer-Dienststellen gegen das mit der offziellen Kontaktaufnahme zwischen der Ruprecht-Karls-Universität und der Karl-Marx-Universität geschaffene Beispiel für die Beziehungen zwischen den Universitäten beider deutscher Staaten. Verursacht war diese Kampagne durch die Angst Bonns, vor der zunehmenden Ausstrahlungskraft des sozialistischen Hochschulwesens der Deutschen Demokratischen Republik. Das Ergebnis des Bonner Drucks war die Mitteilung des derzeitigen Rektors der Heidelberger Universität Prof. Dr. Köthe, an den Rektor der Karl-Marx-Universität, Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Mayer, daß 'offizielle' Besprechungen zwischen unseren beiden Universitäten zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll erscheinen" (Brief vom 21. 12. 1960). Individuelle Aussprachen ergaben, daß für diese Entscheidung der starke Einfluß der Theologischen Fakultät im jetzigen Heidelberger Senat maßgebend war. Von dem Unbehagen, mit dem diese Entscheidung von eingeweihten Angehörigen des Heidelberger Lehrkörpers aufgenommen worden ist, zeugten die starke Aufmerksamkeit, die Prof. Conze (Hist.) der Vorbereitung des im März 1961 durchgeführten Seminars über Spanien 1936–39 geschenkt hat, die Einladung von Prof. Meinhold an einen Dozenten unserer Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu Problemen des Sozialismus in drei seiner Vorlesungsstunden in Heidelberg zu sprechen, sowie die Äußerungen in persönlichen Gesprächen.

c) Vom Lehrkörper der Universität Münster (Westfalen), der für die gesamtdeutsche Arbeit der Karl-Marx-Universität laut Beschluß vom 22. 10. 1960 nächst Marburg und Heidelberg wichtigsten westdeutschen Universität, wurden keine bemerkenswerten Reaktionen auf aktuelle Ereignisse festgestellt. Die im Oktober 1960 von Gen. Prof. Such (Jur.) und Gen. Dr. Müller (UB) überbrachte Erklärung des Akademischen Senats der Karl-Marx-Universität gegen die Umtriebe der Militaristen in Westdeutschland wurde zwar angenommen, aber bisher nicht beantwortet (gilt auch für Marburg, wohin Gen. Prof. Martin und Gen. Prof. Heinze überbracht, sowie für die übrigen westdeutschen Universitäten, an die die Erklärung per Post geschickt wurde). Die Universität Münster steht unter starkem Einfluß der zwei Theologischen Fakultäten (kath. und ev.). Die bestehenden persönlichen Verbindungen von Angehörigen der Karl-Marx-Universität zu Prof. Wilmont Haacke, SPD, und zu Mitarbeitern der dortigen UB konnten noch nicht fruchtbar entwickelt werden.

d) Die Teilnahme westdeutscher Wissenschaftler an Tagungen in Leipzig im März 1961 z. B. zur Messe: Pädagogen über den Plan und Wirklichkeit im Bildungswesen, Statistiker über statistische Qualitätskontrolle und ihre

aufgeschlossene Beteiligung an nationalen Aussprachen, die aus diesem Anlaß einberufen wurden, ist zwar nach wie vor bescheiden, aber hat gewisse Fortschritte gemacht.

e) Die hauptsächlichsten Vorstellungen zu politischen Fragen, mit denen im Gespräch mit westdeutschen Professoren usw. zu rechnen ist, sind:

– Abneigung gegen die Schröderschen Notstands- und Notdienstgesetze und die damit verbundene weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands, Interesse an fachlichen und menschlichen Kontakten
– Verworrene Vorstellungen über die Lösung der Deutschlandfrage. Befangenheit in Lügen über die Politik der friedlichen Koexistenz sowie über Friedensvertragsvorschlag, Vorschlag auf Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte freie Stadt und Konföderation der beiden deutschen Staaten. Bei einem Teil des Lehrkörpers zunehmendes Interesse an der gründlichen wissenschaftlichen Diskussion dieser Fragen.
– Die DDR = ein Staat mit großzügig gefördertem Hochschul- (sowie auch Sozial)-Wesen, aber ein Staat des Zwanges (gestützt u. a. auf feindliche Hetze zur Genossenschaftsbewegung sowie auf Beispiele von Republikfluchten). Interesse für Universitäts- und Hochschulwesen in der DDR und im ganzen sozialistischen Lager.
– Nichterkennen bzw. ungenügendes Erkennen des tiefen Gegensatzes zwischen den Interessen der westdeutschen Wissenschaft und der Bonner Atomkriegspolitik; weitgehende Unkenntnis über die Denkschrift des westdeutschen Wissenschaftsrates vom November 1960.
– Auffassung, die Faschisierung des Lebens in der Westzone sei als „bedauerliche Einzelerscheinungen“ aufzufassen, mit denen die Bonner Demokratie schon fertig werde.

2. *Verstärkte Anstrengungen der verständigungsbereiten Kräfte unter den Studenten*

a) Die Angehörigen der im „Ring freier Studenten“ Marburg, zusammengeschlossenen politischen Studentengruppen, bs. des LSD (unter Vorsitz von Klaus Horn) und des SDS, wirkten am Podiumsgespräch im November 1960 mit, unterstützten die Veranstaltung mit Dr. Dieckmann, organisierten die Reise einer Marburger Studentengruppe zur Leipziger Frühjahrsmesse 1961 und wollen in Kürze (Ende April) bei Aussprachen über friedliche Koexistenz Gast der FDJ-Hochschulgruppenleitung der Karl-Marx-Universität sein, auf deren Einladung sie den Marburg-Besuch einer FDJ-Delegation vom Mai 1960 erwidern.

Die Wahlen in den ASTA der Universität Marburg im Februar 1961 [???] den eindeutig im Zeichen der Auswirkungen der Vorgänge vom 13. Januar,

der Stellungnahme für oder gegen die sogenannten „Ostkontakte“. Es ist als Erfolg der verständigungsbereiten Kräfte einzuschätzen, daß es ihnen gelang, fünf Kandidaten durchzubringen. (Davon zwei Mitglieder des SDS), obwohl die faschistischen Krawalleure massiert gegen sie auftraten. Andererseits ist die Tatsache festzustellen, daß sich im ASTA nach wie vor das Übergewicht auf Seiten der von den RCDS-Leuten angeführten reaktionären Kräfte befindet, denen sich die sogenannten Unabhängigen bis jetzt in vielen Situationen anschließen (zusammen 10 gegen 5). Wahrscheinlich ändern sie jetzt die Linie der „Marburger Blätter“ in reaktionärerer verständigungsfeindlicher Richtung.

Die Marburger SDS-Gruppe ist innerlich schwach. Ihre ideologische und organisatorische Festigung blieb hinter den verschiedenen Aktionen im Rahmen des „Rings freier Studenten“ zurück. Ihre öffentlichen Veranstaltungen werden zum großen Teil mit Verfechtern der bürgerlichen Ideologie und Politik durchgeführt. Das Verhältnis des gegenwärtigen Vorsitzenden Venth zur Gruppe und das Verhältnis Venth–Ulbrich (früherer Vorsitzender) ist nicht klar.

b) Für die Studenten der Heidelberger Universität standen nicht solche politischen Fragen im Mittelpunkt des Interesses wie in Marburg. Bei den ASTA-Wahlen z. B. standen fast ausschließlich innere Universitätsprobleme zur Debatte.

Nach mehrmonatigem Briefwechsel zwischen FDJ-Hochschulgruppenleitung der Karl-Marx-Universität und dem bisherigen Heidelberger ASTA, Vorsitzender Hirsch, kam im März 1961 ein Seminar von Assistenten und Studenten der Geschichtsinstitute beider Universitäten über die spanische Frage 1936–39 zustande, das davon zeugt, daß der Druck der antikommunistischen Hetze auf die Heidelberger Studenten besonders stark ist.

Die SDS-Gruppe Heidelberg nimmt eine zögernde Position ein. Ihre Funktionäre (bes. Boldt, Gagel; weniger Engelbrecht, Bessau) scheinen es mit den rechten Kräften im SDS-Bundesvorstand in Frankfurt am Main nicht verderben zu wollen. Dennoch fand sich die Heidelberger SDS-Gruppe nach monatelanger Inaktivität bereit, im Mai 1961 ein gemeinsames Seminar mit Vertretern der FDJ-Fachschaft der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät unserer Universität über ökonomische Aspekte der friedlichen Koexistenz in Heidelberg durchzuführen.

c) An der Universität Münster ist es den verständigungsbereiten Kräften unter den Studenten, die sich um Steeckman und Smid gruppieren, in der letzten Zeit gar nicht gelungen, die Aufmerksamkeit der Universitätsöffentlichkeit zu erregen. Die Gruppe wurde vom SDS-Bundesvorstand wegen konsequenten Auftretens aus dem SDS ausgeschlossen. Aussprachen zeigten, daß die Mitglieder dieser Gruppe z. T. weit besser als in Marburg und Heidelberg bestimmte Dokumente (wie z. B. die Moskauer Erklärung)

durcharbeiten. Andererseits überwinden sie nicht ihre sektiererische Abgeschiedenheit von der Masse der Studenten.

d) Das Zusammentreffen von Studenten verschiedener westdeutscher Universitäten zur Leipziger Frühjahrsmesse 1961 in Leipzig wurde von vielen westdeutschen Kommilitonen sehr begrüßt. Die Aussprachen verliefen fruchtbar. Seitens der westdeutschen Teilnehmer wurde die Einberufung gesamtdeutscher Studentenkongresse zur Messe vorgeschlagen.

e) Hauptsächliche Auffassungen in grundlegenden Fragen:
   - Man kann für den Frieden, aber (meist als „Taktik“ begründet) gegen die DDR-Vorschläge sein. (Horn, LSD Marburg; auch SDS-Mitglieder).
   - Verharmlosung revanchistischer Forderungen: Gebietsübergabe solle aufgrund „Friedlicher Verhandlungen“ erfolgen.
   - Teilweise oberflächlich-leichtfertiges Vergnügen am „Managen“ von politischen Dingen und überheblich-schnoddrige Darstellung im Stil des „Spiegel“ (z. B. in den „Marburger Blättern“)
   - Forderung nach Studentenaustausch ohne staatliche Regelung und entsprechende Garantien (bes. rechte Kräfte)
   - Sektiererische Ablehnung des Anknüpfens an die Forderungen des westdeutschen Wissenschaftsrates, weil sie z. B. an den sozialen Wurzeln des Bildungsprivilegs nicht rütteln (SDS-Vertreter)

3. *Unser Auftreten in der gesamtdeutschen Arbeit ist zielstrebiger und vielfältiger geworden, aber blieb doch gegenüber den neuen Anforderungen zu eng und beschränkt (thematisch und in der Form)*

a) Die Konzentration auf drei Universitäten, von denen aus später weiter zu gehen ist, hat sich bewährt. Es ist gelungen, den Kreis der westdeutschen Universitätsangehörigen, mit denen das Gespräch geführt wird, zu vergrößern. Das trifft besonders für Marburg zu, wo die Veranstaltungen zum Selbstbestimmungsrecht als Norm des Völkerrechts im November 1960 von insgesamt mehr als 500 Universitätsangehörigen besucht wurden.

   Dabei kann eingeschätzt werden, daß es hier sowie in den Leipziger Veranstaltungen mit Marburger Studenten, beim Heidelberger Seminar und in den Messegesprächen insgesamt gelungen ist, sowohl die Hauptfragen des Kampfes um die Bändigung des westdeutschen Militarismus – Friedensvertrag und Lösung der Westberlinfrage – als auch die unmittelbaren Anliegen der westdeutschen Wissenschaftler und Studenten – ausgehend von der Denkschrift des westdeutschen Wissenschaftsrates vom November 1960 – stets ausführlich zu beraten. Gleichzeitig wurde in den Mittelpunkt der Aussprachen die Aufklärung über den sozialistischen Aufbau in der

DDR gerückt. Die Anstrengungen hinsichtlich der Universität Münster waren angesichts der besonderen Schwierigkeiten unzureichend.

b) Das logische Fortführen politisch-wissenschaftlicher Themen wie etwa in den Marburger Podiumsgesprächen ist von höherem Wert für die systematische Klärung von Grundfragen und ist deswegen auch in anderen Bereichen anzutreten.

c) Es gelang, neben öffentlichen und internen Delegationsberatungen, Gastvorlesungen, Podiumsdiskussionen, Seminaren, Besichtigungen, Ausflüge in die gesamtdeutsche Arbeit einzubeziehen.

Mit der Überwindung der dabei zutage getretenen inhaltlichen Beschränktheit, daß nur bestimmte Gesellschaftswissenschaften beteiligt waren, werden auch neue Formen eintreten, z. B. Chemiker-Ferienkurse, bzw. -praktikum; Sprachübungen bei den Philologischen Disziplinen usw.

d) Entsprechend dem Beschluß der UPL über die Verbesserung der gesamtdeutschen Arbeit vom Oktober 1960 wurde eine arbeitsfähige Redaktion des „Podium“ gebildet, die inzwischen ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie hat im I. Quartal 1961 eine Dokumentation über die Marburger Ereignisse vom 13. Januar (Auftreten Dr. Dieckmann) publiziert und an über 1000 Wissenschaftler der Universitäten Marburg, Heidelberg und Münster verschickt. Ihr folgten die beiden ersten regulären Ausgaben für Marburg und Heidelberg; die erste Ausgabe für Münster befindet sich derzeit in Vorbereitung. Somit wurde ein wesentlicher Fortschritt in unserem Bemühen um die wahrheitsgemäße Unterrichtung westdeutscher Wissenschaftler und Studenten und um ihre Gewinnung für das gesamtdeutsche Gespräch erzielt. Eine Reihe – teils heftig reagierender, teils zustimmender Leserbriefe aus Westdeutschland wie auch Äußerungen der westdeutschen Besucher während der Messe bezeugen, daß das „Podium“ eine lebhafte Resonanz gefunden hat und seine kontinuierliche Fortführung die Arbeit unserer Universität wirkungsvoll zu unterstützen vermag.

Allerdings ist kritisch festzustellen, daß bislang die Gestaltung des „Podium“ noch nicht befriedigen kann. Die vorliegenden Ausgaben stehen noch zu sehr im Zeichen der Improvisation; die Beiträge sind zum Teil zu wenig aktuell, gehen zu wenig auf die westdeutschen Universitätsangehörigen bewegenden Fragen ein; es ist noch keine Stetigkeit und Planmäßigkeit in der Veröffentlichung der Materialien erreicht, und die Verbreitung ist bisher fast ausschließlich auf westdeutsche Wissenschaftler beschränkt.

e) Völlig ungenügend wurde der Beschluß erfüllt, stärker von den einzelnen Disziplinen aus wissenschaftlich und publizistisch auf ideologische, wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Erscheinungen der neuen Etappe der allgemeinen Krise in Westdeutschland zu reagieren. Im UPL-Beschluß zum 15. Jahrestag wurde nunmehr festgelegt, einzelne Beispiele zu schaffen, die dann zu verallgemeinern sind.

4. *Probleme der Führung sowie der Vorbereitung und Auswertung der gesamtdeutschen Arbeit durch die Genossen an unserer Universität*

a) Entsprechend dem Beschluß von 22. 10. 1960 nahm die Parteikommission bei der UPL ihre Arbeit auf und qualifizierte sich bei der kontinuierlichen Beratung und Durchführung der verschiedenen praktischen Aufgaben sowie durch mehrmalige prinzipielle Diskussionen über theoretische und politisch-praktische Fragen des Kampfes in Westdeutschland (z. B. SPD-Projekt „Deutsche Nationalstiftung"; Westberlinfrage; Vorschlag der Konföderation). Die wichtigsten Fragen der Vorbereitung und der Einschätzung von Vorbereitungsreisen sowie der gemeinsamen Verstanstaltungen selbst wurden in der Kommission verantwortlich beraten. Zur West-Seite der „UZ" sowie zum „Podium" wurde in gewissen Abständen in der Kommission Stellung genommen, was inhaltliche Verbesserung zur Folge hatte.

Die Hilfe seitens der Parteikommission für das Ingangbringen einer ordentlichen Arbeit der Kommission bei der FDJ-Hochschulgruppenleitung (Kreisleitung) war ungenügend. Dadurch fehlt diese Arbeit bis jetzt noch. Die Kommission der UGL machte in den letzten Monaten einige Fortschritte.

b) Erste Schulungen eines Teils der von der Kaderkommission der UPL zur Bestätigung vorgesehenen Kader fanden im März 1961 statt. Es erwies sich dabei, daß es notwendig ist, zu ständigen systematischen Schulungen eines breiteren Kreises von Genossen überzugehen, deren Einsatz in der gesamtdeutschen Arbeit vorgesehen ist.

c) Von den Grundorganisationen bzw. ihren Leitungen wurde der Beschluß der UPL vom 22. 10. 1960 noch in sehr unterschiedlicher Weise zum Anlaß genommen, Schlußfolgerungen für die eigene Arbeit zu ziehen.

Nützliche Pläne und Materialien legten vor: die Leitungen der Juristen, der Wifa, der Lafa, der Historiker, und erste Gedanken anhand von Untersuchungen zum Lehrkörper der Parallelinstitute unterbreiteten die Leitungen der Slawisten, Germanisten und Philosophen.

Die Parteileitung der Chemiker gab wertvolle Unterstützung bei der Ausarbeitung von Ideen für neue Vorhaben in der gesamtdeutschen Arbeit.

In den anderen Bereichen müssen die Versäumnisse Schritt für Schritt aufgeholt werden.

d) Völlig ungenügend ist die öffentliche Auswertung grundsätzlicher Ergebnisse der gesamtdeutschen Arbeit für die Erhöhung des Verantwortungsbewußtseins und der Kenntnis der Universitätsangehörigen für ihre Verpflichtungen zur Unterstützung des Kampfes um die Bändigung des

westdeutschen Militarismus. Das Forum der Historiker vom 12. 4. 1961 über Fragen des westdeutschen Hochschulwesens, das an das Heidelberger Seminar anknüpfte, war ein Beispiel, das verallgemeinert werden muß. Gleichzeitig ist die ständige Auswertung des betreffenden Materials aus der „UZ“ aus dem „Forum“ sowie aus „LVZ“ und „ND“ entschieden zu verstärken.

II.

Prinzipielle Grundlage der gesamtdeutschen Arbeit in den nächsten Monaten sind die Dokumente der 11. und 12. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei und die Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht nach der Rückkehr von der Moskauer Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages.

1. *Das bedeutet:*

a) Es ist in verstärktem Maße von der Überlegenheit des sozialistischen Systems, von der Tatsache des gesetzmäßigen Übergangs aller Völker vom Kapitalismus zum Sozialismus in unserer Epoche auszugehen. In scharfer und prinzipieller ideologischer Auseinandersetzung mit dem Lügensystem des Antikommunismus sind die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung gründlicher und umfassender als bisher zu erläutern.
b) Der Nachweis der tödlichen Gefahren, die vom westdeutschen Militarismus ausgehen, ist nach wie vor immer konkreter und eindringlicher zu führen und mit der Erläuterung der Vorschläge der DDR zu verbinden.
c) Den Friedenskräften an den westdeutschen Universitäten, an denen Vertreter der Karl-Marx-Universität auftreten, muß auf Grund unserer ideologischen Unterstützung ihre eigene Verantwortung in stärkerem Maße bewußt werden. Das befähigt sie am besten, durch gut vorbereitete eigene Aktionen dem zunehmenden Einfluß und Druck der militaristischen und revanchistischen Kräfte entgegenzutreten.

2. *Das erfordert:*

a) Klarheit in allen Grundorganisationen der Partei, in Gewerkschaft und FDJ und in den staatlichen Führungsorganen der Universität sowie der Fakultäten und Institute über die komplizierte Situation des Kampfes in Westdeutschland, Auseinandersetzung sowohl mit den Äußerungen lähmenden Pessimismus’ als auch mit leichtfertiger Oberflächlichkeit in

der Beurteilung der Situation in Westdeutschland, wie sie in letzter Zeit bei einigen Genossen Funktionären aufgetreten sind.

b) Ausgehend vom Ringen um diese Klarheit sind überall die konkreten Verpflichtungen für die Verstärkung des ideologischen Beitrages zur Bändigung des westdeutschen Militarismus zu beraten. Zahl und thematische Vielfalt sowie Zusammensetzung des Zuhörerkreises bzw. des Kreises der Gesprächsteilnehmer sind entschieden zu erweitern. Die publizistische Auseinandersetzung zu diesen Fragen ist zu verstärken und zu qualifizieren.

Entsprechende Beschlüsse sind von den Leitungen der Grundorganisation nach Absprache mit der UPL-Kommission bis 20. Mai 1961 zu fassen und dann konsequent zu verwirklichen.

III.

Konkret ist dieses Linie zunächst bei der Lösung folgender Aufgaben in den Monaten April bis September 1961 zu verwirklichen:

1. *Die Arbeit mit SDS*

Im SDS, der ursprünglich als sozialdemokratischer Studentenverband entstanden war, ist u. E. die überwiegende Anzahl der Mitglieder nicht der Politik der Brandt-Wehner-Erler-Gruppe gefolgt. Gegenwärtig sind zwar nach westdeutschen Einschätzungen im SDS-Bundesvorstand noch die Kräfte, die gegen eine prinzipielle Politik gegenüber der SPD und gegen eine offene Unterstützung der DFU als einziger Gruppe mit einer echten Alternative zur Adenauer-Politik eintreten, noch in der Mehrzahl. Ein großer Teil der Mitglieder des SDS an den einzelnen Universitäten lehnt allerdings diese Politik des Vorstandes ab. U. a. zeigte sich das in dem Aufruf des Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen, Böttcher, der zu Großveranstaltungen gegen die Atomkriegspolitik aufrief. Vom Bundesvorstand wurde gegen ihn daraufhin ein Ausschlußverfahren eingeleitet. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden aber trotz solcher Anbiederungsversuche die rechten SPD-Führer nicht für eine veränderte Haltung gegenüber dem SDS zu gewinnen sein. Allerdings wurde die schon einige Male als „mit Sicherheit in Kürze zu erwartende“ angekündigte Erklärung der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft von SPD und SDS auch am 21. 3. 1961 nicht abgegeben. Viele progressive SDS-Kräfte sind dagegen schon aus der SPD ausgeschlossen worden (aus unseren Bereichen bes. in Münster und Marburg).

Aufgabe unserer Arbeit mit dem SDS, für die in besonderem Maße unsere Partei verantwortlich ist, muß deshalb vordringlich sein, die progressiven „linken“ Kräfte in den SDS-Gruppen zu stärken, sie für eine entschlossene

Politik und für Aktionen gegen die Vertreter des Militarismus zu gewinnen und den zersetzenden Einfluß der Kräfte, die vor der rechten SPD-Führung kapitulieren, beseitigen helfen. Wir sehen es als wichtigste Aufgabe an, den SDS-Mitgliedern bei der Aneignung marxistischer Kenntnisse zu helfen und ihnen die DDR als das sozialistische Vorbild für ganz Deutschland zu zeigen. Gleichzeitig ist im SDS der Kampf gegen das Sektierertum zu führen, welches sich z. B. in einer Begrüßung des Ausschlusses aus der SPD äußert, obwohl diese Verbindung zur SPD, vor allem zu ihren Mitgliedern auf der unteren Ebene, gerade dazu dienen muß, noch mehr Menschen für eine echte Alternative gegenüber der Adenauer-Politik zu gewinnen. Das Kräfteverhältnis zwischen progressiven Kräften und hemmenden Mitgliedern sowie die Stärke, der Einfluß der Mut zu Aktionen ist an den von uns betreuten Universitäten unterschiedlich, allgemein aber schwach.

Zur Arbeit mit den einzelnen Gruppen:

a) **Marburg**

In Marburg muß die Arbeit mit dem SDS künftig auch getrennt von der Arbeit mit dem LSD und dem „Ring“ durchgeführt werden. Ziel muß es sein, mehr SDS-Kader auszubilden, die mit ihrer Arbeit dem SDS die ausschlaggebende Rolle unter den politischen Studentenorganisationen verschaffen, insbesondere im Verhältnis zum LSD. Besonders muß auch erreicht werden, daß im neugegründeten Ost-West-Arbeitskreis der SDS größten Einfluß erhält.

1. Das bedeutet für uns, neue Kader für die Arbeit nur mit dem SDS Marburg einzusetzen und die Arbeit mit dem SDS stärker unmittelbar durch die Partei durchzuführen:

   Verantwortl.: Gen. Dr. Poeggel

2. Ferner wird als nächstes Ziel der Arbeit mit dem SDS von uns eine Sommerschulung durchgeführt (Aussprache zu aktuellen politischen Themen, Studium des Marxismus-Leninismus, Freizeitgestaltung). Zu dieser Schulung sind so viel wie möglich Mitglieder der Marburger SDS-Gruppe zu gewinnen.

   Verantwortlich für die Vorarbeiten zur Schulung: Gen. Seifert (HGL)

   Erste Diskussion in der UPL: Ende April

3. Die Gespräche mit dem SDS sind beim Gegenbesuch des „Ringes freier Studenten“ in Leipzig (26. 4. bis 2. 5. 61) sowie beim Besuch von Venth bis 8. 5. 1961 fortzusetzen.

   In den im Seminar geführten Diskussionen ist es angebracht, von unserer Seite das Auftreten des SDS zu fördern.

   Verantwortl.: Gen. Seifert.

4. In der UPL-Kommissionen muß darüber beraten werden, welche zusätzlichen Gesichtspunkte es, falls es zu einem Beitritt von 15 irakischen Studenten zur Marburger SDS-Gruppe kommt, beachtet werden müssen.

   Verantwortl.: Gen. Dr. Poeggel

5. Mit der Führung der SDS-Gruppe Marburg ist sofort abzusprechen, ob die vom Landesvorsitzenden Böttcher angekündigten Großveranstaltungen durchgeführt werden und welche Hilfe von unserer Seite dabei gegeben werden kann.

   Verantwortl.: Gen. Dr. Poeggel

b) **Heidelberg**

In der Heidelberger Gruppe fehlt es besonders an Mut zu Aktionen und offenen Stellungnahmen. Schlecht für die Arbeit ist sicherlich auch das Fehlen einer profilierten, progressiven Persönlichkeit an der Spitze der Gruppe. Innerhalb des letzten dreiviertel Jahres wechselte der Vorsitzende dreimal. Zur Zeit liegen ungenügende Informationen über die Person des gegenwärtigen Vorsitzenden Gagel vor. Auch über die genaue Stärke und Zusammensetzung der Gruppe fehlen noch genaue Angaben. Unklar ist, warum z. B. das SDS-Mitglied Bessau in letzter Zeit auf einige Briefe nicht geantwortet hat. Diese Fragen müssen u. a. im Rahmen der nachstehend angeführten Kontakte mit geklärt werden, um über die ganze Arbeit der SDS mehr Einblick zu gewinnen. Politisch spielt der SDS heute noch in Heidelberg eine schwache Rolle. Auch das Auftreten des früheren SDS-Vorsitzenden Boldt beim Historiker-Seminar bewies, daß zum großen Teil politisch schwache und auch etwas feige Mitglieder zum SDS in Heidelberg gehören.

1. Vom 12. 5. bis 15. 5. findet in Heidelberg ein vom SDS und Mitgliedern der FDJ-Grundeinheit der Wifa veranstaltetes Seminar über „Ökonomische Aspekte der friedlichen Koexistenz“ statt, an dem aus Leipzig zwei Wissenschaftler und zwei Studenten teilnehmen, von Heidelberger Seite Mitglieder des SDS, verschiedene politische Studentenorganisationen (bes. LSD) und Kommilitonen des Ost-West-Arbeitskreises im CA. Ziel dieses Seminars, über das wir Verbindung auch mit anderen Gruppen bekommen könnten, muß neben unserem inhaltlichen Beitrag zur Koexistenz die Stärkung der SDS-Gruppe (sie tritt damit seit längerer Zeit erstmals wieder als Initiator einer politischen Veranstaltung in Heidelberg auf), ihre genaueres Kennenlernen und die Fortführung ähnlicher Veranstaltungen z. B. ein Gegenseminar in Leipzig zu Problemen des Aufbaus einer sozialistischen Industrie und Landwirtschaft in der DDR.

   Verantwortlich: Gen. Bode

   Terminf. Konzept.: 30. 3. 1961

2. Anläßlich des Besuches (1) muß mit der SDS-Gruppe die Bildung einer Heidelberger Studiengruppe zur Teilnahme oder Besichtigung von Sommerlagern von Fakultäten unserer Universität abgesprochen werden. Falls die notwendige Bereitschaft vorhanden ist, sind auch Heidelberger SDS-Mitglieder für die Sommerschulung zu gewinnen (siehe Marburg).

   Verantwortl.: Gen. Bode

3. Möglichst zur Sommerschulung, spätestens aber zur Herbstmesse 1961 sind Vertreter des SDS Heidelberg mit anderen SDS-Mitgliedern zusammenzuführen, um ihnen zu ermöglichen, gemeinsame Aktionen an verschiedenen Universitäten zu besprechen.

   Verantwortl.: Gen. Dr. Poeggel

c) **Münster**

Ausgehend davon, daß die SDS-Gruppe Münster politisch sehr defensiv und abwartend auftritt, muß unsere Zusammenarbeit mit ihr wesentlich intensiviert werden, mit dem Ziel der Überwindung ihrer sektiererischen Haltung und dem Übergang ihrerseits zu einer offensiven politischen Arbeit. Daraus ergibt sich folgende Aufgabenstellung:

1. Zustandekommen des Vortrages von Dr. Jünger „Über die neuesten Tendenzen in der sowjetischen Literatur“ in Münster (Ende Mai/Anfang Juni)

   Verantwortl.: Kurt Schneider

2. Einladung der positivsten Kräfte der Gruppe zur Sommerschulung der HGL.

   Verantwortl.: K. Schneider/I. Thalberg

3. Persönliche Einladungen zu verschiedenen Zeiten (Einzelarbeit).

   Verantwortl.: K. Schneider.

4. Vorbereitung eines Podiumsgespräches zu Problemen der friedlichen Koexistenz im Herbst 1961 in Münster

Um weitere Überschneidungen (Merseburg-Leipzig) zu vermeiden, ist mit dem ZR der FDJ eine klare Abstimmung herbeizuführen.

   Verantwortl.: Gen. Seifert

2. *Arbeit mit breiteren Kreisen der Studentenschaft*

a) **Besuch des „Ringes freier Studenten“ Marburg in Leipzig 26. 4. bis 2. 5. 1961** zur Weiterentwicklung der Verbindungen mit Referaten, Korreferaten und Diskussionen zu folgenden Themen:

„Lenins Lehre von der friedlichen Koexistenz und ihre aktuelle Bedeutung“

(Hauptreferat FDJ – Genn. Chr. Großer – Korreferat „Ring freier Studenten“)

„Die Rolle der Partei der Arbeiterklasse im Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt“ (Erstes Referat „Ring freier Studenten“ FDJ – Gen. Harry Pawula)

Außerdem sind Diskussionen mit einer Brigade der sozialistischen Arbeit, Besuch einer LPG und Teilnahme an den Maifeierlichkeiten in Leipzig vorgesehen. Für das zu vereinbarende Kommuniqué kann wahrscheinlich eine Übereinstimmung in wichtigen Fragen des Kampfes um den Frieden erarbeitet werden.

Delegationsleiter der 12 bis 20 Marburger Teilnehmer wird wahrscheinlich der Student Brümmer sein.

(Näheres zu II/2/a siehe die bereits vorliegende umfangreiche Konzeption für den Besuch!)

Verantwortl.: Gen. Seifert

b) **Gemeinsames Seminar Leipziger und Heidelberger Historiker im Herbst 1961 in Leipzig über ein Thema der Weimarer Republik**

Das für den Herbst geplante gemeinsame Seminar in Leipzig, für das die Heidelberger Historiker ein Thema aus der Geschichte der Weimarer Republik vorschlagen werden, muß im Prinzip der gleichen politischen Aufgabenstellung dienen, die der Reise der Leipziger Historiker nach Heidelberg zugrunde lag.

Anhand des konkreten Themas muß die Überlegenheit der marxistischen Geschichtsschreibung über die bürgerliche erneut demonstriert werden. Im Zusammenhang mit der Darstellung der Geschichte der Weimarer Republik muß die bürgerliche Fälschung, der Extremismus nach rechts **und links** sei die Ursache für den Untergang der Weimarer Republik, zerschlagen werden.

Die in Heidelberg begonnenen Gespräche über die Vorschläge unserer Regierung zur Wiedervereinigung Deutschland, über den Militarismus, Revanchismus und die Refaschisierung Westdeutschlands sowie über Fragen der internationalen Politik müssen verstärkt fortgesetzt werden.

Den Heidelbergern soll die Möglichkeit geboten werden, sich anhand eigener Anschauung vom Aufbau in der DDR zu überzeugen. Um eine rechtzeitige politische und fachliche gründliche Vorbereitung der Leipziger Teilnehmer zu gewährleisten, sind folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Von den Heidelberger Historikern ist so bald als möglich das Thema in Erfahrung zu bringen.
2. Der Teilnehmerkreis der Leipziger Historiker ist umgehend nach politischen und fachlichen Gesichtspunkten festzulegen.

3. Zur Vorbereitung auf das Seminar und die politischen Gespräche mit den westdeutschen Studenten sind durchzuführen:
   a) noch im Monat April eine Aussprache mit allen vorgesehenen Teilnehmern. Dabei sollen Literaturhinweise zur politischen Vorbereitung und für einen allgemeinen Überblick über die Geschichte der Weimarer Republik gegeben werden.
   b) Im Monat Mai ist mit allen Teilnehmern eine Aussprache über Fragen des Hochschulwesens in der Bundesrepublik durchzuführen.
   c) Im Juni wird mit den vorgesehenen Teilnehmern ein Seminar über die westdeutsche Historiographie über die Zeit der Weimarer Republik durchgeführt.
4. Sofort nach Bekanntwerden des Themas muß eine Konzeption für das Seminar erarbeitet werden. Auf dieser Grundlage muß dann sofort die Verteilung der Aufgaben für die einzelnen Teilnehmer vorgenommen werden.
5. Für die Durchsprache der Themen steht die Zeit vom 12. bis 18. 9. zur Verfügung. Bis dahin sollten die Referate und Korreferate soweit vorbereitet sein, daß während des Herbstsemesters nur noch eine letzte Überarbeitung nötig ist.
6. Zur Vorbereitung des Seminars – vor allem auch um die Konzeption der Heidelberger in Erfahrung zu bringen – sind nach Möglichkeit die zwischen unseren und den Heidelberger Studenten vereinbarten Briefverbindungen auszunutzen.

   Für einen freien Tag ist eine Reise nach Buchenwald vorgesehen.

   Verantwortl.: Gen. Dr. Loch, Genn. Ebel

c) **Chemiker-Ferienlager mit Marburger Kommilitonen in Leipzig**

1. Politische Zielstellung

   Fachliche Kontakte zur Einleitung eines politischen Gespräches über die wichtigsten Grundfragen, wie auf dem 12. Plenum von Gen. Ulbricht festgelegt. Erhöhung der Aktionsbreite in Marburg.
2. Programm:

   Ferienseminar in Leipzig mit Studenten der höheren Semester und Wissenschaftler.

   Kolloquien über ausgewählte Arbeitsrichtungen der Chemischen Institute in Leipzig z. B. Quasiaromaten, Autoxydation, SE-Trennung mit Ionenaustausch) und Marburg und das Chemiestudium in beiden deutschen Staaten; Vortrag über die Verantwortung des zukünftigen Wissenschaftlers bei der Lösung der deutschen Frage.

Möglichkeit für die Marburger zur Absolvierung eines Praktikums an modernen Arbeitsgeräten.

Parallel dazu Rundtischgespräche über gegenseitig interessierende Probleme wie 1.)

Besichtigung eines chemischen Großbetriebes

kulturelle Betreuung

Institutsbesichtigung.

3. Teilnehmerkreis:

   20 interessierte Freunde aus Marburg im Interesse des gesicherten Programms.

4. Zeit:

   Herbstmesse 1961 acht Tage

5. Vorbereitende Absprachen sind einzuleiten durch Brief über ASTA an Fachschaft Chemie, in dem sich die FDJ-Leitung der Fachschaft Chemie auf die Anregungen bezieht, die während der Leipziger Frühjahrsmesse 1961 an unsere FDJ-Hochschulgruppenleitung herangetragen wurden.

   Sie begrüßt die dort geäußerten Meinungen wärmstens, wonach Kontakte der Studenten beider deutscher Staaten auf fachlich-wissenschaftlichem Gebiet dabei helfen könnten, das gegenseitige Verständnis und die Beziehungen untereinander zu fördern. Die FDJ-Leitung sagt ferner: „Wir sind gleichzeitig für die Diskussion politischer Probleme bei unseren Begegnungen, da wir der Überzeugung sind, daß die Politik keinen Menschen unberührt läßt und lassen darf.

   Aus den erwähnten Gründung laden wir Sie ein, während der Herbstmesse 1961 acht Tage unsere Gäste zu sein und würden uns sehr freuen, wenn Sie dieser Einladung zustimmen würden.“ Dann ist das konkrete Programm zu entwickeln, das der oben skizzierten Zielsetzung gerecht werden muß.

6. Eventuell sollte später außerdem ein Brief von Gen. Prof. Treibs an Prof. Dimroth, Marburg, in dieser Angelegenheit geschrieben werden.

Verantwortl. f. III/2/c: Gen. Hennig, Gen. Dr. Schöllner

d) **Auftritt des Rates der Spötter in Marburg**

Die Einladung Marburger Studenten an den „Rat der Spötter“, in Marburg aufzutreten, ist unverzüglich positiv zu beantworten. Gleichzeitig ist eine Konzeption für die Reise auszuarbeiten, die von folgenden Gesichtspunkten ausgeht:

1. Sicherung eines hohen ideologischen und kabarettistischen Niveaus der Darbietungen d. h. Überprüfung des Programms, Erarbeitung von Nummern, die auf die Fragen eingehen, die die westdeutschen Studenten und

überhaupt Universitätsangehörige bewegen, Verarbeitung örtlicher Marburger Probleme – wobei als roter Faden herauskommen muß:

– Offensive gegen Militarismus und Revanchismus und ihre Umtriebe an den Universitäten (BNS, Wehrkundegruppen, Nazipropaganda)

Dabei sind auch falsche Auffassungen aufzuspießen, die in Gesprächen mit Marburger und Heidelberger Studenten auftraten (z. B. „unsere Demokratie fängt das schon auf"; „in Deutschland gab es keinen Faschismus, es gab ja keine Syndikate wie in Italien"; Eiertanz um „ex-post"-Argumente u. ä.)

– Die antikommunistische Hetze über unsere Republik und die Friedenskräfte in Westdeutschland ist mit beißender Satire zu geißeln und lächerlich zu machen.
– Der abgrundtiefe nationale Verrat der westdeutschen Militaristen und Imperialisten und ihre Verflechtung mit den Verbrechern des USA-Imperialismus gegen die Völker in aller Welt ist leidenschaftlich anzuprangern.
– Die gemeinsamen Interessen zwischen Wissenschaftlern und Studenten Westdeutschlands und unsere Republik müssen stark und überzeugend hervortreten.

Über Ausgangsmaterialien zur entsprechenden Gestaltung des Programms sollen sich die Angehörigen des „Rates der Spötter" mit Genossen aus der Redaktion des „Podiums" beraten.

2. Geschlossenes und bewußtes Auftreten des Kabarettkollektivs und entsprechende Schulung und Information
3. Materielle Sicherung so, daß aufgrund einer genügenden Zahl von Auftritten und dabei zu kassierenden Eintrittsgeldern, Benutzung eines Omnibusses (Sparen der Fahrkarten in DM-West) usw. Einnahmen erbracht werden.

Verantwortl. f. entsprechende Vorlage in der Kommission: Gen. O. Seifert

3. *Diskussion mit westdeutschen Wissenschaftlern*

a) **Vorlesung und öffentliche Diskussion mit Prof. Wolfgang Abendroth, Marburg, über das Thema: Probleme einer deutschen Konföderation und ihre völker- und staatsrechtlichen Aspekte**

1. Ziel der Veranstaltung:

Anknüpfend an die in Westdeutschland verbreiteten Auffassungen (freie Wahlen, Hallstein-Doktrin, Legitimität usw.) soll nachgewiesen werden, daß unter den heute in Deutschland gegebenen Bedingungen die Konföderation die einzige noch verbleibende Chance zur friedlichen und de-

mokratischen Wiedervereinigung ist. Kernfrage ist: Wie stehst Du zur Atomrüstung, Friedensvertrag und Konföderation? Diese Fragen sollen in enger Verbindung mit der völker- und staatsrechtlichen Problematik behandelt werden.

Konzeptionelle Grundlage soll der von den Genossen Wagner/Poeggel in dem Maiheft der „Einheit“ erscheinende Artikel über die Konföderation sein.

2. Die Veranstaltung soll im Mai 1961 in Marburg stattfinden. Träger der Veranstaltung wird das Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg (Prof. Abendroth) und die Juristenfakultät Leipzig (Dr. Krüger) sein. Unser Streben geht dahin, diese Veranstaltung auf eine bereitere Grundlage zu stellen und neben Prof. Abendroth weitere Wissenschaftler als Mitveranstalter zu gewinnen. Mitte April werden darüber in Marburg mündliche Absprachen getroffen.

Verantwortl. für die Vorbereitung:

Parteiorganisation der Juristenfakultät

Gen. Dr. Krüger und Gen. Anders

Kontrolle Gen. Dr. Poeggel

b) **Vorlesung und Diskussion über Probleme der sozialistischen Wirtschaftsordnung in Heidelberg im Rahmen der Vorlesungsreihe von Prof. Dr. Meinhold**

1. Prof. Meinhold hat den Rektor gebeten, daß ein Dozent unserer Universität im Rahmen seiner Vorlesungsreihe über Wirtschaftsordnung eine dreistündige Vorlesung über die sozialistische Wirtschaft übernimmt und außerdem in seinem Seminar die vorgetragenen Probleme an zwei Abenden diskutiert.
2. Als Termine sind Dienstag, Mittwoch und Donnerstag angegeben, und zwar im Monat Juni (auch andere Zeit möglich, ebenso Thema).
3. Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät gibt bis zum 15. 4. 1961 Prof. Meinhold die prinzipielle Zusage. Sie schlägt bis zum gleichen Termin in Absprache mit der UPL-Kommission Thema, Konzeption und Referenten plus einen vorbereitenden Mitarbeiter vor.

Verantwortl.: Parteiorganisation Wifa (GO Pol Ök.)

Verantwortl. in UPL.Kommission: Gen. Bode

4. *Vorbereitung auf das Gespräch der Delegation der Karl-Marx-Universität an der Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg (Gegenbesuch)*

a) Der Senat der Heidelberger Universität übt die Taktik der Hinausschiebung des Termins für das Gespräch. Ein Brief des Rektors der KMU nimmt zu dieser Methode Stellung.

   Unser Bestreben ist es, im Mai das Gespräch in Heidelberg zu führen, darauf sind die Vorbereitungsarbeiten, die von einer Kommission und mehreren Arbeitsgruppen geleistet werden, abgestellt. Es liegt gegenwärtig der größte Teil des Materials vor, welches für das Gespräch gebraucht wird.

b) Sechs Wissenschaftler unserer Universität sind ehemalige Studenten oder Lehrer der Heidelberger Universität. Sie sollten unabhängig vom Zustandekommen des Heidelberger Gesprächs den Aufruf zur Teilnahme an dem Treffen ehemaliger Studenten in Heidelberg anläßlich der 575-Jahr-Feier Ende Mai Folge leisten.

   Wenn das Heidelberger Gespräch vor der 575-Jahr-Feier zustande kommt, sollten die sechs Wissenschaftler als offizielle Delegation sich anmelden und reisen. Prof. Steinmetz könnte zum Delegationsleiter ernannt werden und dort zu den Feierlichkeiten auftreten mit dem Tenor: Teilnahme ist Ausdruck der Vertiefung unserer Beziehungen.

   Wenn vorher das Heidelberger Gespräch nicht zustande kommt, sollten die Wissenschaftler sich privat um ihre Teilnahme bewerben, in Heidelberg aber Gelegenheit nehmen, als offizielle Delegation aufzutreten und ein großes Forum wählen, um die Notwendigkeit der Fortsetzung des Gesprächs deutlich zu machen, unsere Verständigungsbereitschaft zeigen und ihre Boykottlinie von Jubiläen ad absurdum führen.

   Für beide Möglichkeiten gilt das Ziel, vor einem großen Kreis von Wissenschaftlern aufzutreten und soweit Fachtagungen stattfinden, mit Referaten aufzutreten.

5. *Vorbereitung von Tagungen*

An der Universität finden in der Plan-Periode einige wissenschaftliche Tagungen und Konferenzen statt, die für die Herstellung von Kontakten zu westdeutschen Wissenschaftlern ausgenutzt werden können. In Zusammenarbeit mit der jeweiligen Fakultäts-Gewerkschaftsleitung und Fakultäts-Parteileitung werden Mitglieder der Kommission für nationale Arbeit der Universitäts-Gewerkschaftsleitung beauftragt, für die Betreuung westdeutscher Gäste und für die Organisierung von gesamtdeutschen Gesprächen die Vorbereitungen zu treffen und an der Durchführung der Maßnahmen teilzunehmen.

a) Tagung der Physiker-Gesellschaft vom 9. bis 13. 4. 1961

Verantwortlich: Genn. Lessing

Termin d. Berichterst.: Ende April 1961

b) Landwirtschaftliche Vortragstagung vom 10. bis 12. 4. 1961

Verantwortlich: Gen. Droste

Termin f. Berichterst.: Ende April 1961

c) Neokolonialismus-Tagung 5. bis 7. 4. 1961

Verantwortlich: Genn. Dr. Seeber

Termin d. Berichterst.: Ende April

d) Theologisches Symposium im September

Verantwortl.:

Termin:

e) Ampère-Colloquium

f) Vorbereitung der Pädagogen-Tagung für Februar 1962.

Die auf der Tagung zur Frühjahrsmesse 1961 begonnenen Gespräche werden an der Fakultät fortgesetzt und die nächste Tagung wird durch Colloquia vorbereitet (voraussichtlich ein Kolloquium mit Prof. Weißmantel zu Pfingsten 1961 und ein 2. Kolloquium während der Herbstmesse 1961)

Verantwortlich: Gen. Süße

6. *Vorbereitung der Herbstmesse*

a) Erfahrungen der Frühjahrsmesse 1961 haben gezeigt, daß westdeutsche Wissenschaftler einer Einladung zu wissenschaftlichen Veranstaltungen während der Messe Folge leisten. Deshalb ist für die Herbstmesse vorgesehen, in Verbindung mit den Gewerkschaftsleitungen und den Parteileitungen der Fakultäten, an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, an der Landwirtschaftlichen Fakultät und am Historischen Institut je eine wissenschaftliche Veranstaltung durchzuführen. Von den Mitgliedern der Kommission ist, zusammen mit den Leitungen der Fakultäten bzw. Instituten eine entsprechende Konzeption auszuarbeiten. Verantwortlich ist die für die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Gen. Herrmann

für die Landwirtschaftl. Fakultät: Gen. Droste

für das Histor. Institut.: Genn. Dr. Seeber

b) Die Kommission für nationale Arbeit der BGL sorgt für die Vorbereitung des Einsatzes von 12 Betreuern für die Herbstmesse 1961. Dabei soll vorwiegend auf den Stamm bewährter Betreuer rückgegriffen werden.

7. *„Podium“*

Auf der Grundlage einer langfristigen Planung unter Berücksichtigung der kritischen Hinweise der Abt. Wissenschaft des ZK, gestaltet die Redaktion des „Podiums“ ihre Ausgaben bis zum Herbst 1961 (d. s. Marburg Nr. 3–5; Heidelberg Nr. 3–5, Münster Nr. 1–4) vorwiegend nach folgenden Schwerpunkten:

a) Unterstützung der bestehenden bzw. angestrebten politischen und wissenschaftlichen Kontakte zwischen der Karl-Marx-Universität und ihren westdeutschen Partneruniversitäten. Dies geschieht durch ausführliche Berichterstattung über gesamtdeutsche Begegnungen, durch Hinweise auf Veranstaltungen an den entsprechenden Universitäten, durch das Aufgreifen und Beantworten dabei aufgetretener Argumente, usw.

b) Behandlung und Diskussion geistiger Probleme der Gegenwart, insbesondere der geistigen Situation in den beiden deutschen Staaten. Dies erfolgt durch vielfältige Information und Agitation sowie durch propagandistische Beiträge, die sich in erster Linie mit Fragen befassen, wie die Einheit von Wissenschaft und Humanismus und ihre Verwirklichung an den akademischen Bildungsstätten der DDR, Pflege und Fortsetzung der fortschrittlichen Traditionen der deutschen Wissenschaft in der sozialistischen Gesellschaft, Sicherung des Friedens als Voraussetzung für eine ungehemmte Entwicklung der Wissenschaft usw. Als Autoren für derartige Beiträge sind namhafte Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität und Angehörige der westdeutschen Universitäten zu gewinnen.

c) Unterstützung der humanistischen, objektiv gegen die Atomrüstung gerichteten Bestrebungen westdeutscher Wissenschaftler und Studenten, wie sie z. B. im Gutachten des westdeutschen Wissenchaftsrates zum Ausdruck kommen. Zu diesem Zweck informiert die Zeitung ausführlich über alle derartigen Bemühungen, zugleich eröffnet sie eine Leserdiskussion zu Problemen des Wissenschaftsrats-Gutachtens. Dabei sollen die Wege zur Verwirklichung der Vorschläge diskutiert werden; zugleich soll verdeutlicht werden, wie die wesentlichen, darin geäußerten Gedanken im Hochschulwesen der DDR bereits verwirklicht sind.

d) Aufgreifen und Kommentieren von Vorgängen und Diskussionen an den westdeutschen wissenschaftlichen Institutionen. Das bietet uns die Möglichkeit, vor allem mittels polemischer Auseinandersetzungen mit den Publikationsorganen westdeutscher Universitäten, unsere Auffassungen zur Sicherung des Friedens, zur Lösung des Deutschlandproblems und zur Hochschulpolitik der beiden deutschen Staaten offensiv und überzeugend darzulegen.

e) Entlarvung faschistischer Wissenschaftler und Organisationen, die heute wieder an den Universitäten Marburg, Münster und Heidelberg tätig sind

und im gleichen Sinne wie einst ihre antihumanistischen Auffassungen vertreten.

Die Verwirklichung dieser Aufgaben erfolgt differenziert unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse an den drei Universitäten und in Abstimmung mit den sonstigen, in diesem Plan festgelegten Vorhaben.

[Unterschrift Klaus Höpcke]

Dokument 24

Information über die Sitzung des Präsidiums des Schriftstellerverbandes der DDR am 23. 2. 1984

An der Sitzung nahmen teil:

Hermann Kant, Gerhard Holtz-Baumert, Rainer Kerndl, Joachim Nowotny, Max Walter Schulz, Gerhard Henniger, Horst Beseler, Walter Flegel, Werner Neubert, Walter Nowojski, Herbert Otto, Rosemarie Schuder, Rudi Strahl, Hans Weber, die Sekretäre des Verbandes Joachim Hannemann, Eberhard Scheibner, Ria Wiens und Monika Hummel (amtierend) sowie als Gäste Klaus Höpcke, Marianne Schmidt, Helmut Küchler.

Entschuldigt waren: Jurij Brezan, Günter Görlich.

... Die Information von Genossen Henniger über das Treffen ehemaliger DDR-Autoren wie Schädlich, Fuchs, Loest, Biermann, Dieter Schulz u. a. am vergangenen Wochenende in Westberlin in Anwesenheit von G. Grass und I. Drewitz, und die Kennzeichnung der Stoßrichtung des Treffens wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. H. Kant ordnete diese Zusammenkunft ein als eine Aktivität im Rahmen eines größeren politischen Konzeptes des Gegners, das darauf gerichtet ist, über die Zerschlagung der auf Frieden und Entspannung orientierten Kräfte der Leitung des westdeutschen Schriftstellerverbandes (VS) und die Verteufelung des DDR-Verbandes, vor allem führender Genossen wie H. Kant und Stephan Hermlin, verständigungsfeindliche Kräfte an die Spitze des westdeutschen Schriftstellerverbandes zu bringen, mit denen eine Zusammenarbeit im Sinne der Sicherung des Friedens nicht möglich ist, um auf diese Weise eine Schwächung der westdeutschen Friedensbewegung herbeizuführen. In einem knappen Meinungsaustausch verurteilte das Präsidium diese Machenschaften und sprach sich für publizistische Maßnahmen aus, die diese „kleinen Größen“, diese „kleinen Nullen“, in der Öffentlichkeit bloßstellen und entlarven ...

Dokumentauszug

SED-Hausmitteilung

An
Genossen Hager

von Abteilung Kultur

29. 2. 1984

Lieber Genosse Hager!

Die sehr interessante Information über die letzte Präsidiumssitzung des Schriftstellerverbandes schicke ich Dir zur Kenntnis. Dazu habe ich folgende Bemerkung:

1. Ich habe mit Genossen Kant und Henniger besprochen, daß ein Vorschlag unserer Verbandsleitung vorgelegt wird für das Vorgehen in bezug auf das Treffen ehemaliger DDR-Autoren in Westberlin und die beabsichtigten Folgen.

Inzwischen hat Engelmann bei Hermann Kant angerufen und um Unterstützung gebeten, nähere Auskunft über diese „kleinen Nullen“ zu bekommen, damit man das vor den VS-Wahlen in der BRD publik machen kann. Es besteht die Absicht, Genossen Kant zu einer Lesung beim „Kürbiskern“ in Kürze einzuladen und bei dieser Gelegenheit auch gemeinsam mit Genossen Henniger über weitere Projekte der Zusammenarbeit der Zeitschrift mit unserer Verbandsleitung zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit soll ein Treffen mit Engelmann arrangiert werden, und unsere Genossen könnten mal „auspacken“, wer Schulz und einige andere dieser „Typen“ sind. (. . .) [Hager hat dort am Rand bemerkt: ja, und damit dieses Vorgehen bestätigt.]

Anlage

Abteilung Kultur

Berlin, 24. 2. 1984
Fra/We

Schriftstellerverband der DDR Berlin, den 14. März 1984

Bericht
über die Reise der Genossen Hermann Kant und Gerhard Henniger nach München vom 6. bis 9. 3. 1984

I.

Die Genossen Hermann Kant und Gerhard Henniger führten in München

- ein Gespräch mit Bernt Engelmann und Dieter Lattmann über die Lage im VS der BRD und über die Friedensaktivitäten der Verbände;
- ein Gespräch in der Redaktion „Kürbiskern“ zur gleichen Thematik;
- ein Gespräch mit dem Brückenverlag über das Auftreten von DDR-Schriftstellern in den Collektiv-Buchhandlungen in der BRD;
- Hermann Kant las in einer öffentlichen Veranstaltung eine Erzählung, an die Lesung schloß sich eine Diskussion über literaturpolitische Fragen an.

II.

1. Seitens Bernt Engelmanns und Dieter Lattmanns wird die gegenwärtige politische Lage im VS als nicht bedrohlich eingeschätzt. Die Landesverbände (außer Westberlin) hätten sich mit der bisherigen Linie des alten VS-Vorstandes solidarisiert. Im Westberliner Landesverband waren durch eine Art „Putsch“ rechte Kräfte an die Leitung gekommen (Buch, Fuchs), die die bevorstehende Bundesdelegiertenkonferenz des VS Ende März in Saarbrücken benützen wollen, um einen anderen Kurs durchzusetzen bzw. den VS zu spalten. Dieser Versuch bekomme nur dadurch Gewicht, daß einige namhafte BRD-Autoren, die im Verband seit Jahren inaktiv sind – wie Böll, Grass und Lenz – sich an den Angriffen gegen die politische Linie des alten VS-Vorstandes maßgeblich beteiligen würden. Beide Gesprächspartner schätzen ein, daß aller Wahrscheinlichkeit nach Ingeborg Drewitz zur Vorsitzenden des VS gewählt werden wird. Sie sei eine zuverlässige Kollegin, die im Sinne der alten Vorstandsarbeit weiter wirken würde. (In einem anschließenden persönlichen Gespräch mit Bernt Engelmann äußerten wir in diesem Punkt besondere Zweifel.) Engelmann und Lattmann glauben, daß man den rechten Kräften noch mehr Wind aus den Segeln nehmen würde, wenn man einer Kandidatur von Erich Loest als Beisitzer im Vorstand zustimmen würde. (Auch in diesem Punkt haben wir im anschließenden Gespräch gewarnt und anhand einiger Fakten zu belegen versucht, warum man Drewitz und Loest im Hinblick auf Konzessionen an die rechten Kräfte nicht unterschätzen darf.)

Die Bereitschaft von Chotjewetz, für den VS-Vorsitz zu kandidieren, wurde von beiden als ein belustigender Gag abgetan. Als Vorsitzender des VS käme nach beider Meinung Loest auf keinen Fall in Frage.

Im Zentrum des Gesprächs stand die Absicht von Engelmann, Lattmann und ihren Freunden, in Saarbrücken immer wieder die zentrale Frage – der Aktivitäten für Frieden, Abrüstung und Verständigung – in den Vordergrund zu stellen und sie zum Prüfstein für die Haltung jedes einzelnen zu machen.

In diesem Zusammenhang erklärte Engelmann, daß eine neue Erklärung der Initiatoren des Friedensappells europäischer Schriftsteller angesichts der neuen Lage wichtig und im Hinblick auf die Konferenz in Saarbrücken sehr nützlich sein könne. Eine solche Erklärung könne es den linken Kräften erleichtern, in Saarbrücken offensiv aufzutreten.

2. In einer weiteren Zusammenkunft mit Bernt Engelmann wurde derWortlaut einer solchen Erklärung formuliert. Dabei einigten wir uns darauf, diese Erklärung als „offenen Brief an die Unterzeichner des Appells europäischer Schriftsteller für Frieden und Abrüstung“ abzufassen. Dieser Brief wird allen VS-Delegierten vor Saarbrücken vorliegen und es ermöglichen, in Saarbrücken diese Fragen in den Vordergrund zu rücken. (Seitens der rechten Kräfte wird erwartet, daß in Saarbrücken vor allem Kontakte zu „oppositionellen“ Kräften in den sozialistischen Ländern gefordert, weitere gemeinsame Aktivitäten mit den Schriftstellerverbänden sozialistischer Länder abgelehnt werden, der Austritt des VS aus der IG Druck und Papier betrieben wird und – falls diese Ziele nicht erreicht werden – an die Gründung eines neuen Verbandes gegangen wird.

Der Wortlaut des offenen Briefes wurde an die Nachrichtenagenturen DPA und PPA gegeben. Nach unseren Informationen wurde er bisher in der BRD nur in der „Volkszeitung“ und der „UZ“ veröffentlicht.

3. In den Gesprächen mit Engelmann und Lattmann legten wir auch anhand einiger Beispiele dar, wie ehemalige DDR-Bürger in der BRD zu Schriftstellern hochstilisiert werden, nur wenn sie sich öffentlich gegen die DDR erklären. So teilten wir Engelmann mit, was wir von einem gewissen Dieter Schulze halten, der auf der letzten Frankfurter Buchmesse von dem Westberliner Hannes Schwenger als verfolgter DDR-Autor präsentiert wurde. Schwenger wurde von Engelmann als ein professioneller Kalter Krieger eingeschätzt. [. . .]

III.

Die Reise gab die Möglichkeit eines Gedankenaustausches mit den linken Kräften im VS in Vorbereitung der für diesen Verband wichtigen Delegiertenkonferenz in Saarbrücken. Engelmann und Lattmann bedanken sich für die Gespräche, die sie als „ermutigend“ bezeichneten. Gleichzeitig zeigten die

Gespräche, daß bei den sozialdemokratischen VS-Mitgliedern offensichtlich die Schwere des Angriffs der rechten Kräfte in verschiedenen konkreten Punkten und Zusammenhängen unterschätzt wurde.

Gerhard Henniger

1. Sekretär

Schriftstellerverband der Deutschen Demokratischen Republik
Gerhard Henniger

Zentralkomitee der SED Berlin, den 18. Mai 1984
Abteilung Kultur
Genossin Ursula Ragwitz
1020 Berlin
Marx-Engels-Platz
Berlin, 18. Mai 1984

Liebe Genossin Ragwitz!

Als Anlage übermittele ich Dir den Text eines Schreibens, das der neue Vorsitzende des VS der BRD, Hans Peter Bleuel, an Genossen Kant gerichtet hat.

In Absprache mit Genossen Hermann Kant schlage ich vor:

1. Wir sollten die Einladung zu einem Gespräch mit dem Vorstand des VS in den nächsten Monaten annehmen. Hans Peter Bleuel hat nach seiner Wahl als Vorsitzender des VS erklärt, daß er die Arbeit im Sinne des alten Vorstandes (Engelmann) fortsetzen möchte. Gegen die Meinung von Grass und der rechten Kräfte im VS, die einen Abbruch der Beziehungen zu den Leitungen der Schriftstellerverbände der sozialistischen Länder fordern bzw. eine Debatte über sog. „Menschenrechtsfragen“, ist Bleuel bestrebt, weiter die Aktivitäten seines Verbandes für Frieden und Abrüstung in den Vordergrund zu stellen. Diese Position sollten wir durch unsere Bereitschaft, über d i e s e Fragen weiter – wie bisher – zu sprechen und Verbindung zu halten, stärken.

2. Wir sollten alle Versuche, das Gespräch auf andere Fragen zu verlagern, zurückweisen. Auf dem Kongreß in Saarbrücken wurde bekanntlich von den rechten Kräften die Wahl von Loest zu einem der stellvertretenden Verbandsvorsitzenden durchgesetzt mit dem Ziel, die bisherige Zusammenarbeit in Fragen Frieden und Abrüstung zu stören. Loest hat bereits angekündigt, daß er Fragen in den Vordergrund rücken möchte, wie die Untersuchung der Schul-Lesebücher in beiden deutschen Staaten im Hinblick auf die Propagierung von Feindbildern. Solche Versuche sollten wir energisch zurückweisen und sie als Störung des bisherigen Verhältnisses charakterisieren. Gerade weil dies beabsichtigt und zu erwarten ist, sollten wir von uns aus nicht das Gespräch abbrechen, sondern unsere Bereitschaft bekunden, auf bisheriger Basis miteinander zu sprechen, was angesichts der Realisierung der Nato-Raketenpläne umso dringender ist. Ausgangspunkt dafür müßten die letzten Erklärungen von

Hermann Kant und Berd Engelmann sein. Werden von Loest Provokationen gestartet, werden sie von uns zurückgewiesen.

3. Bei Paczensky handelt es sich um einen ’liberalen’ Mann, der sich in Saarbrücken an den Ausfällen gegen die Verbände in den sozialistischen Ländern nicht nur nicht beteiligt, sondern mehrmals gegen Grass aufgetreten ist.

4. Seitens unseres Präsidiums sollten an dem Gespräch teilnehmen: Die Genossen Kant, Henniger, Holtz-Baumert bzw. Görlich.

Mit sozialistischem Gruß

Gerhard Henniger

1. Sekretär

SED-Hausmitteilung

Ursula Ragwitz legte den Brief ZK-Sekretär Kurt Hager vor, der das Vorgehen mit der Bemerkung bestätigte „Ich bin mit dem Vorschlag des Verbandes einverstanden“. 28. 5. 84.

SED-Hausmitteilung

An Genossen Kurt Hager

von Abteilung Kultur 24. 8. 1983

Lieber Genosse Hager!

[. . .]

Wie Dir bekannt ist, hatte Genosse Hermann Kant weitere Gespräche mit Bernt Engelmann. Im Ergebnis ist beiliegende Erklärung entstanden, die Genossen Erich Honecker vom Schriftstellerverband zur Kenntnisnahme übermittelt wurde. Diese Erklärung soll entsprechend einer Weisung des Genossen Erich Honecker am 1. 9. 1983 veröffentlicht werden. Erforderliche Maßnahmen sind mit der Abteilung Agitation vereinbart. [. . .]

Mit sozialistischem Gruß

Ursula Ragwitz

Abteilungsleiter

[Bei der Erklärung handelt es sich um die Erklärung der Schriftstellerverbände der DDR und der BRD zum Weltfriedenstag vom 31. 8. 83.]